

Wildcat-Zirkular

Nr. 36/37 April 1997

8 Mark



Albanien

Renault-Vilvorde

Bergarbeiter in Bonn

Kritik des Kapitals = Kritik der Arbeit

Klassenzusammensetzung

Textilindustrie im Veneto

Inhalt:

Editorial	3
Albanien: Lieber das Chaos der Rebellion, als die (Welt-) Ordnung der Herrschenden!	11
Renault-Vilvorde – Flugblatt	29
Weiter Kohle machen? Zu den Aktionen der Bergarbeiter im März '97	37
Keine Arbeitsbeschränkungen für AsylbewerberInnen	46
Das Kapital als Subjekt und die Existenz der Arbeit (Werner Bonefeld)	55
Die globale Akkumulation des Kapitals und die Periodisierung der kapitalistischen Staatsform (Simon Clarke)	92
Der verlorene Ort des Konflikts (Marco Revelli)	110
Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die »neue Klassenzusammensetzung« (Roberto Battaglia)	115
Kerne kontrollierter Selbständigkeit – Die Textil- und Bekleidungsindustrie im Veneto (Devi Sacchetto)	131

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848
e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat@link-lev.dinoco.de).

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325
20327 Hamburg, Tel: 040/3908487, Fax: 040/3908492

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM,
6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an
Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Editorial

In diesem Zirkular findet ihr wieder eine *Mischung* aus Berichten über aktuelle Kämpfe und theoretischen Texten. Daher ist wieder eine Doppelnummer entstanden. Der Ausdruck »Mischung« ist für uns im Unterschied zu manchen Kaffeemarken kein Gütesiegel, sondern ein grundlegender Mangel, den es zu überwinden gilt. »Mischung« heißt nämlich, daß verschiedene Teile nicht miteinander verbunden, sondern nur äußerlich – in diesem Fall durch die Klebebindung von einzelnen Blättern – zusammengehalten werden.

Die Berichte über Albanien, die Bergarbeiter oder die PutzarbeiterInnen in Bochum bleiben weitgehend auf einer beschreibend-empirischen Ebene – die theoretischen Texte arbeiten an einer radikalen theoretischen Kritik der Verhältnisse, führen sie aber nicht an der wirklichen Geschichte durch. Dieses schlechte Nebeneinander gilt dem gesunden Menschenverstand als das Normale, als die übliche Trennung von »Empirie« und »Theorie«, von »Konkretem« und »Abstraktem«, von »Praxis« und »Theorie«. In der Vorbemerkung zum Beitrag »Über Antikapitalismus« im letzten Zirkular wird eine *»allgemeine Diskussion fernab der Empirie«* verlangt. Das dahinterliegende Motiv ist klar und ihm können wir nur zustimmen: bloße Berichte, Beschreibungen, Erzählungen von Streiks und Kämpfen überall auf der Welt sagen uns immer weniger, was ihre historische Dynamik ist, inwiefern sie Momente eines revolutionären Prozesses sind. Offensichtlich fehlen uns die Kategorien und Kriterien, um der Frage nachzugehen, wie sich in den aktuellen Kämpfen die unmittelbaren Motivationen mit der historischen Überwindung der gegenwärtigen Form von Gesellschaft verbinden – wie im Bericht über die AsylbewerberInnen in Bochum gesagt wird: *»Wir unterstützen die Aktion (...), weil wir in diesem Kampf für bessere Bedingungen Ansatzpunkte für Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung an sich suchen. Es fällt uns allerdings schwer, diese Spanne zwischen Unterstützung der Aktion und weitergehender Zielsetzung auch deutlich zu machen.«* Aus all diesen Kämpfen je für sich betrachtet, isoliert und vereinzelt, läßt sich diese Frage auch nicht beantworten, sie läßt sich so eigentlich noch nicht einmal stellen. Wenn mit »Empirie« das gemeint ist, die Isoliertheit und Unverbundenheit der jeweiligen Bewegungen, dann ist dem Aufruf nach einer Diskussion »fernab der Empirie« zuzustimmen. Aber »fernab« heißt dann nicht, die »Fakten« zu ignorieren und in eine philosophische Welt der kritischen Kritik und der moralischen Kritik zu flüchten (wie es in der aktuellen Renaissance der »Frankfurter Schule« geschieht), sondern sie durch und in einer theoretischen Diskussion zum »Sprechen« zu bringen. Der in diesem Sinne schlechte Empirismus der Berichte zeigt

uns, wie dringend notwendig eine theoretische Diskussion ist, die den Gesamtzusammenhang aufhellt, in dem sich die vereinzelt Kämpfe bewegen.

Diese theoretische Anstrengung ist zugleich eine praktische. Denn die Kämpfenden selber setzen sich tagtäglich mit ihren Widersprüchen, ihren Illusionen, ihren Begrenztheiten auseinander. Revolutionäre Theorie ist keine objektive Wissenschaft, in der ein neutraler Beobachter Aussagen über eine von ihm getrennte objektive Welt macht (siehe dazu Bonefeld in diesem Zirkular), sondern sie ist selbst Teil und Moment der Kämpfe. Einfacher ausgedrückt: auch unsere Flugblätter sind so schlecht, wie wir theoretisch die Zusammenhänge nicht begreifen (siehe die im letzten Zirkular begonnene Diskussion). Theorie ist wesentlich Kritik, nicht nur an den Verhältnissen (dem bösen Kapital), sondern an uns selber und unserer gesellschaftlichen Praxis, die erst diese zu »objektiven Verhältnissen« erstarrte Welt produziert. Sich theoretisch die Zusammenhänge klarzumachen, in denen und durch die hindurch sich die Macht des Kapitals reproduziert, heißt immer die eigene Praxis zu kritisieren und über ihre vorgefundene Form hinauszugehen. »Militante Untersuchung« ist keine soziologische Methode, um neue Konfliktfelder zu finden. Ein wesentliches Moment ihres ursprünglichen Konzepts war die Kritik und Selbstkritik innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Es ging darum, die Mystifizierungen zu entschlüsseln, mit denen die ArbeiterInnen sich (und wir uns) der Ausbeutung unserer gesamten Lebendigkeit alltäglich unterwerfen. Die Kritik des Kapitals ist vor allem die Kritik der ArbeiterInnen, schreibt Werner Bonefeld, weil das Kapital nichts anderes als die »ver-rückte Daseinsweise« der gesellschaftlichen Arbeit selbst ist. Unsere »eigene politische Praxis« und unsere theoretischen Vorstellungen stehen nicht außerhalb dieser gesellschaftlichen Praxis, sondern sind ein Teil von ihr. Sie müssen ebenso der Kritik unterworfen werden, um ein kritisches Moment innerhalb dieser gesellschaftlichen Praxis sein zu können, statt ihre fixen Formen zu akzeptieren.

I. Das theoretische Bedürfnis in den praktischen Kämpfen: Alle vier Texte zu aktuellen Kämpfen in diesem Zirkular (Albanien, Renault, Bergarbeiter, Putzarbeit von AsylbewerberInnen) drücken die Widersprüche und die Offenheit der Situation aus. Geht es in *Albanien* um mehr als nur das verlorene Kreditgeld und eine ordentliche Demokratie, bleiben die Kämpfe der *Renault-ArbeiterInnen in Belgien* und der *Bergarbeiter in Deutschland* in einem nationalistischen Korporatismus stecken, kämpfen die *Arbeitsimmigranten* hier nur darum, zu denselben Tarifen wie die Einheimischen ausgebeutet werden zu dürfen? Diese Fragen werden sich nicht allein durch noch so genaue Detailbeobachtungen in den einzelnen Fällen beantworten lassen, sondern nur im Gesamtzusammenhang zur Entwicklung dieser Gesellschaft. In Albanien, so wird uns von der Presse der Kapitalisten gesagt, handele es sich um »Übergangsprobleme« auf dem Weg zur

»freien Marktwirtschaft« (neuerdings wird diese auch in den bürgerlichen Medien wieder unverhohlener als »Kapitalismus« bezeichnet). Ein Problem des »Übergangs« kann es natürlich nur dann sein, wenn schon klar ist, wohin die Reise geht. Für die bürgerliche Ideologie steht das außer Frage: nach 1989 hat sich die bürgerliche, kapitalistische und demokratische Gesellschaftsform weltweit durchgesetzt und bildet das definitive und glückliche Ende der historischen Entwicklung. Nur in ein paar Gegenden der Welt tun sich die Menschen noch etwas schwer damit, sich an die neuen Spielregeln zu gewöhnen, die doch nur zu ihrem besten sind – z.B. in Rußland, in Bulgarien oder jetzt äußerst dramatisch in Albanien.

Ganz so siegesgewiß wie 1990 tritt diese bürgerliche Ideologie im Moment nicht mehr auf, da es überall auf der Welt mächtig knirscht im Räderwerk des »freien Kapitalismus«. Die Herrschenden haben einen Diskurs über die Gefahren der »Globalisierung«, des »Turbokapitalismus«, des »zügellosen Kapitalismus« usw. in Gang gesetzt. Dabei geht es beileibe nicht um die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus, sondern um die nach ein paar kleinen Korrekturen, die möglicherweise notwendig sind, *um ihn zu retten* – natürlich vor dem »Chaos«, dem »Bürgerkrieg«, dem »Auseinanderfallen der Gesellschaft«. Der reale Verlauf und die Forderungen von Kämpfen wie im deutschen Bergbau, bei Renault, den spanischen LKW-Fahrern oder den Aktionen von Arbeitsimmigranten scheinen ihnen recht zu geben: egal, wie militant oder gezähmt die Kampfformen sind, die Forderungen richten sich an den Staat und die eigene Reproduktion wird ganz selbstverständlich an die Form der Lohnarbeit und damit an die Entwicklung des Kapitals gebunden. Gehen also Konzepte einer moderaten Re-Regulierung des Kapitalismus im Sinne von »Aufstandsbekämpfung« (und nichts anderes ist *dieser* Diskurs um »Globalisierung« und »Turbo-Kapitalismus«) auf?

Praktisch ist der Aufstand in **Albanien** weit darüber hinausgegangen, indem er den Staat weggefegt und ansatzweise eigene Organe des gesellschaftlichen Zusammenlebens geschaffen hat. Welche Perspektive darin liegt, entscheidet sich heute am allerwenigsten in Albanien selbst. Aus der Betrachtungsweise des Kapitalismus als *Weltsystem* hat Immanuel Wallerstein dem Kapitalismus nach 1990 nicht seinen Sieg, sondern den Beginn seines Untergangs bescheinigt. Im Zusammenbruch des Ostens, also genau dem, was den Bürgerlichen als ausschlaggebender Faktor für die endgültige Durchsetzung kapitalistischer Warenproduktion und demokratischer Herrschaft gilt, sieht er die größte Schwäche des globalen Kapitalismus: *»... weder in Osteuropa noch irgendwo sonst auf der Welt ist es wahrscheinlich, daß die Menschen jemals wieder an die leninistische Version der Versprechungen eines rationalen Reformismus (unter der Bezeichnung sozialistische Revolution) glauben werden. Für den Weltkapitalismus ist das natürlich ein Desaster, denn der Glaube an den Leninismus diente mindestens fünfzig Jahre lang als die wichtigste Kraft, um die gefährlichen Klassen im*

Weltsystem im Zaum zu halten. In der Praxis hatte der Leninismus einen äußerst konservativen Einfluß, indem er den unvermeidlichen Sieg des Volkes predigte (und damit indirekt zur Geduld aufrief). Der beschützende Schleier des Leninismus ist den herrschenden Schichten des Weltsystems nun abhanden gekommen. Die gefährlichen Klassen könnten nun wieder wirklich gefährlich werden. Politisch betrachtet ist das Weltsystem instabil geworden.« (Immanuel Wallerstein, *The End of what Modernity*, in: ders., *After Liberalism*, New York 1995, S. 141) Für Wallerstein ergibt sich daraus das definitive Ende dieses Weltsystems, aber nicht zwangsläufig eine bessere Welt: »... wir bewegen uns tatsächlich auf ein anderes historisches System zu. Das moderne Weltsystem kommt an sein Ende. Es wird jedoch mindestens fünfzig weitere Jahre einer Endkrise, d.h. des ›Chaos‹, bedürfen, bevor wir hoffen können, in eine neue gesellschaftliche Ordnung einzutreten. Unsere Aufgabe heute und in den nächsten fünfzig Jahren ist die Aufgabe von Utopisten. Es ist die Aufgabe, diese neue gesellschaftliche Ordnung auszudenken [imagining] und um ihre Verwirklichung zu kämpfen. Denn es ist keinesfalls ausgemacht, daß auf das Ende eines historischen Systems der Ungleichheit ein besseres folgen wird.« (ebd., S. 144)

Wenn diese Einschätzung zutrifft, dann ist Albanien – wie immer sich der Verlauf in den nächsten Wochen entwickeln wird – nicht Ausdruck von »Übergangsproblemen« zur Marktwirtschaft, sondern von »Untergangsproblemen« des Kapitalismus, und die Praxis der Aufständischen in Albanien ist bereits Teil der kollektiven Anstrengung, uns eine »bessere« weltweite Gesellschaftlichkeit »auszudenken«.

II. Zusammenhänge in der theoretischen Diskussion – Lesehinweise: Im Aufsatz *Das Kapital als Subjekt und die Existenz der Arbeit* von Bonefeld aus dem dritten Band von »Open Marxism« geht es um die Vorstellungsweise vom Kapital als »automatischem Subjekt«, die keineswegs nur akademische Gehirne prägt. Betrachten wir den Aufstand in Albanien oder die Kämpfe der Renault-ArbeiterInnen auf der Ebene der konkreten Abläufe, dann *reagieren* immer die ArbeiterInnen, die lebendigen Menschen, auf bestimmte Entwicklungen in der Welt des Kapitals: das albanische Pyramidenkapital bricht zusammen und kann die Kredite nicht zurückzahlen, das Kapital von Renault verwertet sich nicht und ArbeiterInnen werden entlassen. Ganz unmittelbar scheint der auslösende Faktor und das Subjekt in der ganzen Entwicklung das Kapital zu sein. Diese Sichtweise taucht auch in den neueren »operaistischen« Texten (z.B. von den Midnight Notes, Harry Cleaver oder Toni Negri) auf, die wir selber immer wieder übersetzt und in die Diskussion gebracht haben: dort ist zwar die Arbeiterklasse das entscheidende Subjekt, aber nur insofern es das andere Subjekt, das Kapital, zu diesem oder jenem Reagieren zwingt. Dann tritt, wie bei einem Ping-Pong-Spiel, das Kapital als Subjekt auf und setzt seine Strategien durch. Auch der

Aufsatz von Harry Cleaver im Zirkular 30/31 enthält diese Sichtweise – die historische Entwicklung als Angriff und Gegenangriff zweier sich äußerlich gegenüberstehender Subjekte. Damit, so Bonefeld, seien Strukturalismus und Autonomismus (im Sinne von Cleaver oder Negri) nur die Kehrseiten derselben Medaille. Beide schaffen es nicht, die versteinerte und verzauberte Welt des Kapitalismus in radikaler Weise auf die gesellschaftliche Praxis zurückzuführen, was eine wirklich revolutionäre Perspektive erst möglich machen würde, nämlich die Perspektive, daß wir uns selber die Welt ausdenken und schaffen, in der wir leben wollen. Diese Möglichkeit, die bei Wallerstein nur ein politisches Postulat in der aktuellen Weltkrise ist, versucht Bonefeld »materialistisch« zu begründen, indem er ausgehend von der »Kritik (!) der politischen Ökonomie« zeigt, daß es sich bei all den Formen, die uns als fremde ökonomische Dinge umgeben (von Warenpreisen bis Börsenkursen), um *konstituierte* Formen handelt, d.h. um die historischen Daseinsweisen gesellschaftlicher Praxis, insbesondere der Arbeit. Das impliziert politisch keine Verteidigung der Interessen der Lohnarbeit, sondern ihre Kritik als Lohnarbeit: »Der Standpunkt des Kapitals und der Standpunkt der Lohnarbeit ist derselbe.«

Den Aufsatz *Die globale Akkumulation des Kapitals und die Periodisierung der kapitalistischen Staatsform* von Simon Clarke hält der Übersetzer für so ärgerlich, daß er ihn eigentlich nicht zum Abdruck vorgeschlagen hätte. Er präsentiert die faden Abziehbilder aus den ML-Geschichtsbüchern in einer ebenso faden Sprache, mit immer denselben leeren Begriffshülsen: Produktivkräfte, ihre ungleichmäßige Entwicklung (was immer das heißen soll), Kapitalakkumulation, Arbeiterklasse und ihre Integration, Imperialismus und Sozialdemokratie, Überakkumulation ... Keiner dieser Begriffe wird erklärt, dargestellt, gesagt, was damit gemeint ist. Sie sind fix und fertig da und Clarke hantiert mit ihnen wie in einem Kartenspiel. Daran ändert auch seine kritische Rücknahme am Schluß nichts, da er nicht die Art und Weise, wie er mit diesen Kategorien umgeht, in Frage stellt, sondern sich nur aus dem Problem der Periodisierung herausstiehlt. Daß wir ihn hier abdrucken, hat vor allem drei Gründe: 1. bezieht sich Bonefeld auf diesen Text, und wer ihn gelesen hat, wird besser verstehen, warum Bonefeld so eindrücklich und emphatisch nach dem Konstituiertsein der Formen fragt. Er kritisiert dabei den Ansatz von Clarke, weil er im Unterschied zu den Strukturalisten und Regulationisten dem Klassenkampf eine wichtige Rolle einräumt, aber trotzdem das Kapital als das eigentliche Subjekt der Geschichte akzeptiert. 2. ist die Darstellung bei Clarke mit seinem Hin-und-Her von Kapitalentwicklung und Klassenkampf nicht unähnlich den Vorstellungen, wie sie im neueren »us-amerikanischen« Operaismus gepflegt werden und unsere Diskussionen beeinflußt haben. Möglicherweise lassen sich die Schwachpunkte des eigenen Denkens in seiner Karikatur deutlicher wahrnehmen. 3. geht es um

ein wichtiges Thema. Die Frage nach einer »Periodisierung« der historischen Entwicklung und insbesondere der kapitalistischen Staatsform ist aktuell sehr wichtig, wo alle Welt vom Ende des keynesianistischen Wohlfahrtsstaats spricht, ohne daß überhaupt geklärt ist, was der Staat als solcher und seine angeblich besondere Form als Sozialstaat sein soll. Dazu müßten wir über die von der herrschenden Geschichtsschreibung und Politikwissenschaften vergebenen Titel wie »Liberalismus« und »Keynesianismus« hinausgehen. Wie schwierig das ist, zeigt der Aufsatz von John Holloway im Zirkular 28/29, der inhaltlich einige Mythen über den »Keynesianismus« zerstört, aber bei der Periodisierung an diesem Etikett hängenbleibt. Der historische Einschnitt in den 70er Jahren wird damit weiterhin begrifflich am Staat festgemacht, der so doch wieder als Subjekt unterstellt ist, und nicht an den Bewegungen der Arbeiterklasse. Um das Begreifen des historischen Bruchs aus dem Inneren der Arbeiterklasse selbst geht es in den folgenden Texten.

Die zwei nächsten Beiträge stammen aus dem Umfeld des italienischen Operaismus und gehen dem zentralen Begriff der *Klassenzusammensetzung* und ihrer Veränderung nach. In dem kurzen Zeitungsartikel *Der verlorene Ort des Konflikts* korrigiert Marco Revelli die übliche Betrachtungsweise der 77er Bewegung in Italien als die häßliche und destruktive Revolte im Vergleich zu der »schönen Revolution« von 1968. Die 77er Bewegung sei viel stärker als '68 der Anfang von etwas neuem gewesen. Indem sie das endgültige Ende der hegemonialen Kultur einer Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts markierte, stellte sie erstmals radikal die Frage, wohin sich der Ort des antagonistischen Konflikts angesichts der Umstrukturierungen in der Produktion verlagert. Die Frage ist nach Revelli weiterhin offen, aber sie sei von den »Chaoten« von '77 zum ersten Mal in visionärer Weise aufgeworfen worden.¹

Im zweiten Text – *Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die »neue Klassenzusammensetzung«* – setzt sich Roberto Battaglia 1980 kritisch mit einer theoretischen Behauptung Negris auseinander, welche vor allem den hegemonialen Anspruch der »Organisierten Autonomie« über die Jugendbewegung von '77 zum Ausdruck gebracht, theoretisch aber sehr elegant und vielversprechend am operaistischen Erbe angesetzt hatte: der »gesellschaftliche Arbeiter«, Träger der neuen Bewegung und Erbe des »Massen-

¹ Von Marco Revelli haben wir das Buch »Lavorare in Fiat« übersetzt (»Schichtwechsel: Fiat und die ArbeiterInnen«, Thekla 15, leider vergriffen), in dem er die Geschichte der Kämpfe bei Fiat von der Wanderung der Südtaliener nach Norden bis zur Niederlage der ArbeiterInnen 1980 darstellt. Das Buch endet mit einem pessimistisch getönten Epilog vom Ende der 80er Jahre – eben »der verlorene (und noch nicht wiedergefundene) Ort des Konflikts«.

arbeiters«, sei die neue ziehende Klassenzusammensetzung, die in ihren Verhaltensweisen von »Selbstverwertung« bereits den Kapitalismus überwunden habe ... Ganz pragmatisch hatten wir schon damals ein anderes Verhältnis zu Negris Thesen, denn die befreiende »Selbstverwertung« hatten wir in den sich rasch kapitalisierenden »Alternativbetrieben« in der BRD direkt vor der Nase, und auch heute werden von Cleaver oder Negri allzu leichtfertig Verhaltensweisen mit dem Etikett »Selbstverwertung« belegt, die unschwer als Formen der Reproduktion des Kapitals zu erkennen sind.

Theoretisch-politisch war die These von Negri allerdings der Versuch, eine historische Zäsur im Klassenkampf zu begreifen, die nach wie vor eine offene Frage darstellt. Der Aufsatz von 1980, der mit heißer Feder in der politischen Auseinandersetzung geschrieben wurde, rekapituliert den Ausgangspunkt und die theoretischen Grundlagen des »ersten Operaismus« und zeigt, warum der Versuch von Negri nicht gelingen konnte: *»Das typisch operaistische Interpretationsschema (das begrifflich auf die Fabrik bezogen ist) verliert, wenn es ausgeweitet wird, um das ›Gesellschaftliche‹ zu begreifen, unausweichlich sein charakteristischstes Kennzeichen: die enge Verbindung Subjektivität-Objektivität, Produktionsweise-Rebellionsweise.«* Trotzdem ist z.B. von Harry Cleaver die These des gesellschaftlichen Arbeiters weitergeführt worden, wobei der Begriff »Klassenzusammensetzung« immer mehr seinen politischen Inhalt verloren hat und heute zunehmend nur noch die Beschreibung einer soziologischen Mischung der Arbeiterklasse aus verschiedenen Gruppen und Schichten meint – oder irrtümlich, wie in Holloways Text »Krise, Fetischismus, Klassenzusammensetzung« im Zirkular 34/35, zur Kennzeichnung einer besonderen politischen Qualität und Stärke der Arbeiterklasse gebraucht wird. Den engen Zusammenhang zwischen Subjektivität (Gesamtarbeiter – Arbeiterklasse) und Objektivität (das Kapital und seine Gestalt im Produktionsprozeß als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß) gibt es dann aber nicht mehr, sondern zwei getrennte Welten von Arbeiterklasse und Kapital, die nur äußerlich aufeinander einwirken. Zur Kritik dieser Vorstellung siehe den Text von Werner Bonefeld in diesem Zirkular.

Der Aufsatz »Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter« erinnert daran, daß der frühe oder erste Operaismus gerade keine subjektivistische Betrachtungsweise war, sondern von der *»historisch bestimmten Materialität der Ausbeutung«* ausging, um den Antagonismus bestimmen zu können. Dies habe ihn davor bewahrt, *»den Kämpfen von außen und ganz willkürlich einen ›Sinn‹ beizumessen, der von ihren Inhalten losgelöst wäre.«* (... eine Versuchung, von der wir uns auch nicht immer freisprechen können.) Entsprechend präzise bemühte sich z.B.

Romano Alquati², im unmittelbaren Produktionsprozeß die Vorgänge zu identifizieren, durch die den ArbeiterInnen ihre eigenen Tätigkeiten als Qualitäten des Kapitals und seiner Hierarchie erscheinen.

Dem letzten Aufsatz in diesem Zirkular, *Kerne kontrollierter Selbständigkeit – Die Textil- und Bekleidungsindustrie im Veneto* von Devi Sacchetto, ist die Herkunft aus einer Uni-Arbeit anzumerken, daher liegen die wesentlichen Thesen etwas versteckt im Text. Im letzten Zirkular hatten wir seinen kurzen, politisch zugespitzteren Beitrag *Der globale Instinkt* übersetzt, in dem er davor warnt, in der Globalisierungsdebatte nur die magischen Fähigkeiten des Kapitals zu sehen. Stattdessen müssen wir zunächst einmal genau hinschauen, was wirklich passiert, welche Kräfte sich gegenüberstehen (siehe Albanien), und genau das hat Devi Sacchetto im Rahmen einer umfassenden Arbeit getan, die er in diesem Artikel zusammenfaßt. Er konzentrierte seine Untersuchung auf den Veneto (wo er selber wohnt und die ArbeiterInnen kennt, mit denen er viele Interviews gemacht hat), also auf das mystifizierte Industrie-Dreieck im Nordosten Italiens, von wo aus die berühmt-berüchtigten Textilkonzerne Benetton, Stefanel u.a. ihren Siegeszug um die Welt antraten. Er untersucht im einzelnen wie die »dezentralisierte Fabrik« mit ihren »Kleinbetrieben« und »flexiblen Netzwerk-Unternehmen« dort funktioniert. Die Redaktion der Zeitschrift »altreragioni«, der wir diesen Aufsatz entnommen haben, hat einige Untersuchungen zu Kleinbetrieben veröffentlicht, um endlich aus der Entgegensetzung zwischen post-fordistischen Märchenerzählern der »neuen Kreativität«, »Ende der Klassengesellschaft« usw. und der sturen Behauptung der »Zentralität der Großfabrik« rauszukommen. Indem Devi die Dynamik in den neuen Produktionsstrukturen untersucht, vermeidet er formale Gegenüberstellungen von Klein- und Großbetrieb, von selbständigen Arbeitern und Kleinunternehmern, wie wir sie in unseren Diskussionen finden. Er zeigt z.B., daß die Kleinunternehmer einerseits für die Großkonzerne wie Arbeiter im Akkordlohnsystem funktionieren, wie aber andererseits der Gründermythos dieser »Selbständigen« sich spätestens in der nächsten Generation von »Firmeninhabern« zur »ganz normalen Klassenspaltung« zwischen Chefs und ArbeiterInnen verfestigt. Die Gründermythen können also nicht reproduziert werden und auf Dauer die Rückkehr des offenen Klassenkonflikts verhindern. ■

Köln, F., Anfang April 1997

² Siehe vor allem Romano Alquati, Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti, in: Thekla 5; sowie seine Schriften zu Fiat in Thekla 6. Siehe auch: Raniero Panzieri, Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus (Thekla 7).

Lieber das Chaos der Rebellion, als die (West-) Ordnung der Herrschenden!

ALBANIEN

Redebeiträge einer Veranstaltung in Mannheim/Ludwigshafen am 4. April '97

Die Albaner sind kriminell, gewalttätig und skrupellos. Sie sind extrem verarmt und deshalb geldgierig; das noch auf eine naive Art, wie ihre massenhafte Beteiligung an dubiosen Pyramiden zeigt. Es sind unzivilisierte Bergstämme, die die Blutrache praktizieren; durch 50 Jahre stalinistische Herrschaft sind sie unfähig zu Demokratie. Sie sitzen in den Häfen von Durrës und Vlorë, auf dem Sprung in den Westen, wo sie alsbald Drogenhändler und Handlanger der Mafia werden.

Wir machen diese Veranstaltung deshalb, weil wir dem rassistischen Vorurteil gegen die albanische Bevölkerung was entgegensetzen wollen. Zumal diese Vorurteile, teilweise etwas diskreter formuliert, durchaus auch in der TAZ verbreitet werden. Oder etwa ein Flugblatt französischer AnarchistInnen, das ich letzte Woche in die Hand bekam: dort wurde der Aufstand in Albanien grad mal so gleichgesetzt mit den Konflikten in Jugoslawien.

Der derzeitige Rassismus dient der Legitimation des Vorgehens gegen Flüchtlinge; wir haben alle die Ereignisse in Italien mitgekriegt. Bei gerade mal 10 000 Flüchtlingen wird der Notstand ausgerufen. Was diesen Rassismus zusätzlich brisant macht: er dient gleichzeitig der ideologischen Vorbereitung der Intervention. Diese ist schon voll im Gange. Sie kommt als humanitär daher. Hilfslieferungen mit militärischer Absicherung. Man gibt vor, verhindern zu wollen, daß die Hilfslieferungen von marodierenden Banden kassiert werden. Bei den Beschlüssen von OSZE und UN-Sicherheitsrat geht es nicht um Hunger. Es geht, wie der Name schon sagt, um die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa, sprich der Sicherheit des Kapitalismus. Die Hilfslieferungen werden zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität in Albanien eingesetzt werden, indem sie dosiert vergeben werden über diejenigen, die die Herrschenden wieder aufpäppeln wollen. Und sie dienen zur Legitimation der militärischen Präsenz. Sie sind ganz unmittelbar Aufstandsbekämpfung. Deshalb ist ein klares Nein auch zu dieser humanitären Intervention sehr wichtig. Umso mehr, als das Internationale Rote Kreuz den militärischen »Schutz« nicht wünscht.

Wir machen die Veranstaltung wegen der politischen und geschichtlichen Dimension, die der albanische Aufstand selbst hat. Wann ist es in Europa zum letzten Mal vorgekommen, daß die Bevölkerung einer ganzen Region den Staat außer Kraft gesetzt hat?

Albanien

Albanien ist nach Slowenien das kleinste Land des Balkans. In Albanien leben ca. 3 Millionen Menschen. In anderen Ländern ungefähr noch mal so viele: die meisten im Kosovo, einer südlichen Region in Jugoslawien. Außerdem in Italien, der Türkei, der Ukraine, Rumänien und in anderen europäischen Ländern, außerdem in Ägypten und den USA. Albanien ist ganz nah. Mit dem Flugzeug nach Korfu, von dort noch 5 Kilometer mit dem Schiff. Nach Italien sind es 80 Kilometer. Albanien hat Landgrenzen mit Montenegro, Kosovo, Makedonien und Griechenland.

Für Ethnologen gilt die albanische Bevölkerung als »ethnisch homogen«. Es gibt zwei Sprachströmungen, die *Tosken* und die *Gegen*. Die Tosken leben im Süden, wo das Zentrum des Aufstands ist. Die Zeitungen haben diesen Sachverhalt gleich begierig aufgegriffen, um damit den Aufstand als ethnischen Konflikt zu deuten. Das ist er aber nicht. Auch der Norden und die Hauptstadt Tirana waren im Aufstand, nur konnten sich die Rebellen dort nicht durchsetzen. Also nix ethnischer Konflikt à la Jugoslawien, Norden gegen Süden oder sowas. Mal abgesehen davon, daß auch schon in Jugoslawien die ethnischen Kategorien oft Propaganda waren und die Konfliktlinien quer dazu verlaufen sind. Im Süden lebt eine griechische Minderheit. Albanische Angaben schätzen sie auf 40 000. Die griechische Regierung behauptet, es wären 400 000. Deshalb, weil sie mit der sogenannten Nordepirus-Frage Gebietsansprüche auf Albanien stellt.

Albanien wird oft als Armenhaus Europas beschrieben. Der Lebensstandard ist sehr niedrig. 1991 hatten nur 28 Prozent der städtischen und ein Prozent der ländlichen Haushalte einen Kühlschrank. 1990 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen auf \$ 50 geschätzt.

Vor einigen Jahren hätten wir Albanien noch als Dritte-Welt-Land bezeichnet. Albanien ist aber ein gutes Beispiel dafür, daß diese Kategorie heute nicht mehr taugt, um die Welt zu verstehen. Es ist wichtig zu verstehen, daß Albanien noch vor kurzem ein Industrieland war. Weil von einem Dienstleistungssektor kaum die Rede sein konnte, war der Anteil der Industrie (nach der Nomenklatura der Weltbank) höher als etwa in den USA.

Es kam in Albanien erst relativ spät, 1912, zur Gründung eines Nationalstaats. Bürgerliche Soziologen leiten daraus die Neigung der Albaner zur Anarchie ab. Durch die langen Phasen der Fremdherrschaft (der Besetzung durch

das osmanische Reich und viele andere, später Italien) hätten die AlbanerInnen nie ein positives Verhältnis zum Staat entwickeln können. Diese Antistaatlichkeit wäre noch verstärkt worden, durch die stalinistische Herrschaft nach 1945. Bis zu Mussolinis Sturz 1943 war Albanien faktisch italienisches Protektorat, von 1943-45 war es von der deutschen Wehrmacht besetzt. Wie überall auf dem Balkan entwickelte sich ein Partisanenkampf, an dessen Spitze sich mehr und mehr die Kommunisten unter Enver Hodscha setzten. Die Kollektivierung ist spätestens 1960 abgeschlossen. Das Regime gilt dabei als stalinistischer als Stalin selbst. So ist z.B. bis 1981 selbst die private Tierhaltung für Bauern verboten. Wie in allen sozialistischen Entwicklungsdiktaturen dieser Phase setzten die albanischen Stalinisten auf Schwerindustrialisierung. Albanien ist nach dem Weltkrieg zunächst mit Jugoslawien unter Tito verbündet. Von 1948-61 mit der SU. Von 1961 bis etwa Mitte der 70er Jahre mit China. Anschließend gibt es keine Bündnispartner mehr. Das Regime verstärkt seine Abschottung noch und versucht wirtschaftliche Autarkie zu erreichen. Das funktioniert noch im Bereich der Ernährung (Brotgetreideautarkie). Für die Menschen bedeutet es aber einen weitgehenden Verzicht auf Konsumgüter aller Art. 1990 galt ein Kofferradio noch als extremer Luxus. Auch gegen die 68er Bewegung, die ja auch in Jugoslawien, in Griechenland und im nahen Italien lief, wird das Land abgeschottet.

»Die Imperialisten und Revisionisten raten uns, aus unserem Land ein Wirtschaftshaus mit zwei Türen zu machen, wo das Schwein und die Sau mit Unterhosen oder ohne Unterhosen und mit Haaren bis über die Schultern eintreten können und wo die Hippies ihre Tänze aufführen können, um die schönen Tänze unseres Volkes zu verdrängen.« (Hodscha, 1973, nach Südosteuropa-Handbuch.) Verboten waren lange Haare für Männer, Vollbärte, ausgestellte Hosen. für Frauen Miniröcke, und tiefe Ausschnitte. Diese Abschottung kann in einer Welt des Fernsehens nicht vollständig funktionieren. In den 80er Jahren verfällt die Arbeitsproduktivität zusehends. »... als ein weiterer Faktor, der den Rückgang der Arbeitsproduktivität im vergangenen Jahrzehnt erklärt, kommt hinzu, daß im Zuge der 80er Jahre unter dem Einfluß des ausländischen Fernsehens der albanischen Bevölkerung immer klarer die Diskrepanz zwischen der eigenen, angeblich soviel besseren Lebensweise und dem weitaus höheren Lebensstandard in den Nachbarländern bewußt wurde, wodurch die Arbeitsmoral zunehmend schlechter wurde.« (Dieter Lösch, Ordnungspolitische Standortbedingungen für Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa – Albanien, Hamburg 1991)

Ende der 80er Jahre finden überall im ehemaligen Ostblock Umwälzungen statt. Auch in Albanien versucht sich die Regierung mit kleineren Reformen, allerdings weniger konsequent als Gorbatschows Perestroika. Das stalinistische Wirtschaftssystem war bis dahin absolut zentralisiert. »Immerhin wurden '87 erste vorsichtige Dezentralisierungsmaßnahmen sowie Schritte zur Verbesserung der materiellen Stimulation der Arbeitskräfte eingeleitet. Ferner wurden die

Genossenschaftsmärkte wieder eingeführt, und es wurde den Brigaden wieder gestattet, Kleinherden zu halten und für die Selbstversorgung zu nutzen.« (Dieter Lösch, a.a.O., S. 111). Die Unzufriedenheit der Bevölkerung zwingt die Regierung zu mehr als diesen kleinen Reformen. »Ohne daß die Reformen noch etwas am alten System änderten, begann es infolge eines Verfalls der Arbeits- und Planerfüllungsdisziplin bereits noch schlechter zu funktionieren als zuvor. Die daraus resultierende spürbare Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung heizte den Widerstand gegen das Regime an. Es kam zu einer vorrevolutionären Situation, mit wilden Streiks und anderen Auflösungserscheinungen, in deren Gefolge sich die Regierung Alia gezwungen sah, Oppositionsparteien zuzulassen und die politische Liberalisierung anzukündigen. Der Druck von unten eskalierte jedoch weiter und führte zur Abberufung der Regierung im Februar '91. Kurz darauf kam es zum Sturz der Hodscha-Statue auf dem Skanderbeg-Platz, einem Ereignis, das für das Bewußtsein der Albaner ähnliche Auswirkungen hatte, wie die Öffnung der Mauer für die DDR-Bürger« (ebd., S. 106). Im Mai 1991 kommt es zum Generalstreik mit der Forderung nach 100 Prozent Lohnerhöhung. Die Wissenschaftler beklagen, daß die Bewegungen teilweise erfolgreich sind, also, daß das Regime zuviele Zugeständnisse macht, und von daher die nötigen Schritte zur Transformation nicht entschieden genug forciert. Z.B. daß die ArbeiterInnen durchgesetzt haben, daß sie 80 Prozent des Lohns weiterbeziehen, wenn sie arbeitslos sind oder wenn der Betrieb nicht oder nur teilweise arbeitet. Oder etwa den Verlauf der Privatisierung. In einigen Staatsbetrieben traut sich die Regierung nicht, weil sie Angst hat vor den wütenden Reaktionen der ArbeiterInnen auf die mit der Privatisierung verbundene Entlassungen. In anderen Fällen kommt es zu »wilden Privatisierungen« auf allen Ebenen bis hin dazu, daß sich die ehemaligen Tractoristas der Genossenschaften die Traktoren unter den Nagel reißen und dann als Traktorfahrer selbständig machen.

Wer ist Berisha?

Berisha kommt – wie viele andere Politiker auch – aus der inneren Machtclique um Enver Hodscha. Er war sein Leibarzt. Nach dem Sturz »des Kommunismus« fand er sich auf der richtigen Seite. Er hatte nämlich, und das war etwas besonderes im stalinistischen Albanien, in Paris studiert und konnte deshalb nach der Wende sehr schnell die richtigen Kontakte ausbauen oder finden. Seine »Demokratische Partei« (PD) wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gepöppelt und ist Mitglied im europäischen Dachverband der konservativen Parteien. Besondere Beziehungen bestehen zur CSU, wohl noch ein Überbleibsel aus alter Zeit: Strauß war gerngesehener Gast im stalinistischen Albanien. Bei den Wahlen 1992 erhielt die PD die Mehrheit, Berisha wurde Staatschef. Es gelang ihm, nicht

nur die Instrumente der Repression (wie z.B. den Geheimdienst) aus dem alten System in die »Demokratie« herüberzuretten, sondern auszubauen. Mit Hilfe vieler Freunde aus seiner Heimat Bajram Curri im Norden baute er seine persönliche Hausmacht auf. Er stützt sich also nicht nur, vielleicht noch nicht einmal so sehr, auf seine Partei, sondern auf die Organe des Staatsapparates, der mit seinen Leuten durchsetzt ist. Nepotismus nennt man das, und es war auch allen bekannt. 1994 verlor er mit 54 Prozent eine Volksabstimmung über die von ihm vorgelegte Verfassung; dieser Fehler sollte sich nicht wiederholen. Die Parlamentswahlen 1996 waren derart schon im Vorfeld manipuliert, daß nicht nur viele Parteien dann gar nicht mehr kandidierten, sondern später auch die Wahlbeobachter der OSZE fast einhellig ein vernichtendes Urteil abgaben. Parteien durften keine Wahlwerbung betreiben; Politiker wurden eingeschüchtert, Stimmen gekauft, Ergebnisse gefälscht. Entsprechend stellt die PD das Parlament fast alleine. Zu den Kommunalwahlen im Herbst ließ Berisha gleich gar keine Beobachter mehr einreisen. Das alles hinderte die EG, den IWF usw. natürlich nicht, sehr gut mit ihm zusammenzuarbeiten. Albanien bekam die höchste Pro-Kopf-Hilfe aller osteuropäischen Länder (man kann sich nach dem Pyramiden-Desaster vorstellen, wo das Geld gelandet ist).

Weil alle Mächte der Welt ihm den Rücken freihielten – und offenbar weiter freihalten – konnte er sich zum Quasi-Diktator aufschwingen. Politiker, Journalisten, Intellektuelle, aber auch die einfachen Leute waren eingeschüchtert – viele fürchteten ganz konkret um ihr Leben. Nicht nur die Opposition, sondern jeder der nicht spurte, wurde zum Objekt des Geheimdienstes; so erklärte z.B. auch der oberste Richter Zef Brozi: »Noch bin ich fit und kerngesund. Sollte ich demnächst plötzlich sterben, dann fragt den Präsidenten Berisha, wie das geschah.« (Spiegel, 38/95). Das erklärt auch zwanglos, warum die aufständische Bevölkerung zuerst mit den Geheimdienstleuten abrechnete (wenn auch auf eine sehr humane Art) und die Gefängnisse öffnete. Und warum ihre zentrale Parole »Weg mit Berisha« ist. Sollte er nämlich im Amt und an der Macht bleiben, dann werden er und sein Geheimdienst sich gnadenlos an seinen Feinden rächen. Wehe dann Vlorë!

Die Pyramiden

Bei den Wirtschaftsdaten immer dran denken: In Albanien ist ein Teil der Wirtschaft Schattenwirtschaft, d.h. informeller und illegaler Bereich. Auch in Bezug auf die Arbeitsemigration kann es keine verlässlichen Zahlen geben, da der größte Teil illegal ist. Und offizielle Wirtschaftsdaten waren schon zu Hodschas Zeiten gnadenlos geschönt. Und die Leute, die die Statistiken erstellen, sind wahrscheinlich immer noch dieselben wie damals. Ein Beispiel: Die offizielle Arbeitslosenquote ist 14 Prozent. Schätzungen liegen bei 70 Prozent.

Wenn man »Pyramiden« hört, denkt man wahrscheinlich an die Pyramidenspiele, vor denen Eduard Zimmermann in »Nepper, Schlepper, Bauernfänger« immer warnt und die z.Z. auch in Ludwigshafen wieder zugange sind. So sind sie halt, die Albaner: Naiv, dumm, gierig... Aber die Geldanlagefirmen, deren Zusammenbruch die Aufstände auslöste, lassen sich damit nicht vergleichen. Sogar die ZEIT gibt zu, daß die Anleger in der Mehrheit weniger naiv waren, »als die Zahnärzte und Immobilienmakler, die auf sektenartige Investmentclubs in Deutschland hereinfallen.«

Viele der albanischen Investitionsfirmen fingen nach der Wende als ganz normale Firmen an. Bis heute gibt es in Albanien keine Privatbanken und bei staatlichen Sparkassen hapert es bei der Kreditvergabe an private Firmen. Deshalb liehen sich neue Unternehmer Geld für Investitionen privat und boten attraktive Zinsen. Vefa, die größte dieser Firmen, behauptete, mit Tausenden Hektar Grundbesitz, 30 000 Stück Vieh, Fabriken, Bergwerken und Supermärkten im Jahr \$ 180-200 Millionen Gewinn zu machen. Andere Firmen konnten Tankstellen und Motels vorweisen. Die Albaner hatten den Eindruck, sie profitierten von den Geschäften wie mit Aktien. Staat und Regierungspartei hofierten die erfolgreichen Unternehmer und nahmen gerne deren Spenden an. Das half mit, den Anschein von Seriosität zu erwecken, und erklärt, warum die Albaner so sauer auf die Regierung sind und von ihr die Verluste erstattet haben wollen.

Einige der Investmentfirmen haben jahrelang funktioniert, wie z.B. die vorhin erwähnte Vefa, die ihren Kunden acht Prozent Zinsen im Monat zahlte. Jeden Monat bekam man seine Zinsen an den Auszahlungsstellen wie ein Gehalt, eine Rente oder wie Arbeitslosengeld.

Die Anzahl der Investoren wird auf 500 000 bis 800 000 geschätzt, das Einlagevolumen auf \$ 2-3 Milliarden. Der Chef der albanischen Zentralbank schätzt, daß 65 Prozent des im Lande zirkulierenden Geldes durch eine dieser Firmen ging.

Albanien ist das ärmste Land Europas. Wo haben die Leute das Geld her? Nach 1991 brach die Industrie fast vollständig zusammen, weil sie so marode und antiquiert war, daß importierte Güter einfach viel billiger waren. (So ähnlich wie bei der DDR, nur gab es keine Sponsoren.) Die EU, der IWF, USA, die BRD und Italien gaben seit 1991 \$ 1 Milliarde an Entwicklungshilfe (das ist in etwa soviel, wie dieses Jahr in Deutschland für Osterkram ausgegeben wurde), davon gingen nur ein Viertel in den Aufbau von Industrie und Infrastruktur. Das Engagement des internationalen Kapitals ist eher gering: es gibt etliche Textilklitschen in ausländischem, meist italienischem, Besitz, die von den Niedriglöhnen profitieren. Bodenschätze gibt es, am wichtigsten ist Chrom. 1989 war Albanien der drittgrößte Chromproduzent der Welt, die Fördermenge war in diesem Jahr allerdings achtmal größer als 1993, danach stieg sie wieder und hat

seitdem um über 60 Prozent zugelegt. Das ist aber lediglich ein Fünftel des Wertes von 1989.

(Der Anteil der Industrie am BSP betrug 1990 37,2 Prozent, 1994 noch 12,6 Prozent, während der Anteil der Landwirtschaft im selben Zeitraum von 40,2 auf 55,5 Prozent stieg. Der Anteil der Landwirtschaft in Bezug auf die Arbeitskräfte war 1993 64,7 Prozent.)

Die Landwirtschaft ist inzwischen privatisiert und auch dort steigt die Produktion seit 1993 wieder, nachdem Anfang der 90er Jahre der Rückgang der Produktion sogar zu Nahrungsmittelengpässen geführt hatte. Auf diesem extrem niedrigen Niveau kam es dann zu Wirtschaftswachstumsraten von durchschnittlich 8 Prozent im Jahr, die den Anschein des Aufschwungs erweckten. Der Direktor der Weltwährungs fonds lobte das Land 1994 als eine der großen Erfolgsgeschichten. Albanien galt als Musterland für Osteuropa. Und die Albaner haben das geglaubt. Sie haben gedacht, über ihre Einlagen nehmen sie Teil an diesem allgemeinen Aufschwung, der von Regierung und IWF ja ständig behauptet wurde. Dazu kam, daß die Infrastruktur nach der Wende so kaputt war, daß das Auftauchen von neuen Hotels, Autos, Tankstellen dies zu belegen schien.

Die offizielle Arbeitslosenrate hat sich seit 1993 halbiert. Das heißt aber nicht, daß es wieder Jobs in Albanien gibt. Nach Schätzungen arbeiten 500 000 Albaner im Ausland, 90 Prozent davon in Griechenland, zumeist illegal. D.h. jeder siebte Albaner verdient sein Geld im Ausland. 1993 konnte ein Albaner in Griechenland \$ 20 am Tag verdienen, in Albanien mußte er für diese Summe einen halben Monat arbeiten. Viele sind nicht ständig, sondern nur saisonal oder als Pendler im Ausland. (1993 weist Griechenland 20 000 illegale Albaner aus, 1994 100 000. Allein im August 1996 werden 7000 Albaner ausgewiesen.)

Da die Zinsen in Albanien sehr attraktiv sind, wird ein großer Teil der Auslandseinnahmen dorthin überwiesen. Diese Überweisungen machten 1993 20 Prozent des BSP aus, 1996 sollen das \$ 400 Mio gewesen sein. (Bei 500 000 Arbeitsmigranten sind das im Schnitt pro Nase \$ 800.)

Das ist eine einfache Erklärung, warum der Süden reicher, von den Zusammenbrüchen stärker betroffen und daher rebellischer ist: Griechenland ist einfach näher.

Der Verkauf von Subsistenzmitteln – Häusern, Wohnungen, Land, Vieh – scheint verbreitet gewesen zu sein, um an Geld für die Pyramiden zu kommen. Es gibt sehr viele Einzelberichte darüber, quantifizieren läßt sich das allerdings nicht.

Eine weitere Methode des Gelderwerbs: Schmuggel und Menschen schmuggel. Die Bilder von 1991, als Tausende nach Italien flohen, sind noch in Erinnerung. Aber nicht nur Albaner: Als 1995 nach dem Schengener Abkommen die EU die Außengrenze schärfer kontrolliert, verschärfen auch die osteuropäischen Staaten die Einreisebestimmungen. Albanien ist danach das einzige europäische

Land, in das Bürger aus asiatischen und afrikanischen Staaten ohne Visa einreisen können. Der SPIEGEL 15/95 berichtet, daß pro Nacht mehrere hundert illegale Einwanderer mit Schnellbooten weiter nach Italien gebracht werden. Im Herbst 1996 ergreift die albanische Regierung unter dem Druck von Italien und Griechenland demonstrative Maßnahmen gegen die Schmuggler: Die Schnellboote werden beschlagnahmt, vor allem in Hafen von Vlora (während der Rebellion werden diese Boote wieder zurückerobert). Eine andere Schmuggelvariante ist das Unterlaufen des Handelsembargos im Bosnienkrieg, v.a. Benzinschmuggel.

1992 war ein Bankengesetz verabschiedet worden, das vorsah, daß die Staatsbank die Hinterlegung von Sicherheitsreserven verlangen konnte. Dies diente der Sicherheit der Guthaben. 1996 fiel dieser Paragraph auf Anraten des IWF bei der Verabschiedung eines neuen Bankengesetzes weg. Daraufhin wurden die Zinsofferten der Anlagefirmen immer wunderbarer. Im Wettstreit der zuletzt ca. 30 Investmentfirmen um das Geld der Albaner stiegen die Zinsen einiger dieser Firmen auf 100 Prozent im Monat, und sogar noch höher. Die mit den ganz abenteuerlichen Zinsen scheinen nur noch auf Abzockerei ausgewiesen zu sein.

Für eine dieser Firmen, Gjallica aus Vlora, hat eine Kommission des Parlaments eine Rechnung vorgelegt: Gjallica hat \$ 800 Mio eingesammelt und davon fünf Sechstel wieder ausbezahlt. »Verloren« gingen den Anlegern also nur ein Sechstel. Die Albaner rechnen jedoch anders: Das was sie bekamen, waren ja Zinsen. Ihnen ging nicht nur ihr Guthaben verloren, sondern auch die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, vor allem da sie ja einen Teil ihrer Subsistenzmittel verkauft hatten.

Der IWF bezeichnete Albanien als Musterkind und Erfolgsstory, was nichts anderes bedeuten kann, als daß sich die Berisha-Regierung nach Kräften bemüht hat, die Einführung der »freien Marktwirtschaft« zu beschleunigen. Das heißt: Deindustrialisierung ohne Treuhand, Privatisierung ohne Abfederung, usw. Die Pyramiden dienten als Sozialstaatsersatz. Das Pyramidenexperiment, vom IWF gedeckt, war eine Methode, um einerseits Geld und Subsistenzmittel aus der Bevölkerung zu saugen, andererseits um das Nichtentstehen von blühenden Landschaften zu verdecken. Insofern war es erfolgreich: Die alte Industrie ist im wesentlichen weg, das Geld der Leute auch: jetzt hätte man ein Land voller Proletarier, denen man Ausbeutungsbedingungen wie in Südostasien oder Lateinamerika zumuten könnte. Wenn, ja wenn sie sich das hätten gefallen lassen.

Aber bereits nach der Wende haben die Albaner die ihnen in Rahmen der Neuen Weltordnung zugewiesene Rolle nicht übernommen. Eine Studie, die 1996 die sogenannten »Übergangsprobleme« untersucht, bedauert, daß die Beschäftigtenzahl in der Industrie weniger stark zurückgeht als die Produktion. Sie begründet das mit dem sozialen und politischen Druck auf die Regierung, der

verhindert, daß in unproduktiven Fabriken noch stärker abgebaut wird. »Die wichtigste Ressource Albaniens ist billige Arbeitskraft«, schreibt das Wall Street Journal im August 1996. Anstatt zu Drittweltlöhnen aus den westlichen Industrieländern »ausgelagerte« Jobs zu machen, sind viele Albaner jedoch lieber ins Ausland gegangen oder haben sich profitableren Einnahmequellen zugewandt. Auch die ausländischen Besitzer der Textilklitschen, die den Frauen \$ 2-3 am Tag zahlten, wurden nicht wirklich glücklich, es gab Streiks.¹ Ausländische Helfer klagten, besonders im letzten Jahr, darüber, daß für Gelegenheitsarbeiten niemand mehr zu finden war. Die Arbeitsmoral verhielt sich umgekehrt proportional zu den Zinsen. Der Vertreter der Weltbank in Tirana hebt die positiven Seiten des Zusammenbruchs hervor: Nun würde das Geld endlich in echte wirtschaftliche Entwicklung fließen.

Im Februar sagte der Chef der Vefa, der letzte der Investmentchefs, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Knast oder geflohen war: die wütenden Investoren sollten die Ärmel hochkrempeln und zurück an die Arbeit gehen, anstatt zu protestieren und zu brandschatzen.

Im letzten Jahr warb Berishas demokratische Partei mit dem Wahlkampfslogan: »Mit uns gewinnen alle«. Aber die Pyramiden enthüllen den Albanern das Gesicht des Kapitalismus. Ja, es ist wahr, man kann reich werden, aber eben ganz wenige und die auch nur auf Kosten der anderen. Die Pyramiden enthüllen aber auch die Wahrheit über die Macht der Neuen Weltordnung. Sie endet da, wo die Macht des Proletariats anfängt.

Die Medien im Westen

Auf unserem Veranstaltungsplakat haben wir einige schöne Beispiele für die Berichterstattung zu Albanien:

»Albanien versinkt in Anarchie und Chaos«

»Aufbruch ins Chaos«

»Albanien stürzt in die Anarchie«

»A Case of Alarming Anarchy«

(»Ein Fall von besorgniserregender Anarchie«) Usw. usf.

In den Artikeln setzt sich das fort:

FAZ, 7.3.: »Ethnische Unterschiede zwischen Süd- und Nordalbanern, Tosken und Gegen, Rivalitäten zwischen einzelnen Clans, Konkurrenz zwischen den Städten prägen die Auseinandersetzungen. (...) Die Blutrache, eine vorzivilisatorische Form der Gerechtigkeit,

¹ Siehe auch die Anekdote, die in dem Text »Der globale Instinkt« angeführt wird; in: Wildcat-Zirkular 34/35, S. 32.

(...) meldet sich in Albanien ebenso wieder zu Wort wie andere Verhaltensmuster, die weit in die Geschichte und Vorgeschichte zurückreichen.«

TAZ, 4.3.: »Volkszorn, Gewaltbereitschaft und politischer Protest ergeben in Vlora eine explosive Mischung. (...) Niemand kann Politik und Kriminalität noch auseinanderhalten. (...) Schlepper, Drogenschmuggler und Frauenhändler treiben ganz unverhohlen ihre Geschäfte ...«

TAZ, 11.3.: »Im Süden Albaniens ist die Lust an der Waffe ungebrochen. In Cowboymanier schert man sich kaum um die politischen Entscheidungen im fernen Tirana. Das Gewaltmonopol des Staates ist aufgehoben, Selbstregulierung und Eigenverantwortung fordern ›männliche‹ Werte – wie in den Bergen, wo die Blutrache nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes wieder auflebte, und wie in Südalbanien zu osmanischer Zeit.«

TAZ, 8.3.: »Gewiß ist die Rebellion gegen Tirana (...) auch eine Autonomiebewegung lokaler Mafiazirkel.«

Das sind die Erklärungsmuster, die sie verstehen: Kriminelle, Stammesfehden, Blutrache, Mafia, ethnische und religiöse Gegensätze. Dabei wird aus den Forderungen ganz klar, daß der Aufstand allein politische und soziale Gründe hat: 1. Berisha muß weg 2. Rückzahlung der Gelder.

Arme und Unterdrückte, die gegen Armut und Unterdrückung rebellieren, das darf es nicht geben, schließlich hat der Kapitalismus nach 89 weltweit gesiegt, ein für alle mal. Ganz klar, daß die Revolution nur eine »archaische Verhaltensweise« (FAZ, 7.3.) sein kann.

ZEIT, 7.3.: »Es ist Chaos ausgebrochen in Albanien, ein unerbittliches Ringen zwischen dem aufgebrachten Volk, (...) und der Staatsmacht, die nicht weichen möchte.«

TAZ, 7.3.: »In der Hafenstadt Vlora herrscht nach der Einnahme durch die Aufständischen offenbar völliges Chaos. ›Es gibt keine Polizei und keine Behörden. Die Leute überfallen die Geschäfte und die Betriebe, um sich mit Gütern aller Art einzudecken, berichtet eine spanische Reporterin aus der Stadt. Die Atmosphäre sei nicht von Gewalt geprägt. Es herrsche Volksfeststimmung. Bewaffnete Männer feuerten in die Luft und riefen: Es lebe das befreite Albanien!«

Natürlich gab es Wirrwarr (Chaos) und Anarchie (Herrschaftslosigkeit), schließlich löste sich der Staat schlagartig in Wohlgefallen auf, und beim Aufstand gab es keine Führung. (Ich denke, deshalb sind sie auch so weit gekommen, es gab niemanden, der sie zurückhalten konnte.) Aber das hatte nichts zu tun mit Schrecken oder Gewaltexzessen, wie man es uns weismachen will. Für die Herrschenden ist Revolution per se Chaos.

FAZ, 15.3.: »Stellt man in Rechnung, daß inzwischen ganz Albanien mit seinen 3,3 Mill. Einwohnern vom Aufruhr erfaßt ist, darf man die bisherige Zahl der Opfer von vielleicht 50 Toten als gering betrachten.«

Am 21.3. gibt das US-Stateldepartment eine Warnung vor Reisen nach Albanien heraus, stellt aber darin fest: Albanien hat eine relativ geringe Rate von Gewaltverbrechen.

Es sind Leute umgekommen. Ein erklecklicher Teil nicht im Chaos des Aufstandes, sondern durch die italienische Marine. 80 auf einen Streich. In den Aufstandsgebieten kamen die meisten als Folge von Unfällen mit Schußwaffen und Querschlägern um. Wenn Leute gezielt umgebracht wurden, dann zumeist von Seiten des Staates, der Geheimpolizei. Die Aufständischen waren oft sehr gnädig mit ihren Feinden, sogar die verhaßten Geheimpolizisten wurden häufig einfach weggejagt.

Manchmal produziert die Berichterstattung das gewünschte Ergebnis. In dem Ort Tepelene kam ein 16jähriger um, als ein 55jähriger Mann auf Bitten ausländischer Kameraleute in die Luft schießt.

Die bürgerlichen Medien verabscheuen die »New World Disorder« (Washington Times, 11.3.) so sehr, daß sie vor groben Fälschungen nicht zurückschrecken. *The Militant*, eine trotzkistische Zeitung in den USA, schickte Ende März Mitarbeiter nach Albanien. Bei der Überfahrt von Korfu nach Saranda fuhren sie auf einer Fähre mit, die Mehl als Spende von griechischen Institutionen an verschiedene Gemeinden transportierte. Plötzlich kamen drei Motorboote mit Bewaffneten längsseits. Diese kamen aus einem Dorf, das keinen Hafen hat und mußten daher das für sie bestimmte Mehl mit Booten übernehmen. Auf derselben Fähre befand sich auch ein kanadischer Fernsehreporter, der selbstverständlich kein Albanisch konnte. Einer der Militant-Mitarbeiter übersetzte, was sich gerade abspielte. Später bekam er zufällig mit, was der Kanadier seinem Sender berichtete: Bewaffnete Räuber hätten das Mehl auf hoher See geraubt. Weiter bezeichnete er gelegentliche Schüsse in Saranda als »Geschoßhagel«, Jugendliche mit Gewehren als »jugendliche Verbrecher« und den Vorsitzenden des Verteidigungskomitees als »örtlichen Warlord«.

Albanien '97: Geschichte eines Aufstandes

Mitte Januar kollabiert als erste Pyramide die kleine Firma Sude. Daraufhin sperrt die Regierung sofort die Konten von zwei der fünf größten Anlagefirmen Xhaferri und Populli. Gegen beide gibt es schon seit längerem Gerichtsverfahren, aber nur weil sie sich nicht als Firma, sondern als Stiftungen eingetragen hatten.

Daraufhin versammeln sich die Einleger in mehreren Städten und verlangen ihr Geld zurück. Polizei erscheint. Am 19. Januar durchbrechen 3000 Menschen

den Polizeikordon und ziehen auf den Skanderbeg-Platz in Tirana. Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt es auch anderswo, und es wird schnell klar, daß es den Leuten um ihr Geld geht, aber auch um viel, viel mehr. Anfangs sind sie wütend auf Berisha, weil er sie mit der Sperrung der Konten um einen Teil ihrer Einnahmen bringt; dann aber kapiieren sie sehr schnell, was mit ihnen tatsächlich geschieht. Ihre Ersparnisse sind möglicherweise weg, die Wirtschaft funktioniert doch nicht, und sie denken vielleicht an die Löhne, die in den paar italienischen Textilfabriken gezahlt werden – wenn man überhaupt einen Job im Land findet. Und sie denken an die Brutalität von Polizei und dem Geheimdienst SHIK, vor denen, wie früher, jeder Angst hat. Mal wieder hat ihnen der Staat klar gemacht, was sie sind und was sie zu sein haben: Menschen, die nichts haben außer einer fast wertlosen Arbeitskraft, Proletarier eben. Und deshalb wird der noch amtierende Ministerpräsident Meksi kurz vor seinem Rücktritt auch zurecht sagen: »Aber es handelt sich in Ausmaß und Form um einen Bürgerkrieg, um eine proletarische Revolution, um den gewalttätigen Kampf um die Macht.«

Die Versammlungen vor den Auszahlungsstellen werden wütender, die Polizei rabiater. Auseinandersetzungen nehmen zu; vor allem dort, wo die beiden Pyramiden groß vertreten waren, z.B. in Lushnjë. In Berat fliegen Steine gegen alle Monumente des Regimes, gegen die Stadthalle, das Büro des Staatsanwaltes, gegen die Kreisverwaltung, das Polizeigebäude, das Gericht und das Büro der PD.

Koha Jone, die größte unabhängige Zeitung Albaniens, veröffentlicht am 30. Januar ein Manifest von unabhängigen Intellektuellen, das die Stimmung im Land wohl auf den Punkt bringt: »Es ist klar, daß sich die Wut des Volkes gegen einen Staat richtet, der sich zum Richter erklärt, nachdem er die Arbeit des Diebes erledigt hat.«

Alle Welt ruft zur Vermeidung von Gewalt auf – auch die eben erwähnten Intellektuellen. Wen die drei Religionsführer meinen, deren Aufruf jetzt tagelang im TV gezeigt wird, kann man sich vorstellen. Der Geheimdienst jedenfalls fühlt sich nicht angesprochen; ein bekannter unabhängiger Intellektueller und zwei Führer von Oppositionsparteien werden auf offener Straße brutal zusammengeschlagen. Berisha, offenbar doch überrascht, versucht sein altes und bekanntes Spiel weiterzuspielen: die Klein-Klein-Diplomatie im Inneren, das Ränkespiel, einen gegen den anderen ausspielen. Er lädt, zum ersten Mal seit langer Zeit, am 4. Februar die Oppositionsparteien zu einem Runden Tisch ein und erklärt, Alle würden irgendwie entschädigt werden.

Das überzeugt schon allein deshalb Niemanden, weil just am selben Tag die zweitgrößte Pyramide, die in Vlorë ansässige Gjallica, ihre völlige Zahlungsunfähigkeit erklärt. Der nächste Tag, der 5. Februar 1997, wird zum historischen Datum, es ist der erste »Tag des Protestes« in Vlorë. 10 000 laut AP, 30 000 laut *Koha Jone*, versammeln sich in einer Stadt, die etwas über 60 000 Einwohner

hat. Noch sind es die Oppositionsparteien, die die Redner stellen und wie gewöhnlich Aufrufe gegen Gewalt verlesen. Aber die Parole der Menschen ist klar zu hören: »Nieder mit Berisha«. Als sich ungefähr die Hälfte der Versammlung zu einer Demo Richtung Hafen formiert, greift die aufstandsmäßig ausgerüstete Polizei ein und versucht, die Demo mit Wasserwerfern und Knüppel auseinanderzutreiben. Maskierte Leute vom SHIK schlagen einen gerade aus Griechenland zurückgekommenen Arbeiter zusammen und bringen ihn im Polizeiwagen weg.

Am nächsten Tag gehen die Proteste weiter, und ganz Albanien wird ab jetzt die Tage mitzählen, und die Zeitungen werden aufmachen mit Schlagzeilen wie »Der 5. Tag des Protestes« oder »Vlorë, 17. Tag«. Man trifft sich vormittags um 10 Uhr zur Demo und abends um 17 Uhr zur Vorbereitung der Demo des nächsten Tages. Tag für Tag wird die Polizei brutaler, und es treffen Nachrichten aus Tirana ein: dort haben Geheimdienstschläger ein Café überfallen, das als Treffpunkt von Oppositionspolitikern und Journalisten gilt. Vier Leute werden zusammengeschlagen. Überall im Land gibt es Proteste, aber auffallend ist, daß Aufrufe der Parteien kaum befolgt werden. So sollen zu einer Demo des Forums für Demokratie, zu dem sich mittlerweile alle Oppositionsparteien zusammengeschlossen haben, in Tepelene gerade mal 60 Leute gekommen sein. In vielen Städten finden Massenverhaftungen statt, allein in Berat sitzen über 200 Demonstranten hinter Gitter. In Tirana mobilisiert die Partei Berishas, natürlich unbehelligt von der Polizei, 1000 Leute für eine Kundgebung für Demokratie und Gewaltlosigkeit.

Am 9. Februar beginnt die Sache weiter zu eskalieren. Die Polizei in Vlorë hat über Nacht Leute festgenommen, die sie für die Rädelsführer hält. Also zieht die Demo vor das Polizeigebäude und verlangt die Freilassung. Die Bullen schießen, es gibt mindestens 26 Verletzte. Am nächsten Tag gibt es nicht nur 81 verletzte Demonstranten, sondern einer davon stirbt kurze Zeit später an einer Schußverletzung.

Am nächsten Tag sind es dann 40 000; das Hauptquartier der PD geht in Flammen auf. Diesmal sind sie auch von weiterher gekommen: 5000 aus Fier, viele Hunderte aus Berat, Tepelene und anderen Städten. In Gjirokaster gibt es die bislang größte Demo. Sogar in Tirana, das sich schon lange im unerklärten Ausnahmezustand befindet, können die Ordnungskräfte das Zusammenrotten nicht ganz verhindern. »Vlorë, Vlorë!« wird zum Schlachtruf im ganzen Land.

Die Regierung Meksi beantragt im Parlament das Kriegsrecht für Vlorë. Die Vertreter der PD aus Vlorë sind aber dagegen, weil sie wissen, daß im Moment militärische Gewalt nichts erreichen kann. So lehnt also das Parlament den Antrag mit der formellen Begründung ab, die Verhängung von Kriegsrecht in nur einer Stadt sei in der Verfassung nicht vorgesehen. Die kleine Republikanische Partei zieht sich aus der Koalition zurück und verlangt den Rücktritt der Regierung.

In den nächsten Tagen, wir sind so in der Woche nach dem 12. Februar, beginnt sich die Bewegung auszubreiten. Demonstriert wird nicht nur in Vlorë, sondern in fast allen Städten im Süden und, etwas weniger, im Norden. Etwas weniger im Norden deshalb, weil die Nationalbank in Skoder angefangen hat, Gelder von Xhaferri und Populli auszuzahlen. Die Demos werden größer, aber immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei, in Fier kommt ein Demonstrant ums Leben. Am 19. dann auch wieder eine große Demo in Tirana, die die Polizei nicht verhindern kann. Überall rufen sie »Vlorë, Vlorë!«.

Am 20. Februar, dem 15. Tag des Protestes, gehen Studenten der Uni in Vlorë in Hungerstreik. Sie fordern die Entschädigung der Anleger und rufen zur Gewaltlosigkeit auf. Polizei kommt, aber die Uniformierten geben sich friedlich. Ebenso kommen viele Einwohner, vor allem die Verwandten der Studenten, um »die Kinder zu schützen«.

Acht Tage später nimmt die Entwicklung eine weitere Stufe. Berisha hat derweil rege diplomatische Tätigkeit entfaltet, unter anderem ist sein Innenminister in Deutschland und unterschreibt ein Abkommen, nach dem die BRD eine Million DM zur Ausrüstung der albanischen Polizei verspricht. Auch andere Regierungen stärken Berisha den Rücken. Hatte er noch vor ein paar Tagen die Polizei angewiesen, friedliche Demos zuzulassen, scheint er jetzt davon überzeugt zu sein, daß Repression die richtige Politik ist.

Am 28. Februar versucht in Vlorë eine Gruppe von Zivilpolizei und SHIK das Gebäude zu stürmen, in sich die Hungerstreikenden befinden. Es kommt zur Schießerei, drei Leute aus Vlorë und ein Polizist werden getötet. Dieser Angriff des Staates macht den 28. Februar zum letzten Tag des Protestes und zum ersten Tag des Aufstands. Demonstranten ziehen zu den Gebäuden von Polizei und Geheimdienst, räumen sie aus, wobei zum ersten Mal Waffen erbeutet werden und fackeln sie anschließend ab. Leute vom SHIK werden gefangen genommen, ausgezogen und aus der Stadt geworfen.

Am nächsten Tag tritt die Regierung zurück. Am 2. März demonstrieren 6000 in Tirana, es gibt schwere Zusammenstöße, Kameraleute aus Italien und Deutschland werden verprügelt. In Sarandë werden die Gebäude der Polizei, des SHIK und das Gericht abgefackelt, das Gefängnis geöffnet. In Gjirokaster ist Generalstreik. Am 3. März verhängt Berisha den Ausnahmezustand, die Leitungen der Satelliten-TVs werden unterbrochen, ebenso Telefon in den Süden. Die Redaktionsräume der *Koha Jone* werden – offensichtlich vom Geheimdienst – zerstört, das Gebäude brennt ab.

Tagsdrauf nimmt die Bevölkerung von Sarandë den Militärstützpunkt ein und bildet eine autonome Gemeindeverwaltung. »Die Leute befürchteten, Berisha würde seine Polizei und bewaffnete Einheiten schicken und begannen zu diskutieren, wo sie Waffen herkriegten konnten, um sich zu schützen. Sie entschieden, zur Polizeistation, zur Armee und zum Marinestützpunkt zu gehen, um

Waffen zu erhalten. Wirklich die ganze Stadt ging, alte Leute, Kinder, Frauen und Männer, alle gingen.« So erzählt ein Mitglied des Komitees (Interview in *The Militant*, 7.4.97) Die Polizeistation war verlassen, und im Flottenstützpunkt nur noch wenige Offiziere, die die Soldaten nach Hause geschickt hatten.

In Vlorë werden Patrouillen gebildet, die einen Trupp Geheimdienstler erwischen. Bei Sarandë greift die Armee an und wird nach 40 Minuten zurückgeschlagen. Dies wird bis heute der einzige nennenswerte militärische Angriff gegen die Rebellen bleiben. In Fier gelingt es noch einmal, den Ausnahmezustand durchzusetzen, es werden bewaffnete Söldner gesehen.

In den nächsten Tagen ergreift der Aufstand immer mehr Städte und Dörfer. Ein von Berisha und den Oppositionsparteien gemeinsam gestelltes Ultimatum, binnen 48 Stunden die Waffen niederzulegen, verhallt ungehört. Am 9. März Gjirokastra und Tepelene, am 10. März Berat, Gramsh, Corovoda. Auch im Norden nehmen sich die Menschen die Waffen der Armee: in Skoder, Peshkopia, Lezha Kuksi, Laci.

»Das Vordringen der Rebellen erfolgt nicht durch Offensivstöße, die Bevölkerung der Städte im Süden fordert Polizei und Armee einfach auf, zu verschwinden«, so beschreibt DIE WELT vom 12.3. die Ereignisse. Nur in Permet gibt es einen Schußwechsel, dann läuft aber eine ganze Brigade zu den Rebellen über.

Am 12. März verschwindet die Armee auch aus Fier, später dann auch aus Elbasan.² In Tirana bricht die öffentliche Ordnung zusammen, wie man das so schön nennt, wenn der Staat seinen Betrieb einstellt. Überall im Land, im Norden wie im Süden, bewaffnet sich das Volk aus den Beständen der Armee.

In den Städten des Aufstandes bilden sich überall Komitees, um das Zusammenleben und das Überleben zu organisieren: Kinder entwaffnen, Lebensmittel organisieren, Verteidigung vorbereiten usw.. In Berat zum Beispiel übernehmen die Ärzte des Spitals die Initiative, trommeln Vertreter verschiedener Parteien und Gruppen zusammen, und wenige Stunden nach Beginn der Revolte trifft sich das »Komitee zur Rettung von Berat« im ehemaligen Rathaus; ein Lehrer wird Vorsitzender. Auch Leute von der PD sind dabei. Die Bevölkerung wird aufgefordert, das Schießen einzustellen. Das Komitee fordert den Rücktritt von Sali Berisha. In Vlorë sind keine Parteien beteiligt, dort ist der Vorsitzende ein junger Arbeiter, der in Griechenland gearbeitet hat. Nach allen Berichten, die uns vorliegen, werden die wichtigen Beschlüsse nicht von den Komitees, sondern von den Versammlungen getroffen. Es ist am Anfang öfter vorgekommen, daß

² Über die derzeitigen Machtverhältnisse in Fier, Lushnjë und Elbasan liegen unterschiedliche Meldungen vor.

einzelne Mitglieder des Komitees Sachen unterschrieben oder ausgehandelt haben, die dann von den Versammlungen nicht bestätigt worden sind.

Am 12. März konstituieren Vertreter aus acht befreiten Städten das »Nationale Komitee zur Rettung des Volkes«, nachdem zuvor schon das militärische Oberkommando in Tepelene eingerichtet worden war. So ab Mitte März tritt so etwas wie der »Alltag im Aufstand« ein, das Gebiet der Rebellen umfaßt jetzt gut ein Viertel des Landes.

Währenddessen berappelt sich in Tirana und im Norden der Staat. Berisha hat am 11. März eine Regierung aus allen Parteien ernannt mit dem SP-Mann Fino an der Spitze. Der war noch kurz zuvor Bürgermeister von Gjirokaster gewesen. Er rekrutiert Verstärkung für die Polizei, indem er die Gehälter verdreifacht. Es gelingt, den Abfall von Durrës zu verhindern, dabei werden drei Demonstranten erschossen.

Derweil setzt hektische internationale Aktivität ein. So gut wie alle Parteien in Tirana, Griechenland und Italien fordern sofortige militärische Intervention. Aber gegen ein Volk, das bis unter die Stirn bewaffnet ist? Gegen eine Bevölkerung, die jahrzehntelang auf Partisanenkampf vorbereitet worden ist? Vor allem Großbritannien und Deutschland sind dagegen. Als Kompromiß beschließt die EU, eine bewaffnete Sicherungstruppe zu schicken, um humanitäre Maßnahmen und den Wiederaufbau staatlicher Strukturen zu sichern. Am 17. März treffen sich EU-Vertreter mit Berisha, während die USA ihn auffordern, zurückzutreten.

Um die Dramatik der Lage ins rechte Licht zu rücken, erklärt die italienische Regierung am 20. März den Notstand für den italienischen Südosten, der angeblich von 10 000 Flüchtlingen überflutet wird. Gleichzeitig wird angekündigt, ab Montag eine Seeblockade gegen Albanien und die Flüchtlinge zu verhängen. »Warten wir halt darauf, bis die ersten hundert ertrunken sind. Erst dann wird sich was bewegen«, zitiert die TAZ vom 17.3. den Chef der Küstenwache, Oberstleutnant De Paolis. Nun, einer seiner Kapitäne hat am 29. März nachgeholfen und ein Flüchtlingsschiff versenkt – mindestens 80 Tote. Das hat jetzt aber weder die Beliebtheit der zukünftigen italienischen Interventionstruppen noch die von Berisha gestärkt.

Der französische Außenminister hat am 20. März dem albanischen Botschafter versichert, daß Frankreich nur die legalen Institutionen Albaniens anerkennt und bot finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe an. Am 28. März hat der Weltsicherheitsrat der OSZE das Mandat für eine bis zu 3000 Mann starke Sicherheitstruppe erteilt.

Wie ist die Situation bei der aufständischen Bevölkerung im Moment? Wir wissen es natürlich nicht genau. GenossInnen von der anarchistischen Zeitschrift ALPHA aus Athen haben uns vor ein paar Tagen folgende Einschätzung geschickt:

»Es sieht so aus, als würde sich die Situation im revoltierenden Süden Albaniens verschlechtern. Die Leute haben die Hoffnung verloren, sie sehen keinen Ausweg und sie trauen sicherlich auch nicht der Regierung Fino. Sie bestehen auf dem Rücktritt Berishas, aber sie glauben nicht, daß sich dadurch ihr Leben irgendwie verbessern wird. Sie wollen ihn einfach deshalb weghaben, damit er keine Möglichkeit mehr hat, Rache zu nehmen.

Die albanische Revolte war spontan, die Leute waren außer sich vor Wut und revoltierten; aber nach dem ersten Enthusiasmus wußten sie in Wirklichkeit nicht mehr, was zu tun sei. Sie haben den Kapitalismus mit Berisha und den Pyramiden identifiziert und den Kommunismus mit Hodscha und Alia – und das ist keine tolle Auswahl.«

Nun, ich glaube nicht, daß man einen derart breiten und konsequenten Aufstand einfach mit einer spontanen Gefühlsregung erklären kann – dann würde man Anlaß und Ursache gleichsetzen. Bis zu einem gewissen Grad wußten die Leute, auf was sie sich da eingelassen haben. Natürlich wußten sie, daß die Mächte Europas hinter Berisha stehen. Was sie vielleicht falsch eingeschätzt haben – aber das hat mit Unwissen oder Dummheit nichts zu tun – war:

1. daß sich alle Parteien, von den ehemaligen Kommunisten bis hin zu den Monarchisten, gegen eine Erhebung des Volkes sofort ebenfalls um Berisha scharen würden, in dem klaren Bewußtsein, daß sie überflüssig werden und ihre Pöstchen verlieren könnten.

2. daß die kapitalistischen Mächte Europas eine Politik der direkten und militärischen Bereinigung der Situation durchzuziehen bereit sind, oder wenigstens bereit sind, eine solche Lösung in Kauf zu nehmen. Anders kann weder die weiterhin volle Rückendeckung für Berisha, noch die Beibehaltung eines italienischen Oberbefehls über die Truppe verstanden werden. Das ist keine Politik, die sich um Ausgleich in Albanien bemüht, sondern eine Politik, die die Konfrontation geradezu sucht. Dies ist keine Politik, die von den realen Machtverhältnissen ausgeht. Dazu müßten die Interventionstruppen die Existenz der Komitees und die Entscheidungsgewalt der Versammlungen im Süden respektieren. Darauf deutet wenig hin. Es scheint sich eher um eine Politik zu handeln, die die bestehenden Verhältnisse (re-) stabilisieren will. Es geht offensichtlich nicht um die »Wiederherstellung von Recht und Demokratie«, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung Berishas. Wobei nicht ausgemacht ist, daß die *Person* Berisha immer noch erste Wahl der europäischen Mächte ist – es geht um die Installation einer Entwicklungsdemokratie und um die Beseitigung der Macht einer aufständischen Bevölkerung.

Man hat am Fernsehen deutlich gesehen: die Menschen in Albanien haben kapiert, mit welchem gnadenlosem antialbanischen Rassismus derzeit in Europa hantiert wird. Sie haben verstanden, daß sie nicht nur von Berisha als kriminelle

Mafiosi, Gangster, Schmuggler, Verrückte und terroristische Banden beschimpft werden. Sie haben jetzt wohl kapiert, was da auf sie zukommt. Aber nicht nur, daß Berisha fremde Söldner zur Sicherung seiner Herrschaft ins Land holt – sondern auch, was sie im Falle eines Sieges Berishas zu erwarten haben.

Resigniert haben sie jedenfalls noch nicht; dazu besteht auch kein Anlaß. Noch am Ostersonntag haben die Leute in Gramsh das letzte Waffendepot der Armee, das sich dort befunden hat, ausgeräumt. Am 21. März haben sich Vertreter von 21 Komitees in Tepelene getroffen und die Bildung einer Übergangsregierung mit ihrer Beteiligung gefordert. Die Regierung Fino lehnt jede Zusammenarbeit mit dem Nationalen Komitee zur Rettung des Volkes ab. Sie behauptet, jetzt wieder etwa 15 000 Bewaffnete (Polizei, Geheimdienst, Reste der Armee) zur Verfügung zu haben. Aber damit muß sie erst mal zwei Drittel des Landes unter Kontrolle halten – es wird wohl nicht so sein, daß die Menschen in Tirana, Durrës oder im Norden jetzt vollen Herzens hinter Berisha stehen. Im Gegenteil: es wird berichtet, daß sich die Bullen in Tirana nachts nicht blicken lassen – aus Angst.

Was ist das in Albanien? Aufstand, Revolte, Rebellion, Revolution. Man wird hinterher eine Schublade finden, das ist jetzt nicht wichtig, die Entwicklung ist offen. Hinter dem Aufstand steht nicht nur die Erfahrung der Unterdrückung und des Betrugs. »Albanien muß klein und einfach anfangen, wie es die asiatischen Tiger gemacht haben«, hat der Vertreter der Weltbank in Tirana gesagt. Das haben sie erfahren in der alltäglichen sozialen Situation in Albanien, aber auch auf ihren miesen und prekären Jobs in Griechenland und Italien. Der Aufstand richtet sich gegen die ihnen zuge dachte Rolle von europäischen asiatischen Billiglöhnern. Das ist ein Aufstand gegen einen Kapitalismus, der seine Versprechen nicht erfüllt – und in diesem Sinn steht er in einer Reihe mit den Unruhen in Indonesien, mit den Kämpfen in China und Thailand, mit den Streiks in Südkorea, Rußland und anderswo.

Was mich zur Zeit am meisten entsetzt, ist nicht die Vorbereitung der militärischen Niederschlagung eines revolutionären Aufstandes. Das ist nichts Neues. Viel mehr entsetzt mich, daß es den Herrschenden so weitgehend gelingt, die Menschen hier gegen die Aufständischen einzunehmen. Ich glaube nicht, daß es jemals einen – sogar erstmal erfolgreichen – Aufstand der Verdammten dieser Erde gegeben hat, der so allein war. ■

Mannheim/Ludwigshafen, 2.4.97



Renault-Vilvorde

Ende Februar '97 kündigte Renault an, die Fabrik im belgischen Vilvorde mit 3 100 ArbeiterInnen im Juli diesen Jahres zu schließen. Die Aktienkurse des Unternehmens, das 1996 erstmals seit langer Zeit Verluste gemacht hat, schnellten daraufhin innerhalb von zwei Tagen um 15 Prozent in die Höhe. Es kam aber auch sofort zu Demonstrationen, und die ArbeiterInnen in Vilvorde traten in den Streik, besetzten die Fabrik und drohten, den Abtransport fertiger Autos oder irgendwelcher Maschinerie zu verhindern. Anfang März gab Renault auch für die französischen Fabriken Pläne zum Personalabbau bekannt. An Demonstrationen in Belgien und in Frankreich beteiligten sich auch ArbeiterInnen aus dem jeweils anderen Land und einigen anderen Renault-Standorten.

Den letzten heftigen Zusammenstoß gab es am Freitag, den 4. April, als etwa tausend Renault-ArbeiterInnen in Brüssel vor dem Gebäude der flämischen Regierung demonstrierten und die Polizei Wasserwerfer gegen die ArbeiterInnen einsetzte. Die Situation hatte sich auch dadurch zugespitzt, daß einerseits Renault angekündigt hatte, Vilvorde werde schon früher geschlossen, falls der Streik nicht beendet würde. Andererseits hatten am Freitag Gerichte in Brüssel und in Nanterre Renault die Schließung untersagt, solange kein Sozialplan ausgehandelt sei.

*Das folgende Flugblatt wurde von französischen und belgischen GenossInnen der Gruppe **Mouvement Communiste** vor einigen Renaultwerken (Flins, Choisy-le-Roi, Douai – in Vilvorde auch innerhalb der Fabrik) und bei den entsprechenden Demonstrationen (gegen die Umstrukturierungspläne des Konzerns) z.B. in Brüssel verteilt.*

Nach vielen Diskussionen mit ArbeiterInnen haben sie den Eindruck, daß die Kontrolle der Gewerkschaften über die Aktionen sehr ausgeprägt ist. Ein kleiner Kern von ungefähr 100 recht jungen ArbeiterInnen ist in Vilvorde eigenständig aktiv, aber es gibt dort auch ArbeiterInnen, die angesichts der Schließungsdrohung von sich aus Lohnsenkungen ins Gespräch gebracht haben. Solche hilflosen Versuche hat es in der BRD in den letzten Jahren auch gegeben (z.B. beim Hagener Batteriehersteller Varta mit 1.600 ArbeiterInnen, s. Zirkular 19, p.8ff), und die Unternehmer haben solche Geschenke immer gerne mitgenommen. Geändert hat das nie etwas.

Wir haben das Flugblatt übersetzt und zum besseren Verständnis mit einigen erläuternden Fußnoten versehen.

Die ArbeiterInnen von Renault-Vilvorde müssen zum kompromißlosen Kampf übergehen, um ihre Löhne zu retten.

Die Renault-ArbeiterInnen der französischen, spanischen und slowenischen Fabriken müssen sich mit den ArbeiterInnen von Vilvorde im Kampf zusammenschließen. Andernfalls werden sie ihre Niederlage mit mehr Ausbeutung und Flexibilisierung, mehr Dreistigkeit der Vorgesetzten, weniger Lohn und – früher oder später – mit noch weniger Arbeitsplätzen und weiteren Fabrikschließungen bezahlen.

Soviel ist klar, der Unternehmer geht konsequent vor: die ArbeiterInnen sollen die Krise bezahlen.

In den letzten zehn Jahren wurden ständig Gewinne gemacht und in diesem Zeitraum vierzig Milliarden französische Francs¹ akkumuliert. Jede Menge »soziale« Vereinbarungen wurden von den Gewerkschaften bereitwillig unterschrieben oder kampfflos gebilligt – Werkstatt für Werkstatt, Fabrik für Fabrik, Land für Land. Sie alle hatten das Ziel, die Pausen zu kürzen, die Taktzeiten zu erhöhen, den 8-Stunden-Tag kaputtzumachen, die Einzel- und Gruppen-Produktivität zu steigern, die Löhne einzufrieren, die Jugendlichen zu Niedriglöhnen und mit Zeitverträgen anzuheuern, die Flexibilisierung der Schichtarbeit voranzutreiben usw. – um dann beim ersten Einbruch der Verkaufszahlen den ArbeiterInnen eins überzubraten. Die von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen können sich das nicht gefallen lassen. Das ist klar ...

Die Geschäftsleitung von Renault hat jetzt Angst davor, daß die ArbeiterInnen auf angemessene Weise reagieren könnten. Sie heult und beteuert, es sei das beste, die ganze Wahrheit ungeschminkt auf den Tisch zu legen, ohne irgendetwas zu verheimlichen.

Sie informiert uns darüber, daß die Renault-Gruppe 1996 starke Verluste gemacht hat (in der Größenordnung von vier bis fünf Milliarden französischen Francs). Allerdings erklärt sie uns lieber nicht, daß über die Hälfte dieser Verluste – übrigens die ersten seit 1985 – erst durch den »Restrukturierungsplan« für Vilvorde entstanden sind. Sie vergißt auch zu erwähnen, daß ihr die Idee zur Schließung der Fabrik in Vilvorde seit mindestens zwei Jahren im Kopf herumswirrt (und daß die französischen und belgischen Gewerkschaften bei Renault darüber informiert waren ...). Und ebenso wird sie sich davor hüten bekannt-

¹ 100 französische Francs sind ungefähr 30 DM.

zugeben, daß die französische und belgische Regierung über die ganze Geschichte spätestens seit Anfang des Jahres auf dem Laufenden waren. Sie verheimlicht uns auch den wahren Grund dafür, warum Herr Carlos Ghosn im Juli 1996 in der Fabrik auftauchte: die aktuelle Nummer Zwei bei Renault ist Spezialist für Umstrukturierungen (lies: Fabrikschließungen und »Sozial«-Pläne aller Art) und hatte diesen beneidenswerten Schlächterposten früher bei Michelin inne.

Jetzt kommen die Schakale: alle Welt lobt die ArbeiterInnen von Vilvorde – und versteht die Geschäftsleitung von Renault ...

Die Presse der Unternehmer, der Gewerkschaften und der Regierung auf beiden Seiten der französisch-belgischen Grenze vergießt Krokodilstränen. Jeder gibt seinen Senf zu diesen tüchtigen ArbeiterInnen, deren frühere Qualitäten heute eine unerträgliche Last für das Unternehmen geworden seien, das sich in Schwierigkeiten befindet. Tatsächlich lagen die ArbeiterInnen von Vilvorde in jeder Hinsicht vorne: bei der Qualität, der Flexibilität, der Zahl von produzierten Autos pro ArbeiterIn und der Zurückhaltung bei den Löhnen. Darüberhinaus befinden sie sich auch noch am richtigen Ende der Alterspyramide.

- Die Fabrik in Vilvorde hat systematisch das höchste Qualitätsniveau innerhalb der Unternehmensgruppe erreicht. Dieses Beispiel wurde von den Qualitätsingenieuren in allen anderen Renault-Fabriken über den grünen Klee gelobt.
- Die sehr verantwortungsvollen Gewerkschaften (80 Prozent im Werk sind organisiert)² hatten ein Abkommen unterschrieben, das ab Anfang 1995 die 8-Stunden-Schichten an 4 bis 5 Tagen pro Woche und 212 Tagen pro Jahr durch 9-Stunden-Schichten an 188 Tagen ersetzt, wobei je nach Auftragslage an drei, vier oder fünf Tagen pro Woche gearbeitet werden muß.³
- Was die Zahl der pro Beschäftigten jährlich produzierten Fahrzeuge betrifft, liegt die Fabrik an der Spitze aller Montagewerke der Unternehmensgruppe (46,24 in Vilvorde gegenüber 45,17 in Douai, 41,43 in Flins, 44,23 in Palencia/Spanien und 40,26 in Fabrik in Setúbal/Portugal, die 1996 geschlossen wurde).
- In Vilvorde wurden seit wenigstens 20 Jahren keine allgemeinen Lohnerhöhungen mehr gefordert. Es gab sogar ArbeiterInnen, die angesichts der

² Für belgische Verhältnisse ist dieser hohe Organisationsgrad nichts besonderes. Da die Gewerkschaften in Belgien stark in die Sozialversicherungen eingebunden sind (z.B. zahlen sie das Arbeitslosengeld aus), besteht ein hoher Organisationsanreiz. (Genauerer dazu im Artikel zu den Streiks bei VW-Forest in der Wildcat 63/64).

³ Das bedeutet also eine Anhebung der wöchentlichen Flexibilität der Arbeitszeit von 32-40 Stunden auf 27-45 Stunden!

Gehirnwäsche durch die Geschäftsleitung, sie seien 30 Prozent teurer als ihre französischen und 45 Prozent teurer als ihre spanischen Kollegen, zu Lohninbußen bereit waren. Zwar liegen die Reallöhne der ArbeiterInnen in Vilvorde bei gleicher Qualifikation auf demselben Niveau wie die der Renault-ArbeiterInnen in Frankreich. Aber die Geschäftsleitung argumentiert, in Belgien seien die Sozialabgaben des Unternehmers höher ...

- In Vilvorde liegt das Durchschnittsalter der ArbeiterInnen bei 37 Jahren, im Vergleich zu 46 Jahren in Flins oder 45 Jahren in Sandouville. Die Besessenheit der Geschäftsleitung für die Alterspyramide rührt daher, daß nach einer Studie des CREAPT (Centre de recherche et d'étude sur l'âge et les populations au travail) nur fünf Prozent der über 45jährigen ArbeiterInnen fünf oder mehr verschiedene Arbeiten gleich gut beherrschen könnten, und über die Hälfte von ihnen nur noch eine Arbeit effektiv ausführen könnten.

Ist die Schließung von Vilvorde also eine anti-belgische Attacke des französischen Staates? Oder eine unglückliche Notwendigkeit angesichts der Krise? Oder sogar eine der zahlreichen unseligen Effekte des ewigen Sündenbocks »Globalisierung«?

- Die belgischen Vertreter von Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung sagen den ArbeiterInnen in Vilvorde, Schuld sei die imperialistische Brutalität Frankreichs. Sie beklagen die Irrationalität der Renault-Geschäftsführung, da doch die Produktionsmittel in Vilvorde zwischen 1994 und 1995 grundlegend erneuert worden seien. Mit einem Aufwand von 8,5 Mrd. belgischen Francs (1,3 Mrd. französischen Francs) waren zwei Bänder durch eins ersetzt worden. Ebenso war die Karosserie-Montage erneuert worden und die Automatisierung von Lackstraße, Preßwerk (80-85 Prozent der Schweißpunkte werden von Robotern gesetzt, beim Clio waren es bisher nur 55 Prozent gewesen) und Lagerhaltung vorangekommen. Diese Investitionen waren mit 700 Frühverrentungen verbunden.
- Die französischen Gewerkschaften kritisieren halbherzig ihre konservative Regierung, sie wolle Belgien erniedrigen – und sei der »Globalisierung« der Märkte, der verschärften Konkurrenz und der Diktatur von Börse und Finanzkapital ausgeliefert.

- Der Geschäftsführer von Renault und frühere Chef im Kabinett des sozialistischen Ministerpräsidenten Laurent Fabius, Louis Schweitzer⁴, behauptet – und insgeheim stimmen ihm seine neuen gaullistischen Herren da zu –, die Fabrik müsse allein aus zwei Gründen geschlossen werden: die hohen Lohnkosten in Belgien und der Zusammenbruch des französischen Automarkts (minus 25 Prozent im Jahr 1996 und minus 10 Prozent für 1997 geschätzt), zu dem es trotz wiederholter Staatshilfen beim Neuwagenkauf (Balladurettes, Jupettes)⁵ kam. Die Renault-Gruppe habe eine Überkapazität von jährlich über 140 000 Einheiten auf dem europäischen Markt, der im Verhältnis zu den Produktionskapazitäten selber zu klein sei.
1996 wurden in Europa 12,7 Millionen Autos produziert bei einer Kapazität von 18 Millionen, was einer potentielle Überproduktion von einem Drittel entspricht. Die durch die Schließung von Vilvorde und die Neuorganisation von Renault in Europa möglichen Einsparungen werden von der Geschäftsleitung auf fast eine Milliarde französische Francs geschätzt. Die gesamte Jahresproduktion der belgischen Fabrik (3100 Beschäftigte) könne gegebenenfalls von nur 1900 ArbeiterInnen in verschiedenen französischen Montagerwerken gewährleistet werden.

Diese Herren lügen Euch an!

Der wahre Grund für die Schließung von Vilvorde ist so simpel, daß keiner der Herren daran interessiert ist, ihn den ArbeiterInnen gegenüber auszusprechen. Vilvorde muß geschlossen werden, weil der Kapitalismus die ArbeiterInnen immer für seine Überproduktion (gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage) bezahlen läßt.

Alle Zugeständnisse der ArbeiterInnen an die Logik des Unternehmens, an seine Regeln und Erfordernisse bringen nicht viel, denn das Kapital schafft es nicht mehr, sich in einem gleichmäßigen Rhythmus auszudehnen. Die Zugeständnisse bringen den ArbeiterInnen noch weniger, wenn das Kapital nicht mehr wächst oder schlimmer noch, sich verringert. Die ArbeiterInnen von Vilvorde hatten in den Augen des Unternehmers viele Qualitäten, als es darum ging, immer mehr in immer kürzerer Zeit zu produzieren. Aber da der Markt jetzt

⁴ Schweitzer kriegt inzwischen Druck von den französischen Konservativen, weil er mit seiner abrupten Schließungsankündigung die »Würde seiner Angestellten« nicht »respektiert« habe, spricht: es wäre besser gewesen, behutsamer vorzugehen, um die ArbeiterInnen nicht zu provozieren – die letzten großen Streiks der Eisenbahner, im öffentlichen Dienst und der Fernfahrer stecken der französischen Regierung wohl noch in den Knochen...

⁵ Unter den französischen Premierministern Balladur und Juppé gab es beim Kauf eines Neuwagens eine Staatsprämie für die Verschrottung des alten.

nicht mehr mithalten kann, zählen nur noch die relativ höheren Lohnkosten und rechtfertigen den Rausschmiß der ArbeiterInnen.

Heute ist Vilvorde dran, aber es gibt schon Gerüchte, daß morgen dasselbe Schicksal die Fabriken in Choisy-le-Roi (Vorort von Paris), Dieppe, Batilly oder vielleicht auch Sandouville treffen könnte ... Und im gesamten westeuropäischen Automobilsektor stehen außerdem schon Volkswagen-Forest in Brüssel, Ford-Halewood und Peugeot-Ryton in England oder sogar Peugeot-Villaverde in Spanien auf der Abschußliste.

In der Zwischenzeit werden weitere kleine oder große »Sozial«-Pläne abgeschlossen, wie der für die französischen Renaultfabriken, dem 2700 bis 3800 Arbeitsplätze zum Opfer fallen werden; oder der Personalabbau in den spanischen Niederlassungen.

**Wenn es sich in Wirklichkeit so verhält,
dann drängen sich einige Überlegungen auf:**

- Es wäre ein fataler Irrtum, die erneute Verstaatlichung von Renault zu fordern, so wie es CGT und PCF tun, die die Parole »In Frankreich produzieren und kaufen« unterstützen.⁶ Daraus wird heute schnell eine Konkurrenz zwischen europäischen und asiatischen ArbeiterInnen konstruiert (obwohl die koreanischen AutomobilarbeiterInnen seit 1987 ununterbrochen erfolgreiche Kämpfe geführt haben und heute besser als ihre englischen, spanischen oder französischen KollegInnen bezahlt werden). Außerdem hat der französische Staat ohnehin die Fäden bei Renault in der Hand (er kontrolliert 46 Prozent des Kapitals), und trotzdem hat die Firma die Beschäftigtenzahl seit 1982 weltweit auf fast die Hälfte reduziert.
- Eine ebenso gigantische Illusion wäre es, den soundsovielten »Sozial«-Plan zu fordern, der auf die einvernehmliche Billigung größerer Flexibilität und geringerer Löhne abzielt, wie es die CFDT in Frankreich tut. Das Schicksal von Vilvorde zeigt doch, daß sich mit weiteren Zugeständnisse dem Kapital gegenüber die Arbeitsplätze überhaupt nicht retten lassen.
- Auch die Forderung nach Verstaatlichung von Renault-Vilvorde durch den belgischen Staat lenkt den Arbeiterkampf in die Sackgasse. An dem aktuel-

⁶ Siehe dazu die Kritik an den protektionistischen Parolen von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich bei Charles Reeve, Sturmwarnung, in: Wildcat-Zirkular Nr. 25.

len Beispiel von Forges in Clabecq⁷ wird den Proletariern klar, daß sie vom Unternehmer »Staat« genauso wenig zu erwarten haben, wie von irgendeinem »Privat«-Unternehmer.

Dieselben Unternehmer – dieselben Kämpfe, auf beiden Seiten der Grenze.

Ein paar Ideen, wie der Kampf geführt werden müßte:

- Vor allem sollten die Gewerkschaften, die so gerne ihre Phrasen über die »Einheit« verbreiten, damit aufhören, die kämpferischen ArbeiterInnen von Flins oder Cléon heimtückisch daran zu erinnern, daß die ArbeiterInnen in Vilvorde sie während der vergangenen Streiks immer im Stich gelassen haben. Wer heute so tut, als sei das, was den ArbeiterInnen in Vilvorde passiert, nur gerecht, weil diese nur sehr selten und nie zusammen mit den ArbeiterInnen der französischen Renault-Werke gestreikt haben, trägt zur Spaltung der schon jetzt zersplitterten Arbeiterfront bei.
- Renault muß vor allem dort getroffen werden, wo es wirklich weh tut, d.h. in Fabriken wie Douai oder Cléon, wo der Schornstein raucht. Die ArbeiterInnen von Cléon befinden sich gerade in einem schwierigen und isolierten Kampf gegen die Verkürzung der Pausen, wodurch sie pro Tag 21 Minuten mehr arbeiten müßten. Der Kampf muß jetzt auch nach Flins getragen werden, wo 1997 tausend Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, und möglichst auch in die spanischen Fabriken, die von der Umstrukturierung bedroht sind. Mit ihrer Fahrt nach Douai haben die ArbeiterInnen von Vilvorde den richtigen Weg gezeigt. Aber beim nächsten Mal muß ohne Samthandschuhe vorgegangen und versucht werden, die Fließbänder anzuhalten. Die symbolischen Gewerkschaftsstreiks, auch die europaweiten, ändern nichts und erzeugen nur die Illusion von einer Einheit und Solidarität, die überhaupt nicht vorhanden ist (in Douai haben sich nur 120 ArbeiterInnen der Demonstration aus Vilvorde angeschlossen). Direkte Kontakte und Koordinierung unter den ArbeiterInnen der verschiedenen Werke müssen ausgeweitet werden, statt auf die wertlose Gewerkschaftseinheit zu vertrauen.
- Ein Boykott von Renault in Belgien kratzt die Firma nicht besonders: Sie verkauft dort nur 45 000 Autos pro Jahr.⁸ Andererseits sind die komplizier-

⁷ Im Staatsbesitz befindliches Stahlwerk in Südbelgien, das gerade geschlossen wird. Die Europäische Kommission hat weitere Subventionen abgelehnt. Am 28. Februar blockierten Arbeiter des Werks die Autobahn Brüssel-Paris und griffen die Bullen mit Planierdraht u.ä. an. Schöne Bilder ...

⁸ Mittlerweile berichtete die Presse, daß die Verkäufe von Renault in Belgien im März um 20 Prozent zurückgegangen seien.

ten Anlagen in der Fabrik sehr wertvoll, und die Firma wird sie gewiß nicht dort stehenlassen. Daß Renault in den letzten zwei Jahren massiv in Vilvorde investiert hat, widerspricht keineswegs der jetzigen Schließung, wie immer gesagt wird. Solche Anlagen können ohne Probleme demontiert und woanders genauso leicht wieder aufgebaut werden, ... sofern die ArbeiterInnen dies zulassen!

- Den Staat oder die EU um Hilfe zu bitten, ist so, als flehe man den Komplizen eines Diebes an, die Beute zurückzugeben. Das sind schmierige Typen, denen die Arbeitsplätze schießegal sind. Andererseits können alle ArbeiterInnen, die von ihren jeweiligen Chefs rausgeschmissen worden sind, viel gemeinsam machen: viele kleine Aktionen in den Fabriken, die auf vollen Touren laufen, Überstunden verhindern, den Staat mit allen nötigen Mitteln unter Druck setzen, damit er die Zeche des Kapitals, das er repräsentiert, bezahlt, indem er die Arbeitslosen angemessen und zeitlich unbegrenzt bezahlt. Genauso müssen die ArbeiterInnen, die die Verringerung der Arbeitsplätze mit schnelleren Taktzeiten, Flexibilisierung, geringeren Löhnen, Pausenverkürzungen usw. bezahlen, mit den Entlassenen zusammengehen: Indem sie ihre Forderungen zusammen mit den auf der Strecke gebliebenen ArbeiterInnen erheben, jenseits der Werkstätten, der Fabriken, der Grenzen und Unternehmen – alle gemeinsam⁹, genau wie es die Unternehmer weltweit machen. Aber das ist nur völlig unabhängig von den Gewerkschaften und Parteien aller Richtungen möglich, die nichts anderes als Filialen des Staats sind.

Nur ein kompromißloser Kampf auf der Grundlage proletarischer Selbstorganisation zahlt sich aus!

7. März 1997

Mouvement Communiste

(Alle Zuschriften, ohne weiteren Vermerk, an:

B.P. 1666, Centre Monnai, 1000 Bruxelles 1, Belgique)

⁹ Am 21. März haben z.B. ArbeiterInnen in Frankreich ein Auslieferungslager mit fertigen Renaults gestürmt und die Autos teilweise zerstört.

Weiter Kohle machen?

Zu den Aktionen der Bergarbeiter im März '97

Einige Tage haben wir das Treiben an der Saar und hier im Ruhrgebiet über die Medien verfolgt. Erstmals sah das ziemlich lau aus, Kampf für 40 000 Entlassungen statt 50 000, SPD-Wahlveranstaltung, usw. Wir kannten keine (aktiven) Bergarbeiter und sahen lediglich die Möglichkeit, zur Mahnwache zu gehen, die Ohren aufzusperren und vielleicht jemanden anzuquaken. Dienstag, nach der Gesprächsabsage durch Kohl und der Zuspitzung der Lage in Bonn, ist dann einer von uns nach Gelsenkirchen zur Betriebsversammlung der Zeche Hugo gefahren. Die Bergarbeiter dort schienen entschlossen und bereit, weiterhin nach Bonn zu fahren und Druck zu machen. Ein Betriebsrat wies eindrücklich darauf hin, daß sie »die Hackenstiele zu Hause zu lassen« sollten. Daraufhin Unruhe und Pfiffe. In Bonn hatten mittags einige Bergarbeiter die Bannmeile durchbrochen. Gewerkschafter und SPDler befürchteten, daß die Situation außer Kontrolle geraten könnte. Im Radio gab es Berichte von den verschiedenen Aktionen, Tenor: »Vorsicht! Sonst eskaliert die Situation!« Wurde es jetzt spannend? Wir wollten genauer hinschauen, waren (z.T. mit Kollegen aus dem Metallbereich) bei Mahnwachen, Demonstrationen, beim Mopedkorso und einer Brückenblockade.

Im folgenden werden wir zunächst kurz die Situation im Bergbau darstellen und die Aktionen der Arbeiter zusammenfassen. Danach kommt ein Erlebnisbericht vom Mopedkorso nach Bonn. Im letzten Teil haben wir versucht, unsere Diskussionen (mit Genossen und Kollegen) zusammenzufassen und zentrale Fragen festzuhalten.

Steinkohlebergbau

Im Ruhrgebiet waren die Zechen seit dem Industrialisierungsschub Ende des 19. Jahrhunderts zentraler Ort vor allem männlicher Lohnarbeit. Hunderttausende MigrantInnen kamen insbesondere aus Ostpreußen/Polen in die Region. Bergbau (und Stahlindustrie) waren einerseits entscheidende Sektoren für die Industrialisierung, die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, die Kriegswirtschaft im Faschismus und das »Wirtschaftswunder«. Andererseits war der Pütt in allen Phasen Bezugspunkt sozialer Organisation und Arbeiteraktion – gegen die Kohlebarone und Bergbaukonzerne.

Seit 1958, mit dem zunehmenden Einsatz von Erdöl als Energieträger und der Mechanisierung des Kohleabbaus, wurden mehr und mehr Zechen geschlossen. Die Zahl der Bergleute ging von 400 000 (1957) über 150 000 (1970) auf unter 90 000 (1997) zurück. Hinzu kam der Abbau bei den Zulieferindustrien. Ähnliche Entwicklungen gab es in anderen europäischen Ländern. In den 50er und 60er Jahren, zu Zeiten der »Vollbeschäftigung« hatten die Bergleute wenig Probleme, in anderen Bereichen einigermaßen akzeptable Jobs zu finden. Später, als dies angesichts der »Massenarbeitslosigkeit« schwieriger wurde, zwangen Protestaktionen der Bergleute gegen die Zechenschließungen die Unternehmer und den Staat zu hohen Subventionszahlungen und zum Abschluß von Sozialplänen, Frühverrentung usw. Dies wurde dadurch erleichtert, daß seit 1969 der Kohlebergbau im Ruhrgebiet in einem Konzern zusammengefaßt worden ist, der Ruhrkohle AG (RAG).

Die Gründung der RAG und deren Subventionierung waren aber auch ein Versuch, den Steinkohlebergbau in Deutschland zu erhalten. Die Entscheidung darüber ist eine strategische Frage, da stillgelegte Zechen in kurzer Zeit nicht mehr nutzbar sind und eine neue Erschließung Milliarden kosten würde. Hier geht es um den Zugang zu »eigenen« (»deutschen, europäischen«) Energierohstoffen, wobei eine Entscheidung darüber auch mit der politischen Weltlage (Zugang zu anderen Vorkommen) und dem jeweiligen Energiepreis zusammenhängt. In den letzten Jahren hat sich da einiges verändert. Zum einen wurden weltweit viele neue Vorkommen entdeckt, deren Abbau wesentlich billiger ist als in Deutschland. Das liegt an den Lohnkosten (z.B. gegenüber den großen Förderländern China und GUS), vor allem aber daran, daß die Steinkohle im Ruhrgebiet aus über 1000 Meter Tiefe geholt werden muß, während sie woanders (USA, Australien) quasi gleich aus dem Boden zu schaufeln ist. Zum anderen hat sich der offene Zugang zu »ausländischen« Kohlevorkommen durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die wirtschaftliche Öffnung Chinas verbessert.

Letztendlich steht lange fest, daß in Deutschland mittelfristig nur noch wenige Zechen übrig bleiben werden, weil die Steinkohleförderung in größerem Maßstab dem Staat zu teuer geworden ist. So wie in Britannien, wo der Steinkohlebergbau nach der Niederlage der Bergleute im Streik 1984/85 rigoros abgebaut und rationalisiert wurde, oder in Belgien, wo er fast ganz eingestellt ist. Die Bundesregierung setzte bislang auf einen langsamen Abbau, auch weil so anderweitige Kosteneinbrüche verhindert werden sollen (weitergehende Zugeständnisse bei Kämpfen, Steuerausfälle, Kaufkraftverlust usw.). In den letzten Jahren wurden die Zechenstilllegungen mit Frühverrentung (ab 49), Qualifizierungsmaßnahmen und Versetzungen in den »weißen Bereich« der RAG, die schon mehr Umsatz in den bergbau-unabhängigen Konzernbereichen macht, abgedeckt. Die Frühverrentungen haben nun aber dazu geführt, daß das Durchschnittsalter mittlerweile bei 35 Jahren liegt. Somit ist der weitere Stellenabbau

nicht mehr über Verrentung abzufedern. Die Subventionen liegen in der BRD mittlerweile über acht Milliarden DM jährlich, eine Tonne »deutscher Kohle« wird mit über 220 DM subventioniert, bei einem Weltmarktpreis von 70 DM pro Tonne. Hier wollte die Bundesregierung nun eine langfristige Lösung durchsetzen.

Der aktuelle Kampf ...

Die letzte Entscheidung über die Kürzung der Subventionen war mehrmals verschoben worden, von November 1996 auf Februar 1997 und schließlich auf März 1997. Die Bundesregierung brachte immer wieder neue Zahlen ins Spiel, sogar von einer Kürzung auf zwei bis vier Milliarden sofort war die Rede. Der offizielle Vorschlag lief auf eine Absenkung auf 5,5 Mrd. DM bis 2005 und den Abbau von 50 000 Stellen hinaus. Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) und SPD forderten 6,5 bis 7 Mrd. DM bis 2005. Selbst das hätte die Schließung von sechs Zechen und die Entlassung von 45 000 Bergarbeitern bedeutet.

Nachdem die Bundesregierung Anfang März nochmal angekündigt hatten, die Subventionen bis 2005 »drastisch einzuschränken«, gingen am 8. März 5000 Bergleute in Düsseldorf auf die Straße. Die nächste Gesprächsrunde zwischen Regierung, Unternehmern und IGBE war für Dienstag den 11. März angekündigt. Am Montag gab es erste Aktionen und Blockaden von Autobahnen. Dienstag überstürzten sich die Ereignisse. 15 000 Bergleute fuhren nach Bonn, um auf die Entscheidung zu warten. Als Kohl die Verhandlungen absagte (und einen neuen Termin für Donnerstag ansetzte), weil er sich »dem Druck der Straße nicht beugen« wollte, stürmten einige Hundert die Bannmeile und prügeln sich mit den Bullen. Scharping, Lafontaine und Fischer, Josef versuchten zu schlichten. Kumpel hatten die FDP-Zentrale besetzt und machten sie mit Hobelketten dicht. IGBE-Vorsitzender Berger versuchte auf einer Demonstration, die Kumpel zu beschwichtigen, aber viele wollten von ihm nichts wissen und beschimpften ihn. Im Ruhrgebiet wurden mehrere Autobahnkreuze und andere Verkehrsknotenpunkte, die Autobahn am Flughafen Düsseldorf, der Hauptbahnhof in Hamm besetzt. Die Bullen hielten sich auffallend zurück. In Herne und anderen Städten demonstrierten ArbeiterInnen der RAG zum Arbeitsamt und meldeten sich symbolisch arbeitslos. In Gladbeck demonstrierten ArbeiterInnen von den Bahn- und Hafenebetrieben zum Arbeitsamt. Die meisten Zechen wurden für besetzt erklärt, und es gab auch hier etliche Demonstrationen und immer wieder Versammlungen, auf denen die Aktionen besprochen wurden. Zehntausende beteiligten sich, viele fuhren zu anderen Zechen und zu den Blockaden und Demos. Motorrad-»Biker« hielten Verbindung zwischen den einzelnen Revierstädten und nach Bonn. Die IGBE-Funktionäre hatten alle Hände voll zu tun, die Arbeiter in ihrer

Militanz zu behindern. Sie wollten, daß die Bergarbeiter nicht mehr nach Bonn fahren, »um die Gespräche nicht zu blockieren«.

Am Mittwoch gingen die Aktionen weiter. Es gab wieder Straßenblockaden und Demonstrationen. Aber die Ankündigung einer möglichen »Einigung« hatte dafür gesorgt, daß irgendwie die Luft raus war. Dienstagnachmittag waren die meisten Arbeiter aus dem Ruhrgebiet nach Hause gefahren, dafür 8000 Bergarbeiter aus dem Saarland gekommen. Die ließen sich am Mittwoch von Berger in das Müngersdorfer Stadion nach Köln vertreiben. Erst für Donnerstag hatten Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet wieder nach Bonn mobilisiert.

... und sein Ende

Am Donnerstag kam der Kompromiß, der von Bohl (Kanzleramtsminister), Rexroth (Wirtschaftsminister), Neipp (RAG), Biehl (Saarbergwerke AG) und Berger (IGBE) ausgehandelt wurde. Der Bund zahlt stufenweise bis 2005 5,5 Mrd. (1998 noch über 9 Mrd). Die Subventionen sinken aber nicht so schnell, wie ursprünglich geplant. Im Ruhrgebiet und im Saarland werden in den nächsten acht Jahren sieben bis acht Zechen geschlossen (von jetzt 19) und etwa 48 000 Stellen abgebaut (von etwa 85 000). Bis 2005 bleiben dann zehn bis elf Zechen (davon zwei im Saarland) mit insgesamt etwa 36 000 Bergarbeitern. Von der RAG gibt es die Zusage, daß es keine »betriebsbedingten Kündigungen« geben wird. Das soll über Einstellungsstop und mehr Teilzeit- und Dauerkurzarbeit als bisher gesichert werden. Die RAG will einen Tarifvertrag mit längerer Laufzeit aushandeln, der mehr »Flexibilisierungsmöglichkeiten« und einen Verzicht auf Reallohnsteigerungen vorsieht. Die Rente gibt es für die unter Tage weiter mit knapp 50 Jahren. Wo es möglich ist, werden die Arbeiter in den »weißen Bereich« der RAG übernommen. Dazu kommen Qualifizierungsmaßnahmen und Umschulungen.

Die Bergarbeiter aus dem Saarland und im Ruhrgebiet reagierten gemischt. Zum einen gab es Jubel über die Zusage, daß es keine »betriebsbedingten Kündigungen« geben solle, zum anderen skeptische Stimmen, bleibt es doch beim Abbau von mehr als der Hälfte der Stellen im Steinkohlebergbau. Irgendwie gelang es sowohl Berger und Neipp als auch der Bundesregierung, den Abschluß als Sieg zu verkaufen. Die Bergarbeiter zogen ab, und alles war zuende. Noch am Donnerstagabend fuhren die ersten Bergleute wieder ein. Es gibt Ankündigungen, daß der Produktionsausfall über Freischichten wieder reingeholt werden soll, die laut Tarifvertrag vom Weihnachtsgeld abgezogen werden können (also ohne Lohn!).

Mopedkorso – Erlebnisbericht

Die ganze Woche langweilte ich mich zu Tode. Meine Kollegen sprachen abwechselnd über Motorräder und Fußball. Die Woche vorher hatten wir über Militanz, Revolution und Selbstbewußtsein diskutiert, allerdings abstrakt und unkonkret. Mittwochmorgen war dann nichts zu tun und irgendeiner hatte eine Bild-Zeitung, die mit dem Kampf der Bergarbeiter titelte. »Hey, laßt uns nach Bonn fahren!« Ich rase nach Hause und ziehe meine verstaubten Mopedklammotten zwischen Camping-Geschirr und Stricksachen hervor. Rauf auf die Karre und los zur Zeche Hugo nach Gelsenkirchen, die Stimmung antesten.

Klar, Biker erkennen sich, sogar unterm Bergarbeiterhelm. »Ja, ja, haben alles wir organisiert, ganz ohne Gewerkschaft. Die reißen doch bloß vor der Kamera dat Maul auf. Hier hat keiner mehr Bock auf die. Kuck dir doch den Berger an. Dat beste ist, dat jetzt alle zusammenhalten und andere Arbeiter aus Betrieben unsern Kampf unterstützen. Vorgestern warn wir in Berlin, bei den Bauarbeitern. Überall soll's brodeln. Wir sind ja flexibel. Wenn ich meinen Kumpels sage, laß uns da und dort hinfahren, dann machen wir dat. Ende. Haben wir komischerweise vorher nie drüber nachgedacht, mal zu den französischen Kollegen zu fahren. Man kriegt dat mit, aber man muß ja erst selbst betroffen sein, ne. Außerdem kann ich kein Französisch. Und am Dienstag, ich sach' euch, dat war'n Erlebnis. All die Moppeds, wohin man guckte. Nach vorne, nach hinten, ohne Ende Moppeds. Dat warn Gefühl, sowat vergißt man nich. Haste Recht, die Arbeitsplätze sind weg. Aber ne andere Forderung... wir wissen auch nich' weiter. Also ihr wißt Bescheid, ne, morgen um sechs vor Hugo, Mopedkorso nach Bonn. Aber immer schön gemütlich, so mit 30, 40 Sachen, aufe Autobahn. Kann scho' ma sein, dat einer 'ne Panne hat. Auf sonem Autobahnkreuz.«

Wir fahren zurück, den anderen Bescheid sagen. Und am Donnerstag heißt es, 5:00 Uhr aufstehen. Vor Hugo treffen wir auf etwa 300 echte Kerle auf Harleys, Enduros und anderen Straßenmaschinen, alle so zwischen 25 und 45 Jahren alt. Wir passen also bestens dazu. Es soll einen Sternenkorso geben, die einzelnen Gruppen von »ihren« Zechen losfahren und auf der Autobahn zusammentreffen. Es irritiert mich ein wenig, daß einer mit einer grün-weißen GdP-Fahne die Straßen absperrt. Ich dachte, wir machen sowas alleine klar. Meine Verwunderung geht auf der Autobahn gleich weiter, gibt es doch zu viele, die mit ihrer 1300er GSX-R Tempo 30 mit 130 km/h verwechseln. Die Spuren werden auch nicht richtig dichtgemacht, immer mal nur für kurze Zeit. Alles in allem sehen sie verwegener aus, als sie sich verhalten. Als wir dann auch noch kurz anhalten müssen, kommen wir nicht mehr hinterher und fahren alleine nach Bonn. Dort treffen wir nur noch auf einen anderen Biker mit Ruhrpott-Nummernschild. Von einem Bullen erfahren wir, daß die anderen alle in Köln

sind. Wir fahren erstmal Kaffeetrinken. Der Kollege träumt von der Harley, wenn die Abfindung nur fett genug wird... Als wir in Köln im Müngersdorfer Stadion ankommen, in dem die Saarländischen Kollegen übernachtet haben, starten gerade alle nach Bonn durch. Wir reihen uns ein und fahren durch ein Spalier angetrunkenen, jubelnder Bergarbeiter oder Sympathisanten. Aber wir müssen tanken und verlieren die anderen wieder. In Bonn treffen wir dann auf die Reste des 3000 Moped starken Korsos. Und finden auch unsere beiden Kollegen wieder, die uns erst mal aufklären über den wahren Grund der Bonnfahrt: der Corso war direkt nach Köln zum Stadion gefahren. Dort angekommen haben sie eine Ehrenrunde gedreht und sind von den 8000 Bergleuten bejubelt worden. Einige der Biker hatten ein Radio dabei und als die Meldung über den Abschluß in Bonn kam, war die Luft raus, die Aktion völlig unspektakulär vorbei. Laue Stimmung, keine Freude und keine Wut, einfach, »Aha, das war's jetzt, fahren wir also wieder nach Hause.« Dann verkauften die Gewerkschaftsfuzzis das Ergebnis durch die Stadionanlage als doch ganz gutes Ergebnis. »Leute, freut euch, mehr war nicht rauszuholen, Berger bla bla bla. Auf nach Bonn, Siegeszug, Feiern.« Es dauerte einen Moment, bis die Stimmung umschlug und die ersten zu jubeln begannen. Die, die nicht jubelten, wußten nicht so recht, was zu tun wäre. Das Ergebnis war Mist, aber die Power war raus. Und alle sind brav gefahren.

Unsere Diskussion...

...und Fragen

Wir waren irgendwie enttäuscht, hatten uns mehr versprochen. Wir waren zu den Aktionen gefahren, weil wir wissen wollten, was für Ziele die Bergarbeiter haben, ob hinter der defensiven Forderung nach Arbeitsplätzen und weniger (!) Entlassungen noch mehr steht (Vorstellungen vom Kampf, besserem Leben...). Wir wollten auch kapiern, wie sie es geschafft hatten, die Aktionen zu organisieren (immerhin etliche davon »illegal«; allerdings, anders als die »terroristischen« Autobahnblockaden von Kurden vor einiger Zeit, wurden die der Bergarbeiter nicht mit harten Bullenaktionen beantwortet). Welche Rolle spielte die Gewerkschaft (über 95 Prozent in den Zechen sind Mitglied der IGBE)? Wie kam es zu der Zuspitzung nach der Gesprächsabsage von Kohl? Gewerkschafter und Politiker schienen vorübergehend berechtigte Angst zu haben, daß ihnen die Kontrolle abhanden kommt. Und hätten die Bergarbeiter mehr rausholen können? Aber was eigentlich, angesichts der Forderungen?

Mobilisierung

Über die Organisation der Aktionen haben wir nicht viel rausgekriegt. Wie woanders auch gibt es Gruppen von Bergarbeitern, die sich entlang sozialer Beziehungen organisieren, wie als »Biker«, Fußballfans... Klar, daß solche

Strukturen in einem Kampf zum Tragen kommen. Ansonsten benutzten die Bergarbeiter die Infrastruktur der Gewerkschaft, die sich um Busse und Verpflegung und die Zurückhaltung der Bullen bei den Aktionen kümmerte. Es schien eine Zeit so, als trieben die Bergarbeiter »ihre« Gewerkschaft vor sich her. Die Gewerkschaftsfunktionäre, von den Betriebsräten bis zum Vorsitzenden Berger, versuchten ihrerseits abzuwiegeln, die Aktionen im Griff zu behalten, eine Ausweitung zu verhindern.

Beim Ausmaß des Kampfes – zehntausende Bergarbeiter von allen Zechen nahmen aktiv teil – spielt eine Rolle, daß der Bergbau noch ein industrieller Bereich ist. Hier arbeiten bis zu 5000 Bergleute in einer Zeche (allerdings viele nicht mehr unter Tage). Viele sind schon Jahre dort, arbeiten unter Tage in festen Kolonnen, treffen sich außerhalb der Arbeit beim Fußball, Motorradfahren oder in der Gewerkschaftsgruppe. Oft wohnen die Bergleute in denselben Siedlungen, manchmal sind ganze Orte noch vom Bergbau geprägt. Großbetrieb, langjähriger Zusammenhalt auch am Ort, all das begünstigte die Mobilisierung der Bergleute. Dazu kommt, daß es nur zwei Konzerne gibt, die RAG im Ruhrgebiet und die Saarbergwerke AG im Saarland. Der ganze Sektor wird vom Bund subventioniert. Sowohl die Bergarbeiter als auch die Konzerne haben ein Interesse an der Durchsetzung weiterer staatlicher Gelder (weswegen die Aktionen auch von den Bergbaukonzernen quasi mitgetragen wurden und der IGBE-Vorsitzende Berger jedes Vorgehen mit dem RAG-Chef Neipp absprach.) Die Unterstützung durch die Unternehmen und das eindeutige Ziel, nämlich Geld vom Bund, vereinfachte das Vorgehen. Dazu kam, daß die Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und an der Saar auf weitgehende Unterstützung setzen konnten (der lokalen und regionalen politischen Strukturen, der Medien, vieler anderer ArbeiterInnen).

Aber was bedeutet die Ausbreitung und Unterstützung? Hier liegt der Haken: Es ging nur gegen die Bundesregierung, um die Durchsetzung weiterer Subventionen. Was ist das für ein »Klassenkampf«, gemeinsam mit dem Chef Subventionen zu fordern? Die Unternehmer wurden nicht angegriffen, ebenso wenig die Landesregierungen und andere Strukturen, die die Ausbeutung genauso mitorganisieren. Es ging von vorne herein nur um die Abmilderung des Abbaus, um weniger Entlassungen bzw. die sogenannte »Sozialverträglichkeit«. »Wenn ihr uns mehr Geld gebt, Entlassungen abfedert, uns Umschulungen usw. besorgt, sind wir ruhig.« Das Ziel ist, weiter staatliche Subventionen zu bekommen, um den Status Quo zu verteidigen oder möglichst lange zu erhalten. Der Staat ist entscheidende Instanz, Bezugspunkt. Deswegen Demos in Bonn statt offener Angriff gegen die Unternehmer. Wie bei Bauarbeitern, die auch eine staatliche Regelung ihres Sektors fordern, um die »Billiglöhner« rauszuhalten und die tariflichen Bedingungen (Löhne, Arbeitszeiten usw.) zu erhalten (oder wiederzubekommen). SPD und Gewerkschaften bestimmen die Richtung: »Kohl muß

weg!«, »Erhaltung unseres Sozialstaats«, »Bewahrung des Standorts Deutschland«. Solange die Kämpfe nicht diesen Rahmen sprengen, sich auf den Staat und die Sicherung hiesiger Arbeitsplätze beschränken, droht hier auch eine nationalistische Mobilisierung, sicherlich bei den Bauarbeitern mehr als bei den Bergleuten oder jetzt den Stahlarbeitern.

Entschlossenheit

Aber was macht die Entschlossenheit der Bergarbeiter aus und warum haben Gewerkschaften und SPD trotzallem Angst, die Kontrolle zu verlieren?

Hier ist erstmal wichtig, welche Perspektive die Bergarbeiter haben. Die meisten haben vorher keine anderen Jobs gemacht, sind seit der Lehre auf Zeche. Jetzt muß Geld ran wegen Häuschen und Familie. Die Kumpels sind die Kollegen aus der Kolonne, die meisten sozialen Beziehungen hängen mit dem Job zusammen. In den Regionen gibt es kaum andere Arbeit, die so »gut« bezahlt ist (20 DM/Std. und mehr). Die Bergarbeiter sehen bei FreundInnen und Bekannten, welche Löhne und Arbeitsbedingungen die bei anderen Jobs haben (Dienstleistungen, Elektronikindustrie usw.). Gibt es da auch den Zusammenhalt der ArbeiterInnen untereinander, das Wissen um die Nischen, z.B. wie man früher ausfahren und in welchen Ecken mensch pennen kann? Die Arbeit im Pütt ist immer noch dreckig und hart, doch es gibt auch Geschichten darüber, daß das alles gar nicht so schlimm sei mit harter Knochenarbeit und so, und dann kommt was übers Kiffen auf Zeche... Eben genauso wie in den Fabriken, in denen es eine »ArbeiterInnenmacht« gibt, die eine Verdichtung der Arbeit und Verschärfung der Bedingungen behindern konnte. Diese Faktoren zusammengenommen, bedeutet der Verlust der Arbeit auf Zeche weit mehr als nur die Suche nach einem neuen Job. Da hängen die sozialen Beziehungen dran, die Aussicht, dann zu schlechteren Bedingungen arbeiten, eventuell auch aus der Region wegziehen zu müssen. Und den meisten fehlen die Erfahrungen mit dem Umgang mit Arbeitslosigkeit. Es scheint so, als könne es nur schlechter werden. Verantwortlich dafür ist die Bundesregierung (nicht die Unternehmer, weil die wollen ja die Zeche erhalten). Also hin da und auf den Putz gehauen!

Nimmt das dann militante Züge an (Autobahnbesetzungen, Durchbruch der Bannmeile), müssen Gewerkschaften und SPD eine Verschärfung der Auseinandersetzung befürchten, in der ihnen ihre Rolle als Verhandlungsführer aus der Hand gleitet. Eine offene Straßenschlacht vor dem Bundeskanzleramt mit »Arbeitnehmern« ließe sich kaum vermitteln. Da droht dann die Nachahmung, eine Radikalisierung und Ausweitung auf andere Sektoren (Kohl begründete mit dem »Druck der Straße« und der möglichen Nachahmung seine Gesprächsabsage. Und es ist kein Zufall, daß die Formen des Widerstands in Gorleben auch von den Bergarbeitern diskutiert und angewandt wurden: Blockaden).

Zu wenig Perspektive

Und warum war alles schnell wieder vorbei? Forderungen der IGBE und Angebot der Regierung waren gar nicht so weit voneinander entfernt. Das Ergebnis ließ sich als Kompromiß verkaufen. Die Zusage des Verzichts auf »betriebsbedingte Kündigungen« von der RAG (diese Zusage wird nach dem Kompromiß auch von der Saarbergwerke AG übernommen) wurde von der Gewerkschaft ordentlich hochgekocht, um die Bergarbeiter endgültig zu beruhigen. »Seht her, man kümmert sich um euch!« Wie das im einzelnen dann aussieht, wird sich zeigen. Wichtig war, daß die meisten Bergarbeiter offensichtlich damit zufrieden waren. Zwar war die Wut groß, als es nach einer harten Linie der Regierung aussah (Gesprächsabsage), aber nach dem Abschluß fehlten die Perspektiven: Der Bergbau ist eh auf dem absteigenden Ast, hier wurde nur der Abbau geregelt. Wofür hätten die Bergarbeiter weiterkämpfen sollen? Für noch eine Milliarde mehr?

Auch wenn in den Gesprächen der Bergarbeiter immer wieder Kritik an der Gewerkschaft laut wurde (»Die da mit ihren Handys...«), schafften sie es nicht, über die Aktionen hinaus die Gewerkschaft hinter sich zu lassen. Vielleicht war der Kampf auch zu kurz, ein Kompromiß zu schnell absehbar, als daß sich weitergehende Ziele und Kampfformen hätten ergeben können.

Die Solidarität unter den Bergleuten war wichtig, hatte sicherlich Signalwirkung auf andere ArbeiterInnen (Richtung: »Endlich tut mal wer was!«). Praktisch gab es aber nur wenige gemeinsame Aktionen mit ArbeiterInnen aus anderen Sektoren (bis auf »Gewerkschaftsdelegationen«, einige wenige Aktionen in »bergbaunahen« Betrieben, z.B. im Duisburger Hafen, und die Versuche der »Biker«, s.o.). Die Bergarbeiter blieben weitgehend unter sich. (Ein Thyssen-Arbeiter, während des von der Thyssenleitung mitgetragenen Streiks wegen des Krupp-Übernahme-Versuchs: »Wenn ich da beim Bergarbeiterstreik auch gestreikt hätte, wäre ich doch rausgeflogen!«)

Fragen

Was sind denn Voraussetzungen für weitergehende Kämpfe? Wie können die ArbeiterInnen die Beschränkung auf defensive Ziele, die Festlegung auf eine Branche überwinden? Fehlen ihnen tatsächlich Wille und Fantasie? Wie können die entstehen? Fragt sich, ob die neuen Ideen und entscheidenden Impulse von ArbeiterInnen kommen, die »alte«, »garantierte«, »industrielle« Arbeitsverhältnisse haben (und diese verteidigen)? Oder gerade von denen? ■

E./S., Essen

Im Wildcat-Zirkular Nr.33 (Januar 97) haben wir über die Auseinandersetzungen in zwei Bereichen, in denen MigrantInnen – vor allem »AsylbewerberInnen« – arbeiten berichtet: »Putzblitz! Die streiken!« zu PutzarbeiterInnen bei Opel/Bochum und »Gegen Ausbeutung organisieren!« zu ArbeiterInnen im Einkaufszentrum CentrO/Oberhausen. Den Berichten haben wir einige Überlegungen über die mögliche Bedeutung solcher Auseinandersetzungen für die Klassenaus-einandersetzung insgesamt vorangestellt. Dazu erschien in der Nummer 34/35 eine »Kritik des CentrO-Artikels«. Wir werden hier nicht auf die Kritik eingehen. Für die nächste Nummer des Wildcat-Zirkulars bereiten wir einen genaueren Artikel vor, bei dem wir die für uns wichtigen Fragen zu dem Bereich Migration/Klassenkampf rausarbeiten wollen. Die in der Kritik angesprochenen Probleme werden dort auftauchen.

»Keine Arbeitsbeschränkungen für ›AsylbewerberInnen‹«

Bericht über eine Aktion beim Arbeitsamt Bochum

Ein Blick zurück: Das Arbeitsamt in Bochum gibt »AsylbewerberInnen« nur Arbeitserlaubnisse für zwei bis drei Stunden täglich (Pauschal- oder geringfügige Jobs bis 610 DM). Die Firma Schubert, die bei Opel die Reinigungsarbeiten macht, stellt »AsylbewerberInnen« nur als Pauschalkräfte ein, manipuliert bei den Lohnabrechnungen, verlangt einen harten Akkord, usw. Das Bochumer Sozialamt hatte im Oktober etlichen ArbeiterInnen von Schubert die Stütze gekürzt oder gestrichen, weil diese den Job nicht angegeben hatten. Die »AsylbewerberInnen« sollten nun Sozialhilfe zurückzahlen, und einige bekamen zusätzlich Geldstrafen. Etliche von ihnen machten eine Aktion beim Sozialamt und verlangten die Wiederaufnahme der Sozialhilfezahlungen. Kurz darauf organisierten einige ArbeiterInnen bei Schubert einen Streik, um die Bedingungen dort zu verbessern und höhere Löhne zu bekommen. Die Situation bei Schubert besserte sich etwas, aber das grundsätzliche Problem blieb ungelöst: mit den Pauschaljobs können die »AsylbewerberInnen« nicht genug verdienen, um ohne Sozialhilfe auszukommen. Die Stütze dagegen reicht auch nicht zum Leben. Wenn sie nun mehrere Jobs machen oder die beim Sozialamt nicht angeben, bekommen sie Ärger.

Die an der Auseinandersetzung beteiligten »AsylbewerberInnen« wollten nun das Arbeitsamt dazu bringen, Vollzeitarbeitserlaubnisse auszustellen. Die Idee, auch Schubert weiter unter Druck zu setzen, scheiterte unter anderem daran, daß

die meisten der an der Gruppe Beteiligten (AfrikanerInnen aus Bochum) mittlerweile bei Schubert rausgeflogen und durch »AsylbewerberInnen« aus anderen Städten ersetzt worden waren, zu denen die Bochumer keinen Kontakt haben. Also wurde festgelegt, alle »AsylbewerberInnen« in Bochum anzusprechen und für eine Aktion beim Arbeitsamt zu mobilisieren. Dafür schrieben die Beteiligten ein Flugblatt, in dem sie ihr Problem schildern und vom Arbeitsamt die Vergabe von Vollzeitarbeitserlaubnissen fordern. Sie (und wir UnterstützerInnen) liefen damit durch die Bochumer Heime, sammelten Unterschriften und luden zu einer Versammlung ein, auf der die Forderungen und eine Aktion auf dem Arbeitsamt diskutiert werden sollten.

Hier das Flugblatt, das später auch bei der Aktion auf dem Arbeitsamt verteilt wurde (Übersetzungen in Deutsch, Französisch, Englisch, Türkisch, Serbo-Kroatisch, Tamilisch):

Wir fordern:

Keine Beschränkung der Arbeitserlaubnis für AsylbewerberInnen!

1. Beschränkung der Arbeitserlaubnis

Wir Asylbewerberinnen und Asylbewerber bekommen keine generelle Erlaubnis zu arbeiten. Wir benötigen für jede einzelne Arbeit, die wir gefunden haben, eine Arbeitserlaubnis. Die stellt das örtliche Arbeitsamt aus. Niedergelegt ist das in der »Verordnung über die (Arbeits-)Erlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer«.

Dieses Gesetz wurde vom Parlament verabschiedet, wird aber vom Arbeitsamt Bochum sehr einschränkend angewendet. Dieses erlaubt AsylbewerberInnen nur Arbeit für zwei Stunden am Tag, während andere Arbeitsämter eine großzügigere Interpretation anwenden. Sie genehmigen auch Arbeit über zwei Stunden täglich hinaus und mit Sozialversicherung.

2. Folgen für unsere Situation

a.) Die Arbeitserlaubnis für nur zwei Stunden bedeutet für uns, daß die meisten Firmen uns sehr harte Arbeiten geben und oft die Regelungen und Vorschriften über die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter verletzen.

Ein Beispiel hierfür ist der Vertrag, den Opel/Bochum mit der Reinigungsfirma Schubert unterzeichnet hat. Früher stellte Opel direkt Arbeiter für die Reinigungsarbeiten ein und bezahlte sie gut. Opel stellte aber fest, daß für diese zuviel ausgegeben wurde, und bot nun spezialisierten Firmen an, diesen Dienst zu übernehmen. Unter vielen Konkurrenten gewann die Firma Schubert den Auftrag mit einem günstigen Preis – zum Nachteil der Arbeiterinnen und Arbeiter.

- Deren Arbeitsvolumen pro Person wurde erhöht.
- Ihnen wird ein geringes Gehalt von nur 500 DM pro Monat gezahlt.
- Sie haben schlechte Arbeitsbedingungen.
- Sie bekommen keine Lohnabrechnung.
- Bei der Verteilung des Akkords werden sie rassistisch diskriminiert.

– Der Arbeitsvertrag wird den Arbeitern bei der Einstellung nicht erklärt.

Zur rassistischen Diskriminierung möchten wir erklären, daß die Vorarbeiter des Putzdienstes, die überwiegend aus Osteuropa kommen, leichtere Arbeit und Arbeit von geringerem Umfang an ihre Landsleute geben und an andere, genauer gesagt: an Afrikaner, die harte und umfangreiche.

Durch die Arbeitserlaubnis für nur zwei Stunden sind wir dazu verdammt, die Jobs zu machen, die Deutsche und Bürger der Europäischen Gemeinschaft ablehnen.

Die Firmen, die uns beschäftigen, profitieren von unserer Arbeit, denn sie wissen, daß wir mit diesen zwei Stunden Verträgen keine andere Arbeit finden können, und sie beuten uns aus.

b.) Auf dem Hintergrund der Arbeitserlaubnis für nur zwei Stunden täglich passiert es, daß uns das Sozialamt die Sozialhilfe streicht, obwohl wir gerade deshalb arbeiten, weil die Sozialhilfe nicht bis zum Monatsende reicht.

– Das Sozialamt läßt uns 198 DM Miete bezahlen, obwohl wir unsere kleinen Zimmer mit vielen anderen Personen teilen.

– Das Sozialamt zwingt diejenigen, die wegen dieser ganzen Probleme die Arbeit aufgeben wollen, sie trotz der einschneidenden Probleme weiter zu machen.

– Das Sozialamt schickte zuletzt mitten in diesen ganzen Konflikten unsere Akten an die Polizei und das Amtsgericht Bochum. Dort werden wir verurteilt, die verbrauchte Sozialhilfe zurückzahlen, die wir neben den Zwei-Stunden-Jobs bekommen haben, und vor allem auch Geldstrafen des Gerichts zu bezahlen.

c.) Neben den oben angeführten Punkten möchten wir mitteilen, daß Vermieter und Wohnungseigentümer sich weigern, uns Wohnungen zu vermieten, da wir dafür keine Erlaubnis vom Sozialamt erhalten.

3. Schlußfolgerungen und Forderungen

Aufgrund all des oben Gesagten stellen wir fest:

– Wir wollen für die Gesellschaft nützlich sein, anstatt nichts zu tun und in den Containern und Heimen rumzuhängen.

– Wir wollen vom Sozialamt unabhängig sein, anstatt daß die Stadt jeden Monat viel für uns ausgibt (für Essen, Medikamente, Kleidung ...).

– Wir haben ohne gute Arbeit keine Chance, die Container und Heime, in denen wir wie Sardinen zusammengepfercht leben, zu verlassen.

Wir fordern schließlich vom Arbeitsamt Bochum, uns zu erlauben, Vollzeit und mit Sozialversicherung zu arbeiten, um die Probleme, die wir ständig mit dem Sozialamt und vor allem mit den uns ausbeutenden Firmen haben, lösen zu können..

Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Bochum

(Einladung zur Versammlung ...)

Versammlung

Zu der Versammlung (am 15.3.) kamen insgesamt 25 Leute, »AsylbewerberInnen« aus afrikanischen Ländern und Sri Lanka, »Bürgerkriegsflüchtlinge« aus Bosnien sowie UnterstützerInnen. Angesichts der Mobilisierungsanstrengungen war das doch sehr mager.

Nachdem einer der einladenden Afrikaner nochmal die Erfahrungen bei Schubert und die Problematik mit den Arbeitserlaubnissen erläutert hatte, schilderten die Bosnier ihre Probleme: Fälle, in denen sie vom Arbeitsamt keine Arbeitserlaubnis bekamen, obwohl sie von Unternehmern Einstellungszusagen bekommen hatten (darunter ein Fall, in der das Arbeitsamt die Arbeitserlaubnis verweigerte, weil der angebotene Lohn für die Art von Arbeit zu niedrig sei); es kam auch vor, daß das Arbeitsamt dann andere Leute zur Bewerbung bei der Firma schickte (von den Afrikanern hatten das auch schon einige erlebt); Probleme mit dem Sozialamt, wenn das mitbekommen hatte, daß sie eine geringfügige Arbeit nicht angegeben hatten; Schulden beim Krankenhaus, weil sie nicht krankenversichert worden waren, usw. Sie wiesen darauf hin, daß die Lage in den Städten unterschiedlich sei. Einer hatte auf dem örtlichen Arbeitsamt zu hören bekommen: »Bochum hat eigene Gesetze!«

Auch von den Afrikanern kamen noch Beispiele. Einer erzählte, daß die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für »AsylbewerberInnen« weitere Probleme schaffe. Ein Bochumer »Asylbewerber« könne in Düsseldorf Arbeit finden, müsse dafür aber die Grenzen des Bezirks verlassen (was bei Auffliegen Androhung von Beendigung des Asylverfahrens und von Abschiebung bedeuten kann).

Angesichts der Fülle von Problemen (Sozialamt, Arbeitsamt, Krankenversicherung, Bewegungsfreiheit) wies einer der Afrikaner aus der Vorbereitungsgruppe darauf hin, daß wir uns hier auf die Frage der Vollzeit-Arbeitserlaubnisse und deren Durchsetzung beim Arbeitsamt konzentrieren sollten. Die Beispiele für die Art und Weise, wie das Arbeitsamt mit den Arbeitserlaubnissen umgeht, sollten bei einer Aktion im Büro des Chefs vom Arbeitsamt vorgebracht werden. Die Bosnier waren einverstanden.

Es gab dann eine kontroverse Diskussion, bei der es darum ging, ob es besser sei, sich beim Arbeitsamt anzumelden, einen Brief zu schreiben usw. – oder gleich zu »demonstrieren«. Die einen schlugen den »offiziellen« Weg vor, um dann bei Nichtbeachtung oder Ablehnung eine Aktion zu machen. Einige hatten auch Bedenken wegen eines Eingreifens der Bullen. Andere, vor allem aus der Vorbereitungsgruppe, betonten, daß der offizielle Weg nichts bringe. Es wäre besser da gleich hinzugehen und Druck zu machen. Sonst könne mensch da nichts erreichen. Sie bezogen sich auch auf die Erfahrungen bei der Mobilisierung gegen die Freßpakete vor zwei Jahren.

Wir einigten uns dann, doch gleich gemeinsam aufs Arbeitsamt in das Büro des Chefs zu gehen und ihm die Forderungen auf den Tisch zu legen.

Aktion

Zu der Aktion auf dem Arbeitsamt (am 18.3.) kamen etwa 20 Leute. Wir gingen gleich hoch ins Büro des Leiters. Der war nicht da. Also nahmen wir die nächste Tür und standen nun in einer ABM-Ausschußsitzung. Daraufhin wurde schnell der stellvertretende Arbeitsamtsleiter geholt. Er bekam die Forderungen in die Hand gedrückt. Die »Asylbewerber« forderten ihn auf, den Interpretationsrahmen, den das Arbeitsamt bei der Vergabe von Arbeiterlaubnissen hat, auszunutzen und ihnen Vollzeitjobs zu genehmigen. Er erwiderte nur, daß er und das Arbeitsamt gezwungen wären, sich an die rechtlichen Vorgaben zu halten. Die schrieben vor, daß immer erst »Bevorrechtigte« vermittelt werden müßten. Dazu würden die »Asylbewerber« nicht gehören. Diese präsentierten daraufhin einige Beispiele, wo sie Vollzeitjobs aufgetan hatten, die offensichtlich die »Bevorrechtigten« nicht wollten und wo das Arbeitsamt die Bearbeitung verschleppt hatte oder schlichtweg ablehnte. Außerdem bekämen sie für die Teilzeitjobs doch gleich eine Erlaubnis – ohne lange Wartezeit, ohne Anfragen bei »Bevorrechtigten«. Der Stellvertreter wiederholte immer wieder nur seine Formel von der rechtlichen Lage, Einzelfallprüfung usw. Den Fragen eines bosnischen »Bürgerkriegsflüchtlings« wich er mit der Bemerkung aus, beim Status der Bosnier kenne er sich nicht aus. Nach anderthalb Stunden wurde klar, daß er sich nicht auf Zugeständnisse einlassen würde. Nach Vereinbarung eines weiteren Gesprächstermins zogen wir ab.

UnterstützerInnen

Vor der Aktion auf dem Arbeitsamt hatte sich die UnterstützerInnengruppe – wir von BoSalaMakasi und Leute aus der Roma-UnterstützerInnen-Gruppe aus Bochum – zusammengesetzt und darüber diskutiert, wie wir zu der Aktion der »AsylbewerberInnen« stehen. Wir unterstützen die Aktion, aber nicht, weil wir lediglich eine Angleichung der Bedingungen der »AsylbewerberInnen« an die (»normale Ausbeutung«) der »einheimischen« ArbeiterInnen wollen, sondern weil wir in diesem Kampf für bessere Bedingungen Ansatzpunkte für Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung an sich suchen. Es fällt uns allerdings schwer, diese Spanne zwischen Unterstützung der Aktion und weitergehender Zielsetzung auch deutlich zu machen.

Für die Aktion beim Arbeitsamt schrieben wir ein Flugblatt, um mit den »Arbeitslosen« ins Gespräch zu kommen. Dabei ging es uns vor allem darum, Verbindungen zwischen der Situation von »AsylbewerberInnen« und »Arbeitslosen« herzustellen und deutlich zu machen, daß wir beide »Gruppen« als Arbei-

terInnen sehen, die sich mit ihrer jeweiligen Ausbeutungssituation auseinandersetzen müssen, aber gemeinsame Interessen haben... Aber lest selbst:

Für die sofortige Abschaffung der Arbeitsbeschränkungen für »AsylbewerberInnen«! Flugblatt zum Besuch beim Chef vom Bochumer Arbeitsamt

Unternehmer und Politiker nennen sie »AsylbewerberInnen« und machen Gesetze, die sie zwingen sollen, in Heimen zu wohnen, von der Sozialhilfe zu leben, miese Jobs zu machen und dann wieder zu verschwinden. Es sind dieselben Unternehmer und Politiker, die uns an allen Ecken die Kohle streichen und zwingen wollen, mehr zu arbeiten. Für uns sind die sogenannten »AsylbewerberInnen« FreundInnen, KollegInnen, andere ArbeiterInnen, die herkommen, weil die Situation in ihren Ländern noch schlechter ist, wegen Krieg, Armut, Hunger und Unterdrückung. Wenn sie sich hier nicht auskennen, unsere Sprache nicht sprechen, über Gesetze unter Druck gesetzt und gezwungen werden, zu besonders schlechten Bedingungen zu arbeiten, dann schwächt das auch unsere Position gegenüber den Unternehmern. Wenn sie die Abschaffung der Arbeitsbeschränkungen fordern, also die gleichen Bedingungen wie wir, dann ist das nur ein Schritt, aber ein wichtiger: Sie wollen sich nicht als »AusländerInnen« oder »AsylbewerberInnen« ausgrenzen und gegen andere ArbeiterInnen ausspielen lassen. Wir unterstützen ihren Kampf, auch weil wir hoffen, daß dadurch gemeinsame Kämpfe gegen Unternehmer und Politiker, gegen Arbeitshetze und Verarmung, für eine Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Profit möglich werden.

Was ist passiert? Beispiel Schubert/Opel

Bei der Firma Schubert, die in den Bochumer Opel-Werken die Reinigung macht, wurde im November gestreikt. Hier arbeiten überwiegend »Asylbewerber« für zwei oder drei Stunden täglich. Schubert ruft direkt beim Arbeitsamt Bochum an, wenn bestimmten Leuten eine Arbeitserlaubnis erteilt werden soll. Im Oktober letzten Jahres wurde etlichen von ihnen die Sozialhilfe gestrichen, weil sie die Jobs nicht beim Sozialamt angaben (aber dafür vom Arbeitsamt Arbeitserlaubnisse bekommen hatten!). Jetzt fordert das Bochumer Sozialamt ausbezahltes Geld zurück und hat auch bei Gericht Klage eingereicht. Die Betroffenen bekommen nun unter 600 DM Lohn, kriegen keine Sozialhilfe mehr und sollen dann auch noch Geld ans Sozialamt zurückzahlen und für Geldstrafen aufkommen. Und diejenigen, die den Job aufgegeben haben (weil vom Lohn sowieso kaum was übrig bleibt), sollen jetzt von der Sozialhilfe die Rückzahlungen und Strafen bezahlen!

Einige »AsylbewerberInnen« bei Schubert/Opel haben dann versucht, ihre Bedingungen bei der Firma zu verbessern. Im November und Dezember haben sie Versammlungen organisiert und einen Tag gestreikt. Herausgekommen ist, daß seitdem die beschissenen Arbeitsbedingungen etwas besser und die Löhne ein wenig angehoben wurden. Die »AsylbewerberInnen« wollen aber die Möglichkeit, sich Jobs zu suchen, von denen sie leben können. Sie wollen den Streß mit dem Sozialamt und die Festlegung auf die geringfügigen (zwei bis drei Stunden-) Jobs nicht! Deswegen verlangen sie vom Arbeitsamt, ihnen Arbeitserlaubnisse für Vollzeitarbeit zu geben (siehe ihr Flugblatt dazu).

Arbeitsamt und Arbeitserlaubnisse

Über die gesetzliche »Arbeitserlaubnisverordnung« regeln Unternehmer und Staat die Arbeit von MigrantInnen, Leuten, die aus anderen Ländern hierher kommen. Sie teilen sie in verschiedene Gruppen ein, je nach Dauer ihres Aufenthalts, der Arbeit, die sie machen sollen, usw.: GastarbeiterInnen, SaisonarbeiterInnen, AsylbewerberInnen...

Die Arbeitsämter sollen sich bei der Stellenvermittlung und bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für MigrantInnen an der Arbeitsmarktlage orientieren. Über die Beschränkung von Arbeitserlaubnissen und bei der Stellenvermittlung werden »AsylbewerberInnen« – aber auch andere MigrantInnen – in die miesen Jobs in Restaurants, in Reinigungsfirmen, beim Werbezettelverteilen usw. gedrängt.

»AsylbewerberInnen« – und »Bürgerkriegsflüchtlinge« – müssen dabei eine spezielle Arbeitserlaubnis beantragen, die nur für einen bestimmten Job gilt und befristet ist. In Bochum und vielen anderen Städten bekommen sie vom Arbeitsamt nur Arbeitserlaubnisse für sogenannte geringfügige Jobs (also für zwei oder drei Stunden täglich). Sie verdienen dann weniger 610 DM, oft nur 300 DM. Sie sind also außerdem auf Sozialhilfe angewiesen. Bekommen sie aber Sozialhilfe, wird ihnen ein großer Teil des schon mickrigen Lohnes wieder abgenommen!

Was hat das mit uns zu tun?

Nicht nur die »AsylbewerberInnen« bei Schubert/Opel und anderswo haben Probleme mit Arbeit und Einkommen. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt bekommen wir alle zu spüren. Unternehmer und Politiker haben den Rahmen für eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitsmärkte und Arbeitsverhältnisse geschaffen (befristete Verträge, Teilzeit, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, illegalisierte Beschäftigung...). An dieser Entwicklung haben wir ArbeiterInnen einen Anteil, haben viele von uns doch keine Lust auf 40-Stunden-Malocher, die blöden Chefs usw. Dann doch lieber ab und zu mal befristet jobben und zwischendurch mit der Arbeitslosenkohle durchkommen oder mal schwarzarbeiten. Schließlich geht es für uns darum, möglichst gut zu leben, Ruhe, Zeit und Muße für unsere FreundInnen, Ideen und Projekte zu haben – statt ständig zu malochen. Aber Unternehmer und

Auslagerungen

Die Konzerne haben in letzter Zeit viele Bereiche in andere Firmen ausgelagert. Dort sind dann die Löhne wesentlich niedriger. Und die Konzerne fordern, daß diese Firmen Kosten und Löhne weiter reduzieren. Sie spielen sie gegeneinander aus, indem sie den billigsten Anbieter nehmen. Wir ArbeiterInnen geraten so mehr unter Druck und sollen schlechtere Bedingungen akzeptieren. Im Fall Schubert sah das so aus: Früher wurden die Reinigungsarbeiten von Opel-ArbeiterInnen ausgeführt – mit deutlich höheren Löhnen und Sozialversicherung. Diese Stellen hat Opel abgebaut. Schubert macht das jetzt billiger, auch weil das Arbeitsamt über die Beschränkung der Arbeitserlaubnisse dafür sorgt, daß Leute zu den schlechten Bedingungen arbeiten müssen. Durch die Einstellung von »AsylbewerberInnen« mit geringfügigen Verträgen spart Schubert die Sozialversicherung und kann Akkord und Arbeitstempo erheblich steigern: Wer nur zwei Stunden arbeitet, kann mehr gescheucht werden, als jemand, der acht Stunden vor sich hat!

Politiker versuchen, uns in die Zange zu nehmen. Sie wollen, daß wir so arbeiten, wie sie es wollen: immer verfügbar und flexibel, immer Leistung bringen. Wenn sie jetzt Arbeitszeitkonten einführen, damit wir z.B. vor Weihnachten auch mal 48 Stunden ohne Zuschläge arbeiten, wenn sie uns nur noch über Zeitarbeitsfirmen einstellen, wo der Lohn um die zehn Mark liegt, wenn sie uns zwingen, samstags und sonntags zu arbeiten oder mit der Streichung vom Arbeitslosengeld drohen, wenn wir ihre miesen Jobs nicht annehmen, dann geht es immer um eins: sie wollen ihren Profit vergrößern und das geht nur, wenn sie uns zwingen können, mehr und härter zu arbeiten.

Dieser Angriff betrifft uns alle, ...

aber nicht alle gleich, VerkäuferInnen, Arbeitslose, AsylbewerberInnen, Bergarbeiter, usw. Und diejenigen, die sich wehren, tun das meistens nur, wenn »ihre« Firma oder Branche betroffen ist. So wollen es Unternehmer und Politiker: Damit wir nicht gemeinsam kämpfen, für bessere Bedingungen, oder gar für eine Gesellschaft jenseits von Profit und Ausbeutung, versuchen sie, uns immer wieder zu spalten.

Diese Spaltungsversuche setzen vor allem bei der Situation von Frauen und MigrantInnen an. Bei ihnen wird zuerst das durchgesetzt, was sich die Unternehmer auch für die meisten anderen ArbeiterInnen wünschen. Sie sind die ersten, die in die Jobs ohne Sozialversicherung gedrängt werden. Sie sollen arbeiten, wann und wo sie gebraucht werden – und wieder an Heim und Herd oder in ihre Heimatregionen verschwinden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Unternehmer und Politiker versuchen das über eine Vielzahl von Gesetzen und Maßnahmen durchzusetzen. Was die MigrantInnen betrifft sind das Ausländergesetze, Arbeitsbeschränkungen, Razzien. All dies dient dazu, MigrantInnen zu kontrollieren und unter Druck zu setzen, damit nur die kommen, die die Unternehmer hier ausbeuten wollen, damit sie hier nicht aufmucken und damit sie zu miesen Bedingungen arbeiten. Dabei wird noch unterschieden, wer hier langfristig gebraucht wird (z.B. als türkischer Facharbeiter) oder nur vorübergehend (z.B. polnische Erntearbeiterin).

Kämpfe von »AsylbewerberInnen«

Die Situation von »AsylbewerberInnen« ist besonders schlecht. Sie werden auf Sozialhilfe festgelegt oder in miese Jobs gedrängt. Sie müssen zusammengepfercht in Heimen oder Containerlagern leben. Sie sehen sich bedroht von der Ablehnung im Asylverfahren und Abschiebung. Sie werden konfrontiert mit rassistischen Gängelungen und Angriffen durch Behörden usw., aber auch durch »Einheimische«.

Aber sie nehmen das keinesfalls wehrlos hin. Immer wieder haben »AsylbewerberInnen« für die Verbesserung ihrer Situation Kämpfe organisiert, z.B. mit Demonstrationen und Hungerstreiks für die Auszahlung der Sozialhilfe in Geld (statt Gutscheinen, Freßpaketen), durch (Kirchen-) Besetzungen gegen Abschiebungen, durch Aktionen in den Abschiebeknästen ...

Auch Bochumer »AsylbewerberInnen« versuchen, kollektiv für eine Verbesserung ihrer Situation zu kämpfen. 1995 haben einige von ihnen die Abschaffung der ungenießbaren Freßpakete durchgesetzt, die in Bochum an »AsylbewerberInnen« verteilt wurden. Seitdem bekommen sie wieder die gekürzte Sozialhilfe. Jetzt verlangen sie die Aufhebung der Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen. Sie wollen die gleichen Bedingungen wie wir »Einheimischen«. Wir wissen, daß

auch die beschissen genug sind, aber hier geht es darum, uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und uns gegenseitig zu unterstützen. *Einige UnterstützerInnen*

Überall wo »AsylbewerberInnen« und andere MigrantInnen von Unternehmern und Politikern eingesetzt werden, um uns zu spalten, um die »einheimischen« ArbeiterInnen mit den miesen Arbeitsbedingungen der MigrantInnen unter Druck zu setzen, müssen wir das verhindern! Nehmen wir diese Aktion zum Anlaß, auch unsere Probleme gemeinsam anzupacken und wieder mehr Mut zu fassen. Wenn wir uns gegenseitig unterstützen, haben wir auch die Kraft dazu, was durchzusetzen!

Erfüllung der Forderung nach Vollzeit-Arbeitserlaubnissen! Rücknahme der Klagen vom Sozialamt und der Rückzahlungsverfügungen gegen die ArbeiterInnen von Schubert! Abschaffung aller Sondergesetze gegen »Nicht-Deutsche«! Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Kontakte: * *BoSalaMakasi, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen, Tel.: 0208/85 59 45*

* *Roma-UnterstützerInnen-Gruppe, c/o Bhf. Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum*

Eigentlich wollten wir die beiden Flugblätter zusammen mit einigen »AsylbewerberInnen« auf den Fluren verteilen und uns Zeit für Diskussionen mit den »Arbeitslosen« nehmen. Das fiel dann flach, weil relativ wenige an der Aktion teilnahmen und wir uns gleich nach dem Verteilen wieder an dem Gespräch beteiligen, statt uns auf die Diskussion mit den »Arbeitslosen« zu konzentrieren. Fast alle haben eins von den Flugblättern genommen und angefangen, es zu lesen. Auf die Schnelle gab es einige positive Reaktionen.

Wie weiter?

Die meisten Beteiligten schätzten die Aktion positiv ein, obwohl erstmal nichts Greifbares rausgekommen ist. Letztendlich konnten wir nicht genug Druck ausüben. Aber die Erwartungen waren auch unterschiedlich. Einige fanden es schon gut, daß sich ein Vertreter des Arbeitsamtes auf die Auseinandersetzung einläßt. Andere hatten erwartet, daß das Arbeitsamt auch gleich Zugeständnisse macht.

Bei den weiteren Diskussionen – an denen jetzt auch einige Tamilen teilnehmen – geht es um die nächsten Schritte: Weiter Druck auf das Arbeitsamt ausüben? Oder auf die »politischen Entscheidungsträger« in der Bochumer Stadtregierung? Erstmal hängt vieles davon ab, ob und wie sich mehr »AsylbewerberInnen« an dieser Auseinandersetzung beteiligen. Warum hatte denn die Mobilisierung so wenig Erfolg? Und es steht auch weiter die Frage im Raum, ob und wie die Unternehmer anzugreifen sind, die ja die Leute zu den miesen Bedingungen einstellen! *BoSalaMakasi*

Das Kapital als Subjekt und die Existenz der Arbeit

Werner Bonefeld (in: *Werner Bonefeld, Richard Gunn, John Holloway, Kosmas Psychopedis (eds.), Open Marxism, Vol. III, Emancipating Marx, Pluto Press, London 1995*)

Einleitung

John Holloway betont in seinem Beitrag zu diesem Band die negative Kraft des Marxismus. Zu dieser Kraft gehört die »Kritik« als eine destruktive Macht und die Auffassung von der gesellschaftlichen Existenz als eine Existenzweise menschlicher Praxis. Um die Frage, welchen »Status« die menschliche Praxis hat, werden aber innerhalb der radikalen Theorie heftige Auseinandersetzungen geführt. Ist die menschliche Praxis eine produktive Macht, ist sie nur Hilfspersonal von strukturellen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten, oder ist sie sogar nur Rädchen in einem umfassenderen System? Was bedeutet es überhaupt, von menschlicher Praxis zu sprechen? Was konstituiert das Verhältnis zwischen »menschlicher Praxis« und der »verkehrten und verzauberten Welt«¹ des Kapitalismus?

Der gegenwärtige Kritizismus, der mit dem kritischen Realismus verbunden ist, behauptet, »Strukturen und gesellschaftliche Wesen werden oft als ungewollte Wirkungen von individuellen Handlungen reproduziert«.² Anders gesagt, die Menschen mögen Produzenten sein, aber das Produkt ihrer Arbeiten hat nicht notwendigerweise das vorhergesehene Ergebnis. Üben die Strukturen Zwänge aus oder steht das »Individuum« nur im Schatten? Lovering zufolge ist menschliches Handeln nicht selbstbestimmt, sondern entweder den strukturellen Verhältnissen untergeordnet oder zu vernünftiger Bestimmung unfähig. Sind es die Strukturen,

¹ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 838.

² John Lovering, Neither fundamentalism nor ›New Realism‹, in: *Capital & Class*, No. 42, 1990, S. 39. Ein erster Ansatz zur Kritik des Kritischen Realismus findet sich bei: Richard Gunn, *Marxism and Philosophy*, in: *Capital & Class*, No. 37, 1989; und: ders., *Marxism, Metatheory and Critique*, in: Werner Bonefeld und John Holloway (Eds.), *Post-Fordism and Social Form*, Macmillan, London 1990. Siehe auch: K. Magill, *Against Critical Realism*, in: *Capital & Class*, No. 54, 1994.

die die menschliche Handlungen vorherbestimmen, ihre Ergebnisse festlegen und den Erfolg des individuellen Handelns definieren? Werden die Menschen durch Kräfte beherrscht, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Bei Lovering sieht es so aus, als ob Strukturen *außerweltliche* Wesen wären: Wir werden in sie hineingeboren und sie reproduzieren sich selbst in abgeänderten Formen durch die individuellen Handlungen hindurch. Die Auffassung, daß sich Strukturen durch die menschliche Tätigkeit hindurch selber reproduzieren, erscheint bizarr. Und doch scheint dies die Position des kritischen Realismus von Lovering zu sein.

Ein anderer neuerer Beitrag, der sich den Zwängen widmet, die der menschlichen Praxis von außermenschlichen Kräften auferlegt werden, stammt von Bob Jessop. Im Unterschied zu Lovering sind es beim Ansatz von Jessop subjektive und nicht objektive strukturelle Merkmale, die Zwang auf die menschliche Praxis ausüben. Für Jessop ist das Kapital das allein entscheidende Subjekt.³ Die gesellschaftliche Realität wird als Resultat der Wechselwirkung zwischen vielfältigen sozialen Interessen und Ursachen betrachtet. Diese Wechselwirkung wird durch die »Subjektivität« des Kapitals bestimmt, die der menschlichen Praxis ihre eigenen logischen und/oder natürlichen Anforderungen aufzwingt.⁴ Die Unterordnung der menschlichen Praxis unter die Subjektivität des Kapitals erklärt Jessop durch den Ausdruck von der Autonomie der »Meta-Form des Werts«. Diese Meta-Form wird als ein Ding gedacht, das den Rahmen darstellt, in dem sich menschliche Praxis entfaltet. Wir werden auf die Argumentation von Jessop gleich zurückkommen. Hier ist zunächst wichtig, daß die Ansätze von Lovering und Jessop auf der Vorstellung von Kapital (oder Strukturen) als *konstituierter* Dinge beruhen. Das Kapital wird als eine existierendes Wesen vorausgesetzt. Es wird nicht mehr danach gefragt, was das Kapital »ist«. Damit wird das Kapital einem historisch aktiven Subjekt gleichgesetzt. Dies würde aber bedeuten, daß die Frage danach, wie das Kapital produziert wird, durch die Frage ersetzt ist, wie das Kapital reproduziert wird. So wie Lovering betrachtet Jessop den Marxismus als eine wissenschaftliche, objektive Theorie. Während das Kapital als Subjekt betrachtet wird, ist die menschliche Praxis durch die dem Kapital eigene Definition gesellschaftlicher Reproduktion bestimmt. Und weil das Kapital als Subjekt vorausgesetzt ist, kann die Arbeit sich nur innerhalb des Kapitalverhältnisses ausdrücken. Die menschliche Praxis befindet sich einzig und allein

³ Bob Jessop, Polar Bears and Class Struggle, in: Werner Bonefeld and John Holloway, Post-Fordism, S. 150.

⁴ Bob Jessop, Regulation Theory in Retrospect and Prospect, »Printed-Serie« der ZiF-Forschungsgruppe »Staatsaufgaben« 1, Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Bielefeld 1988.

innerhalb der Subjektivität des Kapitals: alle Arbeit erscheint damit natürlicher-weise als Lohnarbeit.

Marx zufolge besteht die wesentliche theoretische Unzulänglichkeit der politischen Ökonomie darin, daß sie die gesellschaftliche Existenz auf der Basis *konstituierter* Formen begreift.⁵ Die politische Ökonomie geht von der historischen Existenz besonderer Phänomene aus und versucht, zwischen ihnen kausale Zusammenhänge herzustellen. Marx kritisiert an ihr, daß sie das voraussetzt, was sie aufzeigen will, insbesondere setzt sie das »Kapital« voraus. Die politische Ökonomie fragt nicht danach, warum die gesellschaftliche Arbeit vom Wert ihres Produkts verkörpert wird. Stattdessen versucht sie, diesen Wert zu definieren, indem sie Austauschbeziehungen voraussetzt, d.h. indem sie den Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals voraussetzt. Die politische Ökonomie arbeitet mit gedanklich nicht gefaßten Voraussetzungen. Das heißt, die Formen des Kapitals werden als selbstverständliche, einmal historisch entstandene Formen aufgegriffen, die in der weiteren historischen Entwicklung nicht mehr zur Debatte stehen. Sie kontrollieren das menschliche Handeln, statt vermittelt und in der menschlichen Praxis zu existieren. Diese Formen werden also als etwas aufgefaßt, das außerhalb des menschlichen Handelns existiert und mit selbst-konstituierenden Fähigkeiten ausgestattet ist. Daher wird das Kapital als »etwas« definiert, das Kapital produziert.

Die Begriffe der politischen Ökonomie sind Abstraktionen, die sich auf die fetischisierten Existenzformen der kapitalistischen Gesellschaft beziehen. Marx schreibt:

»Den Herren Ökonomen wird es verdammt schwer, theoretisch fortzukommen von der Selbsterhaltung des Werts im Kapital zu seiner Vervielfältigung; nämlich diese in seiner Grundbestimmung, nicht nur als Akzidens oder nur als Resultat. Sieh z.B. *Storch*, wie er durch ein Adverb »eigentlich« diese Grundbestimmung hereinbringt. Allerdings suchen die Ökonomen dies in das Verhältnis des Kapitals als wesentlich hereinzubringen, aber wenn das nicht in der brutalen Form geschieht, daß Kapital als das bestimmt wird, was Profit bringt, wo die Vermehrung des Kapitals selbst schon als besondere *ökonomische Form* im Profit gesetzt ist, so geschieht es nur verstohlen und sehr schwach (...). Das Geschwätz, daß niemand sein Kapital anwenden

⁵ Das folgende Argument geht zurück auf: Helmut Reichelt, Some Notes on Jacques Bidet's Structuralist Interpretation of Marx's Capital, in: Common Sense, No. 13; siehe auch: Helmut Reichelt, Why did Marx Conceal his Dialectical Method? in: Werner Bonefeld, Richard Gunn and John Holloway, Open Marxism, Vol. III, Emancipating Marx, London 1995, S. 40ff. (dtsch.: Helmut Reichelt, Warum hat Marx seine dialektische Methode versteckt?, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1996, S. 73ff.).

würde, ohne Gewinn daraus zu ziehen, läuft entweder auf die Albernheit hinaus, daß die braven Kapitalisten Kapitalisten bleiben würden, auch *ohne* ihr Kapital anzuwenden; oder darauf, daß in einer sehr hausmannskostartigen Form gesagt ist, daß gewinnbringende Anwendung im Begriff des Kapitals liegt. Well. Dann wäre das eben nachzuweisen.«⁶

Ansätze, die auf dem Kapital als einer *konstituierten* Form beruhen, seien sie bürgerlich oder auch nicht, sind in einem gedanklichen Teufelskreis gefangen: sie setzen voraus, was sie definieren wollen. Sie beten wissenschaftlich nach, was die objektiven Existenzbedingungen sind. Diese Bedingungen sind notwendigerweise immer solche, die einzig und allein im Kapital selber liegen. Denn das Kapital wird nicht nur als der beherrschende Faktor, sondern auch als bestimmendes und historisch tätiges Produktionsverhältnis vorausgesetzt. Die menschliche Tätigkeit steht nicht im Zentrum des theoretischen Ansatzes, sondern ist nur ein beobachtbares Faktum in der empirischen Welt. Politisch führt diese Preisgabe des menschlichen Subjekts zur Anpassung an die »objektiven Bedingungen«, d.h. zu einer affirmativen und apologetischen Rücksichtnahme auf eine »verrückte« Existenz. Horkheimer⁷ stellt das heraus, wenn er eine Theorie verurteilt, die »Subjekt und Objekt (...) getrennt« hält. »Den Gegenstand der Theorie von ihr [der Theorie] getrennt zu denken, verfälscht das Bild und führt zum Quietismus oder Konformismus.« Die dualistische Auffassung von Subjekt und Objekt, von Theorie und Sein, gehört zu dem, was Horkheimer als traditionelle Theorie bezeichnet.

In diesem Aufsatz soll gezeigt werden, daß Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie eine Kritik des Kapitals als einer Existenzweise von Arbeit liefert. Wir werden den Marxschen Satz vom »Kapital« als einem autonomen Subjekt unter die Lupe nehmen und dabei die Rolle der »Arbeit« als konstituierender Macht hervorheben. Wir werden zeigen, daß es die Arbeit ist, die sich in der verrückten Welt des Kapitalismus selbst gegenübertritt.

Vom Kapital zur Arbeit?

»Die Menschen erneuern durch ihre eigene Arbeit eine Realität, die sie in steigendem Maß versklavt.«⁸ Dieser Satz von Horkheimer hat eine zentrale Bedeu-

⁶ Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1974, S. 182f.

⁷ Vgl. Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie, in: Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie, Frankfurt/M. 1970, S. 45f.

⁸ Max Horkheimer, a.a.O., S. 32.

tung für die in diesem Text aufgeworfenen Fragen. Auf den ersten Blick enthält dieser Satz eine Paradoxie. Auf der einen Seite sind die Menschen das Subjekt dieses Satzes. Sie handeln und sind kreativ. Sie produzieren ihre eigene Realität. Sie sind das Wesen dieses Satzes. Auf der anderen Seite sind sie bloßes Objekt der Realität, einer versklavenden Realität. Die Menschen werden auf ein gesichtsloses »sie« reduziert, auf das Anhängsel einer Realität, die über ihnen steht und die sich durch menschliches Handeln lediglich weiterentwickelt. Wie verstehen wir menschliches Handeln: als Subjekt und damit als das Wesen der Realität, oder nur als Objekt der Realität? Anders gesagt, ist die menschliche Praxis nur harmloser Zuschauer einer Realität, die die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, oder ist die menschliche Praxis eine produktive Macht? Horkheimers Bemerkung hat eine kritische Bedeutung: wie läßt sich der Umstand verstehen, daß die menschliche Praxis sich selbst als scheinbar außermenschliche Formen darstellt? Woher kommt es, daß die menschliche Praxis nicht nur verrückte Formen produziert, sondern in ihnen im Gegensatz zu sich selber existiert. Horkheimer fragt nach der Konstitution der gesellschaftlichen Existenz. Im Unterschied zu seinem totalisierenden Denken bilden die beiden »Seiten« dieses »Paradoxons« jeweils das Zentrum für strukturalistische und subjektivistische Versionen des Marxismus. Strukturalistische Ansätze betrachten die Gesellschaft als einen »Organismus«, der sich gemäß seiner eigenen inneren Gesetze entwickelt. Die menschliche Praxis stellt dabei nur einen Aspekt dieses Organismus dar. Gesellschaftlicher Konflikt wird als ein Mittel zum Ausgleich einer Gesellschaft und damit als eine die Struktur reproduzierende Größe verstanden. In dieser Sichtweise verfügen Strukturen über subjektive Eigenschaften.⁹ Sie entscheiden, bestimmen und »wählen aus«. Auf der anderen Seite stützen sich subjektivistische Ansätze auf die Vorstellung eines kreativen, nichtentfremdeten und selbstbestimmten Subjekts, das in Opposition zu den Forderungen steht, die vom kapitalistischen System ausgehen. Das »Subjekt« wird als ein authentisches und schöpferisches Wesen betrachtet, das außerhalb des kapitalistischen Projekts steht und ständig zu seiner Beteiligung an ihm gezwungen wird. In beiden Fällen wird die Vorrangigkeit der menschlichen Praxis ignoriert. Entweder wird die menschliche Praxis gezwungen, die »Strukturen« zu reproduzieren, oder sie existiert außerhalb ihrer eigenen gesellschaftlichen Welt. Die kritische Frage, warum dieser Inhalt (die menschliche Existenz) diese Form (kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse) annimmt, wird beiseite geschoben und durch eine Frage ersetzt, bei der schon vorausgesetzt wird, daß

⁹ Zu dieser Kritik des Strukturalismus siehe: Alfred Schmidt, Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte, in: Alfred Schmidt (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/M. 1969.

»Kapital« ein Etwas ist: entweder es produziert sich selber, oder es ist ein »mächtiges Objekt«, das das authentische Subjekt dazu verleitet, dem kapitalistischen Zweck zu dienen.

Menschliche Praxis und Kapital als eine konstituierte Form

Bei einer Analyse, die danach fragt, wie das Kapital sich selbst produziert und seine eigene Reproduktion reguliert, stehen die »konstituierten Formen« der politischen Ökonomie im Mittelpunkt. Die menschliche Praxis wird als bloßes Element betrachtet, das diese Formen unter wechselnden empirischen Umständen unterstützt und reproduziert. Sie bezieht sich damit auf den Menschen als einen menschlichen Faktor, einen Produktionsfaktor oder als einen Träger bestimmter Funktionen, Interessen usw.. Der Mensch wird »irgendjemand«, der gezwungen ist, innerhalb des Rahmens feststehender Formen zu funktionieren. Diese Formen liegen außerhalb der Reichweite menschlichen Handelns, und sie definieren und beschränken den Umfang der menschlichen Praxis. Innerhalb des Dualismus von Objekt und Subjekt ist das Objekt das aktive Element, während das Subjekt passiver Beobachter und/oder Opfer selektiver Strukturen ist. Diese Betrachtungsweise der menschlichen Praxis findet sich sehr deutlich bei Lovering:

»Die Individuen treten in eine Welt ein, die sie sich nicht ausgesucht haben. Und sobald sie sich in ihr befinden, handeln sie auf eine Art und Weise, durch die die Strukturen der Welt teilweise reproduziert und teilweise transformiert werden. Aber ihr Verständnis von diesen strukturellen Auswirkungen und ihre Fähigkeit, sie zu kontrollieren, sind äußerst beschränkt.«¹⁰

Bei Lovering ist das gesellschaftliche Individuum bestenfalls das Privatindividuum der politischen Ökonomie, daß in eine Welt hineingeboren wird, zu der es nicht gehört. Die Unterdrückung des gesellschaftlichen Subjekts durch die Gesellschaft bei Lovering bestärkt nicht nur die Betrachtung der Strukturen als außermenschliche Größen, sondern sie trägt auch zum Angriff auf die Vernunft im gegenwärtigen radikalen Denken bei. Lovering scheint zu akzeptieren, daß Strukturen ihre Begründung außerhalb des menschlichen Einflusses haben und damit transzendente Größen sind. Wie Agnoli es in seinem Kommentar zum gegenwärtigen radikalen Denken faßt: es »wird ihr [der Vernunft] der Kampf angesagt und aus Betroffenheit der freudige Sprung ins Spirituelle, in den

¹⁰ J. Lovering, a.a.O., S. 39.

Brei der Seele unternommen«. ¹¹ Woher kommen Strukturen, wie wurden sie erzeugt und was konstituiert sie? Wenn Strukturen tatsächlich transzendente »Größen« wären, so würde jede Suche nach ihrer Konstitution auf Nachforschungen in prähistorischen Zeiten oder in unsichtbaren, okkulten Gebieten hinauslaufen. Strukturen sind vorhanden und die Menschen werden in sie hineingeboren und das Schicksal entscheidet über die Auswirkungen des Handelns in einer Welt der transzendentalen Vernunft. Strukturen werden damit sakrosante Größen, die sich auf die menschliche Praxis auswirken, sich durch die menschliche Praxis hindurch reproduzieren, aber über der menschlichen Existenz stehen. Das Wesen der Existenz ist nicht mehr der Mensch, sondern eine transzendente Welt von Strukturen, eine Welt jenseits des Begriffsvermögens und eine Welt, die sich durch unsichtbare Prinzipien auf die gesellschaftlichen Verhältnisse auswirkt. Das so verdammte menschliche Wesen ist tatsächlich ein »niemand«. Wie im methodologischen Individualismus des »Rational Choice Marxismus« [Marxismus des vernünftigen Wählens] von Elster ¹² handeln und kalkulieren die Subjekte rational und individuell innerhalb eines Rahmens von unerkannten Regeln. Sie bemühen sich, diese Regeln zu verändern, aber da ihr strategisches Verhalten auf die Maximierung ihres Vorteils ausgerichtet ist, können sie sie nur verstärken und bestätigen. Elster sucht allerdings nicht im Okkultismus nach der Antwort auf unser Problem. Für ihn liegt die Antwort in der verändernden Macht der Gier.

Die Betonung der *konstituierten* Formen bekräftigt eine Denkweise, in der die Menschheit nicht als Zweck, sondern als Hilfsmittel gesehen wird. Die menschliche Praxis wird durch *konstituierte* Formen definiert und von ihnen abgeleitet: das menschliche Subjekt wird nicht bloß zum puren Diener einer unbegreifbaren Realität, es wird auch ein Hilfsmittel für die Reproduktion der unsichtbaren Prinzipien. Die Behandlung der menschlichen Praxis als Bedienungspersonal von »wesentlichen«, aber transzendentalen Strukturen unterstellt eine gesellschaftliche Welt, die auf Regeln, Gesetzen und Regulationen beruht, die eine Selbstbestimmung des gesellschaftlichen Individuums ausschließen. Der Standpunkt der konstituierten Formen führt zu einer Umkehrung der Beziehung zwischen Objekt und Subjekt: die Eigenschaften des Systems werden zu einer subjektiven Macht und die Menschen verwandeln sich in Ausführungsorgane der vom »System« ausgehenden Anforderungen. Die Strukturen wenden sich durch den menschlichen Kontakt selber an. Die Menschheit wird damit zu einem Hilfsmittel der Reproduktion von Strukturen. Daher betont der Strukturalismus, daß

¹¹ Johannes Agnoli, Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit, in: konkret, 1990, Nr. 2.

¹² Siehe J. Elster, Making Sense of Marx, Cambridge University Press, Cambridge 1985, Kap. 1.

die Menschen Träger oder Agent von Befehlen sind, die von den Strukturen ausgehen.

Der Standpunkt der konstituierten Formen führt zur Auffassung vom »Kapital« als einem »automatischen Subjekt«, einem Subjekt, das *sich* durch den Klassenkampf lediglich weiterentwickelt. Auf diese Kennzeichnung des Kapitals wird von Marxisten oft zurückgegriffen, um die Vorrangigkeit des Kapitalverhältnisses vor dem Klassenverhältnis zu verteidigen. Ersteres soll das Verhältnis zwischen verschiedenen Formen von Kapital wie Geld-, Produktiv- und Warenkapital enthalten, sowie den in sich widersprüchlichen Charakter dieses Verhältnisses einschließlich »seiner« Logik und Gesetze.¹³ Grundsätzlich ist das Kapitalverhältnis ein Verhältnis zwischen Kapital und Kapital. Seine Bewegung wird von den Gesetzen der Konkurrenz beherrscht.¹⁴ Auf der anderen Seite steht das Klassenverhältnis, das das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit umfaßt. Dieses Verhältnis wird als ein antagonistisches betrachtet, das sich in der Form des Klassenkampfes geltend macht. Die Vorstellung von der Vorrangigkeit des Kapitalverhältnisses bedeutet bestenfalls, daß die in sich widersprüchliche Konstitution des »Kapitals« den Klassenkonflikt heraufbeschwört und daß dieser Konflikt die kapitalistische Reproduktion unterbricht und damit zu »Krisen« führt. Bei dieser Betrachtungsweise wird der widersprüchliche Charakter der kapitalistischen Ausbeutung von Arbeit als Widerspruch innerhalb des »Kapitals« verstanden, und nur die Entwicklung dieses Widerspruchs wird durch den Klassenkampf bestimmt.¹⁵

Schlimmstenfalls bedeutet diese Vorstellung, daß der Klassenkonflikt lediglich ein Faktor in der beständigen Reproduktion des Kapitalismus ist. Vertreter dieser Auffassung wie Jessop¹⁶ sagen, daß das Kapital über dem Klassenverhältnis steht, daß es sich durch den Klassenkampf weiterentwickelt, aber in diesem Kampf nicht in Frage gestellt wird. Das Kapital wird als etwas betrachtet, daß sich durch seine eigene Logik erhält. Der Klassenkampf wird aus der Analyse hinausgeworfen, insofern ein angemessenes Verständnis der konkreten empi-

¹³ In den Schriften von Jessop wird das Kapitalverhältnis nicht mehr als »Verhältnis« behandelt. Vielmehr werden die verschiedenen Formen des Kapitals als »autonome« Größen eingeführt, die durch unterschiedliche Interessen mit ihren je eigenen »Logiken« gekennzeichnet sind. Siehe B. Jessop, Nicos Poulantzas: *Marxist Theory and Political Strategy*, Macmillan, London 1985. Zur Kritik daran: R. Gunn, *Marxism, Metatheory and Critique*, und: K. Psychopedis, *Crisis of Theory in the Contemporary Social Sciences*, in: W. Bonefeld und J. Holloway, *Post-Fordism*, sowie: W. Bonefeld, *Crisis of Theory*, in: *Capital & Class*, No. 50, 1993.

¹⁴ Siehe z.B.: M. Aglietta, *A Theory of Capitalist Regulation*, Verso, London, 1979.

¹⁵ Siehe zum Beispiel: Simon Clarke, *State, Class and the Reproduction of Capital*, in: S. Clarke (ed.), *The State Debate*, Macmillan, London 1991.

¹⁶ Siehe B. Jessop, *Polar Bears*, und sein Buch: *State Theory*, Polity, Cambridge, 1990.

rischen Bedingungen des Klassenkampfes auf die Bestimmung des kapitalistischen Rahmens gegründet werden müsse, in dem der Klassenkampf stattfindet und sich entfaltet. Diese Betonung der Vorrangigkeit des Kapitalverhältnisses konzentriert sich auf die objektiven Züge der kapitalistischen Entwicklung. Als Subjekte tauchen in diesem Ansatz nur die Strukturen auf. Der Klassenkampf wird als eine von der strukturellen Entwicklung abgeleitete Größe behandelt. Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung wird im Kapital selber angesiedelt. Die Widersprüchlichkeit liegt damit innerhalb des Kapitals, und die kapitalistische Entwicklung ist ein Ergebnis dieser Widersprüche. Daher hat sich eine wissenschaftliche Untersuchung auf die Frage zu konzentrieren, wie das Kapital produziert. Diese Herangehensweise an die gesellschaftliche Existenz beruht auf der Voraussetzung, daß »Kapital« ein tätiges und sich selbst konstituierendes Ding ist. Anders ausgedrückt unterstellt dieser Ansatz, daß das Kapital ein automatisches Subjekt ist, dessen Verhältnis zu sich selbst den objektiven Rahmen darstellt, innerhalb dessen das Klassenverhältnis existiert. Die praktischen Konsequenzen sind katastrophal. Mit Marxismus wird nicht mehr die Negation und der Kampf für eine Welt ohne Antagonismus verbunden, sondern er wird zu einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Selbstkonstituierung des Kapitals, die herausfinden will, was die »natürlichen« Erfordernisse des Kapitals sind. Die politischen Schlußfolgerungen sind klar. Wie in der traditionellen Theorie¹⁷ stehen die Theoretiker über dem Klassenkampf und stellen ihr Wissen zur Verfügung, wie fähige und willige Politiker die strukturelle Entwicklung (bzw. deren unerkannten Bedingungen) so beeinflussen können, daß für alle »Opfer der strukturellen Selektion« eine bessere Welt erreicht wird. Daher ein wissenschaftlicher Marxismus, ein Marxismus ohne Werturteile. Kurz gesagt, der hier kritisierte Ansatz macht aus dem Marxismus eine konstruktive und objektive Theorie. In solch einem positiven Marxismus wird die Vernunft »ihrer geschichtlichen Aufgabe beraubt (...), Unbotmäßiges anzustiften und das jeweils Infame (ob Kirche, Staat, Despotie oder sonstige Herrschaft) einfach zu zerstören«.¹⁸

Marxismus als eine unparteiische, positive Theorie hat eine lange Tradition. In dieser Tradition wird behauptet, der Marxismus habe aufgrund seiner wissenschaftlichen Methode einen privilegierten Zugang zu den gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen. So beruft sich Hilferding, wie Korsch schreibt, auf die »unüberwindliche Abneigung der herrschenden Klasse, die Resultate des Marxismus anzuerkennen« und sich zu diesem Zwecke auch noch den »Mühen« des Studiums

¹⁷ Siehe Horkheimer, a.a.O., sowie sein »Nachtrag« zu diesem Text.

¹⁸ Agnoli, a.a.O.

eines so ›komplizierten Systems‹ zu unterziehen.¹⁹ Ein Ansatz, der sich auf die Vorrangigkeit des Kapitalverhältnisses vor dem Klassenverhältnis stützt, neigt dazu, auf die Vorstellung von der Überlegenheit des Marxismus als Wissenschaft über die bürgerliche Ökonomie zurückzugreifen. Er fordert, das objektive Verständnis des Marxismus von den geheimen Gesetzmäßigkeiten, die die Anarchie der kapitalistischen Produktion beherrschen, auf eine Welt anzuwenden, der es an rationaler Erklärung und Organisation mangelt. Zusammengefaßt bedeutet dies, den Marxismus als wissenschaftlichen Leitfaden für eine stark verbesserte Organisation der kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten, aber nicht mehr als eine Kritik an Ausbeutungsverhältnissen.

Menschliche Praxis und die Produziertheit des Kapitals

Der Satz von Horkheimer – »Die Menschen erneuern durch ihre eigene Arbeit eine Realität, die sie in steigendem Maß versklavt« – kann auch als Einladung interpretiert werden, die »Arbeit« als das Wesen der gesellschaftlichen Existenz in den Mittelpunkt zu stellen. Menschliches Handeln würde dann als die konstituierende Macht betrachtet werden. Statt hervorzuheben, wie das Kapital produziert, würde betont werden, wie das Kapital produziert »wird«. Die Formen der gesellschaftlichen Existenz wären als Produkte der menschlichen Praxis zu behandeln, als Produkte der menschlichen Arbeit. Statt die formalen Regeln des »Systems«, die objektiven Bedingungen der Realität, herauszustreichen, geht es um das Verständnis von »Subjektivität«.

Diese Betonung geht allerdings an folgender Frage vorbei. Läßt sich zwischen »Subjektivität« auf der einen Seite und der Art, in der sie existiert, auf der anderen Seite unterscheiden? Wenn wir mit Horkheimer davon ausgehen, daß die Menschen durch ihre subjektive Macht eine Realität produzieren, die sie versklavt, dann kann diese subjektive Macht nicht außerhalb der Formen existieren, die sie produziert: sie kann kein unschuldiger Zuschauer ihrer eigenen »Verrücktheit« sein. Das ist das Argument von Marx in seinen Frühschriften: die entfremdete Arbeit ist die »Ursache« und nicht die »Wirkung« des Privateigentums, und die Abschaffung des Privateigentums setzt die Abschaffung der entfremdeten Arbeit voraus.²⁰ Die Beziehung zwischen Subjektivität und Objektivität kann nicht als eine äußerliche betrachtet werden. So zu argumentieren würde eben das voraussetzen, was verneint werden soll, nämlich daß die menschliche Tätigkeit nicht die einzige gesellschaftliche Macht ist, die etwas hervor-

¹⁹ Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie*, Frankfurt am Main / Köln 1975, S. 102.

²⁰ Siehe die Textanalyse des Marxschen Manuskripts von 1844 bei Arthur, *Dialectics of Labour*, Blackwell, Oxford 1986. [Karl Marx, MEW Ergänzungsband, S. 520; Anm.d.Ü.]

bringt. Denn bei einem externen Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt, würde der Begriff »Subjektivität« bedeuten, daß es eine »Macht« gibt, die außerhalb des »subjektiven Bereichs« liegt. Der Standpunkt der »Subjektivität« *sans phrase* unterstellt nicht nur, daß es ein konstituierendes Subjekt außerhalb der verrückten Welt gibt. Er unterstellt ebenso, daß die verrückte Welt *durch* ihre eigene, bis jetzt unbekannte und undefinierte, konstitutive Macht existiert.

Kapital und Arbeit stehen sich nicht *einfach* gegenüber. Kapital ist das Produkt der entfremdeten Existenz der Arbeit, einer Existenz, bei der der Produzent von und durch eine anscheinend außermenschliche Macht versklavt wird, der Macht des Kapitals. Marx deckt in seiner Kritik der politischen Ökonomie die Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit auf. Die lebendige Arbeit ist die Substanz des Werts, und die Ausbeutung ist nicht nur das Mittel der Wertproduktion, sondern der Abpressung von Mehrwert. Das Kapital existiert nur in und durch Arbeit. Das bedeutet nicht, daß das Kapital die Ausbeutung lediglich dazu benötigt, um vor seiner »tatsächlichen Unterordnung unter die Arbeiterklasse« zu fliehen.²¹ Mit dieser Formulierung wird die Einsicht zerstört, die in dem Satz enthalten ist, daß das Kapital produziert ist. Denn damit wird das Kapital als ein mächtiges, wenn auch beschränktes, eigenständiges Subjekt betrachtet. Diese Betonung der Arbeit unterstellt, was sie verneinen will, nämlich die Vorstellung vom Kapital als einem machtvollen Subjekt. Die Marxsche Idee, daß die entfremdete Arbeit die »Ursache« des Privateigentums ist, wird auf den Kopf gestellt: das Kapital produziert entfremdete Arbeit. Ansätze, die sich auf die Vorstellung der Autonomie der Arbeit vom Kapital stützen, neigen dazu, die gesellschaftliche Existenz in zwei getrennte Sphären aufzuspalten: auf der einen Seite eine maschinenförmige Logik des Kapitals und auf der anderen eine transzendente Macht der gesellschaftlichen Praxis. Die subjektivistische Etikettierung der gesellschaftlichen Praxis kann nur darauf hinauslaufen, die Unmittelbarkeit des revolutionären Subjekts in romantischer Weise zu beschwören. Damit wird die Struktur außerhalb des Subjekts gestellt, was zu einer voluntaristischen Vorstellung führt. Dies ist nur die andere Seite der Münze des Determinismus. Das Kapital wird auch hier durch eine Logik konstruiert, die einzig und allein in ihm selbst liegt. Und nur seine Inkonsistenz bietet Ansatzpunkte für die revolutionäre Praxis. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird lediglich als unterdrückerische Logik eines Systems verstanden, die den subjektiven Kräften in einer dualistischen und äußerlichen Weise gegenübersteht.²²

²¹ Mario Tronti, Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse. Erste Thesen, Thekla 9, Berlin o.J., S. 194 [hier rückübersetzt aus dem Englischen, Anm.d.Ü.].

²² Siehe W. Bonefeld und R. Gunn, La constitution et sa signification: Réflexions sur l'épistémologie, la forme et la pratique sociale, in: Futur antérieur, No. 8, Paris 1991.

Wenn die Arbeit zum unschuldigen Ausgangspunkt der Analyse eines schrecklichen Inhalts – der Ausbeutung – gemacht wird, dann kann das Kapital nur als ein Ding erscheinen, das tatsächlich über eine eigene konstitutive Macht und Logik verfügt. Die Arbeit wird als eine selbstbestimmte Macht betrachtet und zugleich das Kapital als eine selbstkonstituierende Macht: da das Kapital über die Fähigkeit verfügt, das zu unterminieren, einzudämmen, auszubeuten und zu entmenschlichen, was als das allein Konstituierende und Hervorbringende vorausgesetzt wurde, wird das Kapital zum übergeordneten Subjekt.²³ Daher wird die Arbeit als ihrer eigenen Daseinsweise äußerlich betrachtet. Das Verständnis der kapitalistischen Reproduktion erfordert damit die Vorstellung von der »verhexenden Macht« des Kapitals (Negri) oder von seiner »selbstkonstituierenden Macht« (Arthur).²⁴ Damit wird genau das übersehen, was Horkheimer betont: daß Objekt und Subjekt eine Trennung in der Einheit sind, jedes in und durch das andere existierend, ohne miteinander identisch zu sein. Stattdessen werden Kapital und Arbeit nebeneinandergestellt und sie konfrontieren sich gegenseitig als verschiedene gesellschaftliche Mächte. Damit ist die Theorie dazu verurteilt, zwischen beiden hin- und herzuwechseln. Das Verständnis von der »konstituierenden Macht« bleibt damit der willkürlichen Entscheidung überlassen. Das ist meilenweit entfernt von der Marxschen Behauptung, daß »alle Mysterien (...) ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis« finden.²⁵

Kapital als Subjekt und konstituierte Formen

Marx zufolge fühlt sich die bürgerliche Theorie in den entfremdeten Erscheinungsformen der ökonomischen Verhältnissen heimisch. Sie theoretisiert die *konstituierten* Formen und Verhältnisse, die ihr »um so selbstverständlicher erscheinen, je mehr der innere Zusammenhang an ihnen verborgen ist, sie aber der ordinären Vorstellung geläufig sind.« Während es selbstverständlich erscheint – um die von Marx an dieser Stelle angeführten Beispiele zu nehmen –, daß die

²³ Siehe zu diesem Punkt auch den Beitrag von Holloway in diesem Band [in der deutschen Übersetzung: John Holloway, Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit, in: Wildcat-Zirkular Nr. 34/35, März 1997].

²⁴ Siehe Antonio Negri, *Interpretation of the Class Situation Today: Methodological Aspects*, in: *Open Marxism Volume II: Theory and Practice*, Pluto Press, London 1992; und Arthur, *Wide Open*, in: *Radical Philosophy*, Vol. 64, 1993.

²⁵ Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, in: MEW 3, S. 7. Siehe R. Gunn (*Practical Reflexivity in Marx*, in: *Common Sense*, No. 1, 1987) zu einer Interpretation dieses Punkts und seiner Bedeutung für die Theorie.

Rente Einkommen aus Boden, Zins Einkommen aus Kapital und Lohn Einkommen aus Arbeit ist, handelt es sich dabei um »drei unmögliche Kombinationen«²⁶, auch wenn sie die »Religion des Alltagslebens« darstellen. Daher ist das notwendig, was Marx »Wissenschaft« nennt: »alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsformen und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen«.²⁷ Marx betont, daß »selbst das einfachste Element, wie z.B. die Ware, schon eine Verkehrung ist«²⁸, das heißt, es ist eine »verrückte Form«²⁹. Der menschliche Inhalt lebt in und durch die Waren auf eine Weise, in der er zugleich verleugnet wird. Anders ausgedrückt, die menschlichen Beziehungen nehmen die Form von Beziehungen zwischen Produkten an, oder zwischen Dingen. Die Auffassung vom Kapital als einem »etwas«, das sich auf sich selber bezieht, d.h. einem Ding, das die Fähigkeit der Selbst-Verwertung besitzt, enthält nach Marx den Fetischismus der kapitalistischen Produktion. Demgemäß erreicht der Fetischcharakter der kapitalistischen Produktion seine entwickelteste Form, wenn das Kapital als ein »Verhältnis des Dings zu sich selbst«³⁰ betrachtet wird.

Das »Kapital-Verhältnis« umfaßt verschiedene Formen von Kapital, wie das produktive, Waren- und Geldkapital.³¹ Der Kreislauf des Geldkapitals ist der treffendste, da das Kapital dort in seiner universellsten Form des abstrakten Reichtums existiert und als unmittelbare Quelle seiner eigenen Vermehrung erscheint: G...G'. Am klarsten manifestiert sich das Verhältnis des Kapitals zu sich selbst in der Formel Kapital-Zins, »mit der okkulten Qualität eines Werts, sich selbst ungleich zu sein«. Zinstragendes Kapital ist für Marx die »fetischartigste Form« des Kapitals, eine Form, in der das Kapital auf ein »sinnloses

²⁶ Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 825.

²⁷ a.a.O.

²⁸ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 498.

²⁹ Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 90. In der deutschen Ausgabe des »Kapital« benutzt Marx den Ausdruck »verrückte Formen«. In der englischen Ausgabe des »Kapital« wird dies als »absurde Formen« oder »fantastische Formen« übersetzt. Das führt in die Irre. Bei Marx hat »verrückt« eine doppelte Bedeutung: verrückt (deranged) und ver-rückt (de-ranged), »mad« und »displaced«. Daher bedeutet der Ausdruck »verrückte Formen« beides, verrückt und ver-rückt (mad and displaced). Die doppelte Bedeutung von »verrückt« enthält die Auffassung von einer inneren Beziehung zwischen dem Abstrakten und dem Konkreten. Siehe Hans-Georg Backhaus, Between Philosophy and Science: Marxian Social Economy as Critical Theory, in: Open Marxism, Vol. I, zur doppelten Bedeutung des Ausdrucks »verrückt«.

³⁰ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 504.

³¹ Dazu: Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW 24.

Resumé« zusammengezogen ist.³² Würden wir also in der Kritik der politischen Ökonomie vom Kapitalverhältnis ausgehen, so würden wir gedanklich die Fetischisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wiederholen, bei der diese zum »Handeln von Objekten« werden.³³ Die »Subjektivierung« des Objekts und die »Objektivierung« der menschlichen Beziehungen zu Beziehungen zwischen Dingen sind sich wechselseitig bedingende Ausdrücke einer verrückten Welt, in der die Menschheit als Hilfsmittel und nicht als Zweck existiert. Und bis heute ist dies die Bedingung menschlicher Praxis in der kapitalistischen Gesellschaft. Menschliche Beziehungen existieren – auf widersprüchliche Weise – in der Form von privaten, abstrakten Individuen in einem gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Personifizierung der Verhältnisse zwischen Dingen erscheint als eine historisch gegebene Bedingung der menschlichen Existenz.

Das Handeln der Objekte scheint einen Rahmen zu schaffen, der über den Klassenverhältnissen steht und innerhalb dessen sich der Klassenkampf entfaltet.³⁴ Wenn dieses »Erscheinen« für bare Münze genommen wird, dann wird der Klassenkampf zu einem objektiven Mechanismus, der lediglich die Reproduktion des Kapitalverhältnisses vermittelt. Bei der Debatte über den postfordistischen Staat handelt es sich um eine zeitgenössische Ausarbeitung dieser Sichtweise.³⁵ Diese Debatte beruht auf der Vorstellung, daß sich der Klassenkampf innerhalb des objektiven Rahmens entfaltet, der vom Kapitalverhältnis gebildet wird. Im Ansatz von Jessop zum Beispiel »schafft der Klassenkonflikt als solcher nicht die Totalität und er führt auch nicht zum dynamischen Übergangscharakter« des Kapitalismus. Denn die »begriffliche Einheit der Klassen wird erst durch das Kapitalverhältnis hergestellt, das daher nicht von Klassen

³² Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 826, S. 404. In der deutschen Ausgabe des »Kapital« charakterisiert Marx Geld als eine »begriffslose Form«. In der englischen Ausgabe des »Kapital« wird »begriffslos« mit »meaningless« übersetzt, was irreführend ist. Der Ausdruck »begriffslos« erinnert an »den Griff verlieren«, also »deprived of meaning« [»die Bedeutung entzogen«]. Dieser Ausdruck kommt dem deutschen Ausdruck »begriffslos« sehr viel näher. Siehe dazu: Werner Bonefeld, Geld, Gleichheit und Ausbeutung, in: Wildcat-Zirkular Nr. 30/31, S. 73ff.

³³ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 89 [Der Ausdruck »Bewegung von Sachen«, den Marx an dieser Stelle benutzt, wird in der englischen Ausgabe mit »action of objects« übersetzt. Anm.d.Ü.]

³⁴ Joachim Hirsch (The State Apparatus and Social Reproduction: Elements of a Theory of the Bourgeois State, in: J. Holloway and S. Picciotto (eds.), State and Capital: A Marxist Debate, Edward Arnold, London 1978) legt eine Analyse dieser Art vor. Zur Kritik daran: J. Holloway and S. Picciotto, Introduction, in: ebd.; J. Holloway, The Great Bear: Post-Fordism and Class Struggle, in: W. Bonefeld und J. Holloway, Post-Fordism; W. Bonefeld, Social Constitution and the Form of the Capitalist State, in: Open Marxism, Vol. I; und S. Clarke, Introduction, in: ibid., The State Debate.

³⁵ Siehe W. Bonefeld und J. Holloway (eds.), Post-Fordism, zu dieser Debatte.

erzungen wird, die das Kapitalverhältnis bilden«. ³⁶ Das Kapitalverhältnis steht also über dem Klassenverhältnis. Daher ist es nur logisch, wenn er darauf besteht, daß »das Kapital das Subjekt *ist*« und damit das *übergreifende Subjekt* [dtsh. im Original]. ³⁷ Für Jessop ist also das Kapital das »Wesen«, und die gesellschaftlichen Beziehungen selbst läßt er in der »wirklichen« Welt der sich ändernden empirischen Umstände zurück. ³⁸ Für ihn entsteht der Klassenkonflikt nur in der wirklichen Welt der vielfältigen Bestimmtheiten. Eine Konsequenz daraus ist, daß sich der Begriff des Klassenverhältnisses in die pluralistische Redeweise von Interessengruppen auflöst, die jeweils auf eigene Weise zu auftauchenden strukturellen Ensembles gehören. Der marxistische Begriff des Klassenantagonismus wird damit zerstört zugunsten eines soziologischen Begriffs der empirisch wahrnehmbaren Modalitäten einer Vielheit von sozialen Konflikten. Diese Konflikte sind innerhalb der vom Kapital-Subjekt begründeten Strukturen fest verortet.

Für Jessop definiert sich der Klassencharakter von gesellschaftlichen Subjekten durch ihr Verhältnis zur Wertform. Über den Begriff des Mehrwerts will er den strukturellen Rahmen des Klassenantagonismus entschlüsseln. ³⁹ Die Dominanz der Wertform in einem System der verallgemeinerten Warenproduktion gilt als das Bestimmende für die begriffliche Einheit der Klassen, den Charakter des Klassenverhältnisses, die Formen des Klassenkampfes und die totalisierende Dynamik von Klassenkampf und Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Jessop zufolge sollte die Wertform besser als Metaform verstanden werden. Die Metaform wird als über den Klassenverhältnissen stehend betrachtet, da sie den strukturellen Rahmen beschreibt, innerhalb dessen verschiedene Formen des Kapitals – wie produktives, Geld- und Warenkapital – miteinander konkurrieren. Ihre Konkurrenz entfaltet sich innerhalb des Kreislaufs des Kapitals, dessen Struktur durch die Metaform Wert auf abstrakte Weise definiert ist. Innerhalb des Kreislaufs des Kapitals finden wir nach Jessop verschiedene Logiken des Kapitals. Diesen Logiken entsprechen unterschiedliche Akkumulationsstrategien der konkurrierenden Kapitalfraktionen. Die Metaform des Werts determiniert nicht vollständig den Verlauf der Akkumulation, sondern nur die institutionelle Logik und die Richtung der Dynamik des Kapitalismus, und sie ist selber undeterminiert. Sie muß daher überdeterminiert sein durch einen »ökonomischen Klassenkampf, in dem das Kräfteverhältnis zwischen den

³⁶ B. Jessop, *Polar Bears*, S. 154.

³⁷ Ebd., S. 150.

³⁸ Eine ähnliche Kritik an Jessops Ansatz findet sich bei Richard Gunn, *Against Historical Materialism*, in: *Open Marxism*, Vol. II, S. 39, Fußn. 20.

³⁹ B. Jessop, *Polar-Bears*, S. 148.

Klassen durch viele Faktoren jenseits der Wertform beeinflusst wird.«⁴⁰ Clarke hat darauf hingewiesen, daß Jessop die Wertform nicht als einen Prozeß versteht, in und durch den »gesellschaftliche Verhältnisse als Verhältnisse zwischen Dingen erscheinen, sondern als eine dingliche Struktur, die die gesellschaftlichen Verhältnisse determiniert.«⁴¹ Die Metaform des Werts definiert den Zusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise, der dann praktisch durch die zufälligen Kräfte des sozialen Konflikts in der wirklichen Welt hergestellt wird. Die Metaform des Werts wird als etwas betrachtet, daß den Spielraum der verschiedenen Kapitallogiken nur äußerlich einschränkt. Damit ist die Vorstellung von der Wertform als einer Metaform tautologisch. Denn die Bestimmung der Metaform des Werts in der wirklichen Welt miteinander kämpfender gesellschaftlicher Kräfte unterstellt die praktische Existenz der Metaform des Werts und umgekehrt. In Jessops Ansatz wird die Metaform des Werts als etwas ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit äußerliches betrachtet.

Der Ansatz von Jessop drückt in formellen Begriffen nur die alltägliche Lebenserfahrung aus: die Lebenstätigkeit der gesellschaftlichen Arbeit scheint die Rationalität eines kapitalistischen Systems zu reproduzieren, das sich den eigentlichen Produzenten hinter ihrem Rücken aufzwingt. Dieser Ansatz macht die Verrücktheit des täglichen Lebens zu seinem Ausgangspunkt. Statt die Frage aufzuwerfen, warum gesellschaftliche Verhältnisse in und durch die Formen der warenförmigen Zersplitterung existieren, wird diese Fragmentierung vorausgesetzt und die gesellschaftlichen Verhältnisse werden zu Hilfsmitteln der Gesetze der Warenproduktion gemacht. Die kapitalistische Reproduktion ist gesellschaftliche Produktion in verkehrter Form: private Produktion in einem gesellschaftlichen Zusammenhang. Der gesellschaftliche Charakter der privaten Produktion ist nicht Sache der bewußten Entscheidung der Gesellschaft, da letztere nur in der verkehrten Form der privaten Zersplitterung (Warenproduktion) existiert. Daher tritt den individuellen Produzenten die gesellschaftliche Existenz der Privatproduktion als ein äußerliches und unabhängiges Ding gegenüber, das Marx zufolge Bedingung dafür ist, daß sie als private Individuen zugleich in einem gesellschaftlichen Zusammenhang existieren.⁴² Anders gesagt, der gesellschaftliche Charakter der Arbeit existiert auf widersprüchliche Weise in und durch die Kategorien der politischen Ökonomie. Die ökonomischen Kategorien wie z.B. Wert, Produktivität und Profit können nicht unabhängig von ihrer historischen Existenz aufgefaßt werden. Wenn Marx diese Kategorien aufgreift, dann erkennt

⁴⁰ B. Jessop, State Form, Social Basis, and Hegemonic Projects, in: Kapitalistate, No. 10/11, 1983, S. 90; nachgedruckt in überarbeiteter Form in: Simon Clarke, The State Debate.

⁴¹ Simon Clarke, The State Debate, S. 49, Fußn. 24.

⁴² Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1974, S. 909.

er sie damit nicht als historisch aktiv an. Vielmehr entwickelt sich ihre Erkenntnis durch einen Prozeß der (zerstörenden)⁴³ Kritik hindurch.

Die Kritik von Marx begnügt sich nicht mit einer Analyse des Funktionierens von Tauschbeziehungen. Sie versucht die gesellschaftliche Konstitution der Tauschbeziehungen zu verstehen und damit die gesellschaftliche Konstitution des Werts. Der Tauschakt erklärt nicht die Erzeugung des »Dings«, das ausgetauscht wird, und ebensowenig erklärt er, warum die individuellen Produzenten in der Art und Weise existieren, wie sie es tun. Die politische Ökonomie ist ein Versuch, die Tauschverhältnisse zu verstehen und aus den Tauschverhältnissen die Produktionsverhältnisse. Die Arbeitswerttheorie ist für sie eine Theorie der privaten und individuellen Arbeit, die sich in den Arbeitsprodukten verkörpert. Die »verkörperte Arbeit« wird als Regulator des »Werts« verstanden. Das Geheimnis der gesellschaftlichen Konstitution des »Werts« bleibt ungelöst, weil »Wert« lediglich als »Ding« und nicht als gesellschaftliches Verhältnis aufgefaßt wurde. Daher manifestiert sich die »Bewegung des Werts« als eine »automatische« Bewegung, als eine »mit der Gewalt eines elementaren Naturprozesses wirkende Bewegung«. Die Bewegung des Werts erscheint als die Bewegung eines »unabhängigen Dings«⁴⁴ und damit als die Bewegung eines historisch aktiven Subjekts, daß über den gesellschaftlichen Verhältnissen steht und sie strukturiert. Aber der Wert ist dieses unabhängige Ding nur, wenn er lediglich in seiner formalen Bewegungsweise betrachtet wird. Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit erscheint »erst innerhalb dieses Austauschs«.⁴⁵ Die menschliche Praxis existiert in und durch die Welt der Waren so, als wäre sie ein Objekt der »unpersönlichen« Verhältnisse zwischen den Dingen. Aber es gibt keine »Form« ohne »Inhalt«.⁴⁶ Andernfalls wäre die »Form« ihrer eigenen gesellschaftlichen Bestimmtheit äußerlich. Die Betrachtungsweise des »Werts« als »Form« ohne »Inhalt« ist so wie die Vorstellung von *konstituierten* Formen der Standpunkt dessen, was die Religion der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht: des Warenfetischismus.

Ansätze, die sich auf die *konstituierten* Formen konzentrieren, können also nur beschreiben, was schon vorausgesetzt wird: die Privatindividuen handeln innerhalb eines Rahmens von objektiven gesellschaftlichen Regeln, deren Ratio-

⁴³ Zu »Kritik« siehe: J. Agnoli, Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1990; J. Agnoli, Destruktion als Bestimmung des Gelehrten ...; Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie; siehe auch die Einleitung zu Open Marxism, Vol. I.

⁴⁴ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW 24, S. 109.

⁴⁵ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 87.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 95 und Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 405f.

nalität ihr Leben »strukturiert«. Ansätze, die die menschliche Praxis als etwas verstehen wollen, daß sich aus der »Bewegung von Sachen«⁴⁷ ableiten läßt, reformulieren auf reduktionistische Weise das Smithsche Prinzip der »unsichtbaren Hand«. Die gesellschaftliche Realität wird von etwas beherrscht, von dessen Dasein wir wissen, aber das wir weder sehen noch verstehen können. Unsere wissenschaftliche Suche nach der letzten und reinsten Quelle der »Wahrheit« war erfolglos und muß aufgegeben werden. Wir werden von etwas Unsichtbaren beherrscht und dieses Etwas ist ein Prinzip, d.h. es ist ein bestimmender Faktor unserer Existenz. Aber wir wissen, daß dieses außerordentlich wichtige Prinzip mit eiserner Faust wirkt: wer sein Wirken nicht beachtet, wird die kalte und leidenschaftslose »Hand« des Prinzips zu spüren bekommen. Wir »existieren« also gemäß von etwas, das unser Verstehen überschreitet und jenseits unseres Begriffsvermögens liegt. Anders gesagt, die gesellschaftliche Existenz ist ein Schicksal, kein bewußter gesellschaftlicher Akt, und nicht nur ein Schicksal, sondern beherrscht vom Zufall. Die Vorstellung, daß die menschliche Praxis von einem unsichtbaren Prinzip beherrscht wird, besagt, daß die Menschen es nicht geschafft haben, ihre weltlichen Angelegenheiten zu säkularisieren und daß sie schlecht dafür ausgerüstet sind, die Konstitution ihrer gesellschaftlichen Existenz zu begreifen und damit sich selber auf vernünftige Weise zu organisieren. In einer Welt, die von Regeln beherrscht wird, die aus dem Schoß eines unsichtbaren Prinzips entspringen, gibt es keine Basis für Vernunft.

Diejenigen marxistischen oder nichtmarxistischen Ansätze, die sich für unsichtbare Prinzipien aussprechen, sei es als teleologische Geschichtsauffassungen oder als Vorstellung vom Kapital als Subjekt, betrachten menschliche Praxis als etwas, das nur den vorbestimmten und »unvermeidlichen Linien der von der wirklichen Welt gegebenen Tendenz und Richtung«⁴⁸ folgen kann. Die gegenwärtigen Versuche, eine positive und konstruktive marxistische Wissenschaft zu liefern, beteiligen sich also zusammen mit der traditionellen Theorie an der Suche nach den letzten und reinsten Kriterien von Wahrheit: das Unvermeidliche und das Unsichtbare. Von diesem Standpunkt aus können wir die »Gesellschaft« nur gemäß unseren aus der Erfahrung stammenden empirischen Kenntnissen passiv beobachten. Die Gesellschaft bleibt den unvermeidlichen Entwicklungslinien ausgeliefert, die dem menschlichen Geist aber nur als zufällige Entwicklung (*Fundsache*)⁴⁹ [dtsch. im Orig.] erscheinen. Die gesellschaftliche Existenz

⁴⁷ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 89. [Vgl. Anm.d.Übers. zu Fußn. 33]

⁴⁸ Vgl. S. Hall, *Realignment for What?* in: *Marxism Today*, December 1985.

⁴⁹ Dies ist eins der Schlagwörter im Postfordismus-Ansatz. Siehe: B. Jessop, *Regulation Theory, Post-Fordism and the State*; und: J. Hirsch, *Fordism and Post-Fordism*; beide in: Werner Bonefeld und John Holloway, *Post-Fordism*.

wird also als etwas unterstellt, das keinen menschlichen Inhalt hat; das gesellschaftliche Individuum wird ersetzt durch das »Wert-Ding«, daß in und durch die Anwendung seiner eigenen Gesetze (*Eigengesetzlichkeit*) [dtsch. im Orig.] herrscht. Die »Metaform des Werts« von Jessop und das gewöhnliche Verständnis der »unsichtbaren Hand« von Smith beruhen also beide auf einem Begriff von Gesellschaft, in dem diese als ein »etwas« jenseits der Vernunft und jenseits der verändernden Macht der Arbeit aufgefaßt wird. Wie wir schon erwähnt haben, sind für Ansätze, die auf der Vorstellung von konstituierten Formen beruhen, nur die Strukturen Subjekte. Die Regeln der menschlichen Existenz scheinen von irgendwo außerhalb des menschlichen Bereichs zu kommen, ein »irgendwo« mit seinen eigenen Gesetzen und Arten zu töten. Wenn die traditionelle Theorie akzeptiert, daß die Welt von hypothetischen Urteilen regiert wird – Urteilen über die praktische Bedeutung von unsichtbaren und unvermeidlichen Prinzipien –, dann führt dies zu einem unendlichen Regreß von Metatheorien, weil das zu Definierende, als etwas jenseits von Definition liegendes vorausgesetzt wird.⁵⁰ Der Versuch, die »Wahrheit« in der Ewigkeit oder unsichtbaren Gefilden zu finden, war schon immer ein Kennzeichen der traditionellen Theorie, d.h. einer Theorie, die sich weigert, unsere gesellschaftliche Welt als eine von Menschen gemachte Welt zu verstehen und als eine Welt, die von der menschlichen Macht der Transformation abhängt.⁵¹

Marx' Kritik: eine Analyse von Tauschbeziehungen?

In der politischen Ökonomie wird die Kategorie der Arbeit isoliert von ihrer gesellschaftlichen Existenz betrachtet: Die Arbeitswerttheorie von Marx behauptet nicht, daß die im Produkt verkörperte Arbeit seinen Wert reguliert.⁵² Für Marx ist es die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die den Wert des Produkts konstituiert. Die Kritik von Marx ist keine alternative ökonomische Theorie des Tauschs, sondern eine Theorie der Konstitution des Werts. Wie Reichelt es ausdrückt:

⁵⁰ Siehe dazu Richard Gunn, *Marxism and Philosophy; Marxism, Metatheory and Critique*; und seine Schrift: *Against Historical Materialism*.

⁵¹ Vgl. Max Horkheimer, *Zum Problem der Wahrheit*, in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, *Schriften 1931-1936*, Frankfurt 1988.

⁵² Die Auffassung der »Arbeit« als individueller Arbeit oder verkörperter Arbeit ist kein Kennzeichen von Marx' eigenem Ansatz, sondern steht vielmehr im Zentrum seiner Kritik an der politischen Ökonomie. Dies ist erneut herausgestellt worden von: Diethard Behrens, *Gesellschaft und Erkenntnis*, Freiburg 1993.

»Man muß die Idee der Konstitution in den Zusammenhang des Werts als einer sich ständig bewegenden Existenzweise stellen. Wenn das nicht gelingt, dann kann Wert nur als statisches oder als ein historisch automatisch tätiges Subjekt identifiziert werden.«⁵³

Die Konstitution oder Substanz des Werts ist die Arbeit. Aber die Arbeit ist nicht selber Wert. »Menschliche Arbeitskraft im flüssigen Zustand oder menschliche Arbeit bildet Wert, aber ist nicht Wert.«⁵⁴ Der Arbeitsprozeß ist die »Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform«.⁵⁵ Die Arbeit ist also nicht die einzige Quelle des materiellen Reichtums. Sie ist jedoch die einzige Quelle von Wert und damit das Mittel, durch das das Kapital sich erhält.

Die Aussage, daß die Arbeit die Substanz des Werts ist und daß diese Substanz in und durch ein Verhältnis zwischen Sachen existiert, bedeutet, daß das Kapitalverhältnis nur innerhalb und vermittelt durch das Klassenverhältnis existieren kann. Die Ausbeutung der Arbeit muß realisiert werden in der Sphäre des Tauschs, wo die gesellschaftliche Konstitution des Werts in eine Weise existiert, in der sie geleugnet wird.⁵⁶ Daher die Vorstellung vom Kapital als einem »automatischen Subjekt«:⁵⁷ das gesellschaftliche Individuum existiert sich selbst gegenüber als abstraktes Individuum, dessen gesellschaftliche Existenz sich vermittelt über die Bewegung des Werts ausdrückt. Die Auffassung vom Kreislaufs der verschiedenen Formen von Kapital wie produktives, Geld- und Warenkapital zeigt uns die allgemeine Bewegung des Werts von einer Form zur anderen. In dieser allgemeinen Bewegung werden »die unabhängig voneinander betriebenen (...) Privatarbeiten fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert«.⁵⁸ Die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Abteilungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erscheinen daher nicht als ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Individuen, sondern als ein Verhältnis zwischen den Sachen selber. Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen als Anhängsel von Gesetzen, die innerhalb des Kapitals liegen. Das Kapital scheint in einem Verhältnis zu sich selber zu stehen, ein Verhältnis, dessen allgemeine Basis die

⁵³ Helmut Reichelt, Some Notes.

⁵⁴ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 65.

⁵⁵ Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1974, S. 9.

⁵⁶ Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW 24, Kapitel 1-4.

⁵⁷ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 169.

⁵⁸ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 89. [Die englische Übersetzung weicht hier von der deutschen Fassung ab, ist aber deutlicher: »all the different kinds of private labour (...) are continually being reduced to the quantitative proportions in which society requires them«. Anm.d.Übers.]

»Verwertung des Werts«⁵⁹ ist. Die Auffassung des Kapitals als einem Ding, daß sich auf sich selbst als wertschöpfenden Wert bezieht, macht den »Kapitalfetisch« aus.⁶⁰ Innerhalb des Verhältnisses des Kapitals zu sich selbst, geht der Blick auf die Konstitution des Werts und damit des Kapitals verloren. Arbeit »in ihrer einfachen Bestimmtheit als zweckmäßige produktive Tätigkeit« erscheint als ein Kapitalfaktor und nicht als »wertbildend«. Das Kapital erscheint damit als ein Ding, das unabhängig von seiner »Substanz, sein[em] Wesen« existiert.⁶¹ Und dies ist eben die Bedingung, sogar die notwendige Bedingung,⁶² für eine kapitalistische Form der Reproduktion.⁶³ »Damit wird das Kapital schon ein sehr mystisches Wesen, indem alle gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit als ihm, und nicht der Arbeit als solcher, zukommende und aus seinem eignen Schoß hervorsprossende Kräfte erscheinen.«⁶⁴ Die Verkehrung der Arbeit existiert; es ist eine reale Verkehrung. Aber – und das ist wichtig – das Kapital ist nur insofern selbstverwertend, als es »für den Kapitalisten eine perennierende Pumpmaschine von Mehrarbeit«⁶⁵ ist, und daher nur so lange, wie die Arbeit innerhalb der gesellschaftlichen Form einer wertschöpfenden Ware gehalten wird: der Lohnarbeit.

Die Kritik des Werts als fetischisierten Begriff, der außermenschliche Kräfte zu besitzen scheint, ist die revolutionäre Leistung von Marx. Die Kritik der politischen Ökonomie deckt den »Wert« als ein gesellschaftliches Verhältnis auf, als eine Existenzweise der Arbeit im Kapitalismus. Die Kritik des Fetischismus liefert ein Verständnis von »Wert« in Bezug auf seinen menschlichen Inhalt, d.h. als eine verrückte Form, durch die hindurch gesellschaftliche Verhältnisse in einer widersprüchlichen Weise existieren.⁶⁶ Die Kritik der ökonomischen Kate-

⁵⁹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW 24, S. 104.

⁶⁰ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 837.

⁶¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 833, 831, 837.

⁶² Zum Begriff der »Notwendigkeit« im Werk von Marx: Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie; siehe auch: Kosmas Psychopedis, Emancipating Explanation, in: Open Marxism, Vol. III.

⁶³ Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Kap. 1.4, und: Das Kapital, Bd. 3, Kap. 48.

⁶⁴ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 835.

⁶⁵ Ebd., S. 830.

⁶⁶ Ähnlich argumentiert Kosmas Psychopedis, Dialectical Theory: Problems of Reconstruction, in: Open Marxism, Vol. I. Seine Rekonstruktion der dialektischen Theorie zeigt die widersprüchliche Integration von gesellschaftlichen Voraussetzungen mit der dem Kapitalismus eigenen fetischistischen und zerstörerischen Verkehrung von menschlichen Verhältnissen in Verhältnisse von »Dingen«. Siehe auch: Hans-Georg Backhaus, Between Philosophy and Science, in: Open Marxism, Vol. I. In diesem Abschnitt stütze ich mich auf: Hans-Georg Backhaus, Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit, in: Prokla, Nr. 63, 1986.

gorien zeigt, daß die ökonomischen Verhältnisse wirkliche Verkehungen gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Diese Verhältnisse hören damit nicht einfach auf zu existieren. Vielmehr existieren sie – auf widersprüchliche Weise – in der verrückten Form der ökonomischen Kategorien. Anders ausgedrückt: Im Kapitalismus muß sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit in und durch die Kategorien der politischen Ökonomie realisieren. Diese Kategorien sind insofern adäquat, als sie die formalen Ausdrücke von verrückten gesellschaftlichen Verhältnissen sind. Sie sind die Kategorien einer verrückten und verzauberten Welt. Daher kann das Kapitalverhältnis nicht als das primäre und das Klassenverhältnis als das sekundäre betrachtet werden. Denn die Kategorie der Arbeit ist in der Kategorie des Kapitals enthalten. Die Idee vom »Kapital« als etwas, das »selbst konstituierend« ist, verstärkt nur den Fetischismus einer kapitalistischen Welt, bei dem die Arbeit nur als eine Ware gesehen wird, die einen Lohn verdient. »Es ist klar, daß das Kapital die Arbeit als Lohnarbeit voraussetzt.«⁶⁷ Im Kapitalismus existiert die menschliche Praxis, sich selbst gegenüber, in der Form eines entfremdeten Subjekts. Das bedeutet, daß die praktisch-kritische Tätigkeit der Arbeit *gegen sich selbst* [*against itself as itself*] in der Form der fetischisierten Welt des Kapitalismus existiert. Die konstitutive Macht der gesellschaftlichen Arbeit existiert selber auf widersprüchliche Weise. Sie existiert auf eine Weise, in der sie zugleich verleugnet ist. Daher

»stehen sich Subjekt und Objekt nicht statisch gegenüber, sondern befinden sich in einem ›ständigen Prozeß‹ der ›Umkehrung von Subjektivität in Objektivität und umgekehrt‹.«⁶⁸

Kapital als Subjekt

Wie ist es zu verstehen, wenn Marx das Kapital als ein »automatisches Subjekt« charakterisiert? Die Auffassung vom Kapital als einem »automatischen Subjekt« betont die Leistungen und die Unzulänglichkeiten der politischen Ökonomie. Die politische Ökonomie erfaßt in ihren Begriffen die konstituierten Formen und wirft daher nicht die Frage auf, warum »Arbeit« als Lohnarbeit existiert und warum »Arbeit« scheinbar von der »Subjektivität des Kapitals« repräsentiert wird. Die Kritik des Fetischismus von Marx besagt, daß im Kapitalismus menschliche Verhältnisse in und durch die Verhältnisse zwischen Sachen existieren. Sein Gebrauch des Ausdrucks vom Kapital als automatischem Subjekt

⁶⁷ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 833.

⁶⁸ Hans-Georg Backhaus, *Between Philosophy and Science*, S. 60. Backhaus zitiert hier Leo Kofler.

signalisiert seine Anerkennung des bevorzugten Subjekts der politischen Ökonomie. Aber diese Anerkennung geht Hand in Hand mit dessen destruktiver Kritik, in der die schlechte Zirkelhaftigkeit des Denkens aufgezeigt wird, das in der Auffassung vom Kapital als automatischem Subjekt enthalten ist. Daher greift er die Auffassung vom Kapital als einem selbstverwertenden Subjekt an. Er untergräbt die Vorstellung, die Gesellschaft sei etwas, das außerhalb der Individuen existiere. Was er anerkennt, ist die Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft eine verrückte Existenzform ist. Marx zufolge hat das gesellschaftliche Individuum im Kapitalismus keine Existenz außerhalb der verrückten Formen. Die menschlichen Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft leben innerhalb und durch diese Formen. Aber schon mit dieser Betrachtungsweise schmeißt Marx einen Schraubenschlüssel in das Getriebe der politischen Ökonomie, weil er die ökonomischen Kategorien, einschließlich der Auffassung des Kapitals als einem automatischen Subjekt, nicht nur als gesellschaftliche Kategorien anerkennt, sondern zugleich als verrückte Formen gesellschaftlicher Praxis kritisiert. Anders gesagt, wenn Marx das Kapital als Subjekt behandelt, dann erkennt er die »Alltagsreligion« dieser Gesellschaft an und erkennt, daß die Mysterien dieser Religion in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen liegen.

Marx' Kritik der politischen Ökonomie ist keine subjektive oder objektive Theorie der Tauschverhältnisse. Sie ist ein Versuch, die gesellschaftliche Konstitution des »Werts« in all seinen elementaren und begriffslosen Ausdrücken zu verstehen. Backhaus weist darauf hin, daß Marx mit dem Gebrauch der oben genannten Charakterisierung des Kapitals »explizit macht, was er in den Werken der großen Ökonomen vorgefunden hat«. ⁶⁹ Der Begriff zeigt die Unzulänglichkeiten der politischen Ökonomie, wenn sie in falscher Weise das Kapital mit sich selbst identifiziert: es soll erklärt werden, wie ein Kapital mehr Wert sein kann, als es ihn zu dem Zeitpunkt hatte, als es begann, sich mit sich selber auszutauschen. Das Kapital ist ein automatisches Subjekt, denn es erscheint »als Verhältnis zu sich selbst, ein Verhältnis, worin es sich als ursprüngliche Wertsumme von einem, von ihm selbst gesetzten Neuwert unterscheidet«. ⁷⁰ Marx nannte die Beziehung zwischen den Dingen selber die »Wertform«. Die Form gehört einer Gesellschaft an, »worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert«. ⁷¹ Die Wertform ist jedoch nur die bestimmte Form eines bestimmten Inhalts: »die Arbeit als wertbildend«. ⁷² Obwohl die Arbeit alten Wert überträgt und neuen Wert schafft,

⁶⁹ Ebd., S. 71.

⁷⁰ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 58.

⁷¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 95.

⁷² Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 831.

erscheint »diese Naturkraft der Arbeit (...) als Selbsterhaltungskraft des Kapitals«. ⁷³ »Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.« ⁷⁴ Das Kapital kann sich nicht autonom machen von der Arbeit, und doch existiert es als ein automatisches Subjekt mit scheinbar selbstverwertendem Potential. Das krisengeschüttelte Autonomwerden des Kapitals von seiner Substanz ist eine Existenzweise des Kapitals. Die Möglichkeit für sein Autonomwerden zeigt sich im Kreislauf des Geldkapitals: G...G'. In diesem Kreislauf manifestiert sich das Kapital in seiner elementarsten Form: Arbeit als die Substanz des Werts drückt sich ausschließlich im Geld aus. Im Geld und vermittelt durch Geld setzt sich die besondere, individuelle und konkrete Arbeit als gesellschaftliche, abstrakte Arbeit. »Das heißt, es ist das Medium, in dem die konkrete Arbeit zur abstrakten Arbeit wird. Das Geld ist die Existenzform der abstrakten Arbeit.« ⁷⁵ Während das Geld die abstrakte Arbeit verkörpert, ist es zugleich die begriffsloseste Form des Kapitals, weil es sich als bloßes Ding darstellt und damit seinen eigenen Inhalt negiert. ⁷⁶ Daher nennt Marx das zintragende Kapital das Kapital *par excellence* und als solches ein *Dunkelding* [dtsch. im Orig.]. ⁷⁷ Daher der Fetischismus des Kapitals als »wert-erzeugender Wert«. ⁷⁸ Alle produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit erscheinen als dem Kapital zugehörige Eigenschaften und »die beständige Aneignung der Mehrarbeit durch die Kapitalisten als beständige Selbstverwertung des Kapitals«. ⁷⁹ Wie schon gezeigt wurde, behandelt Marx jede Kategorie der politischen Ökonomie als eine Umkehrung der menschlichen Existenz und damit als eine Verrücktheit. Das Kapital bildet die vorherrschende Kategorie, weil es das bestimmende Produktionsverhältnis einer verrückten Gesellschaft ist. ⁸⁰ Die zweckmäßige produktive Macht der Arbeit ist bedeutungslos, solange sie sich nicht als Wert ausdrückt: »Der Wert verwandelt (...) jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe.« Zugleich ist diese Hieroglyphe die gesellschaftliche Form der Arbeit im Kapitalismus: »der spezifisch gesellschaftliche

⁷³ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 633f.

⁷⁴ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 822.

⁷⁵ G. Kay, Why Labour is the Starting Point of Capital, in: D. Elson (ed.): Value: The Representation of Labour in Capitalism, CSE-Books, London 1979, S. 58.

⁷⁶ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 404.

⁷⁷ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 447.

⁷⁸ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 837.

⁷⁹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 634.

⁸⁰ Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 835.

Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten (...) [nimmt] die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte an.«⁸¹ Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit ist nicht mit einer bewußten Entscheidung der Gesellschaft verbunden, sondern mit dem gesellschaftlichen Handeln eines Verhältnisses zwischen Sachen. Daher betont Marx die Wichtigkeit der Wertform. Diese Form

»ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird.«⁸²

In der Form des Werts existiert die Arbeit auf eine Weise, in der sie zugleich verleugnet wird.

Für Marx kann der gesellschaftliche Antagonismus nicht als solcher existieren. Antagonistische Verhältnisse existieren in und vermittelt durch Formen, die Bewegungsweisen des Klassenantagonismus. Die Form wird hier als der *modus vivendi* von antagonistischen Verhältnissen betrachtet und damit ist die Form »überhaupt die Methode, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen.«⁸³ Der Begriff der »Vermittlung«⁸⁴ ist hier von entscheidender Bedeutung, denn mit ihm ist die Existenzweise eines dynamischen antagonistischen Verhältnisses verbunden, die es den antagonistischen Verhältnissen ermöglicht »Seite an Seite zu existieren«. Das Existieren des gesellschaftlichen Antagonismus in solchen Formen »hebt diese Widersprüche nicht auf«,⁸⁵ löscht den antagonistischen Charakter der Beziehungen nicht aus; vielmehr sind diese Formen die Weise, in der der Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit existiert. Die Arbeit gehört zum Begriff des Kapitals dazu. Beide sind wechselseitig voneinander abhängig und untrennbare Elemente des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in der bürgerlichen Gesellschaft. Und zugleich schließen sie sich wechselseitig aus, sind antagonistische Extreme – die Pole desselben Ausdrucks. Sie sind diese

⁸¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 88.

⁸² Ebd., S. 95, Fußn. 32.

⁸³ Ebd., S. 118. [Die Ausdrücke »modus vivendi« und »Seite an Seite«, auf die Bonefeld zurückgreift, stammen aus der englischen Ausgabe des »Kapital« und finden sich in der deutschen Ausgabe nicht. Die gesamte hier herangezogene Stelle lautet in der englischen Fassung: »The differentiation of commodities into commodities and money does not sweep away these inconsistencies, but develops a *modus vivendi*, a form in which they can exist side by side. This is generally the way in which real contradictions are reconciled.« Anm.d.Ü.]

⁸⁴ Vgl. Richard Gunn, Marxism and Mediation, in: Common Sense, No. 2, 1987; Kosmas Psychopeidis, Notes on Mediation-Analysis, Common Sense, No. 5, 1988; Werner Bonefeld, Marxism and the Concept of Mediation, Common Sense, No. 2, 1987.

⁸⁵ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 106.

Pole, weil die kapitalistische Reproduktion eine Form der gesellschaftlichen Reproduktion ist, die sich die Menschen selber gegeben haben. Die konstitutive Macht der Arbeit existiert *qua* Widerspruch in der Wertform. Diese Sichtweise führt zu einem Verständnis des Kapitals als einer Form des gesellschaftlichen Kommandos, in der die Arbeit zur Existenz eines fremden Wesens wird. Diese Existenz ist nicht vom Kapital »abgeleitet«, sondern aus der Entfremdung der Arbeit von sich selbst. Die Kritik des Fetischismus enthält die Auffassung, daß die gesellschaftliche Praxis der Arbeit in einer Form existiert, in der die Voraussetzung der gesellschaftlichen Existenz (der Austausch der Arbeit mit der Natur) anscheinend ausgelöscht ist.

Wie schon erwähnt ist die Theorie des Werts von Marx in erster Linie eine Theorie der »gesellschaftlichen Konstitution«. Denn sie fragt nach der »Genese« der Verrücktheit der zweckmäßigen Tätigkeit der Arbeit. Anders ausgedrückt, die Theorie von Marx beschäftigt sich mit dem »menschlichen Ursprung« der verrückten Formen. Die Kritik der politischen Ökonomie basiert daher auf der Auffassung, »daß die Menschen ihren eigenen Gattungskräften, d.h. ihren ›kollektiven Kräften‹ oder ›gesellschaftlichen Kräften‹ als einem autonomen, fremden Wesen gegenüberstehen«. ⁸⁶ Die Kritik des Fetischismus zeigt, daß es der »eigentümliche[n] gesellschaftliche[n] Charakter der Arbeit« ist, der den Warenfetischismus produziert. ⁸⁷ Die Idee der »Genese« der gesellschaftlichen Formen betont die Arbeit als konstitutive gesellschaftliche Praxis. Die Idee der »Konstitution« besagt, daß die Beziehung zwischen den Dingen eine historische Voraussetzung ist, weil diese Beziehung durch den historischen Kampf begründet wird, der im Prozeß der »ursprünglichen Akkumulation« zur Trennung der Masse der Bevölkerung von ihren Produktions- und Subsistenzmitteln führt. Diese Trennung muß historisch vollzogen sein, bevor die produktive Macht der Arbeit in der Form einer arbeitenden Ware existieren kann.

Die kapitalistische Ausbeutung beruht auf dem gesellschaftlichen Konflikt, der die Entfremdung der Arbeit in »fantastischen Formen« ⁸⁸ produziert. Das historische Resultat des Klassenkampfes ist konstitutiv für den Kapitalismus. Aber diese historische Voraussetzung der Entfremdung der Arbeit ist zugleich die Voraussetzung, auf der die Ausbeutung der Arbeit beruht. Die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ist ein Ergebnis des Klassenkampfes, der nicht nur die Voraussetzung für die Existenz des Kapitals als vorherrschendem Produktionsverhältnis ist, sondern auch für seine andauernde Existenz. »*Der Austausch von Arbeit gegen Arbeit – scheinbar die Bedingung des Eigentums des Arbeiters –*

⁸⁶ Hans-Georg Backhaus, *Between Philosophy and Science*, S. 81.

⁸⁷ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 87.

⁸⁸ Ebd., S. 89.

beruht auf der Eigentumslosigkeit des Arbeiters als ihrer Basis.«⁸⁹ Die kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse setzen also die »ursprüngliche Akkumulation« voraus, die ständig reproduziert werden muß, damit diese Verhältnisse weiterexistieren können. Die gesellschaftliche Praxis, die zur Trennung der Arbeit von den Produktionsmitteln führte, kann nicht als ein einmaliger historischer Vorgang betrachtet werden, der einmal abgeschlossen wurde und der dem Kapital als einer *konstituierten* Form einfach vorausgesetzt ist. Diese Trennung und damit der gesellschaftliche Konflikt, der sie erzeugte, stehen vielmehr im Zentrum der kapitalistischen Ausbeutung von Arbeit.⁹⁰ Die konstitutive Macht der gesellschaftlichen Praxis ist daher sowohl historische Voraussetzung wie ständige Bedingung der Existenz des Kapitals. Die Unterordnung der gesellschaftlichen Reproduktion unter die Reproduktion des Kapitals bedeutet die ständige Entfremdung der Arbeit von den Produktionsmitteln und damit die Konstitution der gesellschaftlichen Praxis in der Form der verrückten Form des Kapitals. Vom Standpunkt des vollendeten Kapitalismus aus ist letzteres kein historisches Resultat, sondern eine begriffliche und historische Voraussetzung. Diese Voraussetzung erhält Allgemeinheit in verkehrter Form: es wäre falsch, die Begriffsbildung der »Formen«

»in der Folge aufeinanderfolgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.«⁹¹

Marx geht es bei seinen »Abstraktionen« also um ein Verständnis der Konstitution und der Bewegung einer verrückten Welt. Backhaus hat darauf hingewiesen, daß die »Abstraktionen« bei Marx existierende Abstraktionen sind.⁹² Die Auffassung von gesellschaftlicher Existenz oder gesellschaftlicher Objektivität kann nach Backhaus nur begriffen werden, wenn Objektivität als existierende Abstraktion gesehen wird – eine in der Praxis existierende Abstraktion (*daseiende Abstraktion* [dtsch.i.Orig.]). Die Auffassung von einer »real existierenden«

⁸⁹ Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1974, S. 414.

⁹⁰ Vgl. Werner Bonefeld, *Class Struggle and the Permanence of Primitive Accumulation*, in: *Common Sense*, No. 6, 1988; und: Mariarosa Dalla Costa, *Capitalism and Reproduction*, in: *Open Marxism*, Vol. III, S. 7ff.

⁹¹ Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1974, S. 28.

⁹² Hans-Georg Backhaus, *Zur Dialektik der Wertform*, in: Alfred Schmidt (Hrsg.), *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*.

Abstraktion zielt auf ein Verständnis der gesellschaftlichen Welt, das aus den tatsächlichen gesellschaftlichen Prozessen die gesellschaftlichen Formen entwickelt, in denen diese existieren. Daher ist die Existenz der Arbeit im Begriff des Kapitals ein historisches Resultat der »ursprünglichen Akkumulation« und kehrt sich in die historische und begriffliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Realität der verrückten kapitalistischen Welt. Das Kapital kann sich nicht selber produzieren. Es ist davon abhängig, die produktive Macht der Arbeit als wertschöpfende Ware in das Kapitalverhältnis zu integrieren. Die konstitutive Existenz der gesellschaftlichen Arbeit des gesellschaftlichen Individuums existiert in der Form einer verrückten gesellschaftlichen Praxis. Würde man die *konstituierten* Formen als Begriffe nehmen, so würde die konstitutive Praxis der Arbeit ein bloßes Anhängsel des »Kapitals« als dem Subjekt bleiben. Das heißt, die Existenz der Arbeit könnte dann nur als eine Ware begriffen werden. Das Verständnis von Arbeit als einer konstitutiven gesellschaftlichen Praxis macht klar, daß es für das Kapital unmöglich ist, das automatische Subjekt zu sein, als das es von der politischen Ökonomie dargestellt wird. Das Kapital hat keine von der gesellschaftlichen Praxis der Arbeit unabhängige Logik. Schmidt hat darauf hingewiesen, daß die Theorie von Marx vor allem durch das Primat der »Praxis« gekennzeichnet ist. Die Realität, in der sich die gesellschaftlichen Individuen tagein, tagaus bewegen, hat keinen unveränderlichen Charakter, d.h. etwas, was unabhängig von ihnen existiert. Daher führt die Kritik der politischen Ökonomie zu einer begriffenen Praxis⁹³, d.h. einem theoretischen Verständnis von der Totalität des menschlichen Handelns, das die verrückte Welt des Kapitalismus konstituiert, sie ausfüllt und ihr widerspricht.

Gesellschaftliche Verhältnisse sind praktische Verhältnisse. Diese Auffassung enthält einen völlig anderen Ausgangspunkt als den, der von denjenigen gewählt wird, die das »Kapital« als ein Verhältnis zu sich selber verstehen. Der Ausgangspunkt ist damit die *gesellschaftliche Konstitution* der *historischen Bewegung* der Arbeit.⁹⁴ Die historische Entwicklung der Arbeit enthält den Schlüssel für die Geschichte der Gesellschaft. Während in allen Gesellschaften die Menschen als Produzenten auftreten, verwandelt sich im Kapitalismus die einfachste Kategorie, die Arbeit, in einen mystifizierenden Charakter, weil sich die materiellen Elemente des Reichtums aus Arbeitsprodukten in die Eigenschaften von Waren verwandeln und, noch deutlicher, das Produktionsverhältnis selbst in ein Ding (Geld).⁹⁵ Die produktive Macht der gesellschaftlichen Arbeit existiert

⁹³ Alfred Schmidt, Praxis, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 2, Frankfurt/M. 1974, S. 207.

⁹⁴ Vgl. Kosmas Psychopedis, Geschichte und Methode, Frankfurt/M. / New York 1984.

⁹⁵ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 835.

nicht nur in und durch die »verrückte« Form des Werts, sie produziert auch diese Form. Das Privateigentum ist die Existenzweise entfremdeter Arbeit. Die »objektive«, tatsächliche Existenz des »Kapitals« kann daher nicht als ein begrifflicher Ausgangspunkt genommen werden, wie es die oben erwähnten Ansätze tun. Denn was dem ökonomischen Verstand als »Objektivität«, »objektive Logik« oder »objektives Sein« gilt, ist – so Marx – als entfremdete Subjektivität zu verstehen (wie Backhaus im Einzelnen gezeigt hat).⁹⁶ Jede Begrifflichkeit von Kapital, die sich auf den Anschein seiner formalen Logik konzentriert, übersieht die Besonderheit der Theorie von Marx und neigt dazu, stattdessen die verdinglichte Welt des Kapitalismus zum Gegenstand und Zweck der Theorie zu machen. Wer sich wie Jessop nur auf die Idee vom Kapital als einem automatischen Subjekt konzentriert, kann den widersprüchlichen Charakter des Kapitals theoretisch nicht erfassen. Die Theorie könnte sich dann lediglich mit den formalen Widersprüchen einer angeblich außermenschlichen Macht beschäftigen. Die Behandlung des Kapitals nur in Bezug auf seine formale Existenz, d.h. als ein automatisches Subjekt, ist deswegen so fatal, weil damit der »Wert« zu einem historisch aktiven Subjekt ohne gesellschaftliche Substanz wird. Die widersprüchliche Konstitution des »Kapitals« wird dann nicht in Bezug auf den gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit gesehen, sondern als Widerspruch des Kapitals mit sich selbst. Dementsprechend wird die widersprüchliche Konstitution des Kapitalismus lediglich als ein formaler Widerspruch auf der Ebene von unsichtbaren Kräften gesehen.

Die Auffassung, daß das Kapital ein automatisches Subjekt ist, bedeutet, daß eine Krise des Kapitals ein wesentliches Element eben dieses Subjekts selbst sein muß. Das würde bedeuten, und in theoretischen Ansätzen der »Kapitallogik« wird tatsächlich so argumentiert, daß das Kapital sich mit sich selber in Krise befindet und daß der Klassenkampf lediglich eine Antwort oder Reaktion auf die Art und Weise ist, mit der das Kapital seine eigene Krise zu lösen versucht. Der Klassenkampf wird lediglich als etwas betrachtet, das von außen in das Kapitalverhältnis hineinbricht und es entwickelt. In diesem Text sollte betont werden, daß sich die kapitalistische Gesellschaft durch den Klassenkampf nicht nur entwickelt. Vielmehr ist der Klassenkampf ein konstitutives Moment des Kapitalverhältnisses aufgrund der Existenz der Arbeit innerhalb des Begriffs des Kapitals. Die folgende Kritik am Ansatz von Clarke soll diesen Punkt verdeutlichen.

⁹⁶ Hans-Georg Backhaus, *Between Philosophie and Science*.

Der Klassenkampf und das Kapital als eine Macht

Clarke zufolge liefert Marx im Kapital »eine Analyse der Selbstreproduktion des Kapitalverhältnisses, innerhalb derer die gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Reproduktion durch das Funktionieren des Marktes, wenn auch in einer widersprüchlichen und krisengeschüttelten Weise, reguliert werden«. ⁹⁷ Anscheinend wird das Kapitalverhältnis als die Grundlage eines Rahmens betrachtet, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse funktionieren können. Clarke drückt es so aus: »Der Ausgangspunkt für die Analyse des Klassenkampfes muß die Marxsche Analyse der Widersprüche sein, die in der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise enthalten sind und auf deren Basis sich der Klassenkampf entwickelt«. ⁹⁸ Clarke fragt nicht nach der »Konstitution« der gesellschaftlichen Existenz und der Konstitution der Kategorien. Im Zentrum steht bei ihm die Beziehung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Die grundlegende Widersprüchlichkeit des Kapitals besteht für ihn zwischen der ständigen Tendenz zur Entwicklung der Produktivkräfte ohne Rücksicht auf die Grenzen des Marktes und dem Zwang, die Akkumulation in den Schranken ihrer kapitalistischen Form zu halten. Dieser Widerspruch liegt der »Tendenz zur globalen Überakkumulation [von Kapital zugrunde], da die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion auf die Grenzen ihre kapitalistischen Form als Produktion für den Profit stößt«. ⁹⁹ Clarke scheint anzunehmen, daß sich das Kapital nur zu sich selbst in Widerspruch befindet, und daß der Klassenkampf nicht nur eine Konsequenz daraus ist, sondern auch das Mittel, durch das sich dieser Widerspruch entwickelt. Für ihn ist »die ungleichmäßige Entwicklung der Produktivkräfte die treibende Kraft der kapitalistischen Akkumulation«. ¹⁰⁰ Die Kapitalisten antworten auf den Konkurrenzdruck mit einem Klassenkampf von oben, wenn sie neben anderen Maßnahmen versuchen, »die Kosten durch Verlängerung des Arbeitstags, Niederdrückung der Löhne, Intensivierung der Arbeit und vor allem durch die Veränderung der Produktionsmethoden« zu senken. ¹⁰¹ Daher ist die Entwicklung des Kapitalismus insofern durch einen endemischen Klassenkampf bestimmt, als »der Konkurrenzdruck zu einer

⁹⁷ Simon Clarke, *State, Class, and the Reproduction of Capital*, S. 188.

⁹⁸ Ebd., S. 190.

⁹⁹ Simon Clarke, *The Global Accumulation of Capital and the Periodisation of the Capitalist State Form*, in: *Open Marxism*, Vol. 1, S. 135 [dtsh. Übersetzung in diesem Zirkular: *Die globale Akkumulation des Kapitals und die Periodisierung der kapitalistischen Staatsform*, S. 92ff., hier: S. 95.]

¹⁰⁰ Simon Clarke, *State, Class, and the Reproduction of Capital*, S. 139.

¹⁰¹ Simon Clarke, *The Global Accumulation...*, a.a.O.

Intensivierung des Klassenkampfes führt«. ¹⁰² Clarke scheint das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als ein Kausalverhältnis zu behandeln: das Kapital konstituiert den Widerspruch, der sich dann durch den Klassenkampf entwickelt. Das Klassenverhältnis ist somit nicht durch die Existenz der Arbeit im und gegen das Kapital konstituiert, sondern in Zeiten der »kapitalistischen« Überakkumulation und Krise bricht es in das Kapitalverhältnis ein. Die innere Beziehung zwischen dem Kapital und seiner Substanz wird von Clarke umgestaltet zu einer Kausalbeziehung zwischen dem Kapital als Konstitution einer widersprüchlichen Welt und dem Klassenkampf als Entwicklung des Widerspruchs. Clarke tendiert also dazu, zwischen der Bewegung des Klassenantagonismus und seiner Konstitution zu unterscheiden. Während die Bewegung als eine der Klasse betrachtet wird, liegt die Konstitution des Klassenantagonismus beim Kapital. Daraus ergibt sich, daß der widersprüchliche Charakter der kapitalistischen Reproduktion an einem dem »Kapital« innerlichen Widerspruch festgemacht wird, der durch den Klassenkampf um die Durchsetzung der Grenzen der Akkumulation gegenüber der Arbeiterklasse nur ergänzt wird.

Wenn Clarke mit seiner Annahme recht hätte, daß die Widersprüche des Kapitals vom Kapital selber konstituiert werden, dann wäre die Kategorie der Arbeit diesen Widersprüchen untergeordnet und würde ihnen lediglich von außen gegenüberstehen. Das ist anscheinend die Position von Clarke: Kapital und Staat werden als ständige »Objekte« des Klassenkampfes betrachtet. Bei Clarke nimmt die Objektivität nicht die Form von Subjektivität an und umgekehrt, weil Objekt und Subjekt in keinem inneren Verhältnis zueinander stehen, sondern nur äußerlich verbunden sind. Clarke weist die »Dialektik« zurück, wenn er betont, daß Marx »über kausale Beziehungen spricht, nicht den Mischmasch von ›wechselseitiger innerer Durchdringung««. ¹⁰³ Daher ist für Clarke die Marxsche Methode der Abstraktion eine bloß formale. Er charakterisiert die Marxschen »Abstraktionen« als »bestimmte Abstraktionen«, die »nicht in den Dingen verkörperten ›Wesenseigenschaften‹ entsprechen, sondern bestimmten gesellschaftlichen Prozessen«. ¹⁰⁴ Nach Clarke führt die Methode der Abstraktion von Marx nicht zu Begriffen der wesentlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Formen, durch die sie existieren, sondern vielmehr zu

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Simon Clarke, *Marx, Marginalism & Modern Sociology*, London 1991, S. 68. Clarke bezieht sich auf die Marxschen Manuskripte von 1844.

¹⁰⁴ Ebd., S. 141. Eine andere Auffassung von »bestimmter Abstraktion« findet sich bei: Kosmas Psychopedis, *Dialectical Theory: Problems of Reconstruction*; Werner Bonefeld, *Social Constitution and the Form of the Capitalist State*; Richard Gunn, *Against Historical Materialism*. Siehe auch: Antonio Negri, *Marx Beyond Marx: Lessons on the Grundrisse*, Mass. 1984.

»konkreten Verallgemeinerungen, die gemeinsame Merkmale einer Mannigfaltigkeit von besonderen Verhältnissen beschreiben, und die in dem Maße anwendbar sind, wie sie sich in diesen besonderen Verhältnissen ausdrücken«. ¹⁰⁵

Clarke's Interpretation der Abstraktionsmethode von Marx ist äußerst überraschend, denn Marx benutzt dasselbe Argument und fast dieselbe Formulierung, um die Methode der Abstraktion in der politischen Ökonomie zu bezeichnen und zu kritisieren. Anders gesagt, Clarke verzichtet nicht nur auf eine Kritik der Methode der Abstraktion in der politischen Ökonomie, er begrüßt sie zugleich als die Alternative von Marx zur Methode der Abstraktion in der politischen Ökonomie. ¹⁰⁶ Folgerichtig sieht Clarke in der Kritik der politischen Ökonomie von Marx eine

»analytische Grundlage, von der aus sich vergleichende und historische Analysen der konkreteren (und komplexeren) besonderen Formen durchführen lassen, in denen sich die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ausdrücken und entwickeln«. ¹⁰⁷

Die analytische Grundlage wird als Studie der allgemeinen Charakteristika des Kapitalverhältnisses verstanden, während das historisch Konkrete anscheinend als ein »Anwendungsfeld« betrachtet wird, das den Unvorhersehbarkeiten des Klassenkampfes offensteht. Daher der formale Charakter der »Abstraktionen« bei Clarke: für ihn ist das Abstrakte nicht konkret und umgekehrt ist das Konkrete nicht abstrakt, weil das »Abstrakte« lediglich die Zusammenfassung der allgemeinsten Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise ist. Clarke's Auffassung von »Abstraktion« ignoriert damit, daß bei Marx schon die einfachste Kategorie, die Arbeit, zugleich die abstrakteste Kategorie ist. ¹⁰⁸ Clarke's Auffassung von »Abstraktion« fehlt der Inhalt, weil er das Kapital als etwas kon-

¹⁰⁵ Simon Clarke, Marx, *Marginalism & Modern Sociology*, S. 141, Fußn. 8.

¹⁰⁶ Vgl. ebd. mit Marx (Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 393, Fußn. 89): »Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode. Die Mängel des abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, der den geschichtlichen Prozeß ausschließt, ersieht man schon aus den abstrakten und ideologischen Vorstellungen seiner Wortführer, sobald sie sich über ihre Spezialität hinauswagen.«

¹⁰⁷ Simon Clarke, Marx, *Marginalism & Modern Sociology*, S. 141f.

¹⁰⁸ Vgl. Richard Gunn, *Marxism and Philosophy*; und: Kosmas Psychopedis, *Notes on Mediation-Analysis*.

struiert, das außerhalb der gesellschaftlichen Substanz existiert, von der es konstituiert wird.

Im Unterschied zur theoretischen Unterdrückung des Klassenkampfes im Ansatz von Jessop, macht Clarkes Betonung des Klassenkampfes die Auffassung von Marx zum Ausgangspunkt, daß alle gesellschaftlichen Beziehungen wesentlich praktisch sind. In dieser Betonung liegt ein wichtiger Unterschied zu Ansätzen, die von Strukturen ausgehen. Obwohl Clarke sieht, daß der Klassenkampf das Primäre ist, gelingt es ihm in seinem Ansatz nicht, diese Auffassung radikal durchzuhalten. Die Kritik der politischen Ökonomie von Marx wird nicht als Kritik einer verrückten gesellschaftlichen Praxis verstanden, sondern als eine Analyse der widersprüchlichen Beziehung des Kapitals zu sich selbst. Clarke führt den Klassenkampf als einen höchst wichtigen Faktor für die Entwicklung des Kapitalismus ein. Aber auch wenn er betont, daß das Kapital immer Objekt des ständigen Drucks der Klasse ist, so liefert er keine überzeugende Begrifflichkeit von der gesellschaftlichen Konstitution des Klassenkampfes. Statt den Klassenkampf als innerhalb des Begriffs des Kapitals existierend zu verstehen, wird er lediglich als ein Mittel gefaßt, durch das sich die in sich widersprüchliche Welt des Kapitals entwickelt. Wir haben in diesem Text erörtert, daß der grundlegende Wider-Spruch [contra-diction] des Kapitals seine Abhängigkeit von der Arbeit ist. Das Kapital kann sich nicht autonom machen von der Existenz der Arbeit. Sie ist das Mittel, durch das das Kapital existiert. Die »Macht des Kapitals« existiert nur in und durch Arbeit, die die Substanz des Werts ist. Wenn die konstitutive Existenz der Arbeit innerhalb des Begriffs des Kapitals geleugnet wird, ist man gezwungen das »Kapital« als eine Macht zu definieren, die unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Substanz existiert. Man würde das Kapital damit nicht nur als eine sich selbst konstituierende Macht auffassen, sondern auch als Ding und damit als eine *konstituierte* Form. Und wenn *konstituierte* Formen zu Begriffen gemacht werden, dann werden fetischisierte Formen zu Begriffen gemacht.

Schlußfolgerungen

Das Verständnis der »Arbeit« als der konstitutiven Existenz im Begriff des Kapitals enthält ein Verständnis der gesellschaftlichen Form in und durch eine klassengeteilte menschliche Praxis. Das Klassenverhältnis dringt nicht einfach während einer Krise des »Kapitals« von »außen« in das Kapitalverhältnis ein. Das Kapitalverhältnis steht nicht über den Klassenverhältnissen. Vielmehr existiert es in und durch die Klassenverhältnisse. Der Klassenkampf ist nicht bloß eine Vermittlung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses, sondern er ist konstitutiv für das Kapitalverhältnis. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit

steht nicht über dem Klassenverhältnis, sondern in ihm und durch es. In der Kritik der politischen Ökonomie von Marx muß das Klassenverhältnis und damit der Klassenkampf auf der Ebene der historischen Entwicklung nicht erneut eingeführt werden, weil er in der Konstitution der Begriffe bereits enthalten ist und als ständige historische Vorbedingung der gesellschaftlichen Realität als Ganzer existiert.

Marx' Kritik des Fetischismus zeigt auf, daß die ökonomischen Formen keine außermenschlichen Formen sind. Die Kritik der ökonomischen Kategorien entschlüsselt diese Formen als die Formen einer verrückten menschlichen Existenz. Diese Existenz ist das Produkt der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeit im Kapitalismus. Aber die Verrücktheit ist das Schicksal der Arbeit und sie ist es nicht. Die Abschaffung der verrückten Formen vollzieht sich als eine Selbstbestimmung, durch die das gesellschaftliche Individuum erkennt, daß die Menschen Produzenten ihrer eigenen gesellschaftlichen Welt sind. Die Emanzipation der »gesellschaftlichen Arbeit« von ihrer eigenen Entfremdung, d.h. die Abschaffung der entfremdeten Arbeit, ist die Voraussetzung für die Abschaffung einer Gesellschaft, in der die Menschheit bloß ein Mittel darstellt. Die Abschaffung des Privateigentums setzt die Abschaffung der entfremdeten Arbeit voraus, denn diese ist keine Folge der Existenz von Privateigentum, sondern das Privateigentum ist eine Existenzweise der entfremdeten Arbeit. Damit wird deutlich, daß Arbeit mehr ist als nur Lohnarbeit.¹⁰⁹ Die Lohnarbeit ist nicht innerhalb des Kapitals und gegen das Kapital vorhanden. Der Standpunkt des Kapitals und der Standpunkt der Lohnarbeit ist derselbe.¹¹⁰ Arbeit ist nicht nur der Produzent von Privateigentum, sondern vor allem das »lebendige, gestaltende Feuer«.¹¹¹ In ihrer einfachen Bestimmtheit ist Arbeit zweckmäßige produktive Tätigkeit.¹¹² Es ist diese Tätigkeit, die als wertbildende, den abstrakten Reichtum produzierende Ware (Lohnarbeit) im Gegensatz zu sich selber existiert. Die Waffe der Kritik weist nach, daß die Welt, in der wir leben, unsere Welt und nicht die Welt eines Kapital-Subjekts ist; daß diese Welt durch menschliche Praxis geschaffen wurde, von menschlicher Praxis abhängt und dem gestaltenden Feuer der menschlichen Praxis offensteht. Daher die Marxsche Vorstellung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Diese Emanzipation kann nicht auf der Lohnarbeit beruhen. Die Kategorie der Lohnarbeit ist bereits eine Verrücktheit. Wie »real« diese Verrücktheit auch ist, sie bietet nur ein Verständnis von der Bewegung fetischisierter Formen. Von

¹⁰⁹ Vgl. Kosmas Psychopedis, *Dialectical Theory: Problems of Reconstruction*.

¹¹⁰ Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, Kap. 48.

¹¹¹ Karl Marx, *Grundrisse*, Berlin 1974, S. 266.

¹¹² Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 833.

ihr aus kann nicht die Konstitution dieser Formen verstanden werden. Wir haben die Konstitution des gesellschaftlichen Daseins in der gesellschaftlichen Arbeit des gesellschaftlichen Individuums entdeckt. Das Kritisieren des Fetischismus ist negativ und destruktiv. Wie Agnoli sagt, »Marx wollte weder aufbauen noch bejahen, sondern in erster Linie negieren«. ¹¹³ Seine Kritik des Fetischismus weist auf die Absurdität einer Welt hin, in der die Menschen in der Form von personifizierten Produktionsbedingungen existieren – als Personifizierung von Dingen. Der Standpunkt der Kritik zeigt die andere Seite – die gesellschaftliche Konstitution – dieser seltsamen und mörderischen Personifizierung. Er zeigt die menschliche sinnliche Tätigkeit, eine Tätigkeit, die im Gegensatz zu sich selber in der zur Ware gewordenen Form der Lohnarbeit existiert. Die Kritik des Kapitals läuft damit auf eine Kritik der »Arbeit« hinaus, der individuellen, entfremdeten Arbeit, einer Arbeit, deren gesellschaftliche Existenz den individuellen Produzenten als ein äußerliches und unabhängiges Ding gegenübertritt. Der Widerspruch zwischen der kapitalistischen Bestimmung der Arbeit als Lohnarbeit auf der einen Seite und der kritischen Aktivität und gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf der anderen Seite liefert nicht nur eine Idee von der widersprüchlichen Konstitution unserer gesellschaftlichen Welt. Er liefert auch die Idee der »wirklichen Bewegung« dieses Widerspruchs: Kommunismus.

Der Kritik der politischen Ökonomie zufolge ist der Begriff der »gesellschaftlichen Arbeit« die fundamentalste und einfachste Kategorie. Alle menschliche Aktivität im Kapitalismus, einschließlich der theoretischen Aktivität, ist ein Moment der klassengeteilten Daseinsweise der gesellschaftlichen Arbeit, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. ¹¹⁴ Daher ist die Kritik der politischen Ökonomie nicht unparteiisch. Im Gegensatz zur Verteidigung des *status quo* durch die traditionelle Theorie beruht sie auf dem Interesse an der Zukunft. Für Horkheimer bedeutet dies, daß die Suche der Philosophie nach der guten und vernünftigen Organisation des Lebens zur Marxschen Kritik der politischen Ökonomie wurde. Horkheimer forderte damit die negative und destruktive Rolle der Philosophie ein. Er vindizierte damit das Recht der Kritik der politischen Ökonomie, das »Ende der Philosophie« zu verkünden: die Philosophie kann nicht abgeschafft werden, ohne verwirklicht zu werden. Die marxistische Kritik des Fetischismus ist negativ und destruktiv. Sie wirft die Frage nach den Menschen als Selbstzweck auf. Zugleich zeigt sie, daß die verrückte und verzauberte Welt des Kapitalismus eine Form der menschlichen Existenz ist und von der mensch-

¹¹³ Johannes Agnoli, *Destruktion als Bestimmung des Gelehrten*.

¹¹⁴ Vgl. Max Horkheimer, *Nachtrag*.

lichen Praxis abhängt. »Die Konstitution der Welt geschieht hinter dem Rücken der Individuen und ist doch ihr Werk.«¹¹⁵

Horkheimer charakterisierte Marx' Kritik der politischen Ökonomie als ein »Urteil über das Dasein«. Er betrachtete die Philosophie als eine destruktive Kraft, die nach der guten und vernünftigen Organisation des Lebens sucht, ungeachtet der Gefährdungen durch die politische Macht.¹¹⁶ Während für den kritischen Realismus von Lovering das Individuum mit undurchdringbaren und transzendenten Strukturen konfrontiert ist, beschäftigt sich die Kritik der politischen Ökonomie von Marx – so Horkheimer – mit dem gesellschaftlichen Individuum als dem Produzenten seines gesamten Lebens. Im Unterschied zu Ansätzen, die auf der formalen Logik des Kapitalverhältnisses beruhen, behauptet die kritische Theorie, wie Marx, daß alle gesellschaftlichen Verhältnisse wesentlich praktisch sind. Marx' Kritik der politischen Ökonomie lehnt die Methode der formalen Abstraktion und der abstrakten Modelle von Kapitalismus ab, die die Geschichte ausschließt und eine ideale Welt perfekter Rationalität beschreibt. Im Gegensatz zu hypothetischen Urteilen und dem Anhäufen von formalen Kenntnissen, konzentriert sich die kritische Theorie auf die menschlichen Verhältnisse und Probleme. Statt sich mit abstrakten Aggregaten oder Quantitäten des abstrakten Reichtums zu beschäftigen, geht es ihr um »die Existenz des Menschen und der Gesellschaft« und um die Transformation dieser Gesellschaft.¹¹⁷ Daher charakterisiert er die Kritik der politischen Ökonomie als eine dialektische Theorie der Gesellschaft, eine Theorie, die ein einzigartiges Urteil über das Dasein entwickelt. In Abgrenzung zu Ansätzen, die auf metatheoretischen Fluchtwegen, die nirgendwohin führen, nach Wahrheit und ewig gültigen Beurteilungen suchen, ist die Kritik der politischen Ökonomie der Auffassung, daß die Lösung der theoretischen Mysterien in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis liegt. Diese Einsicht enthält das Geheimnis der Marxschen Revolution. Daher haben die »Abstraktionen« der Kritik der politischen Ökonomie nichts zu tun mit abstrakten Modellen oder abstrakten Verallgemeinerungen, die lediglich eine Zusammenfassung der allgemeinen Kennzeichen *konstituierter* Formen liefern. Es handelt sich um existierende Abstraktionen. Und in der Abstraktion ist das Urteil über das Dasein enthalten: der menschliche und gesellschaftliche Inhalt, der auf eine Weise existiert, in der er verleugnet wird. »Er zerstörte die Illusion der schönen Form, die einen häßlichen Inhalt organisiert. Derart stand die Unvernünftigkeit einer Produktionsweise nackt da, aus der sich bürgerliche

¹¹⁵ Herbert Marcuse, Philosophie und kritische Theorie, in: Herbert Marcuse, Kultur und Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1967, S. 119.

¹¹⁶ Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie; und: Nachtrag.

¹¹⁷ Ebd.

Zweckrationalität, Rentabilität und Respektabilität speisen.«¹¹⁸ Die Kritik von Marx vindizierte die negative Rolle der Philosophie, derzufolge die Menschheit kein Hilfsmittel ist, sondern ein Zweck. ■

¹¹⁸ Johannes Agnoli, *Destruktion als Bestimmung des Gelehrten*.

Die globale Akkumulation des Kapitals und die Periodisierung der kapitalistischen Staatsform

Simon Clarke (in: *Werner Bonefeld, Richard Gunn, Kosmas Psychopedis* (eds): *Open Marxism, Vol. I, Dialectics and History*, Pluto Press, London 1992)*

Das Problem der Periodisierung

Die Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise ist der Versuch, einen Mittelweg zwischen Empirizismus und Reduktionismus zu finden. Während ersterer die historische Zufälligkeit betont und damit den politischen Opportunismus rechtfertigt, beharrt letzterer auf den unveränderlichen Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, um einen dogmatischen Fundamentalismus zu rechtfertigen. Die »Periodisierung« der kapitalistischen Produktionsweise soll es ermöglichen, »Zwischenstrukturen« zu definieren, mit denen sich die Regelmäßigkeiten und systematischen Grundzüge einzelner historischer Epochen bestimmen lassen. Damit sollen wissenschaftliche Grundlagen für eine politische Strategie entwickelt werden, die sich auf die gegenwärtigen Bedingungen einlassen kann.

Die Grundlage der verschiedenen Periodisierungen, die über die Jahre vorgeschlagen wurden, war die Periodisierung der vorherrschenden Akkumulationsweisen. Hauptzweck solcher Periodisierungen war es jedoch, die sich verändernden Akkumulationsweisen den verschiedenen Formen des Staats und des politischen Klassenkampfes zuzuordnen. Aber weil bei diesen Periodisierungen von vereinfachenden Auffassungen vom Staat ausgegangen wurde, fehlte es ihnen an theoretischer Klarheit, empirischer Anwendbarkeit und politisch brauchbaren Schlußfolgerungen. Dies gilt für die neueren Vorschläge zu einer Periodisierung seitens der »Regulationstheorie« und des Ansatzes der »gesellschaftlichen Strukturen der Akkumulation« [social structures of accumulation] genauso, wie es für die orthodoxe Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegolten hatte. Sie gehen alle von einer einfachen funktionalistischen Staatstheorie aus,

* Siehe zu diesem Text die kritischen Anmerkungen im Editorial!

bei der die Staatsaktivität auf einen Ausdruck der grundlegenden Akkumulationsbedürfnisse reduziert wird, die sich in den Interessen des Kapitals ausdrücken. Dabei wird unterstellt, daß der Staat diese Bedürfnisse prinzipiell erfüllen kann, indem sein Eingreifen die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation löst. Diese verkürzte Vorstellung vom Staat ist mit einer unzulänglichen theoretischen Auffassung von den inneren Widersprüchen der Akkumulation verbunden, derzufolge angenommen wird, daß der Staat diese Widersprüche tatsächlich lösen könne.

In diesem Papier soll der Frage nachgegangen werden, ob eine angemessene Theorie der widersprüchlichen Form der Akkumulation und eine durchdachtere Theorie des kapitalistischen Staats zu einer sinnvolleren Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise und der kapitalistischen Staatsform führen kann. Ausgangspunkt meines Versuchs ist die Staatsdebatte der 70er Jahre, die auf den ersten Blick einen fruchtbaren Weg nach vorne zu bieten scheint, die aber nicht in der Lage war, die der kapitalistischen Akkumulation innewohnenden Widersprüche ausreichend zu berücksichtigen. Ausgehend von einer alternativen Auffassung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der widersprüchlichen Form der kapitalistischen Akkumulation will ich dann eine Periodisierung der kapitalistischen Staatsform skizzieren, die mir theoretisch stimmiger und empirisch plausibler zu sein scheint. Abschließend werde ich dann diese vorgeschlagene Periodisierung kritischer unter die Lupe nehmen und den Schluß ziehen, daß sich in den wesentlichen Schwächen der Periodisierung theoretische und methodologische Irrtümer ausdrücken, die in dem Versuch einer Periodisierung selbst angelegt sind.¹

Überakkumulation, Klassenkampf und der Staat

Die Staatsdebatte der 70er Jahre hatte versucht, eine gleichermaßen logische wie historische Analyse zu entwickeln, die eine Periodisierung des Staats möglich machen sollte. Dieser Versuch kam im Grunde nie über die Anfänge hinaus, in erster Linie weil es sich als unmöglich herausstellte, ein in sich stimmiges Prinzip als Basis einer solchen Periodisierung zu finden. Joachim Hirsch schlug eine Periodisierung der kapitalistischen Staatsform vor, deren Phasen an der Mobilisierung von verschiedenen Gegendenden zum tendenziellen Fall der

¹ Sollte der Leser den Eindruck gewinnen, daß dieses Vorgehen betrügerisch ist, eine Periodisierung nur vorzuschlagen, um sie dann niederzumachen, so möchte ich antworten, daß diese Reihenfolge der Darstellung den Gang der Forschung reflektiert. Die Schlußfolgerungen aus dieser Forschungsarbeit habe ich umfassender in meinem Buch: *Keynesianism, Monetarism, and the Crisis of the State*, London 1988, dargestellt, das ein erster Versuch war, eine Periodisierung der hier dargestellten Art zu entwickeln.

Profiträte festgemacht wurden, aber er hat diesen Ansatz nie ausgearbeitet.² Holloway und Picciotto, die weiterhin die Vorrangigkeit des Klassenkampfes betonen, haben drei Entwicklungsstufen der kapitalistischen Staatsform umrissen, die auf das Verhältnis von Kapital und Arbeitsprozeß bezogen sind: von einer zunächst äußerlichen Beziehung über die Phase der absoluten Mehrwertproduktion zu einer Phase der relativen Mehrwertproduktion. Obwohl dies als eine – oberflächlich der von Aglietta ähnliche – Periodisierung interpretiert werden könnte, wird es von Holloway und Picciotto nicht in diesem Sinne gebraucht. Sie sehen diese Stufen vielmehr als Basis für eine historische Erklärung verschiedener Aspekte der kapitalistischen Staatsform, die sich nacheinander entwickeln, aber als Momente der entwickelten Form des kapitalistischen Staates bestehen bleiben.³ Sofern es Debatten um die Periodisierung der kapitalistischen Staatsform gab, so kamen diese nicht sehr weit und blieben an der Frage nach dem Charakter des absolutistischen Staates hängen.⁴ Später hat Hirsch die funktionalistische Periodisierung des »Regulationsansatzes« aufgegriffen und zur Basis seiner »Umformulierung« der Staatstheorie gemacht. Es war zwar das Verdienst der Arbeit von Hirsch, eine anspruchsvollere Staatstheorie in den Regulationsansatz einzubringen, aber dies änderte nichts an dessen theoretischen und historischen Unzulänglichkeiten.⁵

In diesem Papier will ich einen alternativen Ansatz zur Periodisierung der kapitalistischen Staatsform entwerfen, der von einer alternativen Charakterisierung der Widersprüche ausgeht, die in der Kapitalakkumulation enthalten sind. Mein Ausgangspunkt ist die Auffassung, daß die Triebkraft der Akkumulation, die den Einzelkapitalen durch den Konkurrenzdruck aufgezungen wird, in der Tendenz des Kapitals zur grenzenlosen Produktivkraftentwicklung liegt. Die Antwort der Kapitalisten auf die Konkurrenz ist nicht, wie uns bürgerliche Ökonomen glauben machen wollen, die passive Anpassung der Produktion an die Marktschranken, sondern die Suche nach neuen Märkten. Dazu werden einerseits die Geschäfte ausgeweitet und rückständige Produktionsformen verdrängt, und

² Joachim Hirsch, Towards a Materialist Theory of the State, in: John Holloway and Sol Picciotto (eds.), State and Capital, London 1978.

³ John Holloway und Sol Picciotto, Capital, Crisis and the State, in: Capital & Class, No. 2 (1977).

⁴ Der absolutistische Staat ist für alle strukturalistischen Staatstheorien ein Stolperstein, da er eine kapitalistische Form des Staates zu sein scheint, die dem Kapitalismus vorhergeht, denn er spielte eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung der äußeren Bedingungen für die Reproduktion einer noch nicht existierenden kapitalistischen Produktionsweise.

⁵ An anderer Stelle habe ich den Regulationsansatz ausführlicher kritisiert: Simon Clarke, Overaccumulation, Class Struggle and the Regulation Approach, in: Capital & Class, No. 33 (1987). Die Umformulierung der Staatstheorie von Hirsch hat Werner Bonefeld kritisiert: Werner Bonefeld, Reformulation of State Theory, Capital & Class, No. 33 (1987).

andererseits die Kosten durch Verlängerung des Arbeitstages, Herunterdrücken der Löhne, Intensivierung der Arbeit und vor allem durch die Veränderung der Produktionsmethoden gesenkt. Die beständige Tendenz zur Entwicklung der Produktivkräfte ist der Grund für die von Anfang an vorhandene Tendenz des Kapitals zur Entwicklung des Weltmarkts und zur weltweiten Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Diese Tendenz, die Produktivkräfte ohne Rücksicht auf die Marktschranken zu entwickeln, liegt allerdings auch der Tendenz zur globalen Überakkumulation und zur ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitals zugrunde, da die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion auf die Grenzen ihrer kapitalistischen Form als Produktion für den Profit stößt. In ihrer dramatischsten Form erscheint diese Tendenz zur Überakkumulation im Ausbruch einer allgemeinen Überproduktionskrise. Aber sie betrifft nicht nur solche dramatischen Krisen, sondern auch die alltägliche Realität der Akkumulation, da der Konkurrenzdruck zu einer Intensivierung des Klassenkampfes, zur Entwertung von rückständigem Kapital, Zerstörung von Produktionskapazitäten und Entlassung von ArbeiterInnen führt.

Die Beziehung des Staats zu der widersprüchlichen Form der Überakkumulation ist nicht unmittelbar gegeben, sondern wird durch die Staatsform vermittelt. Der Klassencharakter des kapitalistischen Staats ist durch die Abtrennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft definiert und die entsprechende Unterordnung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft unter die Herrschaft von Geld und Gesetz. Die Unterordnung des Staats unter das Geld definiert die ökonomische Form, vermittelst derer eine Überakkumulationskrise für den Staat erscheint, und sie setzt der Staatsmacht Grenzen bei der Reaktion auf eine solche Krise. Aber sie bestimmt weder die besondere politische Form des Staats, durch die die widersprüchlichen Tendenzen der Akkumulation politisch vermittelt werden, noch die spezifischen Antworten des Staats angesichts der Krise. Die politische Form des Staats wird durch den Klassenkampf bestimmt, vor allem durch solche Kämpfe der Arbeiterklasse, die daraus entstehen, daß die Arbeiterklasse in einen Gegensatz zur Unterordnung der gesellschaftlichen Produktion unter das Kapital gerät, weil sich diese als Hindernis für ihre eigene physische und gesellschaftliche Reproduktion geltend macht.

Obwohl der Staat politisch auf einer nationalen Basis konstituiert wird, ist sein Klassencharakter nicht in nationaler Hinsicht definiert. Das kapitalistische Gesetz von Eigentum und Vertrag geht über die nationalen Rechtssysteme hinaus, und das Weltgeld über die nationalen Währungen. Die Unterordnung des Staats unter die Herrschaft von Geld und Gesetz hält den Staat also innerhalb von Grenzen, die durch die widersprüchliche Form der weltweiten Kapitalakkumulation erzwungen werden. Die politische Stabilisierung des Staats muß jedoch auf einer nationalen Basis erreicht werden, was im allgemeinen voraussetzt, daß der Staat die erweiterte Reproduktion des inländischen produktiven Kapitals

absichern kann. Zum einen ist dies die einzige Möglichkeit, die relative Überbevölkerung zu absorbieren und damit die physische und gesellschaftliche Reproduktion der Arbeiterklasse mit ihrer Unterordnung unter das Kapital in Einklang zu bringen. Zum anderen kann der Staat nur so seine Einkünfte sichern und damit dem zunehmenden Erfordernis staatlichen Eingreifens nachkommen.

Ganz allgemein ausgedrückt ergibt sich daraus, daß dem Staat der Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Akkumulation darin erscheint, daß die Aufrechterhaltung der Akkumulation des inländischen produktiven Kapitals auf die Schranke der weltweiten Überakkumulation von Kapital stößt. Der Staat kann zwar die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation nicht lösen, aber er kann die politischen Auswirkungen dieser Widersprüche insoweit eindämmen, wie es ihm gelingt, die Integration der Akkumulation des inländischen produktiven Kapitals in die weltweite Kapitalakkumulation zu sichern, und damit eine Grundlage für die politische Integration der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Grenzen, auf die der Staat dabei stößt, ergeben sich nicht nur aus seiner Form als Nationalstaat, sondern vor allem aus der Form des internationalen Staatensystems und den entsprechenden Integrationsformen der globalen Akkumulation, deren Teil er ist. Die Periodisierung der Integrationsformen der globalen Akkumulation bietet dementsprechend eine Grundlage für die Periodisierung der kapitalistischen Staatsformen.

Das ist alles sehr abstrakt, aber ich denke, daß es eine Basis für eine sehr viel konkretere Analyse und Periodisierung der kapitalistischen Staatsform sein kann. Obwohl die oben umrissene Vorstellung von der Überakkumulation des Kapitals abstrakt ist, liefert sie die Grundlage für eine Periodisierung, weil die Tendenz zur Überakkumulation und ungleichen Entwicklung des Kapitals nicht nur eine quantitative Beziehung definiert, die sich in der Bewegung der Profitrate zusammenfassen läßt, sondern auch qualitative Beziehungen: die sich ändernden Formen der sektoralen und geographischen Ungleichmäßigkeit der Akkumulation und die sich ändernden Formen des Klassenkampfes, die durch die Überakkumulation hervorgerufen werden.

Im Hauptteil dieses Papiers soll eine provisorische Periodisierung in viereinhalb Stufen skizziert werden, wobei der Übergang von der einen zu der anderen in erster Linie durch die Form und Entwicklung des Klassenkampfes in den Zeiten von Überakkumulationskrisen bestimmt wird. Am Ende des Papiers werde ich das Wasser wieder trüben, indem ich darauf hinweise, daß die Krise des Keynesianismus und der Aufstieg des Monetarismus zeigen, daß diese Periodisierung unzutreffend ist und sich hinter ihr einige grundlegendere Kontinuitäten verbergen. Kommen wir aber zunächst zu den folgenden Entwicklungsstufen:

Merkantilismus

Er definiert die typische Form des Staats im 18. Jahrhundert, die auf der globalen Expansion des Handelskapitals beruht. Die Überakkumulation von Handelskapital führte zur zunehmenden internationalen Konkurrenz, kostspieligen Handels- und Kolonialkriegen und dem Eindringen des Kapitals in die Produktion, wodurch die globale Integration der Akkumulation sowie die ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen der merkantilistischen Staatsform untergraben wurden, zugleich aber die Basis für den Übergang zur nächsten Stufe geschaffen wurde.

Liberalismus

Die Liberalisierung des Staats in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beruhte in erster Linie auf einer internationalen Arbeitsteilung zwischen der intensiven Kapitalakkumulation in der britischen Manufaktur und der extensiven Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft in anderen Teilen der Welt. Obwohl es der liberalen Staatsform nie gelang, den Kampf der entstehenden Arbeiterklasse einzudämmen, weshalb der ökonomische Liberalismus keineswegs notwendigerweise mit einem politischen Liberalismus verbunden war, so hielt sich doch die liberale Form des Staats durch *ad hoc* geschaffene Notbehelfe der Repression und Reform bis zur globalen Überakkumulationskrise der 1870er Jahre.

Imperialismus

Imperialismus und Sozialreform entstanden mit dem Versuch des Staats, durch eine mehr oder weniger aktive Regulierung von internationalem Handel und Investition die inländische Akkumulation zu stützen und die organisierte Arbeiterklasse zu integrieren. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die Politisierung der internationalen Konkurrenz auf einer nationalen Basis und der Aufstieg des Militarismus, der in globalem Krieg und Revolution kulminierte.

Sozialdemokratie

In der Zeit zwischen den Weltkriegen kam es zu einem erfolglosen Versuch, den Liberalismus wiederherzustellen, was nur zu einem Wiederaufleben von Imperialismus und Militarismus führte. In dieser Zeit entstanden auch die Elemente der sozialdemokratischen Staatsform, die im Wiederaufbau nach dem Krieg systematisch entwickelt wurde. Die im Rahmen einer Liberalisierung des internationalen Handels und Geldverkehrs gestützte globale Kapitalakkumulation machte es möglich, den Klassenkampf durch die Verallgemeinerung der industriellen Beziehungen und soziale Reformen einzudämmen. Der Versuch, den zunehmenden Klassenkampf durch eine mit expansiver Steuer- und Geldpolitik gestützte Akkumulation einzudämmen, führte zu einer inflationären Krise und zur Ent-

wicklung neuer Formen des Klassenkampfes, die sich nicht auf das Kapital, sondern auf den Staat richteten.

Monetarismus

Er setzt erneut die Unterordnung des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft unter die Geldmacht des globalen Kapitals durch. Aber es ist eine offene Frage, ob der Monetarismus eine neue Stufe in der Periodisierung des kapitalistischen Staats darstellt, oder lediglich ein Moment in der Krise der sozialdemokratischen Staatsform ist, so wie die Zwischenkriegszeit die Krise der imperialistischen Staatsform markierte.

Wir wollen diese Periodisierung im einzelnen betrachten.

Die Krise des Merkantilismus und der Aufstieg des modernen Staats

Das Wachstum des Handelskapitalismus lieferte die Basis für die Entwicklung der merkantilistischen Staatsform. Der feudale Staat war nicht mehr gewesen, als die organisierte Macht der feudalen Grundbesitzerklasse, wobei die Einkünfte des Herrschers aus Feudalrenten und feudalen Pflichten stammten und die Autorität des Staats mit der feudalen Autorität des Herrschers zusammenfiel. Das Anwachsen des Handels im Mittelalter brachte dem Herrscher und der Grundbesitzerklasse neue Einnahmequellen und lag damit der ersten Stufe in der Abtrennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde. Aber diese Trennung löste langanhaltende Klassenkämpfe und politische Kämpfe aus, in denen es um die Form des Staats ging.

Bis zum 18. Jahrhundert hatte sich das Handelskapital von der Unterordnung unter den feudalen Landbesitz größtenteils befreit und die kommerziellen Aktivitäten gingen weit über die Luxus- und Militärgüter des Mittelalters hinaus. Obwohl die Produktion zunehmend dem Kapital untergeordnet wurde, blieb diese Beziehung äußerlich und die kapitalistische Durchdringung der Produktion war begrenzt. Die Verallgemeinerung der Warenproduktion ging zwar mit einer stetigen Entwicklung der Produktivkräfte einher, aber die kommerziellen Profite beruhten in erster Linie noch auf der Ausbeutung von Monopolstellungen, die vom Staat verliehen und bekräftigt wurden, und nicht auf der Mehrwertproduktion. Während der einheimische Handel lediglich das Mehrprodukt der Grundbesitzer und Warenproduzenten umverteilte, bot der Außenhandel die Möglichkeit, sich das Mehrprodukt von ausländischen Produzenten anzueignen.

Die merkantilistische Staatsform war das Ergebnis des Versuchs, den durch die Akkumulation von Handelskapital ausgelösten Klassenkampf dadurch zu lösen, daß die Ausnutzung von Monopolstellungen auf Kosten des Auslands abgesichert werden sollte. Trotz der formellen Trennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft, kamen staatliche Finanzen und Verwaltung hauptsächlich

durch die staatliche Vergabe von privater Macht und Privilegien zustande. Der Staat förderte die Entwicklung des Außenhandels durch eine aggressive Handels- und Kolonialpolitik, und bemühte sich gleichzeitig darum, die Auswirkungen auf die inländische Produktion und Beschäftigung in Grenzen zu halten, indem er einen Apparat von protektionistischen und restriktiven Gesetzen beibehielt und die Autorität der Grundbesitzerklassen über die Masse der Bevölkerung stützte.

Die Überakkumulation von Handelskapital führte zu einer wachsenden Konkurrenz, die sich in der Form von Handels- und Kolonialkriegen sowie einer wachsenden Belastung mit Steuern und Staatsschulden ausdrückte. Wegen des Drucks auf die Profitabilität bemächtigte sich das Kapital auf der Suche nach neuen Profitquellen der Produktion, was zur Erosion der etablierten Formen von Autorität führte. Das Ergebnis war eine Intensivierung des Klassenkampfes, in dessen politischen Zentrum der parasitäre und korrupte Staat stand. Dies erfuhr seine dramatischste Zuspitzung in der amerikanischen und französischen Revolution, lag aber gleichermaßen dem Anwachsen des volkstümlichen Radikalismus in Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zugrunde.

Das Eindringen des Kapitals in die Produktion untergrub die merkantilistische Staatsform und schuf die Grundlage für die Entstehung einer neuen Staatsform, in der die Kapitalakkumulation auf dem Eindringen des Kapitals in die Produktion und der Entwicklung des Weltmarktes durch Handelsliberalisierung beruhen sollte. Dies erforderte die radikale Trennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft durch das Niederreißen des merkantilistischen Regulierungsapparats, um die Kapitalakkumulation der interessenlosen Herrschaft von Geld und Gesetz zu unterwerfen. In England wurde dies durch die stille Revolution beim Übergang von der Regierung Pitt zur Regierung Gladstone erreicht, in Kontinentaleuropa durch die Neugründung des Staats nach den Revolutionen von 1848 und in den USA in der Zeit nach dem Bürgerkrieg.

Die liberale Staatsform

Bedingung für das Auftauchen der liberalen Staatsform war die Entwicklung einer internationalen Arbeitsteilung, die im wesentlichen komplementär und nicht konkurrierend war. Sie beruhte auf dem weltweiten Eindringen des Kapitals in die Produktion und wurde durch die Ausweitung und Liberalisierung des Handels im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts, der die Entwicklung der Eisenbahnen im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts folgte, gefördert. Die rapide Entwicklung der Produktivkräfte in der britischen Industrie führte zur Überakkumulation von industriellem Kapital im Verhältnis zum Angebot an Rohstoffen und zu den Absatzmärkten, die in periodischen Krisen zum Ausbruch kam. Allerdings gelang es dem Kapital, diese Schranken der Akkumulation zu überwinden, indem es einerseits die Landwirtschaft weltweit extensiv entwickelte und andererseits die

kleinen Warenproduzenten zerstörte. Auf diese Weise wurden die periodischen Krisen zum Hebel der erneuerten Akkumulation, vor allem indem sie Handelskapital entwerteten und Kleinproduzenten vernichteten.

Die komplementäre Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft und in der Industrie untergrub die merkantilistischen Formen der Regulierung weltweit und verallgemeinerte die Klassenkämpfe, die zur Herausbildung der liberalen Staatsform geführt hatten. Die ungezügelte Kapitalakkumulation und die Perfektionierung der liberalen Staatsform entfesselte jedoch neue Kämpfe. Der populäre Radikalismus der verdrängten Kleinproduzenten folgte tendenziell dem Verlauf des Zyklus und wurde in Krisenzeiten durch die Kämpfe der entstehenden Arbeiterklasse verstärkt. Auf Unruhen reagierte der Staat mit der repressiven Durchsetzung der Herrschaft des Gesetzes, aber der Widerstand der Volksmassen und die Entwicklung von Organisationen der Arbeiterklasse hinderten den Staat daran, die Masse der Bevölkerung der Geldmacht des Kapitals zu unterwerfen. Dies war auch der Grund für die Aufrechterhaltung der Armenunterstützung, die Reproduktion der gesellschaftlichen Macht der Grundbesitzerklasse, den Beginn einer Industriegesetzgebung und das zögernde Zugeständnis begrenzter Gewerkschaftsrechte an die Arbeiterklasse. Aber während die Akkumulation des inländischen Produktivkapitals die relative Überbevölkerung absorbierte und die guten Profite zur Abschwächung des Klassenkampfes um die Mehrwertproduktion beitrugen, konnten die genannten Maßnahmen als kurzfristige und außergewöhnliche Antworten auf die Reibungsprobleme des Übergangs und der periodischen Krisen erscheinen.

Die Weltwirtschaftskrise von 1873 markierte die Grenze dieser Form von globaler Akkumulation, was sich im Zusammenbruch des weltweiten Verkaufsbooms um die Eisenbahnen herum ausdrückte. Im Unterschied zu früheren Krisen folgte diesmal keine neue Welle der Ausweitung, sondern es entwickelte sich eine verallgemeinerte Überproduktion und es kam zu sektoralen und geographischen Verschiebungen der Akkumulation. Für das Kapital drückte sich die Krise in intensivierter internationaler Konkurrenz, Druck auf die Profite, Entwertung von Kapital und Zerstörung von Produktionskapazitäten aus. Für die Arbeiterklasse machte sie sich als Versuch der Unternehmer geltend, die Arbeit zu intensivieren und die Nominallöhne zu drücken, sowie als weitverbreitete Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Für den Staat stellte sich die Krise als zunehmende Finanz-, Haushalts- und Währungsfrage dar, da die sinkenden Einkommen zum Einbruch der Staatsfinanzen führten und die Verschiebung der Akkumulation die inländischen und internationalen Zahlungen durcheinanderbrachte. Außerdem war der Staat mit zunehmenden Unruhen in der Bevölkerung konfrontiert, die durch Versuche, die ökonomische Krise im Rahmen von Freihandel und Goldstandard, also durch orthodoxe deflationäre Maßnahmen, zu lösen, nur verstärkt werden konnten. Die Überakkumulationskrise beschleunigte

daher die Krise des Staats und entfesselte eine neue Welle von Klassenkämpfen um die Form des Staats, deren Ergebnis die Entstehung der »imperialistischen« Staatsform war.⁶

Die imperialistische Staatsform

Während die neu entstehende sozialistische Bewegung die Vergesellschaftung der Produktion forderte und der romantische Konservatismus die Wiedereinführung der vorkapitalistischen Regulationsformen verlangte, reagierte der Staat auf die Krise innerhalb der Grenzen seiner kapitalistischen Form. Durch sie waren Staat und bürgerliche Gesellschaft gleichermaßen der Macht des Kapitals untergeordnet, und sie war in der liberalen Phase noch perfekter geworden. Die Trennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft und seine Unterordnung unter die Herrschaft von Geld und Gesetz hatte sich in institutionellen Formen niedergeschlagen: Gerichtsbarkeit und Zentralbank waren unabhängig geworden, die Exekutive war formell der Legislative untergeordnet worden, die Buchführung und das Finanzwesen des Staats waren rationalisiert worden, und der ausgeglichene Haushalt und der Goldstandard hatten den Rang von Verfassungsprinzipien erhalten. Aufgrund dieser konstitutionellen Grenzen der liberalen Staatsform, konnte der Staat nur in den Grenzen des Kapitals auf die Krise politisch reagieren.

Der Staat antwortete auf die Herausforderung der organisierten Arbeiterklasse, indem er – in den Grenzen seiner Form – versuchte, eine Aufspaltung der Klasse in einzelne Gruppen zu verstärken und zu institutionalisieren, wozu er den Gewerkschaften im Rahmen der entstehenden »industriellen Beziehungen« eine gewisse Anerkennung gewährte und begrenzte soziale Reformen durchführte. Durch die Ausweitung des Wahlrechts rekonstituierte er die Arbeiterklasse zugleich politisch auf einer nationalen Basis. Für den Erfolg dieses Projekts war es entscheidend, die Akkumulation des inländischen Produktivkapitals aufrechtzuerhalten, um darüber die relative Überbevölkerung absorbieren, die Kosten der sozialen Reformen niedrig halten und das System der industriellen Beziehungen institutionalisieren zu können. Protektionismus und Imperialismus waren die Mittel, mit denen der Staat gleichzeitig versuchte, dem unmittelbaren fiskalischen, finanziellen und monetären Druck zu begegnen, die nationale Identifizierung der Arbeiterklasse zu sichern und die erneute Kapitalakkumulation im Inland aufrechtzuerhalten. Dafür mußten Grenzen der Akkumulation beiseite

⁶ Obwohl die unmittelbare Krise in Großbritannien nicht so dramatisch war, hatte sie im wesentlichen dieselben Auswirkungen wie überall.

geräumt werden, die in dem begrenzten Angebot an Produktions- und Nahrungsmitteln einerseits und den begrenzten Absatzmärkten andererseits lagen.

Imperialismus und Protektionismus waren die Grundlage für das Andauern der globalen Akkumulation in den 1880er Jahren und für ihre massive Beschleunigung von den 1890er Jahren an. Zölle stellten nur in geringem Maße ein Hindernis für die globale Akkumulation dar, weil der Protektionismus durch die Verpflichtung Großbritanniens auf den Freihandel unter Kontrolle gehalten wurde. Großbritannien hielt ein internationales Zahlungssystem aufrecht, in dem gewaltige Kapitalströme die Handelsungleichgewichte finanzierten, die mit der ungleichmäßigen sektoralen und geographischen Kapitalakkumulation verbunden waren. Das weiterentwickelte Industriekapital, vor allem in Deutschland und in den USA, konnte daher sein Mehrprodukt auf den Weltmärkten absetzen, während die boomende Nachfrage nach Lebensmitteln und Rohstoffen das schnelle Eindringen des Kapitals in die Landwirtschaft und die erneute Ausweitung von Eisenbahn und Schifffahrt anregte, was dem britischen Kapital Absatzmärkte für seine traditionellen Produkte und Anlagemöglichkeiten für sein überschüssiges Kapital verschaffte. Die ersten Stufen des Booms basierten also erneut auf einer komplementären internationalen Arbeitsteilung, die durch ein zunehmend komplexeres internationales Handels- und Zahlungssystem vermittelt wurde. Aber als sich der Boom beschleunigte, führte er zu einer Überakkumulation von Kapital in bisher unbekanntem Ausmaß, und die Intensivierung der internationalen Konkurrenz und von Konflikten im Inland untergrub die Tendenzen zur Liberalisierung.

Die imperialistische Staatsform politisierte den wachsenden Konkurrenzdruck, da die Nationalstaaten versuchten, die Akkumulation des inländischen Produktivkapitals durch zunehmenden Einsatz von diplomatischen, politischen und militärischen Waffen abzusichern. Dadurch sollten die Weltmärkte als Quellen für das Angebot und als Absatzmärkte für das Mehrprodukt geöffnet werden. Der internationale Druck richtete sich zunehmend gegen die Ziele von Großbritannien, gegen die britische Kontrolle der Meere und die globale Vorherrschaft des britischen Finanzkapitals, womit der britische Staat über die Fähigkeit verfügte, seinen Konkurrenten – in erster Linie Deutschland – bei Eintritt der heraufdämmernden Krise unermeßlichen Schaden zuzufügen. Angesichts zunehmender Anzeichen für ein baldiges Ende des Booms nahmen die Spannungen zu und kulminierten im innerimperialistischen Krieg.

Die Widersprüche des Imperialismus und die Entstehung der sozialdemokratischen Staatsform

In der Zwischenkriegszeit schlug der Versuch fehl, die Widersprüche des Imperialismus durch die Wiedererrichtung der liberalen Weltordnung zu lösen.

Freihandel und Goldstandard wurden als die Mittel betrachtet, mit denen sich der Nationalstaat der globalen Kapitalakkumulation und der globalen Macht des Geldes unterordnen ließe. Damit sollte das Anwachsen des ökonomischen Nationalismus verhindert werden, der in den Krieg hineingeführt hatte. Und ebenso sollte damit die revolutionäre Drohung der Arbeiterklasse in Schach gehalten werden, die aus dem massenhaften Widerstand gegen die Kosten des imperialistischen Kriegs erwachsen war. Dieser Widerstand hatte zunehmend antikapitalistische Formen angenommen, weil die Erfordernisse des Krieges zu einer Aufhebung der Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft geführt hatten. Die Wiedererrichtung der liberalen Staatsform konnte jedoch nicht die Widersprüche überwinden, die in der Tendenz der Akkumulation zu Überakkumulation und Krise liegen.

Die Handels- und Währungsliberalisierung wurde durch massive Kapitalbewegungen, vor allem von den USA nach Europa, erleichtert, die zum Wiederaufschwung aus der Nachkriegsrezession beitrugen. Die revolutionäre Drohung der Arbeiterklasse wurde – außerhalb von Rußland – durch Repression eingedämmt, und der Klassenkampf wurde in Grenzen gehalten durch das neue System der industriellen Beziehungen, soziale Reformen und die Ausweitung des Wahlrechts, die angesichts des Drucks aus dem Volk während und unmittelbar nach dem Krieg stattgefunden hatte. Der Boom der 20er Jahre intensivierte die Überakkumulation und ungleichmäßige Entwicklung des Kapitals, die ein Vermächtnis der Vorkriegszeit waren und die der Krieg lediglich verstärkt hatte. 1929 kulminierte dies im Crash und der nachfolgenden Depression.

Die unmittelbare Antwort des Staats auf den durch den Crash entstandenen fiskalischen, finanziellen und monetären Druck war die Durchführung von restriktiven fiskalischen und monetären Maßnahmen, um damit die Akkumulation wieder in die Grenzen des Marktes zurückzubringen. Aber die durch den Crash sichtbar gewordene Überakkumulation hatte ein solches Ausmaß, daß diese restriktive Politik keineswegs die Bedingungen für eine erneute Akkumulation herstellen konnte, sondern eine Deflationsspirale in Gang setzte, die die Krise nur noch vertiefte und eine Eskalation des Klassenkampfes heraufbeschwor. Dieser Druck führte schließlich zu einer Rückkehr zur protektionistischen und imperialistischen Politik, durch die eine Reintegration der Akkumulation innerhalb relativ geschlossener Blöcke erreicht wurde. In Deutschland und Italien wurde die Arbeiterklasse umfassend zurückgeschlagen. Daher konnte der Protektionismus in diesen Ländern dadurch ergänzt werden, daß der Staat umfassend in die Restrukturierung des inländischen Produktivkapitals eingriff und die Arbeiterklasse in die korporatistischen Apparate eines militärischen Nationalismus politisch integriert wurde. In anderen Ländern blieb das politische Gewicht der Arbeiterklasse weiterhin so stark, daß sich Kapital und Staat größtenteils solchen korporatistischen Entwicklungen widersetzen, bis dann die zunehmenden

innerimperialistischen Spannungen ein weiteres Mal im Krieg kulminierten. Außerhalb der faschistischen Mächte wurde die politische Integration der Arbeiterklasse angesichts von Depression und Krieg durch die weitere *ad hoc*-Entwicklung des Systems der industriellen Beziehungen, soziale Reformen und das Wahlrecht erreicht, obwohl der Umfang dieser Integration durch die Einschränkungen des Staatshaushalts und der Profitabilität relativ begrenzt blieb.

Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft und des internationalen Staatensystems nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte auf ähnlichen Prinzipien wie der Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg. Auch die Lektion der Zwischenkriegszeit war verstanden worden. Die Politische Stabilität hing von der systematischen gesellschaftlichen und politischen Integration der Arbeiterklasse durch industrielle Beziehungen, soziale Reformen und Wahlrecht ab. Möglich war dies nur unter der Voraussetzung einer gesicherten Akkumulation des inländischen Produktivkapitals im Rahmen der gesicherten weltweiten Kapitalakkumulation. Aber die freie internationale Bewegung von Geld, Kapital und Waren würde nicht von sich aus die Hindernisse der Akkumulation überwinden, die Überakkumulation und ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitals darstellen und die in der Vergangenheit zu Wirtschaftskrisen, ökonomischem Nationalismus, Faschismus und Sozialismus geführt hatten. Die Bedingung für eine solche Liberalisierung war eine geplante Wiederaufbauanstrengung, um die unmittelbaren Hindernisse in Gestalt der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte zu überwinden, die ein Vermächtnis des Krieges war. Außerdem mußte die Begrenztheit des Goldstandards durchbrochen werden, indem ein internationales Kreditsystem entwickelt wurde, mit dem die Ungleichgewichte in den internationalen Zahlungen finanziert werden konnten. Damit wurden die nationalen Regierungen davor bewahrt, im Falle von anhaltenden Zahlungsbilanzdefiziten zu deflationären oder zu protektionistischen Maßnahmen greifen zu müssen. Innerhalb eines solchen Rahmens konnten die nationalen Regierungen frei von äußeren Einschränkungen eine expansive Politik im Inland betreiben.

Der Keynesianismus des Nachkriegsbooms überwand keineswegs die Tendenz zu Überakkumulation und ungleichmäßiger Entwicklung des Kapitals. Vielmehr verschaffte er dieser Tendenz freie Bahn, indem der Überakkumulation durch eine Explosion des nationalen und internationalen Kredits Raum gegeben wurde. Seit den 60er Jahren stieß die Überakkumulation auf die Grenzen des Marktes, die internationale Konkurrenz untergrub die Profitabilität, die produktiven Investitionen begannen zurückzugehen und der Klassenkampf wurde intensiver, als die Unternehmer versuchten, die Löhne niedrig zu halten sowie die Arbeit zu intensivieren, und als sie Fabriken dicht machten und ArbeiterInnen entließen. Die systematische Entwicklung der sozialdemokratischen Form von Klassenintegration hatte eine verallgemeinerte Erwartung nach steigendem Lebensstandard, angemessenen Wohlfahrtsleistungen und garantierter Beschäfti-

gung institutionalisiert. Dies zwang den Staat zur Aufrechterhaltung der Akkumulation durch eine expansive Haushalts- und Geldpolitik, was die Überakkumulation und ungleichmäßige Entwicklung des Kapitals nur noch verstärkte und das Kapital in immer spekulativere und inflationärere Kanäle trieb. Dies intensivierte die unvermeidliche Krise.

Die Krise des Keynesianismus und der Aufstieg des Monetarismus

Der keynesianistische Sozialstaat hatte die Bestrebungen der Arbeiterklasse auf Kosten eines zunehmenden Inflationsdrucks und einer wachsenden Belastung durch öffentliche Ausgaben aufgefangen. Der Keynesianismus geriet in die Krise, als diese Form der Integration auf die Grenzen der Inflation und der Finanzkrise des Staats stieß. Das Ergebnis dieser Krise war jedoch nicht eine zunehmende Klassenpolarisierung und eine revolutionäre Konfrontation zwischen Arbeiterklasse und Staat. Vielmehr kam es zu einer Vertiefung der Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse, die in der sozialdemokratischen Staatsform institutionalisiert waren, was schließlich zur Demobilisierung und Demoralisierung der Arbeiterklasse führte. Auf der anderen Seite gelang es der Neuen Rechten, den zunehmenden Ärger in der Bevölkerung über die entfremdeten Formen der kapitalistischen Staatsmacht für sich zu nutzen. Diese Kritik bezog sich vor allem auf die Inflation und die Besteuerung, was die Monetaristen der Neuen Rechten als Verhältnis von Geld und Staat formulierten. Die neoliberalen Programme der Neuen Rechten zielten darauf, den Staat und die bürgerliche Gesellschaft gleichermaßen der ungezügelten Herrschaft des Weltgeldes zu unterwerfen.

Dem neoliberalen Programm des Monetarismus ging es darum, die liberale Staatsform des 19. Jahrhunderts wieder einzuführen. Die Tatsache, daß unter der Regierung der Neuen Rechten die Staatsausgaben weiterhin ausgedehnt wurden, die Macht des Staats verstärkt und der repressive Apparat ausgebaut wurde, scheint ihre liberale Rhetorik Lügen zu strafen. Aber die Tatsache, daß es keine grundlegenden Veränderungen in den Funktionen des Staats gegeben hat, sollte nicht verbergen, daß der Neoliberalismus versucht hat, grundlegende Veränderungen seiner Form durchzusetzen. Insbesondere ging es ihm darum, die systematische Unterordnung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft unter die Geldmacht des Kapitals abzusichern, indem die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Herrschaft von Geld und Gesetz unterworfen werden.

Die Bedingungen für den relativen Erfolg des monetaristischen Projekts waren auf der einen Seite die Niederlage der organisierten Arbeiterklasse in den von der Krise des Keynesianismus ausgelösten Kämpfen und auf der anderen Seite der weltweite Boom Mitte der 80er Jahre, den die globale Liberalisierung ausgelöst hatte und der durch die Explosion des internationalen Kredits aufrechterhalten wurde. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts hatte die stetige Akku-

mulation des globalen Kapitals im wesentlichen aufgrund des komplementären Charakters der internationalen Arbeitsteilung aufrechterhalten können. Seit 1873 haben alle Versuche, die – durch die kapitalistische Staatsform politisch vermittelten – Widersprüche der Akkumulation durch Liberalisierung zu überwinden (in den 1890er, 1920er und 1950er Jahren), in kurzer Zeit Schiffbruch erlitten, da die Liberalisierung zu einer erneuten Überakkumulation und ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitals beigetragen hatte, was sich dann als Zunahme der internationalen Konkurrenz bis hin zur globalen Krise geltend machte. Die dem Crash von 1987 folgende Instabilität hat klargemacht, daß dem neoliberalen Projekt der 80er Jahre ein ähnliches Schicksal beschieden ist.

Das Ergebnis der kommenden Krise läßt sich nicht vorhersagen, denn die Entfaltung der Krise ist nicht von einer ökonomischen Logik bestimmt, sondern von der Entwicklung des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene. 1914 führte die Überakkumulation zum innerimperialistischen Krieg, bevor die Krise ausbrechen konnte. 1929 führte die Krise zu einer Depression, der Formierung imperialistischer Blöcke und zum innerimperialistischem Krieg. Ende der 60er Jahre wurde eine solche Entwicklung abgewendet, indem die Krise hinausgezögert und die Depression durch inflationäre Maßnahmen und die Umstrukturierung von Kapital und Arbeiterklasse abgewendet wurde. Dies fand im Rahmen einer Stagflation statt und führte schließlich zu der scharfen Rezession Anfang der 80er Jahre, die den Weg für den jüngsten Boom freimachte.

Der gegenwärtige Boom kann möglicherweise durch die fortgesetzte Akkumulation von Kredit noch eine Zeit aufrechterhalten werden. Aber je länger er andauert und je größer die Akkumulation von fiktivem Kapital ist, auf der er beruht, desto größer wird die Gefahr einer katastrophalen Krise und einer verheerenden Depression. Im Falle einer solchen Krise könnte die nachfolgende Depression nur durch Strategien eines staatlich geförderten nationalen und internationalen Wiederaufbaus verhindert werden. Die Öffnung des sowjetischen Blocks für die kapitalistische Durchdringung bietet dabei die begehrtesten Gelegenheiten für die erforderliche globale Restrukturierung der Akkumulation. Da eine solche globale Restrukturierung den internationalen Konkurrenzkampf politisiert, kann sie aber auch starke nationalchauvinistische und imperialistische Kräfte hervorrufen, womit die Gefahr der Formierung von konkurrierenden internationalen Blöcken entstehen würde.

Eine kritische Schlußfolgerung

Die Krise des Keynesianismus und der Aufstieg des Monetarismus wecken Zweifel an der oben skizzierten Periodisierung. Es ist schwierig, das Projekt des Neoliberalismus als Konstitution einer Form von »postkeynesianistischem« oder »postfordistischem« Staat zu betrachten. Und es ist auch nicht mehr möglich, den

Neoliberalismus als eine Abweichung anzusehen, dem die Wiederherstellung der keynesianistischen Normalität folgen werde, oder als Übergangsphase, nach der eine neue »postmoderne« Staatsform komme. Wenn der Neoliberalismus ein Rückfall ins 19. Jahrhundert ist, dann wird die einzige Alternative am politischen Horizont wahrscheinlich zu einem Wiederaufleben des ökonomischen Nationalismus und des innerimperialistischen Konflikts führen, was ebenfalls zurück ins neunzehnte Jahrhundert führen würde.

So betrachtet scheint es vernünftiger, die oben vorgestellte Periodisierung völlig anders zu interpretieren. Im wesentlichen bringt sie drei Ebenen der Analyse zusammen. Zunächst wird auf der abstraktesten Ebene der Klassencharakter des kapitalistischen Staats für jede Stufe seiner Existenz durch seine liberale Form bestimmt, die auf der Trennung des Staats von der bürgerlichen Gesellschaft und der Unterordnung beider unter die Macht des Geldes beruht.⁷ Diese Ebene entspricht der grundlegendsten Ebene des Klassenkampfes um die Form des Staats. Es kommt zu einer Krise in der Staatsform, wenn sich die Bedrohung der Macht des Kapitals durch die Arbeiterklasse zu einer Bedrohung der konstitutionellen Autorität des Staats im Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft ausweitet.

Zweitens gibt es eine fortschreitende Tendenz, die der Entwicklung der kapitalistischen Staatsform durch alle Stadien seiner Existenz hindurch zugrundeliegt, da der Staat auf die Herausforderung der Arbeiterklasse innerhalb der Grenzen seiner liberalen Form antwortet. Die widersprüchliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion und Reproduktion führt zu wechselnden Formen des Klassenkampfes, die wiederum die Basis für die Tendenz zur Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeiterklasse bilden. Diese Vergesellschaftung findet in der entfremdeten Form des Systems der industriellen Beziehungen und des Sozialstaats statt, was zu einer fortschreitenden Zunahme der Staatsfunktionen und der Staatsausgaben führt.

Drittens gibt es eine Typologie der Integrationsweisen der globalen Akkumulation: liberal, imperialistische, keynesianistisch. Diese bestimmen die Form der kapitalistischen Konkurrenz im Weltmaßstab und strukturieren damit die Beziehungen zwischen besonderen Kapitalen. Es ist aber nicht klar, ob damit eine notwendige Abfolge von Stufen oder ein fortschreitendes Anwachsen der Staatsintervention bestimmt ist. Es ist sogar unklar, ob es sich um eine präzise Typologie handelt. Imperialismus wie Keynesianismus sind Formen des Liberalismus in der Krise, wenn die politischen Prioritäten von Nationalstaaten in

⁷ »Da das Bürgertum nur durch das Geld mächtig ist (...) muß [es] alle feudalen Privilegien, alle politischen Monopole vergangener Zeiten in das eine große Privilegium und Monopol des *Geldes* aufgehen lassen. Die politische Herrschaft der bürgerlichen Klassen hat daher eine im wesentlichen *liberale* Erscheinungsform.« Friedrich Engels, *Deutsche Zustände*, in: MEW 2, S. 579.

Konflikt mit der globalen Macht des Geldes geraten, und dies zu einer Umstrukturierung – in den Grenzen der liberalen Staatsform – der globalen Beziehung zwischen Geld und Staat führt.

Viertens könnten wir eine Typologie der Arten staatlicher Intervention hinzufügen, die sich auf die inländische Regulierung der Akkumulation bezieht, mit der die inländische Konkurrenz strukturiert wird: steuerliche Anreize, Investitionslenkung, Arbeitskraftverwaltung. Dies strukturiert die Beziehung zwischen den Einzelkapitalen in der Akkumulation des inländischen Produktivkapitals – in den Grenzen der liberalen Staatsform. Die Intervention in die Regulierung der Beziehungen zwischen den inländischen produktiven Kapitalen ist wiederum im wesentlichen ein Aspekt des Liberalismus in der Krise und hat nicht notwendigerweise eine fortschreitende Tendenz. Die Form und das Ausmaß dieser Intervention wird in erster Linie durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmt.

Wohin führt uns all das? Es geht mir in diesem Papier nicht darum, Antworten zu liefern, sondern Fragen für die Diskussion aufzuwerfen. Die allgemeinste Schlußfolgerung scheint die zu sein, daß die sich verändernden Formen des Klassenkampfes und des Staats das Ergebnis von einander überlagernden historischen Tendenzen sind, was bedeutet, daß sich die Geschichte nicht in strukturell getrennte Perioden sauber abpacken läßt. Damit soll nicht gesagt werden, daß verschiedene historische Epochen nicht deutlich voneinander getrennt sind oder keine fortschreitenden Tendenzen im Spiel sind. Aber das Kennzeichnende einer Epoche bestimmt sich auf verschiedenen Ebenen. Ausgangspunkt für den Vergleich aufeinanderfolgender Epochen ist das Fortbestehen ihrer widersprüchlichen Grundlagen, in der widersprüchlichen Form der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion. Die fortschreitende Beziehung zwischen aufeinanderfolgenden Epochen wird durch die fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bestimmt. Auf dieser gemeinsamen Grundlage werden die unterscheidenden Merkmale der einzelnen Epochen in erster Linie durch das Kräfteverhältnis im Klassenkampf definiert, und zweitens durch zufällige und besondere Faktoren. Das bedeutet, daß die kapitalistische Produktionsweise nur als eine komplexe Totalität begriffen werden kann. Es handelt sich dabei jedoch nicht um die Komplexität von Verhältnissen der wechselseitigen strukturellen Abhängigkeit, sondern um die Komplexität eines historischen Prozesses, eines Prozesses des Klassenkampfes, der sich auf der Basis widersprüchlicher historischer Grundlagen entwickelt. Periodisierungen lösen nicht das Problem, auf das sie eine Antwort sein sollen, nämlich über einen statischen Fetischismus oder einen einfachen Strukturalismus des »Wesens« hinauszukommen. Denn sie verstärken nur die Strukturen, die weiterhin jede für sich statisch und fetischistisch bleiben. Statt einen Mittelweg zwischen der fatalistischen Wesensschau und einem politischen Opportunismus

zu bieten, kann die Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise die historische Besonderheit nur in den sich wechselseitig einander ausschließenden Formen der historischen Zufälligkeit und der strukturellen Zwangsläufigkeit erfassen. Beide dienen dazu, einen politischen Opportunismus zu rechtfertigen, im Namen der Offenheit oder der Determiniertheit der aktuellen Umstände. Beidesmal wird die Gegenwart von der Vergangenheit abgetrennt, und wir werden damit davon abgehalten, die Lektionen aus der Geschichte zu lernen. ■

Der verlorene Ort des Konflikts

Heiße Tage im Frühling: Eine sprachlose Jugendrevolte, die endgültige Krise der Großfabrik und die Entstehung eines vielförmigen und zersplitterten Produktionsuniversums
von Marco Revelli

Vorbemerkung des Übersetzers: In Italien wird das zwanzigjährige Jubiläum der 77er Bewegung gerade in allen Massenmedien begangen; die meisten Zeitungen bringen wöchentliche Sonderseiten oder sogar heftstarke Beilagen. Der folgende Text ist aus einer der Sondernummern von Il Manifesto.

Im »aufständischen März 1977« explodierte eine neue Jugendbewegung, die sich etwa seit 1975 geformt hatte (Angriffe auf die Scala in Mailand, Besetzungen von Jugendzentren, »proletarische Runden« gegen Überstunden und Schwarzarbeit, Besetzung vieler Unis seit Januar 1977 ...). Am 17. Februar 1977 war der Gewerkschaftsboß Lama trotz der tausend Schlägertypen seiner Leibgarde von 10 000 »StudentInnen« vom besetzten Campus vertrieben worden, ein bis dahin für Italien undenkbarer Vorgang: die rebellierenden Jugendlichen hatten demonstrativ mit dem Vertreter der offiziellen Arbeiterbewegung gebrochen. Am selben Tag wurde die Uni von den Bullen geräumt, mit einem Riesenaufgebot, das in den nächsten Wochen mehrere Stadtteile der Hauptstadt besetzt hält und nach der »bewaffneten Demo« vom 12. März ein mehrmonatiges Demonstrationsverbot durchsetzt. Die Demos in anderen Städten zeichnen sich derweil durch wachsende Härte (es wird von beiden Seiten geschossen), durch Plünderungen von Warenhäusern, Supermärkten und Waffengeschäften aus.

In diesem Ausbruch einer Jugendrevolte waren die verschiedenen, untereinander zerstrittenen Flügel der »Organisierten Autonomie« vertreten und rekrutierten daraus ihren großen Zustrom. Der Versuch, im September '77 im Kongreß von Bologna zu einer organisatorischen Einheit zu kommen, schlug spektakulär fehl: während drinnen im Sportpalast einige tausend selbsternannte »Führer« sich verbal und körperlich an die Wäsche gingen, tanzten draußen zigtausende auf den Straßen einer militärisch besetzten KPI-Metropole.

Die zwei Jahre danach waren die »Jahre des Bleis«: der verstärkten Versuche, traditioneller Guerillagruppen wie der roten Brigaden, die Bewegung zu hegemonisieren, in Konkurrenz zu »autonomen Guerillagruppen«, wie vor allem »Prima Linea«, die sich in einer selbstmörderischen militärischen Eskalation aufrieb und -zig Tote verursachte.

Am 7. April 1979 schlug der Staatsapparat zum ersten Mal systematisch zu und verhaftete die »intellektuellen Drahtzieher« wie Negri und andere. In immer weiteren Verhaftungswellen wurden insgesamt über 20 000 politische Gefangene

gemacht. Das Schockierende an dieser massiven Repressionswelle war, daß sie Erfolg hatte und die italienische Gesellschaft »normalisieren« konnte: Eine breite soziale Bewegung, die zumindest in Europa theoretisch am fortgeschrittensten war, die über tausende bewaffnete Kader verfügt hatte, ließ sich so einfach durch Repression abräumen – irgendetwas konnte da grundlegend nicht gestimmt haben: »Wir waren sehr gut verankert, aber wir hatten uns im Sand verankert«, so hat damals einer der Führer die Misere auf den Begriff gebracht.

Der Journalismus und die Publizistik des gesunden Menschenverstandes mit ihrem Faible für Jahrestage (Zehn-, Zwanzig- und Dreißigjahrfeiern ...) haben uns daran gewöhnt, 1968 und 1977 – die beiden wichtigsten von Massen getragenen Brüche in der langen Auflösung unseres 20. Jahrhunderts – als zwei sozusagen negativ miteinander verbundene, einander gewissermaßen auflösende Erscheinungen zu betrachten: Während die Rechten die 77er Bewegung als kriminelle Verwirklichung der bereits in der 68er Bewegung angelegten Gewalt sehen, betrachten die Linken 1977 als Negation der Positivität von 1968, sozusagen als dessen Dekonstruktion durch Umkehrung.

War 1968 die schöne Revolution, die Revolution, die vereinigte (Studenten und Arbeiter, Intellektuelle und Handarbeiter, Norden und Süden, Turin und Berkeley, Tokio und Paris, in der gemeinsamen Sprache der Befreiung und der Phantasie), so soll 1977 die häßliche Revolte gewesen sein, die Revolte, die trennte, zerbrach und spaltete (Garantierte und Nicht-Garantierte; solche, die dazugehören und die Ausgeschlossenen, gewerkschaftlich Organisierte und Autonome, Demokraten und Intolerante) und damit die Grenze zwischen zwei entgegengesetzten Gesellschaften deutlich machte. War 1968 der Triumph des Wortes gewesen – des Sich-zu-Wort-Meldens, der Redefreiheit, der diskursiven Rekonstruktion des Universums durch grenzenüberschreitende Kommunikation –, so soll 1977 mit seiner verstümmelten, verschlagenen, verlorenen Sprache den Bruch mit der Logik des Diskurses darstellen, den Eintritt in eine Welt von Dingen ohne Worte. Und hatte 1968 die Universalisierung der Politik oder zumindest den Traum davon dargestellt – den Einbruch der Politik in den Alltag im Sinne der Parole »alles ist politisch«, hinter der das große Verlangen nach Beteiligung von unten stand –, so bestätigte 1977 die Krise der Politik, ihre Selbstbehauptung gegenüber der Gesellschaft, die Undurchdringlichkeit der Staatsmacht und den unaufhebbaren Gegensatz zwischen ihr und der buntscheckigen, nicht mehr in die Rationalität der Macht reintegrierbaren Welt der Subjekte. 1977 entstand also eine Kritik der Politik, die sich keine Illusionen auf eine Wiedergeburt der Politik machte. Deshalb sind von den Protagonisten der 77er Bewegung (im Gegensatz zum unendlichen Heer der 68er, zu dem sich sogar Veltroni und D'Alema zählen können) so wenige in die politische Klasse,

ins Personal der Parteien eingedrungen (nicht einmal in die Basisstrukturen). Und deshalb hat die 77er Bewegung zum anderen auch so eine schlechte Presse beim unendlichen Heer derjenigen, die das offizielle Informationssystem ausmachen.

Wenn wir dieses Stück Zeitgeschichte aber – materiell und wesentlich – vom Standpunkt der Gesellschaft, der Produktionsformen und der ihnen innewohnenden Subjektivität betrachten, geht solch ein Urteil an der Realität vorbei. Dann muß es in vieler Hinsicht zurechtgerückt, wenn nicht sogar völlig verworfen werden, und wir müssen zugeben, daß 1977 – gerade die unangenehmen Aspekte der häßlichen Revolte, ihre subjektiven Irrtümer und ihre Abwege – viel mehr *gesellschaftliche Zukunft*, mehr Antizipation, mehr Aktualität und mehr materielle Härte enthielt als das große befreiende Fest von 1968 (trotz der radikalen Erneuerung, die die damalige Entdeckung des globalen Raums, der weltweiten Dimension des kollektiven Handelns angezeigt hatte). 1977 enthielt mehr gesellschaftliche Zukunft, d.h. die unbekanntenen, unvorhergesehenen und unvorhersehbaren Aspekte des heutigen Kapitalismus traten viel stärker an die Oberfläche: die inneren Brüche mit der für das 20. Jahrhundert typischen Form von Produktionsprozessen, von Verhältnis zwischen Produktion und Gesellschaft und von Verhaltens- und Sprechweisen, die die verschiedenen ArbeiterInnen im Laufe des Jahrhunderts entwickelt hatten.

Gleichzeitig die Krise des Fordismus. Die 68er Bewegung hatte den Fordismus – die zentralisierte und standardisierte Großfabrik, die Massenproduktion, das Kapital als Plan und Rationalisierung – im Grunde als unveränderliches Bezugsuniversum, als natürlichen Horizont der Produktion und des Konflikts betrachtet. Sicherlich hatte sie seine entmenslichenden Aspekte, die unerträgliche Spaltung zwischen Person und Produktion in der tayloristischen Logik radikal kritisiert. Aber dann hatte sie dem ureigensten Produkt des Fordismus, dem Massenarbeiter, die Aufgabe anvertraut, ihn von innen heraus zu stürzen – zum Träger des radikalen Widerspruchs in ihm und gegen ihn zu werden –, und träumte vielleicht sogar davon, ihm den Rätejargon des alten Facharbeiters anzubieten. 1977 hingegen vollzog sich die definitive Spaltung zwischen Fordismus und Arbeitersubjektivität. 1977 machte deutlich, daß die in der Ausbildung befindliche Arbeitskraft in den hochindustrialisierten Gesellschaften mit ihrer hohen Schulbildung und ihren hohen Erwartungen völlig inkompatibel mit der fordistischen Form der Arbeit war. 1977 zeigte, daß eine fordistische Arbeitskraft, d.h. eine Arbeitskraft, die den Zustand der Lohnarbeit in der standardisierten Großfabrik als eigene Lebenswelt akzeptiert, sich in unseren Gesellschaften nicht reproduzieren ließ. Die Fiat-Führung hatte (wie die von Ford, General Motors oder Volkswagen) aus dem Kampfzyklus Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre lernen müssen, daß ihr Modell extensiver und intensiver Ausbeutung physische und politische Grenzen hatte, daß diese Arbeitskraft Rigiditäten hatte und innerhalb des Arbeitsprozesses eine Macht ausüben konnte. Aber erst die

unorthodoxen, unvorhersehbaren, verrückten Verhaltensweisen der Neueingestellten von 1977 und 1968, ihre bizarren Verstöße gegen die Ordnung, ihre mit jeder Arbeitsethik und schon mit dem Gedanken an normierte und stabile Arbeit unvereinbaren Großstadtkulturen machten ihr dann deutlich, daß sich dieses Produktionsmodell nicht reproduzieren ließ, daß die industrielle Reservearmee, die bereitsteht, um die Produzenten von gestern durch ebensolche Produzenten von morgen zu ersetzen, im Aussterben begriffen war.

Die Krise des Fordismus läßt sich also als Krise der Gramsci'schen rationalen demographischen Zusammensetzung verstehen: Der Produktion gelingt es nicht mehr, den Reproduktionsprozeß der Produzenten zu kommandieren. Sie läßt sich aber auch als Krise der Großfabrik und ihrer zentralen Stellung in Produktion und Politik verstehen: Von nun an ist die Stadt [territorio], das städtische Netz von Beziehungen der bevorzugte Ort der Produktion und des Konflikts. In einem in mancher Hinsicht prophetischen Aufsatz mit dem suggestiven Titel *Der Stamm der Maulwürfe* machte Sergio Bologna im Mai 1977 darauf aufmerksam, daß ein Großteil der politischen Verhaltensweisen des jugendlichen Proletariats in den letzten Kämpfen sich nur verstehen lasse, wenn man begreife, daß die Stadt zum Raum der Intervention in die Klassendynamik geworden sei; und er stellte fest, daß sich die Kleinfabrik gewissermaßen als bestes Terrain betrachten lasse, als »Einstiegsloch« für den Maulwurf, der seine Wühlarbeit bereits begonnen habe. Der spätfordistische Kapitalismus versuche, mit einer radikalen Veränderung seiner Form – einem plötzlichen Übergang vom Zentralen zum Fragmentierten und vom Konkreten zum Abstrakten – auf die Umklammerung seiner gefestigten Arbeitskraft zu antworten. Als zwei wesentliche Aspekte dieses Prozesses identifizierte Bologna die Dezentralisierung der Produktion und die Finanziarisierung, d.h. die räumliche Zerstreuung des Arbeitsprozesses und die brutale Wiederherstellung der Geldform als Kommandoinstrument über die Klassendynamik. Und zugleich identifizierte er zwei völlig neue Aspekte der sich im neuen System der Arbeitskraft herausbildenden Subjektivität: einerseits die Verlagerung des Ortes, an dem die antagonistische Subjektivität entsteht, aus der Festung der Fabrik heraus und andererseits die Prekarisierung, Marginalisierung, Flexibilisierung und Zersetzung der verschiedenen ArbeiterInnen, ihre zunehmende Aufspaltung und Aufsplitterung auf ein breites Repertoire von Formen und Bedingungen, die sich nicht mehr vollständig und umfassend auf die Zentralität des tariflich geregelten und festgelegten Lohnverhältnisses zurückführen lassen.

So erklärt sich das besessene, fast schon neurotische Bestehen der 77er Bewegung auf der räumlichen Dimension, der räumlichen Aufsplitterung und der Mikrophysik der Macht, sozusagen ihr gesellschaftlicher Pessimismus, ihre Entschlossenheit, die Entwicklung nicht mehr als optimalen Rahmen für die Herausbildung und das Wachstum des antagonistischen Subjekts zu sehen, und

ihre krankhafte Praxis der Übergangsbereiche, der Grenzgebiete, der Ränder, der Fremdheit und des Aussteigertums. Darin drückte sich eine visionäre, intuitive Wahrnehmung der genetischen Veränderung aus, die sich im Innersten der kapitalistischen Akkumulation vollzog und die die Grundlagen jeder Arbeiterbewegungstradition angriff, jeder Subjektivität, und sei es auch nur der hypothetischen und embryonalen eines gesellschaftlichen Arbeiters, der auf dem Kontinuum der Entwicklung als Erbe und Nachfolger des obsoleten Massenarbeiters anzusiedeln wäre. Die einzige Antwort, die der 77er Bewegung – zumindest ihrem militanten Kern – auf diese Intuition einfiel, war organisatorisch und politisch in vieler Hinsicht schwachsinnig, denn sie suchte die Mechanismen der Neuzusammensetzung entweder in der alten und inzwischen überholten Antwort von Avantgarde und Organisationsgründung – sozusagen in einem zu dem Paar Gewalt/Macht degenerierten Mini-Drittinternationalismus – oder in der reinen Expressivität, in der rasenden Befreiung der Subjektivität ohne jede materielle Bestimmung. Diese steckt aber dennoch voller Zukunft, weil sie eine radikale Frage aufwirft, auf die es noch keine Antwort gibt: Wohin verlagert die Verwandlung des postfordistischen Kapitals den Ort des Konflikts? Wo reproduziert es in Form des Antagonismus die im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion enteignete Subjektivität? Welche Wege wohin und mit welchen sprachlichen und kommunikativen Mitteln gibt es für die Erben der klassischen deutschen Philosophie?

Dies stand hinter der verstümmelten, unartikulierten, verzweifelt experimentellen Sprache der Chaoten von 1977. Darauf müssen wir noch antworten, mit unserer erschöpften, flüssigen, aber verbrauchten Sprache dieses ausgehenden Jahrhunderts. ■

Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die »neue Klassenzusammensetzung«

Roberto Battaglia (in: *Primo Maggio* Nr. 14, Winter 1980/81, S. 71-77; Revidierte Übersetzung aus *Lesebuch zur Nicht-Arbeit*, Karlsruhe 1981, S. 27-45)

Der Begriff »neue Klassenzusammensetzung« stammt begrifflich aus dem Operaismus, er bezieht sich somit auf einen bestimmten methodischen Ansatz der revolutionären Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise. Aber bis zu welchem Punkt sind die analytischen Voraussetzungen des »klassischen« Operaismus dieselben wie die des »Neo-Operaismus«? Inwieweit ist das begriffliche Schema, das zur Feststellung der technischen und politischen Zusammensetzung des Massenarbeiters geführt hat, analog zu dem, auf das sich die neue Klassenzusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeiters gründet? Die gegenwärtigen quälenden Diskussionen über dieses Thema erwecken den Eindruck, daß sich etwas geändert haben muß in den aktuellen theoretischen Versuchen im Vergleich zur klaren formalen Struktur des operaistischen Diskurses, daß gewisse Begriffe auf unterschiedliche reale Inhalte hinweisen, daß auch die methodischen Voraussetzungen nicht mehr die von einst sind.

Der tiefere Sinn der operaistischen Untersuchung, die grundlegende Vernunft ihrer Resultate und ihrer politischen Absichten, bestanden, glaube ich, in der Wiederaufnahme einer strengen und Marxschen historisch-logischen kritischen Methode. Ein Ansatz, demzufolge die Kritik der politischen Ökonomie und die Kritik der Politik über eine Reihe von Kategorien und begrifflichen Instrumenten entwickelt werden müssen, die in engem Zusammenhang mit der historischen Dynamik des Klassenkampfes definiert werden. Welchen Sinn und heuristischen Wert sie haben, hängt zweifellos vom spezifischen Charakter der Wirklichkeit ab, auf die sie sich beziehen.

Um flexible und prägnante analytische Instrumente zu bekommen, vermeidet man einen allgemeinen und unterschiedslosen Begriff wie »Arbeiterklasse« und führt stattdessen den Begriff »Klassenzusammensetzung« ein. Wir haben also nicht mehr »den Arbeiter«, »den Staat«, »die Partei« usw., sondern »die Arbeiterfigur«, die »Staatsform«, die »Parteiform« und so weiter, also eine Reihe von bestimmten spezifischen Abstraktionen in historisch-logischer Ordnung mit eigenem Sinn(-gehalt) und Implikationen, auch wenn sie sich alle auf die durchschnittliche, allgemeine kapitalistische Realität beziehen. Die Klasse und das

Kapital nehmen also ursprüngliche [originali] und unabhängige Formen an, je nach der historisch bestimmten Konfiguration ihres Verhältnisses.

Im operaistischen Denken ist die materialistische Instanz ein entscheidendes Element der ganzen Theorie: man könnte auch sagen, daß gerade das materialistische Interpretationskriterium es erlaubte, historisch-logisch korrekt die Aufeinanderfolge der Arbeiterfiguren in der Geschichte des Kapitalverhältnisses zu rekonstruieren. Indem man als Festpunkt jeder Analyse die Beziehung der Körper zu den Arbeitsinstrumenten nahm, der Denk- und Handlungsweisen zu den Produktionsweisen, der *Subjektivität* zur *Objektivität*, wurde klar, daß die politischen Verhaltensweisen, die Formen, die vom Klassenkampf ausgedrückten Bedürfnisse sich bestimmt haben und sich bestimmen auf der Basis der objektiven Beziehung der Arbeit zum Kapital, des Menschen gegenüber der Maschine. So daß der professionelle Arbeiter angesichts einer nur *formalen* Subsumption seiner Arbeit unters Kapital für die Wiederaneignung der Produktionsmittel kämpfte, für die Selbstverwaltung der Fabrik – und der Massenarbeiter direkt gegen das physische Bestehen des Kapitals, seine technische Seinsweise, Ausdruck einer nun auch *realen* Subsumption seiner Arbeit. Der revolutionäre Prozeß definierte und definiert sich also in bezug auf die Arbeiterfigur, die in der kapitalistischen Arbeitsorganisation dominiert oder zur Dominanz tendiert. Die technische Zusammensetzung der Klasse bestimmt genau den Ausschnitt der Klasse, auf den das Kapital den Akkumulationsprozeß zu stützen versucht; die politische Zusammensetzung der Klasse definiert den materiell bestimmten Charakter ihres Antagonismus.

Wenn das in den wesentlichen Zügen die begriffliche Matrix des Operaismus ist, wenn die Erfolge des »klassischen« Operaismus abhängen von der methodischen Korrektheit der Analyse, also von der Erkenntnis der revolutionären Effektivität der materialistischen Kritik und der strengen historisch-logischen Verbindung der Kategorien, so glaube ich, daß genau in bezug auf diese methodischen Voraussetzungen jener neue Begriff der Klassenzusammensetzung bewertet werden muß. Insbesondere erscheint es mir zweckdienlich zu verifizieren, ob auch er aus denselben Elementen abgeleitet ist, die den Massenarbeiter definierten: eine bestimmte objektive Beziehung zur Produktionsweise und folgerichtig homogene Verhaltensweisen und politische Ziele. Ich behaupte natürlich nicht, all die spezifischen Positionen zum Thema zu berücksichtigen, ich werde mich darauf beschränken, die meiner Ansicht nach wichtigsten Grundbegriffe herauszuarbeiten, um die herum sich die Thematik des neuen revolutionären Subjekts bewegt. Außer einigen Zitaten werde ich dem »Interview zum

Operaismus«¹ von Toni Negri gewisse Aufmerksamkeit widmen; nicht so sehr, weil ich Negri die definitive theoretische Ausarbeitung der neuen Klassenzusammensetzung zuschreiben möchte, sondern weil an diesem Text sehr gut die Komplexität – und die Mühseligkeit der Problematik des gesellschaftlichen Arbeiters deutlich wird.

Die »Geschichte« des gesellschaftlichen Arbeiters

Der gesellschaftliche Arbeiter sei die Frucht der vom Kapital in Gang gesetzten gewaltigen Umstrukturierung, um den von den Kämpfen des Massenarbeiters von 1969 bis 1972 unterbrochenen Akkumulationsprozeß wiederaufzunehmen. Diese Restrukturierung wird verstanden sowohl als eine andere Strategie der Akkumulation selbst als auch als eine umfassende Neudefinition der Rolle des Staates als Garant der kapitalistischen Selbstverwertung. Die konkreten Instrumente der Umstrukturierung seien, extrem zusammengefaßt, die Dezentralisierung der Produktion, der Inflationsmechanismus, die Umstellung der Politik der öffentlichen Ausgaben und das Parteiensystem.

Die Dezentralisierung der Produktion, die sogenannte Untergrundwirtschaft, stellt nicht per se ein qualitativ neues Phänomen der Mehrwertabpressung dar; mit der Hinwendung zu Produktionseinheiten kleiner und mittlerer Größe sei es dem Kapital gelungen, die Ausbeutung der Lohnarbeit in traditionellen Formen wiederaufzunehmen und zugleich die kompakte Front der Klassenzusammensetzung, die sich ihm entgegengestellt hatte, aufzuspalten. Die kleinen Unternehmen können in der Tat sehr viel flexibler als die Großfabrik geführt werden, während gleichzeitig der Einsatz jugendlicher, oft weiblicher, jedenfalls wenig gewerkschaftlich organisierter oder politisierter Arbeitskraft, die Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals verschiebt. Ebenso macht die Beschäftigung in Teilzeit, Saison- oder Schwarzarbeit, organisiert mit den neuen Techniken der Vergesellschaftung des Produktionsverhältnisses, hohe Profite möglich. Aber wie jede Operation des Kapitals trägt auch die Dezentralisierung einen Widerspruch in sich: Die Zerstreung [diffusione] von Teilen der Klasse auf dem Territorium habe auch den in vorhergehenden Kämpfen angehäuften Antagonismus verbreitet. Die Dezentralisierung der Arbeiter gehe nicht wie vorgesehen einher mit einem sinkenden Konfliktpotential, im Gegenteil: Das politische Erbe des Massenarbeiters, gesammelt von diesen neuen Teilen der Klasse, werde sich auch auf

¹ Antonio Negri: »Dall' operaio massa all' operaio sociale«, Multipla edizione, Mailand 1979, Teile daraus in deutscher Übersetzung »Vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter«, in: Lesebuch zur Nichtarbeit, Karlsruhe 1981.

Segmente des Proletariats ausbreiten, die nicht direkt in die unmittelbare Produktion einbezogen sind. Eine erste »gesellschaftliche« Wertigkeit [valenza] der gegenwärtigen Arbeiterfigur sei also gebunden an die Zersetzung der Klasse im Territorium, an eine »physische« Vergesellschaftung der Arbeit.

Aber der wirkliche qualitative Sprung in Richtung auf die Vergesellschaftung der produktiven Arbeit, der produktivistischen Angleichung der Fabrikarbeit an die gesellschaftliche Arbeit im allgemeinen sei vollführt worden durch eine gründliche Neuvermischung der verschiedenen Momente der kapitalistischen Ökonomie, genauer durch die »Subsumption der Zirkulation unter die Produktion«. Das Inflationsmanöver und die Umstellung der öffentlichen Ausgaben seien die hauptsächlichen Agentien der Operation gewesen. Ich muß vorausschicken, daß die Inflations-Problematik noch nicht hinreichend verstanden ist; trotzdem wurden sicherlich interessante Versuche gemacht, um die neuen Beziehungen zu analysieren, die die Inflation zwischen Geld und Wert hergestellt hat. Man sagte über die von den Kämpfen des Massenarbeiters erzwungene Blockierung der Akkumulation: Der Lohnkampf habe den Preis der Arbeitskraft zu einem Punkt gebracht, wo er dem von ihr produzierten Warenwert gleich wurde. Das bedeutet, daß in diesen Waren kein Mehrwert mehr enthalten war. Um diese vernichtende Situation zu lösen, habe das Kapital also das Moment der Zirkulation unter die Produktion subsumiert, in dem Sinn, daß es daraus das real mehrwertbildende Moment machte. Um den Mechanismus zu verstehen, verfolgen wir für einen Moment das Marxsche Schema der Wertschöpfung: Das Kapital bezahlt die Arbeitskraft zu ihrem Wert, der gleich dem der zu ihrer Reproduktion notwendigen Mittel ist; aber der Wert, den die Arbeitskraft zu schaffen imstande ist, ist größer als ihr eigener Wert: somit bestehen die Waren zu einem Teil aus Wert, der den Wert der Arbeitskraft darstellt, und zu einem Teil aus Mehrwert. Der Markt beschränkt sich darauf, den Mehrwert zu »realisieren«, zu monetarisieren. In der gegenwärtigen Situation jedoch erreichen die Waren den Markt ohne Mehrwert(anteil). Aber die Inflation erlaubt die Schaffung einer künstlichen Spanne zwischen dem wirklichen Wert der Waren und jenem, den sie geldlich auf dem Markt annehmen. Es gelingt ihr also, beständig und im *nachhinein* den Wert der Arbeitskraft zu senken. Für den guten Ausgang der Operation ist offensichtlich entscheidend, daß die Inflation konstant bleibt, weil sonst die Lohnforderungen das Spiel der Werte wieder auf die Ausgangsposition zurückwerfen würden. »Die Profite, die sich nicht auf Prozesse materieller Verwertung gründen, sondern einfach auf die monetäre Erweiterung des abstrakten Reichtums, können sich nicht ablagern, weil sie periodisch von der Angleichung der Kosten verschluckt werden. Die Spirale Preise-Kosten-Preise, die den Rhythmus der Inflation skandiert – was auch immer ihr Ursprung sei –, ist also in der Lage, ansehnlich monetäre Profitspannen hervorzubringen, um sie im

folgenden Moment wieder auszulöschen und auf analoger und ebenso temporärer Grundlage wieder hervorzubringen.«²

Kurz und gut: vom Wertgesetz zur Geldmengentheorie. Dies ist ein komplizierter [sofisticato] und effektiver Mechanismus: Er hat sowohl die Wiederaufnahme des Verwertungsprozesses an sich und für sich erlaubt als auch die präventive Anti-Arbeiterpolitik ermöglicht. Die zweistellige Inflation hat in der Tat dem Lohnkampf seinen umstürzlerischen Inhalt geraubt und ihn vom destabilisierenden Agens des ganzen Industriesystems – unabhängige Variable der Arbeitergegenmacht – wieder zum reinen Instrument zur Verteidigung der Kaufkraft gemacht.

Die staatliche Organisation und dieses komplexes Akkumulationsmodell sind mehrfach verflochten. Betreffs der Dezentralisierung der Produktion ist zu vermerken, daß parallel zur Zersetzung der Klasse auf dem Territorium die zentrale Arbeiterklasse durch die normalisierende Intervention von Gewerkschaft und Parteien politisch eingefroren wird, die gerade auf der Zerschlagung der vorhergehenden Klassenzusammensetzung ihr Projekt der Sozialdemokratisierung der italienischen Arbeiterbewegung gründen. Betreffs des inflationären Mechanismus hingegen spielen das Kreditsystem und die Verwaltung der öffentlichen Ausgaben die entscheidende Rolle: Der Kredit ist nunmehr die einzige Quelle der Finanzierung der Unternehmen geworden, während die inflatorischen öffentlichen Ausgaben, ehemals einfaches Instrument zur klientelmäßigen Konsensbeschaffung und keynesianische, exogene Stütze der Nachfrage, heute in steigendem Maße auch als Verteiler des abstrakten Reichtums fungieren, gerichtet auf die »Konstituierung« und nicht mehr bloß auf die »Realisierung« des Mehrwerts. Der inflationäre Prozeß resultiert also sowohl aus der Preispolitik der Unternehmen wie auch aus der ständig wachsenden Geldmenge, um die Akkumulation zu stützen (Kredit) und aus einer »wertschaffenden« Nachfrage (öffentliche Ausgaben).

Der springende und historisch charakteristische Punkt bei all dem besteht in der vollständigen Umkehrung der traditionellen Wirtschaftspolitik gegen die Arbeiter: Während früher die Kampfzyklen mit klassischer Deflationspolitik angegriffen wurden, die dahin zielte, die Beschäftigung einzuschränken, und direkt beim Lohn ansetzte, läuft jetzt die Wiederherstellung von Profitmargen über den fortgesetzten Aufschub der Krise in die Zukunft. Aber auch diese gewagte Strategie brachte zerreißennde Widersprüche mit sich: Das Abladen der Verwertungskrise in der Fabrik auf alle Schichten des Proletariats außerhalb der

² Sergio Bologna: Il tribù delle talpe (Der Stamm der Maulwürfe) Feltrinelli 1978, in: M. Messori und M. Revelli, Centralità operaia, S. 48.

Fabrik habe tatsächlich zur Neuzusammensetzung der Klasse direkt auf gesellschaftlicher Ebene geführt und den radikalen Antagonismus des Massenarbeiters, dem Objekt des kapitalistischen Angriffs, auf das ganze Territorium ausgeweitet. Und in dem Maß, in dem der ganze institutionelle Apparat, in der vordersten Reihe die Parteien, sich darauf richtete, das Manöver zu unterstützen, klärte sich der innere Charakter der Gesellschaft als Gesellschaft des Kapitals, so daß sich der gesellschaftliche Antagonismus gegen alle ihre Ausdrucksformen wende.

An dieser Stelle lohnt es sich, das Denken (die Lehre) Negris zu betrachten. Das Phänomen der »Subsumption der Zirkulation als Moment der Produktion« ist für ihn ein grundlegendes Agens für die Konstituierung einer neuen Klassenzusammensetzung gewesen (aber nicht das einzige, wie wir sehen werden). Dieses Phänomen analysiert er in Begriffen, die nicht präzise an die erklärten angeglichen werden können. Tatsächlich ist etwas vorhanden, das mit Mehrwert und Wertschöpfung (Verwertung) zu tun hat: »Wenn wir gesellschaftlicher Arbeiter sagen, sagen wir zutiefst, mit äußerster Präzision, daß aus diesem Subjekt Mehrwert herausgeholt wird. Wenn wir vom gesellschaftlichen Arbeiter sprechen, sprechen wir von einem Subjekt, das produktiv ist, und wenn wir sagen, daß es produktiv ist, heißt das, daß es Mehrwert produziert, unmittelbar oder mittelbar«;³ aber seine Aufmerksamkeit scheint mehr auf die Herrschaftsfunktion der öffentlichen Ausgaben gerichtet, mehr auf die politische Funktion der Einkommensverteilung für die gesellschaftliche Reproduktion der Kapitalbeziehungen – als auf eventuelle, neu hergestellte Mechanismen von Mehrwert(produktion). Er sagt in der Tat: »Die Hypothese, die wir konsequenterweise aufstellen, ist die, daß die öffentlichen Ausgaben einerseits die neue Dimension des Kapitalverhältnisses gegenüber der gesellschaftlichen Reproduktion darstellen, andererseits in ihrem Innern die Kriterien umfassender Hierarchisierung und Funktionalisierung der Subjekte für das Reproduktionsprojekt des Kapitals wiederherstellen (reproduzieren), insofern Reproduktion des Kapitals Reproduktion der Gesellschaft des Kapitals und mithin hierarchische Reproduktion der Klassen bedeutet, kurz und gut Reproduktion jener effektiven Ungleichheit, die die öffentlichen Ausgaben für die Herrschaft produzieren müssen.«⁴ Aber in dem Maß, wie es »dem Kapital und seiner Staatsform« gelingt, »beständig die Übergänge der Zirkulation als grundlegende Elemente ihres Fortdauerndes, ihrer Reproduktion vorzuformen«, verwandeln sich »zu diesem Zweck alle Zirkulationskosten in produktive Kosten«, sie setzen sich in außerordentlicher Weise »dem Arbeiter- und Proleta-

³ Negri, a.a.O., S. 10. [Die Zitate aus dem Negribuch sind meist sehr schlampig, Begriffe werden vertauscht, Satzteile fehlen; ich habe das jeweils stillschweigend korrigiert.]

⁴ ebenda, S. 157.

rier-Gegenangriff aus.«⁵ In dem Moment, in dem also die öffentlichen Ausgaben als eine Lohnform von Kommando eingesetzt wurden, entfesselten sie in der gesellschaftlichen Reproduktion des Proletariats jenen Antagonismus, der vorher schlecht und recht in der Fabrik eingeschlossen war.

Negri gibt noch zwei weitere Elemente als neuzusammensetzende Agentien der Klasse und Fabrikisierung der Gesellschaft an. Flüchtig scheint er auf die Dezentralisierung der Produktion hinzuweisen: »Wir befinden uns einer Masse von Arbeitskräften gegenüber, deren Ausbeutungsrate sehr hoch und deren Lohnrate sehr niedrig ist. Dies bedeutet, daß die Entwertung der Arbeitskraft, ihrer Kosten, die gegen bestimmte fortgeschrittene Sektoren der Arbeiterklasse nicht möglich war, auf andere Sektoren der Arbeiterklasse umgewälzt wird.«⁶ Aber er hält ein anderes Element für absolut grundlegend, nämlich den Abstraktionsprozeß der gesamten gesellschaftlichen Arbeit: »Eine der Sachen, die uns seit einigen Jahren auffiel, war die ›Ver-Arbeiterung‹ der Verhaltensweisen, was weiß ich, des Bankarbeiters, wenn du dir dann angeschaut hast, wie die Sachen ablaufen, hast du entdeckt, daß diese Arbeiterverhaltensweisen vollständig an die Struktur des Arbeitsprozesses dieses Bankarbeiters gebunden waren. Er war ein Operator von Rechnern geworden, genauso wie viele Chemiewerker im selben Maß Operatoren innerhalb eines direkt produktiven Zyklus geworden sind.«⁷ Und weiter: »Die grundlegende These, auf die, wenn du so willst, die ganze Theorie des Operaismus aufgebaut ist, ist gerade die einer fortschreitenden Abstraktion der Arbeit parallel zu ihrer Vergesellschaftung.«⁸ Die neue Klassenzusammensetzung wird also um eine ausdrücklich materialistische Motivation reicher: die Rebellion gegen die Dequalifizierung, gegen die Verwandlung des Menschen in eine Sache (...).

Wir können jetzt rekapitulieren. Die neue Klassenzusammensetzung wird von folgenden Elementen definiert: die verstreute Arbeit in den kleinen Fabriken auf dem Territorium; das Wertverhältnis, das jedes proletarische Einkommen gegenüber der kapitalistischen Akkumulation annimmt; die Lohnform des Kommandos der öffentlichen Ausgaben; der Abstraktionsprozeß der gesellschaftlichen Arbeit. Diesen Analysen fehlt nicht ein gewisser Reiz, aber konfrontieren wir die politisch-historische Entstehung des Massenarbeiters mit der des gesellschaftlichen Arbeiters.

Die Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters stellte das dar, was in der Statistik ein »Kollektiv« ist, also die Basiseinheit der wissenschaftlichen Be-

⁵ ebenda, S. 149.

⁶ ebenda, S. 21.

⁷ ebenda, S. 10.

⁸ ebenda, S. 11.

obachtung: ein Ensemble homogener Einheiten mit einem bestimmten »Merkmal«. In unserem Fall: ein Ausschnitt der Arbeitskraft, der materiell homogenisiert wird durch eine bestimmte Beziehung zur kapitalistischen Technologie (dem Fließband) und einem daraus folgenden politischen Verhalten: Forderung nach Lohn als Einkommen, Verweigerung der Arbeit, Sabotage. Das, was es der Arbeiterklasse des heißen Herbstes ermöglicht hat, »Klassenzusammensetzung zu sein«, ziehendes Subjekt des revolutionären Prozesses, der Gesellschaft ihre Kämpfe aufzuzwingen und den überlieferten Theorieapparat des Klassenkampfes tiefgreifend zu revidieren, ist genau jene innere Homogenität gewesen, diese sehr starke Verbindung zwischen einer objektiven (den materiellen Ausbeutungsbedingungen) und einer subjektiven Gegebenheit (dem politischen Verhalten). Der Massenarbeiter war ein sehr präzise definierbarer und genau quantifizierbarer Ausschnitt der Klasse, von dem relativ unmittelbar die ziehenden politischen Ziele ausgingen.

Umgekehrt ist keine materielle Homogenität zu sehen, die die neue Klassenzusammensetzung, so wie sie formuliert zu sein scheint, von innen her stützt. Ihre physischen Bestandteile scheinen weder an materielle Ausbeutungsbedingungen noch an unmittelbare politische Ziele gebunden. Sie schließt eine Pluralität von Teilen der Klasse ein, die oft sehr weit entfernt voneinander sind: dezentralisierte Arbeiter, junge, arbeitslose Proletarier, Marginalisierte aus den proletarischen Stadtvierteln, Hausfrauen, Frauen, wohnungslose Studenten, unterbeschäftigte Intellektuelle ... kurz und gut: Subjekte mit völlig autonomen unmittelbaren Motivationen. Der Einwand, daß die Homogenität durch die gemeinsame Beziehung zum Verwertungsprozeß gegeben ist, mag auf der formalen Ebene der Kritik der politischen Ökonomie vielleicht einwandfrei sein, ist aber ziemlich schwach auf der substantiellen Ebene der Kritik der Politik, also der politischen revolutionären Organisation des Antagonismus. Der Terminus Klassenzusammensetzung dürfte sich tatsächlich nicht darauf beschränken, die Existenzweisen der Klasse zu beschreiben, sondern müßte auch jene entscheidenden Elemente von politischem Kampf herausarbeiten, die ihre Bestandteile vereinigen; um uns recht zu verstehen, jene, die im Fall des Massenarbeiters sich auf das Zusammenfallen von unmittelbaren antagonistischen Motivationen (der Kampf gegen die Maschine) und jenen mehr allgemeinen und historisierenden (die Negation der kapitalistischen Produktionsweise) stützten.

Die Analysen bezüglich des gesellschaftlichen Arbeiters oder jedenfalls der neuen Klassenzusammensetzung, scheint mir, stellen die beschreibende Seite des Begriffs »Klassenzusammensetzung« dar und nicht auch die »inhaltliche« im politischen Sinn. Sie beschreiben eher die Art und Weise, in der das Kapital funktioniert, als den Weg, um es anzugreifen. Die Tatsache, daß die politische Zusammensetzung des Massenarbeiters auf der Basis von materiellen, von Produktionsverhältnissen bestimmt wurde, während sich die des gesellschaftlichen

Arbeiters auf wesentlich abstrakte, auf Wertverhältnisse gründet, stellt einen substantiellen Unterschied dar: denn in dieser Hinsicht hat das Einkommen, als zahlende Nachfrage, als Instrument der monetären Verwandlung der Waren, als Geld, immer eine Beziehung zwischen der kapitalistischen Verwertung und der Gesellschaft der Proletarier in ihrer Gesamtheit hergestellt. In diesen Termini hat der gesellschaftliche Arbeiter immer existiert.

Ich weiß nicht, ob Negri diese strukturelle Diskontinuität zwischen dem früheren operaistischen Diskurs und dem heutigen bemerkt hat; aber es ist sehr bezeichnend, daß er zwischen die grundlegenden Elemente der Neuzusammensetzung der Klasse eine rein materialistische Gegebenheit wie Abstraktion der gesellschaftlichen Arbeit eingefügt (oder danebengestellt?) hat. Und in der Tat, wenn man behaupten könnte, daß die heutige gesellschaftliche Konfliktualität wesentlich von der reellen Subsumption nicht nur der Fabrikarbeit unters Kapital, sondern ganz allgemein der Arbeit verursacht ist, würde sich der neokapitalistische Kreis perfekt schließen: Der gesellschaftliche Arbeiter stellte wie der Massenarbeiter eine kompakte Homogenität dar im Verhältnis zu den Ausbeutungsbedingungen und im substantiell auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zielenden politischen Inhalt. Die *analoge* Verwendung des alten operaistischen Schemas wäre so absolut gerechtfertigt. Aber all das ist nicht aufrechtzuerhalten. Dort, wo Negri selbst hervorhebt, daß »bei uns ein Mangel besteht, die persönliche, individuelle Entschlossenheit im Verhalten in die Dimension des politischen Projekts zu übersetzen«,⁹ und daß »eine Kritik der Politik« notwendig wäre, »die fähig ist, politische Formen, das heißt, allgemeine Formen des Ausdrucks dieses Antagonismus auszumachen«,¹⁰ entzieht er selbst einer Motivationshypothese des Antagonismus diesen Typs unmittelbar die Grundlage (Konsistenz), indem er indirekt bestätigt, daß die Lebendigkeit, die Ausdehnung, der inhaltliche Reichtum des heutigen Antagonismus gerade in der großen Eigentümlichkeit und Autonomie seiner Protagonisten, in ihrer artikulierten und materiellen Unmittelbarkeit besteht.

Natürlich ist die Tendenz zur Abstraktion der Arbeit ein nicht wegzudiskutierendes Phänomen – gerade weil sie so offensichtlich ist. Das ist ein bißchen so ähnlich wie mit der Proletarisierung der Mittelschichten: In der Tat ist die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzt, gezwungen, die eigene körperliche oder intellektuelle Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Aber beides sind Wahrheiten, die man als historischen Hintergrund implizit berücksichtigen muß, wenn man irgendeine soziologische

⁹ ebenda, S. 151.

¹⁰ ebenda.

Analyse macht, die aber sehr wenig für eine unmittelbare politische Hypothese hergeben. Daß es eine verallgemeinerte indifferente Haltung gegenüber den Berufsinhalten der – nehmen wir mal an – Beamten-/Angestelltenarbeit gibt, kann wahr sein, aber die politische »Verarbeitung« der Dienstleistungsberufe ist allenfalls die Reaktion auf den sozialen und ökonomischen Prestigeverlust der Angestelltenarbeit in diesen Sektoren, und weniger auf die inhumane Einführung der »Technik« (Informatik) in die Arbeitsorganisation. Die Parallele Fließband gleich Verweigerung der Lohnarbeit, *ergo* Abstraktion der gesellschaftlichen Arbeit gleich Verweigerung der Arbeit überhaupt vorzuschlagen, scheint mir, wenigstens im Moment, eine offensichtliche Verzerrung.

Alles in allem: Welche Gesichtspunkte man auch vorzieht, um der Theorie einer »neuen Klassenzusammensetzung« Gestalt zu geben (die Beziehung Geld-Wert oder die zwischen dem Körper gesellschaftlicher Arbeit und Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die Dezentralisierung der Produktion, oder die Lohnform der öffentlichen Ausgaben), gerade wegen ihres tendenziell *totalisierenden* Charakters gelingt es ihr nicht, widersprüchliche und zentrifugale Klassenrealitäten wie die heutigen zusammenzuhalten; obwohl klar ist, daß die verschiedenen angeführten Analysen wichtige Anstöße für eine Untersuchung darstellen, die wissenschaftlich sein will; sie überzeugen jedoch viel weniger, wenn sie vorgeben, sich in einer eindeutigen Theoretisierung der Klassenauseinandersetzungen zu verdichten. Den aktuellen gesellschaftlichen Antagonismus mit einem solchen Begriff überspannen zu wollen, also mit einer Kategorie, die mit linearer Unmittelbarkeit ein definiertes politisches Projekt ausdrücken müßte, bedeutet tatsächlich, eine Klassenrealität abzuflachen, die ihren Daseinsgrund in ihrer Verschiedenheit, in ihrer differenzierten Ausweitung findet. Die Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters legte einen äußerst eng umschriebenen Bezugs-kreis fest: »jener« Ausschnitt der Klasse, an »jenem« Ort, gekennzeichnet in »jener« Weise. Die Klassenzusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeiters bedeutet, einer Reihe von gesellschaftlichen Phänomenen von außen einen revolutionären Status zuzuschreiben, den diese höchstens in sehr unbestimmter Form darstellen.

Das typisch operaistische Interpretationsschema (das begrifflich auf die Fabrik bezogen ist) verliert, wenn es ausgeweitet wird, um das »Gesellschaftliche« zu begreifen, unausweichlich sein charakteristischstes Kennzeichen: die enge Verbindung Subjektivität-Objektivität, Produktionsweise-Rebellionsweise. Und der kristallklare Marxsche Zusammenhang Basis-Überbau weicht einer erzwungenen subjektiven Begründung des proletarischen Antagonismus, wo zusammen mit der Fabrik die Möglichkeit kleiner wird, aus ihr die »voluntaristische« Seite mit einer vertrauenerweckenden und präzisen materiellen Grundlage dialektisch zu vermitteln: Organisation der Arbeit und Kampf gegen sie.

Im Gegensatz zur Meinung von Costanzo Preve (*Dopo l'operaismo*, in: Alfa-beta 15-16, 1980) ist der Subjektivismus kein ursprüngliches und grundlegendes Element des operaistischen Diskurses, sondern die Konsequenz seiner Übertragung in einen historisch-logisch ungeeigneten Bereich. Preve beschreibt den inneren Zusammenhang des ersten Operaismus so: »Das gesellschaftliche Produktionsverhältnis, wie Marx es begrifflich faßte, war wie aufgesaugt durch die unbegründete und gründende Tätigkeit des Subjekts (...), und folglich verlor das Objekt jede Gültigkeit, die ihm von seiner Wertform gegeben war.« Das habe sich in »die Konzentration auf die Tätigkeit des Subjekts und den ›ontologischen‹ Aspekt der Praxis« übersetzt. Mir scheint, daß Preve das auf gestern bezieht, was er auf heute beziehen müßte. Wenn es je eine Denkrichtung gegeben hat, der die »objektive« Seite des Realen am Herzen lag und die sich darauf konzentrierte, dann war es der frühe Operaismus. Das ging soweit, daß der Begriff der Subjektivität, soziologisch betrachtet, tendenziell als die mechanische Übertragung der objektiven Existenzbedingungen auf die Bewußtseinsebene gesetzt wurde; als physische und psychische Energie, die ihrerseits wieder von der Maschine aufgesaugt und gegen sie gewendet wurde. Die »Zusammensetzung der Klasse« war, bevor sie eine politische Kategorie war, eine verhaltensmäßige Gegebenheit, objektiv gebunden an die Produktionstechnik der kapitalistischen Fabrik. Und gerade diese Haftung an der historisch bestimmten Materialität der Ausbeutung schützte die politische Theoretisierung des Antagonismus vor den Risiken der Ideologie, das heißt davor, den Kämpfen von außen und ganz willkürlich einen »Sinn« beizumessen, der von ihren unmittelbaren Inhalten losgelöst wäre. Das ist etwas anderes als »unbegründete Tätigkeit des Subjekts«! Die »subjektivistischen Verdrehungen« sind kein ursprüngliches Phänomen des Operaismus, das sein theoretisches Paradigma mit sich brächte. Ganz im Gegenteil. Wenn überhaupt, so kann allenfalls dies in der »Geschichte« des Operaismus geschehen sein, daß die Erkenntnis eines irreversiblen Wegs hin zu der totalen Des-Integration der Beziehung zwischen gesellschaftlichem Proletariat und kapitalistischer Gesellschaft dazu geführt habe, die Überlegung [Abwägung] der spezifischen »Wertform des Objekts« für eine korrekte revolutionäre Theorie für nicht mehr entscheidend zu halten.

Die theoretische Achse hat sich in dem Maße vollständig auf die Seite des Subjekts verlagert, in dem der wirkliche Bezugspunkt des Antagonismus, die Fabrikgesellschaft, als allgemeiner [generica] Zwang zur Lohnarbeit aufgefaßt wurde – egal, in welchen Artikulationen. Es ist deshalb klar, daß die frühere dialektische Einheit zwischen Form des Kapitalverhältnisses und Form des Arbeiterwiderstands zersprang zugunsten einer Autonomisierung der revolutionären Subjektivität von konkreten Inhalten des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Auf dieser Ebene, an diesem *Bruch* können die Autonomie des Politischen und die Selbstverwertung des gesellschaftlichen Arbeiters in gewisser

Weise vereinigt werden, aber die »theoretische Illusion, eine materialistische Theorie der Formen des Politischen, ausgehend von der Zirkulationsebene, aufzubauen«, hängt nicht von einem erbitterten, ursprünglich operaistischen Voluntarismus ab, sondern von der Schwierigkeit, die Ordnung des Diskurses von dem Zusammenhang, in den er gehörte (die Fabrik), in einen anderen Zusammenhang (die Gesellschaft) umzutopfen.

Eine sehr interessante, geradlinige (beinahe pragmatische) Kritik am neo-operaistischen Subjektivismus kommt vom Centro Sabot in Neapel.¹¹ Dem Centro Sabot zufolge verwechseln die Neo-Operaisten (vor allem Piperno) die gegenwärtige Form der industriellen Reservearmee mit einer »neuen Klassenzusammensetzung«. Das Phänomen der Teilzeit-Arbeit, Heimarbeit, Schwarzarbeit, Gelegenheitsarbeit, prekären Arbeit, Saisonarbeit usw. und die diesbezüglich sehr hohe Mobilität der »nicht garantierten« Arbeitskraft, weit davon entfernt, eine auf die Verweigerung der klassischen kapitalistischen Herrschaftsform (die Fabrik, aber auch die feste Anstellung) gerichtete, neue antikapitalistische Subjektivität zu sein und den revolutionären Willen auszudrücken, die eigene Arbeitszeit selbst zu verwalten, sei der erneuerte Aspekt der Arbeitslosigkeit, so wie er in der gegenwärtigen Phase von der kapitalistischen Herrschaft ausgedrückt werde. Der ganze an die Thematik der Arbeitsverweigerung gebundene Triumphalismus wird drastisch zurechtgestutzt; und der Optimismus Pipernos, das Proletariat könne heute selbst entscheiden, »wie« und »wann« es arbeiten will, wird sogar dahingehend kritisiert, daß er die neoklassischen Theorien (De Meo) über die Freiheit der Individuen, die Form ihrer Beschäftigung (abhängig oder unabhängig) wählen zu können, widerspiegle. Kurz und gut, ein zutiefst ideologischer und objektiv bürgerfreundlicher Diskurs sei. Die Argumentation vom Centro Sabot bezieht sich auf den italienischen Arbeitsmarkt; es geht hier nicht darum, eine so komplexe Thematik zu diskutieren, wenn auch wahr ist, daß der Begriff »industrielle Reservearmee« und die Analyse der Formen des Arbeitsmarkts seltsam außerhalb des analytischen Horizontes des neueren Operaismus bleiben und daß es interessant wäre, hierüber die Diskussion aufzunehmen. Ins Auge springt jedoch, daß es möglich ist, sich solch liquidatorischen (lächerlicherweise liquidatorischen) Angriffen ausgesetzt zu sehen – was zumindest zeigt, wie gebrechlich eine Theorie ist, welche die Kämpfe des Proletariats im Territorium als eindeutig revolutionär verabsolutiert. Natürlich ist die kapitalistische Umstrukturierung keine Erfindung Pipernos, und es steht außer Zweifel, daß sie die ganze Problematik des Klassenkampfes in Italien neu definiert hat und unbekannt

¹¹ In: Sul mercato di lavoro: Difficoltà della talpa, in: Materiali di studio al cura del centro Sabot, Neapel 1979.

Kampfformen [wörtl.: Konfliktualitätsformen] und Arbeiterverhaltensweisen »scharf gemacht« hat: trotzdem besteht die Gefahr immer darin, Teilaspekte und lokale Gesichtspunkte des Klassenkampfes zu verallgemeinern, indem man sie gewaltsam in eine nicht präzisierte neue epochale Dimension der kapitalistischen Produktionsweise projiziert, die noch auf eine zu leistende empirische Verifizierung wartet.

Über den Operaismus hinaus?

Daß es große Schwierigkeiten bereitet, das operaistische Schema auf die Kämpfe der letzten Jahre anzuwenden, hat in gewisser Weise Guido De Masi in der Nummer 11 von »Primo Maggio« sehr gut ausgeführt (*Dal nuovo modo di fare l'automobile all'autovalorizzazione* [Von der neuen Art, ein Auto herzustellen, zur Selbstverwertung]). Er untersuchte den damals noch Negrischen Begriff »Selbstverwertung« und betonte, daß »die Theorie der Selbstverwertung, die tendenziell jene der Neuzusammensetzung der Klasse ersetzt, widersprüchliche Bruchstücke sprachlich ver-eindeutigt (...) Politisch bedeutet dies, daß die verschiedenen Kämpfe und gesellschaftlichen Situationen (die alle sehr interessant sind, gerade weil sie so verschieden voneinander sind), die der Theorie der Selbstverwertung Gestalt und Inhalt gegeben haben, keine Beziehung untereinander haben. Sie stellen keinen qualitativen Sprung in der Klassenzusammensetzung dar, sondern ihre Desintegration, Punkt und basta.« De Masi sah also mit großer Klarheit, daß die Theorie der Selbstverwertung ein sehr elegantes Instrument ist, um eine Pluralität von gesellschaftlichen Verhaltensweisen zu synthetisieren, sie aber diese gerade wegen ihres exzessiv synthetischen Effekts abflachte, weil sie ihre Eigentümlichkeit leugnete. Es ist dann bezeichnend, daß De Masi substantiell mit anderen Analysen übereinstimmt in der Anerkennung der genetischen Verbindung zwischen der »neuen Art, das Geld herzustellen« und der Zerstückelung der Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters, sich aber wohl hütet, automatisch voranzuschreiten zum Erkennen einer parallelen Bewegung der Neuzusammensetzung der Klasse. Für ihn bestand »die wahre ideologische Grenze der 77er Bewegung in der Bedeutungslosigkeit und Marginalität des gesellschaftlichen Subjekts, das sich wieder abgeschnitten hat.«

Auch die Überlegungen von Lapo Berti über die Inhalte der »proletarischen Macht« in derselben Nummer von Primo Maggio (*Al cuore dello stato e ritorno* [Ins Herz des Staates und zurück]), bestätigen all die Gefahren einer erzwungenen, äußerlichen Anwendung der Kategorie »Klassenzusammensetzung« auf die heutige Form des gesellschaftlichen Konflikts. Berti fragte sich, ob die politischen Erfahrungen der letzten Jahre nicht wenigstens geklärt hätten, daß der Begriff »proletarische Macht« sich inhaltlich verändert habe im Vergleich zum leninistischen und dritt-internationalistischen Modell, das von den Roten Brigaden

den wiederaufgenommen und perpetuiert worden ist, und antwortete, indem er den »immanenten politischen Charakter der proletarischen Macht« verfielt, in dem Sinn, daß die Politik, die Suche nach der Befriedigung und der Durchsetzung der Bedürfnisse, insgesamt die Suche nach der Macht, sich nicht mehr als zeitlicher und geographischer Weg ausdrücke zum »Ort der Macht«, zur »Schaltzentrale«; es gehe nicht mehr um einen einfachen Vorzeichenwechsel in der Führung des institutionellen Apparats, man neige hingegen zu einer »Vorstellung vom proletarischen Antagonismus als permanentem und kontinuierlichem Konflikt, der gerade in seinem Entstehen das Terrain der Auseinandersetzung, die Machtbeziehungen zwischen den Klassen, neu definiert, die politischen Inhalte der eigenen politischen Präsenz vorantreibt, die gesamte Erscheinung des gesellschaftlichen kapitalistischen Verhältnisses entscheidend beeinflußt und neu formt.« Hier könnte man noch weiter gehen mit der Frage, ob nicht gerade die Kämpfe des Massenarbeiters die konkrete Dimension der Mikrophysik der Macht entdeckt haben.

Aber kehren wir zum Ausgangsproblem zurück: Es geht hier nicht darum, die Gültigkeit der zitierten Analysen zu bestreiten, sondern darum zu klären, ob es möglich ist, mit methodologischer, materialistischer und historisch-logischer Korrektheit bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen in bestimmten Kategorien zu erfassen; zu sehen, ob ein Begriff wie »Klassenzusammensetzung« aktuell imstande ist, nicht nur ein komplexes und widersprüchliches Phänomen wie die kapitalistische Umstrukturierung ausführlich zu beschreiben, sondern ob darüberhinaus auf ihn auch ein präzise definiertes politisches Projekt begründet werden kann, das von präzisen Elementen charakterisiert ist, die die ganze Klassenbewegung in einer einstimmigen revolutionären Politik neu vereinigen können. Wenn wir darauf negativ antworten müssen, wenn man die *analoge* Wiederaufnahme des operaistischen Diskurses für unannehmbar hält, kann man zwei Wege einschlagen: entweder die Realität ignorieren und die Theorie bestätigen; oder die Theorie ignorieren und die Realität bestätigen. Das heißt, entweder wir ziehen den Schluß, daß der Klassenkampf in Italien 1972 angehalten hat; oder wir schärfen die kritischen Instrumente, den Begriffsapparat, die Methode. Daß letzteres ein beschwerlicher und mehr noch, ein schmerzlicher Weg ist, das zeigt leider gerade De Masi mit seinem Beitrag in der letzten Nummer dieser Zeitschrift: Anstatt die glänzenden Beobachtungen des oben zitierten Aufsatzes wiederaufzugreifen und weiterzuentwickeln, wünscht er nicht so sehr eine Neudefinition der Waffen der Kritik herbei, sondern die »Wiederherstellung des Wertgesetzes in streng produktiven Begriffen, die der Arbeiterklasse Kraft und politische Zentralität zurückgibt und es ihr erlaubt, mit größerem Bewußtsein der

vergangenen Fehler sich wieder in Bewegung zu setzen.«¹² Kurz gesagt wünscht De Masi, daß die Niederlage dieser Jahre zu einer totalen wird, daß die Ökonomie wieder als alles beherrschender Gott funktioniere, daß sich das Wertgesetz wieder gegen die Geldmengentheorie durchsetze, daß Mehrwert ausgepreßt werde, daß die Zirkulation wieder ihrem Beruf nachkomme, den Mehrwert monetär zu realisieren, daß also der Massenarbeiter wieder aus den Fabriken komme und der ganzen Bewegung ein Gesetz gibt. Vielleicht wird all das geschehen (sicherlich nicht demnächst); aber dann ist es nicht mehr die politische Aufgabe »der ganzen revolutionären Linken, die Leere zwischen der technischen Klassenzusammensetzung (...) und den neuen Phänomenen von Selbstverwertung, die die Bewegung ausdrückt, auszufüllen«,¹³ sondern geduldig zu warten, daß »die Gesetze der Ökonomie ihre Pflicht tun« und die politische Zusammensetzung der Klasse mit der technischen zusammenbringen. So daß nach einem bedenklichen Intermezzo von zehn Jahren der Klassenkampf in all seiner reinen Effizienz wieder anfangen wird...

Ich weiß nicht, aber ich fürchte, daß eine solche Einstellung recht fatalistisch ist und daß man zu solch einem Fatalismus Zuflucht nimmt, um den gegenwärtigen Zustand von theoretischer Verlegenheit zu übertünchen.

Aber wenn sich der Klassenkonflikt in den nächsten Jahren eher in einer mehr »gesellschaftlichen« Form abzuspielen wird, verstreut, polizentrisch, auf unmittelbare autonome Ziele konzentriert, wenn ihn mehr Teile des Proletariats im Kampf führen, dann wird es nützlich sein, zumindest Kategorien einzuführen, die sich von den früheren unterscheiden, um eine Verflechtung (und Konfusion) von linguistischen Bestimmungen, die zu verschiedenen Phasen des Kapitalverhältnisses gehören, zu vermeiden. Diesbezüglich scheinen auch die Einladungen von Lapo Berti, einen »flüssigeren« Begriff als Klassenzusammensetzung zu gebrauchen, basierend auf dem »breiteren Hintergrund der gesellschaftlichen Zusammensetzung«¹⁴ eine doppeldeutige Absicht zu verraten: jene, den semantischen Bereich des Terminus parallel zur Ausdehnung der Konfliktualität, auf die er sich bezieht, zu verbreitern. Dies ist ein Versuch mit ziemlich unsicherem Ausgang, denn während des Übergangs von der »Klasse« auf das »Gesellschaftliche« tendiert der Begriff immer weniger dazu, ein präzises politisches Projekt zu definieren, und immer mehr zu einem unbestimmten soziologischen Univer-

¹² G. De Masi, *Composizione di classe e progetto politico* [Klassenzusammensetzung und politisches Projekt], in »Primo Maggio« Nr. 13, S. 7.

¹³ G. De Masi, *Dal nuovo modo di fare l'automobile all'autovalorizzazione* [Von der neuen Art, ein Auto herzustellen, zur Selbstverwertung], in »Primo Maggio«, Nr. 11, S. 37.

¹⁴ L. Berti, *Appunti per un dibattito possibile*, unveröffentlichtes Manuskript, das innerhalb der Gruppe von »Primo Maggio« herumging.

sum. Das heißt, den Sinn zu wechseln. Die Einladungen von Berti sind sicherlich stimulierend, nur nicht unter der Bedingung, um jeden Preis die »neue« Ordnung der Dinge mit der »alten« Ordnung des Diskurses zusammenfallen lassen zu wollen.

Die beste Art, heute den Operaismus zu verteidigen, ist die, ihn zu überwinden, indem man seine immer noch interpretativ wirksamen Anregungen anerkennt, aber nicht zögert, die zeitlichen und aus dem Zusammenhang herrührenden Grenzen kritisch zu sichten. ■

Kerne kontrollierter Selbständigkeit

Die Textil- und Bekleidungsindustrie im Veneto*

Devi Sacchetto (in: *altreazioni* Nr. 5 / 1996)

»Ich habe gekündigt, weil ich lieber in der Fabrik als in der Werkstatt arbeiten wollte, in der Fabrik wirst du wenigstens respektiert, du arbeitest und basta, sie beleidigen dich nicht und so, aber da ... ich kam nach Hause und hatte überhaupt keine Kraft mehr; da drin zu arbeiten, ist erniedrigend ... ich habe es ausgehalten, denn damals hatten sie mich am Kragen.« (W.L., 37 Jahre, am 15. März 1991)

»Wenn eine Frau mit 40 in der Werkstatt arbeitet ... das ist zu alt, denn die Arbeitsgeschwindigkeit ist ... ach, jede Minute ... da wo ich gearbeitet habe, gibt es keine so alten Frauen, denn erstens hältst du es mit dem Rücken nicht mehr aus, so lange zu sitzen, dann ist es schwere Arbeit, dazu kommt der Streß, denn mit den Jahren wirst du mit den Händen und mit den Augen langsamer ... mir ist klar, daß ich anfangs, langsamer zu werden; jetzt merke ich, daß ich müde bin, daß ich abends nachhause komme und völlig ausgelaugt bin.« (P.C., 28 Jahre, am 8. Juni 1991)

Die Reorganisierung der Textil- und Bekleidungsindustrie im Veneto

Die Verlagerung von Bearbeitungsschritten der Textil- und Bekleidungsindustrie in Niedriglohnländer in Ostasien, Zentralamerika und seit einigen Jahren Osteuropa ist in vollem Gange. Seit den 70er Jahren haben große Multis wie Tootal, Blue Bell, Courtaulds, Levi Strauss, Wal Mart und Nordstrom systematisch im Ausland investiert oder dorthin ausgelagert, so daß heute immer größere Anteile ihrer Produktion im Ausland stattfinden. Durch die Internationalisierung der

* Die vorliegende Arbeit faßt in Teilen eine breitere Untersuchung zusammen, die als Doktorarbeit am Institut für Industriosozologie der Uni Padua 1992/93 abgegeben wurde: *Devi Sacchetto: Ausweitung und Konzentration der Textil- und Bekleidungsbranche im letzten Jahrzehnt im Veneto.*

Produktion konnten sie sowohl die Lohnkosten verringern als auch die Importbeschränkungen des Multifaserabkommens umgehen.¹ Allein Levi Strauss hat etwa 700 Zulieferfabriken im Ausland, vor allem in Asien. Diese Tendenz hat Italien etwas verspätet erreicht und wurde auch unter anderem durch die sukzessiven Abwertungen der Lira und durch den erklärten Lohnverzicht abgebremst, der »unsere Konkurrenzfähigkeit« im Vergleich zu den »Löhnen in Drittländern« garantieren sollte. Erst in den letzten Jahren scheint Italien bei der Ausdehnung von Produktionsstrukturen ins Ausland zu den ausländischen Multis aufzuschließen. Zwischen 1986 und 1993 stieg die Zahl der ausländischen Industrieanlagen mit italienischer Beteiligung in der Textilbranche um 119 Prozent und in der Bekleidungsbranche um 300 Prozent. Die Zahl der von italienischem Kapital kontrollierten Beschäftigten stieg im selben Zeitraum in der Textilbranche um 98 Prozent und in der Bekleidungsbranche um 403 Prozent.² Im Veneto sind in den 80er Jahren große schlagkräftige multinationale Gruppen entstanden, die es mit den globalen Kolossen der Textil- und Bekleidungsbranche aufnehmen können.³ Die Vorgehensweise der großen Konzerne scheint dabei hauptsächlich einerseits von einer Aufkaufs- und Bündnispolitik und andererseits von einer internationalen Strategie bestimmt zu sein, die die größten ausländischen Konkurrenten in Bedrängnis bringt.⁴ In diesem Sinn kann man von einem Prozeß der

¹ Das Multifaserabkommen »ist ein multilaterales Abkommen ..., dessen Festlegungen und Vorschriften von den Unterzeichnerstaaten respektiert werden müssen, wenn diese bilaterale Verhandlungen zur Festlegung von Importquoten der betroffenen Produkte führen«, was damit zusammenhängt, daß es schrittweise durchlöchert wird; s. L. Tajoli, *Il protezionismo nel settore tessile-abbigliamento e l' accordo multifibre*, Quaderni Cespri, Università Bocconi, Milano 1989. Im Umfeld der Achten Multilateralen Handelsrunde des GATT wurde eine Übereinkunft unterschrieben, derzufolge das Multifaserabkommen in den nächsten zehn Jahren nach und nach ausläuft und die Textil- und Bekleidungsbranche bis zum Jahr 2005 vollständig ins GATT integriert wird. Siehe Außenhandelsministerium, *L'Uruguay Round. Dal Gatt all'organizzazione mondiale del commercio. I contenuti del Trattato di Marrakesh*, Roma 1994.

² Diese starken Zuwächse erklären sich teilweise durch die niedrigen Ausgangszahlen in Italien. Vgl. R. Cominotti, S. Mariotti (Hrsg.), *Italia Multinazionale 1994*, Milano: Franco Angeli, 1994 S. 100 f.

³ Marzottos Umsatz ist zwischen 1981 und 1993 von gut 300 auf 1 953 Milliarden Lire gestiegen; Benetton's Umsatz von gut 400 auf 2 751 Milliarden Lire; Stefanel's Umsatz von 26,9 auf 508,2 Milliarden Lire.

⁴ Teils standen hinter den Aufkäufen politisch motivierte Vorhaben, Konzerne von Weltgeltung im Textil- und Bekleidungsbranche zu gründen; teils dienten die Bewegungen der Kapitalgesellschaften aber auch rein finanziellen Interessen, der Erzielung von Synergie-Effekten oder dem Erreichen bestimmter Marktanteile. Darüber hinaus zeigen die bekannten italienischen Finanzskandale noch einmal, daß es nicht – oder zumindest nicht besonders – wichtig ist, Kapital zu *besitzen*, sondern daß es darum geht, Zugang zu den wichtigen politisch-finanziellen Ebenen zu haben, die die Verfügung über große Kapitalmengen sichern. Verträge und Bündnisse hingegen schützen besser als Aufkäufe

permanenten Umstrukturierung der Unternehmensgrenzen sprechen, um in die Größenordnung vorzustoßen, die notwendig ist, um auf den internationalen Investitions- und Finanzmärkten mithalten zu können.⁵ Die Veränderung der Produktion scheint immer stärker vom Informationsfluß abzuhängen und weniger von den Materialien, wie es traditionell üblich war; dieser Wandel zwingt die Unternehmen dazu, die Produktion möglichst stark zu flexibilisieren und soweit wie möglich Synergien auszunutzen.

Die teilweisen Veränderungen der Produktionsweise in den großen Branchen Textil und Bekleidung im Veneto in den letzten zehn Jahren scheinen sich sowohl auf diese Tendenz als auch auf die Unfähigkeit der Unternehmer zurückführen zu lassen, *vor Ort* mit großen Arbeiterkonzentrationen umzugehen. Die Manufakturtradition und die Durchsetzung einer dezentralisierten Produktionsweise haben es den Großunternehmen ermöglicht, bei jeder einzelnen Funktion zu entscheiden, wann sie sie auslagern und wann sie sie in ihr Unternehmen integrieren. In einigen Fällen sind Firmen entstanden, die vor allem als organisatorische Zentren externer Produktionseinheiten funktionieren. Das sind die sogenannten »Netzwerk-Unternehmen«, die vor allem in der Bekleidungsbranche entstanden sind, während die Textilbetriebe teilweise andere Strategien fahren, sowohl wegen der erforderlichen riesigen Kapitalmengen als auch wegen der Schwierigkeiten, die bei der weiteren Zerstückelung des Produktionszyklus aufgetreten sind.⁶ Die Entwicklung von Netzwerk-Unternehmen ging einher mit

vor hohen Unternehmensrisiken und tragen vor allem der notwendigen Internationalisierung von Handel und Produktion Rechnung, die alleine oft schwierig durchzuführen ist.

⁵ Zur historischen Entwicklung der Firmenaufkäufe in der Textil- und Bekleidungsbranche vgl. T. Bursi (Hrsg.), *Acquisizioni e alleanze nell'industria tessile-abbigliamento*, Milano: Franco Angeli, 1992; ebenso G. Marchi, G. Nardin, »Le acquisizioni e gli accordi tra imprese nell'industria tessile-abbigliamento italiana«, *Nomisma*, 2/1993, S. 11-53. Eine knappe Zusammenfassung der diesbezüglichen Geschäfte 1989-91 findet sich in Associazione Italiana Industriali Abbigliamento, *Strategie aziendali nel settore dell'abbigliamento*, Milano, Oktober 1991. Den Prozeß der Internationalisierung der Produktion analysiert L. Tajoli, a.a.O. Zu den ersten Schritten der Internationalisierung der Produktion vgl. A. Zanfei, »Cambiamento tecnologico e strategie di internazionalizzazione delle imprese italiane«, *Economia e Politica Industriale*, 46/1985, S. 93-134 (1. Teil); 47/1985, S. 97-138 (2. Teil); siehe auch R. Barbieri Hermitte, »L'internazionalizzazione produttiva dell'industria tessile-abbigliamento italiana: risultati di un'indagine sul campo«, *Economia e Politica Industriale*, 47/1985, S. 177-246.

⁶ Inzwischen liegt eine breite Literatur zum Thema des »Netzwerk-Unternehmens« vor. Eine nützliche Definition des Begriffs findet sich bei C. Boari, A. Grandi, G. L. Lorenzoni, »Le organizzazioni a rete: tre concetti di base«, *Economia e Politica Industriale*, 64/1989, S. 283-310. Besonders interessant ist das Buch von G. L. Lorenzoni, *L'architettura di sviluppo delle imprese minori*, Bologna: Il Mulino, 1990. Zu den unterschiedlichen Problemen bei der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsunternehmen zu einem »Netz« findet sich ein nützlicher Vergleich zwischen Marzotto und Stefanel bei A. Camuffo, A. Comacchi, *Strategie e organizzazione nel tessile abbigliamento*,

der Zentralisierung der Kontrolle durch neue Informationstechnologien, durch die der notwendige Organisationsapparat vereinfacht werden konnte. Allerdings scheint auch in den Netzwerk-Unternehmen ein »harter Kern« von interner Produktion zu überleben, sowohl wegen technologischer Neuerungen, die besonders bei der Textilherstellung die Aufrechterhaltung hoher Profite ermöglicht haben, als auch, weil die Einführung der Informationstechnologien die Unternehmen zu einer stärkeren vertikalen Integration zwingt.⁷

Die Vergabe von immer größeren Produktionsanteilen an Dritte hat es den Großunternehmen ermöglicht, nicht mehr eine einzelne Ware, sondern eine ganze Produktpalette herzustellen, den »totalen Look« von Benetton. Die großen Unternehmen der Bekleidungsindustrie haben sich also von Betrieben mit beschränktem Produktionsumfang zu Konzernen entwickelt, die über mehr Betriebe mit mehr Produkten auf mehr Märkten verfügen. Dieser Prozeß wurde einer Auslagerungsstrategie an Zulieferer in der Produktion und von einer Franchisingstrategie in der Vermarktung begünstigt; diese scheinen im Laufe der Jahre immer stärker standardisiert zu werden.⁸ So haben die größeren Unternehmen einen Gutteil der Vorratshaltung auf die Zulieferer abgewälzt und die Zentrallager damit oft in Warenverteilzentren umgewandelt. Stefanel verfügte beispielsweise Anfang der 90er Jahre über etwa 200 Zulieferbetriebe und etwa 1 110 Franchise-Läden. Benetton konnte hingegen auf etwa 600 Zulieferbetriebe und fast 7 000 Franchise-Läden zählen. Der größte Teil – die Rede ist von 90 Prozent – der Zulieferbetriebe der beiden Firmen ist im Veneto angesiedelt und scheint stärker als früher auf Arbeiten rund um den hauptsächlichen Produktionskern konzentriert zu sein.

Einige Hersteller haben sich die Kontrolle über das Vertriebsnetz ihrer Produkte gesichert und konnten damit das Verhältnis zum Vertrieb zu ihren Gunsten verändern und einen für die Produktionsplanung unabdingbaren ständigen Informationszufluß sicherstellen.⁹ Besonders die Entwicklung des Fran-

Padua: Cedom, 1990. Unterschiedliches Material zur Untersuchung der drei venetischen Konzerne (Carrera, Stefanel und Benetton) findet sich bei F. Berlussi (Hrsg.), *Nuovi modelli d'impresa, gerarchie organizzative e imprese rete*, Milano: Franco Angeli, 1992.

⁷ R. P. Camagni, R. Rabellotti, »Informatica e innovazione: il caso del settore tessile-abbigliamento«, *Quaderni di Informatica*, 3/1988, S. 4.

⁸ G. Lorenzoni, a.a.O., 1990, passim.

⁹ In Italien haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Produktion und Handel in den letzten 15 Jahren verändert; der Handel ist jetzt stärker konzentriert. Der Rückgang der Einkommen und die Veränderungen der Einkaufsstile haben zu einem Zuwachs der Verkäufe in den Einkaufszentren geführt. Im Geschäftsjahr 1993/94 lief 10 Prozent des Gesamtumsatzes an Bekleidung über große Supermärkte, Großmärkte und spezialisierte Verkaufsoberflächen: fast doppelt so viel wie drei Jahre vorher. Siehe V. Ch., »Per la maglieria nel '94 un fatturato da record«, *Il Sole 24 Ore*, 30.11.1994,

chising erlaubt es, die Investitionen und die Risiken der Herstellerunternehmen zu begrenzen und trotzdem eine Marke auf der ganzen Welt zu propagieren. Dem an die Herstellerfirma gebundenen Händler sichert das nicht nur eine Identität, sondern oft auch ein höheres Einkommen.¹⁰ Und das durchaus nicht zufällig, denn wenn die Verkäufe stagnieren, scheinen diesen neuen Einzelhändler durchaus in der Lage zu sein, mit harten Bandagen gegen ihre Zulieferer zu kämpfen.¹¹

Eine andere häufig von den großen Konzerne angewandte Strategie ist der Aufkauf oder die Gründung von mittelgroßen Produktionsfirmen, die große Produktionsvolumen fast unabhängig abwickeln können, wobei das Führungsunternehmen nur die relevanten Informationen einspeisen muß. Daß Firmen aufgekauft werden, ist relativ neu: Erst seit Mitte der 80er Jahre wachsen Unternehmen über den Aufkauf von Aktienanteilen anderer Firmen. In vielen Fällen dienen Aufkäufe der Verbreiterung der eigenen Produktionsbasis zur horizontalen und vertikalen Integration.¹² In anderen Fällen dienen Aufkäufe der Konzentration der wirtschaftlichen Macht nicht nur in Italien sondern auf internationaler

S. 15. Einen Überblick gibt Cesdit (Hrsg.), *Tessile e abbigliamento. Il sistema produttivo, distributivo, strutture, flussi e interrelazioni*, Milano: Cesdit, 1988.

¹⁰ Maurizio Lazzarato schreibt: »... das Mutterunternehmen [Benetton] bietet einem Händler seine Marke und seine Ware, das heißt eine Aura, eine Identität, ein Mittel zur Produktion von Einkommen (...), und dieser Name (...) stellt die Einkommensquelle und das wahre Identitätsprinzip dar«. Aber sobald die Profite sinken, läßt sich das auch umdrehen, wie der Aufstand zuerst der US-amerikanischen und dann der deutschen Händler gezeigt hat. Im Vordergrund scheint also nicht so sehr das Angebot einer Identität, als vielmehr üppige Gewinne zu stehen. Siehe M. Lazzarato, »Strategie dell'imprenditore politico«, *Derive e Approdi*, 5-6/1994, S. 5.

¹¹ Seit Anfang der 90er Jahre wurde Benetton mehrmals verklagt. In den USA mußte Benetton den Firmen Al Ben und Benedito, die fünf Benetton-Geschäfte geführt hatten und pleite gegangen waren, eine Strafe von 2,5 Millionen Dollar bezahlen. In der BRD dagegen hatte Benetton vor Gericht Erfolg. Außerdem gab es Probleme mit Franchise-Nehmern in Spanien, Frankreich und Italien. Die Händler protestieren nicht nur gegen die absatzschädigende Skandalwerbung, sondern sie verlangen auch, daß Benetton sein Franchising-System den üblichen Gepflogenheiten anpaßt. Bisher sieht das Benetton-Franchising vor, daß der Franchise-Nehmer keine Lizenzgebühren zahlt und Benetton andererseits keine Ware zurücknimmt. Zu den Problemen in den USA siehe F. M., »Ancora vertenze in Usa sui negozi Benetton«, *Il Sole 24 Ore*, 24.11.92, S. 16; siehe auch Lisa Bannon, »Staying in style«, *The Wall Street Journal Europe*, 10./11.07.92, S. 1 und 5. Zu den Schwierigkeiten auf dem europäischen Markt siehe J. Rossant »The faded colors of Benetton«, *Business Week*, 10.04.95, S. 61 f. Zum Urteil in Deutschland M. Lindemann, »Court rejects Benetton advert complaint«, *Financial Times*, 03.04.95, S. 2.

¹² Marzotto hat seit langem für eine vertikale Integration gesorgt, während andere Unternehmen wie etwa Benetton erst in jüngster Zeit den Produktionszyklus vertikal integriert haben.

Ebene.¹³ Die Übernahmen von Gs-Autogrill und Euromercato durch Benetton scheinen auf die Erweiterung des Geschäfts, auf Synergie-Effekte, auf die Kontrolle des Vertriebs, vor allem aber auf die Erhöhung der Verfügbarkeit von großen Mengen an flüssigem Kapital zu zielen.¹⁴

Die Entwicklung von Netzwerken basiert auf scheinbar partizipativen Verhaltensweisen, insofern der Konzern letztlich ein einheitliches Ziel hat und die zum Konzern gehörenden Unternehmen daher auf informeller und von gegenseitigem Vertrauen, aber ganz gewiß nicht von Gleichheit geprägter Basis miteinander umgehen. Die Beziehungen zwischen den Unternehmen beruhen auf der gewohnten Zusammenarbeit bei einer neuen Kombination von Marktmechanismen mit hierarchischen Strukturen unter den Unternehmen; trotzdem findet man nur selten eine Konzernstrategie. Da das Netz von Unternehmen sehr leicht modifizierbar ist und die Akteure austauschbar sind, ist das Produktionssystem oft sehr hierarchisch, auch da, wo die einzelnen Firmen juristisch unabhängig sind. Fast überall führen die Führungsunternehmen Kontrollen in den Zulieferwerkstätten durch, um Ursachen für Ineffizienz abzustellen; außerdem wissen sie bis ins Detail über die Technologien, die Beschäftigten und die Arbeitsorganisation in den Zulieferbetrieben bescheid, und die Subunternehmer tätigen ihre Investitionen oft erst nach Absprache mit den Führungsunternehmen. Die Netzwerk-Unternehmen verlangen ausdrücklich nach detailliertem Wissen über die Zulieferfirmen, eben um die Preise festzusetzen, die sie den einzelnen Unternehmern bezahlen, deren Profite somit im voraus festgelegt sind. Ein Beschäftigter eines Netzwerk-Unternehmens erzählt: »Bei allem, was wir bezahlen, versuchen wir,

¹³ Die Konzentration hat zu tiefgreifenden Umstrukturierungsprozessen mit Betriebsschließungen, Frühverrentungen und Arbeitslosigkeit geführt. Die Gruppe Dalle Carbonare sah sich nach zahlreichen Aufkäufen mit einem Rettungsplan der kreditgebenden Banken zur Ausgleichung der Schulden konfrontiert. Die Cantoni Itc, ein Konzern aus der Lombardei mit zahlreichen Beteiligungen im Veneto (Cotonificio Cantoni und Sanremo Moda Uomo), hatte für verschiedene Aufkäufe etwa 250 Mrd. Lire ausgegeben und schrieb erst 1994 wieder schwarze Zahlen. Die Gruppo Gemina (Fiat), die Fila kontrolliert, hat auch die wichtige Gruppo Finanziario Tessile aufgekauft. Was die Unternehmen im Veneto angeht, so sei zumindest daran erinnert, daß Marzotto Hugo Boss aufgekauft hat, außerdem eine große Wollweberei in der ehemaligen Tschechoslowakei, eine Fabrik in Frankreich und eine in Tunesien. Stefanel verfügt über zwei Fabriken in China und eine in Rumänien. Benetton besitzt Unternehmen in Argentinien, Brasilien, China, Ägypten, Frankreich, Japan, Indien, Spanien und der Türkei.

¹⁴ Durch den Kauf von Gs-Euromercato ist Del Vecchi-Benetton zur drittgrößten Einzelhandelskette in Italien nach Coop und Rinascente geworden. Die neue Gruppe macht nach dem Zukauf von Autogrill über 5 000 Milliarden Lire Umsatz. Für die beiden Aufkäufe hat Benetton zwischen 1 000 und 1 200 Milliarden Lire ausgegeben. Siehe L. Vinciguerra, »Euromercato con targa veneta«, *Il Corriere della Sera*, 13.01.95, S. 29; siehe auch G. Sarcina, »Carelli & Debiti«, *Il Corriere della Sera*, 16.01.95 S. 20.

einen Kostpreis herauszubekommen, für jeden Bearbeitungsschritt..., wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die in die Werkstätten gehen, die Zeit pro Arbeitsschritt feststellen und diese mit einer Stundenkostenschätzung bewerten ..., dann werden bestimmte Messungen durchgeführt, denn wir wollen auch die Gewinnspanne des Unternehmers feststellen ... Für unterschiedliche Bereiche gibt es also unterschiedliche Kosten.« Aber der Preis wird ohne Auf- oder Abrunden festgesetzt: »... nehmen wir ein T-Shirt: 2418 Lire. Nähen 1643, Bügeln 303, Etikettierung 52, Verpackung 198, Verschiedenes 222 ... In Zeit übersetzt bedeutet das 6 Minuten und 48 Sekunden.«¹⁵ Aber die Zeit- und Methodenkontrolleure des Führungsunternehmens sollen vor allem die Verbesserungen kodifizieren, die es jedem einzelnen Zulieferer zu entwickeln gelingt. Während einerseits die Zulieferer unter dem Zwang, ihre Profite zu erhalten oder zu erhöhen, versuchen, die Produktionszeiten jedes einzelnen Bearbeitungsschrittes zu minimieren, berechnen andererseits die Kontrolleure die Zeiten neu, so daß das Führungsunternehmen die Vergütung kürzen kann.¹⁶ Um den Vorteil des Netzwerks längerfristig aufrechtzuerhalten, muß das Führungsunternehmen die angegliederten Firmen streng kontrollieren. Das Kommando ist weit entfernt davon, sich nur als von der materiellen Produktion abgekoppeltes reines Symbol darzustellen, sondern es breitet sich immer weiter aus und durchdringt alles, so daß es sogar die Profitraten des Zulieferers festlegt. Die Kontrolle über den Herstellungsprozeß ist zwar an die Zulieferer delegiert, aber diese sind an Vorgaben der auftraggebenden Firma hinsichtlich Arbeitszeiten, Arbeitsmethoden und Arbeitsorganisation gebunden. Und schließlich kann der Auftraggeber auch die Qualität des Produkts kontrollieren. Im Gegenzug sorgt das Führungsunternehmen oft für größere Aufträge und gibt dem Unternehmer moralische Anerkennung – vor allem aber ein Einkommen, oder genauer gesagt: die Verfügung über flüssiges Geld.¹⁷ In den 80er Jahren erhielten die Subunternehmer von Stefanel durchschnittlich zwischen drei und sechs Millionen Lire im Monat, die von Benetton etwas weniger; in den 90er Jahren scheinen sich die Einkünfte bei beiden verringert zu haben.

¹⁵ Interview mit Z. W., Juli 1994 und T. R., Interview mit G. Shrisa »Cosi ci si ammala di »Benettonite«, *La Tribuna di Treviso*, 03.03.95, S. 17.

¹⁶ Trotzdem sollte man nicht vergessen, daß »erst die Erfahrung des kombinierten Arbeiters [entdeckt und zeigt], wo und wie zu ökonomisieren, wie die bereits gemachten Entdeckungen am einfachsten auszuführen« sind. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 113. Und tatsächlich sind die meisten Kleinunternehmer ehemalige Arbeiter.

¹⁷ Siehe Sergio Bologna, »Problematiche del lavoro autonomo in Italia«, *Altreragoni*, 1/1992 (1. Teil) S. 11-32 [Deutsch im Wildcat-Zirkular Nr. 33, Januar 1997, S. 25-39]

Da die Verbesserung der Zuverlässigkeit schwierig ist, Kontrollen notwendig sind und die überladenen Verbindungen der Struktur verschlankt werden müssen, haben die Netzwerk-Unternehmen anfänglich einen »Spinoff«-Prozeß in Gang gesetzt.¹⁸ Man fördert und ermutigt Angestellte des Netzwerk-Unternehmens, zu denen man großes Vertrauen hat, eine neue Firma auf die Beine zu stellen; diesen Personen wird dann vom Führungsunternehmen die gesamte Verwaltung von Produktionsabschnitten oder ganzen Produktionszyklen übertragen. Bei Benetton hat sich dieses System nicht nur auf die eigenen Angestellten, sondern auch auf Verwandte und Freunde der Familie Benetton gestützt. Einigen Interviews zufolge ist bei der Zuteilung der Aufträge der Ermessensspielraum dermaßen groß, daß regelrechte Klientensysteme entstehen. Tatsächlich müssen für Aufträge zuweilen die Anlagen ausgewechselt werden, oder es wird ein so weitgehendes Umlernen nötig, daß die Gewinne des Zulieferers stark betroffen sind. Die Strategie von Benetton scheint sich eher auf soziale »Clan«-Beziehungen als auf den freien Markt zu stützen.¹⁹

Seit Anfang der 90er Jahre hat die Möglichkeit, ganze Produktionsabschnitte nach Osteuropa zu verlagern, einerseits die Spinoff-Prozesse begrenzt und andererseits dazu geführt, daß Netzunternehmen ihre vertrauenswürdigsten Zulieferer dazu angehalten haben, neue Produktionsstätten in den östlichen Nachbarländern aufzubauen. Ein Beschäftigter eines Netzwerk-Unternehmens sagt: »Wir regen die Inhaber unserer Werkstätten verstärkt dazu an, eine Werkstatt in Slowenien oder Kroatien zu eröffnen, seien sie nun Beschäftigte, ehemals Beschäftigte oder völlig ungebunden.«²⁰ Zuweilen werden die angeschlossenen Firmen oder die am stärksten an das Führungsunternehmen gebundenen Subunternehmer dazu gedrängt, mit Hilfe von Lohnveredelung Teile der Produktion

¹⁸ Diesen Weg scheint vor allem Benetton zu beschreiten. Stefanel entwickelt zwar auch verschiedene Beziehungen zu seinen Sub-Unternehmern, verfügt aber gleichzeitig über »...verschiedene Näh-Werkstätten, mit denen es dauerhafte Beziehungen aufrechterhält, oft sind das ehemalige Beschäftigte...« Siehe A. Camuffo, A. Comacchio, a.a.O., S. 240. Der Spinoff-Prozeß ist weder sonderlich neu, noch ein ausschließlich italienisches Phänomen. In den letzten Jahren haben mehrere Unternehmen diesen Prozeß betrieben, u.a. Digital Equipment Corp. in Irland, IBM Frankreich, Hewlett-Packard, Elf Sanofi und der Stahlkonzern Sollac Florange in Frankreich. Siehe P. Formica, M. J. Mary »Lo spin off produce occupazione«, *Il Sole 24 Ore*, 08.07.93 S. 6; siehe auch P. Formica, G. Montaletti, »Lo spin off scova le idee vincenti«, *Il Sole 24 Ore*, 24.01.95, S. 12.

¹⁹ Siehe G. Cocco, *Crise ou mutation des systèmes intégrés de Pme dans les régions de la troisième Italie: le cas de »Benetton« dans la Vénétie*, Paris: G.r.a.m.i., November 1990. Siehe auch C. Ferrozzi, R. D. Shapiro, J. L. Heskett, *Logistica & Strategia*, Torino: Isedi Petrini, 1987 (Erstauflage 1985).

²⁰ Interview mit Z. W. im Juli 1994. Siehe auch das Interview mit T. T. vom 23.06.94 und E. Bolisani, G. Gottardi, E. Scarso, *Integrazione dei mercati e crisi dei sistemi locali di subfornitura*, Padova: Cleup Editrice, 1992.

ins Ausland zu dezentralisieren.²¹ Dabei leistet das Führungsunternehmen technisch-juristische Hilfestellung, während in anderen Fällen die Branchenverbände für Informationen und die notwendigen Kontakte sorgen.

Diese beständige Suche nach Kostensenkung führt zu einer ungebremsten Konkurrenz, deren hauptsächliche Opfer die Zulieferer und deren ArbeiterInnen sind. Während ein Subunternehmer von Benetton und Stefanel in der Lombardei oder in der Emilia Romagna gegenwärtig 480 Lire pro Minute und Beschäftigtem erhält, muß ein Subunternehmer im Veneto sich mit 375 Lire pro Minute zufriedengeben. Dem Vertreter der FILTA (Gewerkschaft Textil und Bekleidung) in Treviso zufolge »ist dieser Unterschied sinnvoll, auch weil das Veneto stärker der Konkurrenz niedrigentlohnter Arbeitskraft in Slowenien, Kroatien und Ungarn ausgesetzt ist.«²² Genauso argumentiert ein ehrenwerter Vertreter der Textil- und Bekleidungsindustriellen, der es logisch findet, daß jemand, der in Apulien arbeitet, 200 Lire pro Minute wert ist, weil er ja in direkter Konkurrenz zu jemandem steht, der in Tunesien arbeitet und nur auf 150 Lire kommt.²³

Ein Netz von Familieninteressen

Mit zunehmender Verbreitung und der Zuverlässigkeit der Kleinbetriebe ist die organisatorische Flexibilität für das Großunternehmen sicherer, stabiler und vergleichsweise einfacher zu handhaben geworden als eine eigene Belegschaft. Die Entwicklung der Großunternehmen in der Textil- und Bekleidungsbranche ist nach wie vor stark davon abhängig, daß sie sich bei jeder Schwierigkeit an einem Kettenglied leicht »noch heute« mit einer großen Anzahl von Betrieben in Verbindung setzen können, die sich darum kümmern. Hinter der großen Zahl von kleinen und mittleren Betrieben in diesen Branchen versteckt sich in Wirklichkeit eine hohe Fluktuation (Betriebsschließungen und -neugründungen), ein Prozeß, der in den 80er Jahren ungebrochen weiterging. Nach den Daten von

²¹ Lohnveredelung ist eine Form der Dezentralisierung eines Produktionsabschnitts, die es möglich macht, ein Halbfertigprodukt oder einen Rohstoff zur Bearbeitung zu exportieren und ihn für die weiteren Produktionsschritte zu re-importieren, so daß man nur auf den im Ausland hinzugefügten Wert Zoll bezahlen muß und nicht auf den Wert des Gesamtprodukts. 1988 war diese Praktik in Italien noch unbedeutend und machte nur 0,4 Prozent des Importvolumens bei Kleidung aus, 1993 war der Anteil bereits auf 9,4 Prozent gestiegen. Siehe *Moda Industria*, »Rapporti economici e internazionali di Moda Industria su dati Mincomes«, *Moda Industria*, 1995.

²² G. Shrisa, »Così ci si ammala di »Benettonite«, a.a.O., S. 17.

²³ Textil-Arbeitgeberpräsident Angelo Pavia hat bestätigt, daß »offiziösen Schätzungen zufolge eine Minute Arbeit in Tunesien etwa 150 Lire und in Apulien 200 Lire kostet. Dieser Wert war sicherlich nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen«. P. Botelli, »Pavia: »torniamo in Italia«, *Il Sole 24 Ore*, 24.01.95, S. 13.

Cerved ist die Fluktuation in diesen Branchen (einschließlich der Schuhindustrie) im Vergleich zu anderen Betrieben sehr hoch, wenn sie auch von Jahr zu Jahr sinkt. 1985 betraf sie 25 Prozent der aktiven Betriebe, 1991 ist sie auf 18 Prozent gesunken. Bei den Einzelunternehmern [imprese individuali] lag die Rate sowohl am Anfang als auch am Ende des Betrachtungszeitraumes leicht höher. 1985 betrug die Fluktuationsrate bei den Einzelunternehmern im Veneto 26,9 Prozent, 1991 nur noch 18,2 Prozent. Bei den Betrieben der Bekleidungsindustrie waren es 24,8 Prozent im Jahre 1985 und 21,3 Prozent im Jahre 1991. Die Einzelunternehmer im Veneto insgesamt verzeichneten im selben Zeitraum eine deutlich niedrigere Fluktuation, nämlich 14,7 Prozent im Jahre 1985 und 15,7 Prozent im Jahre 1991. Diese Zahlen machen deutlich, in wie starkem Maße die Betriebe ausgetauscht werden; sie scheinen sich innerhalb von vier bis fünf Jahren komplett zu erneuern. Die hohe Fluktuation zeigt, daß ein neues Unternehmertum entstanden ist, das auf die von den großen Konzernen ausgelösten - ständigen Weiterentwicklungsprozesse, über die eine neue räumliche Arbeitsorganisation durchgesetzt und begünstigt wird, reagiert. Laut mehreren Untersuchungen ist der Abhängigkeitsgrad bei den Subunternehmern besonders hoch. 72,5 Prozent der Zulieferer von Benetton arbeiten ausschließlich für den Konzern aus Treviso. 70 bis 80 Prozent der Strickwerkstätten (das heißt der schwierigsten Arbeitsschritte) im Dienste von Stefanel arbeiten ausschließlich für dieses Unternehmen, während bei der Konfektion etwa 20 Prozent aller Werkstätten nur für einen Auftraggeber arbeiten. Marzotto hingegen benutzt nur 30 bis 40 Prozent der Gesamtproduktion seiner Zulieferer.²⁴

Wichtig bleibt auch der Nachahmungseffekt, der sicherlich die Ausbreitung des Kleinbetriebs beschleunigt hat. Mit Unterstützung der Familie oder aus Beziehungen heraus, die nicht reine Marktbeziehungen waren, konnten viele ArbeiterInnen (oder andere Menschen, die in der einen oder anderen Weise in den Produktionsprozeß einbezogen waren) einen Kleinbetrieb eröffnen. Trotz starker Ausdifferenzierung der Produktion liegen in der Textil- und Bekleidungsbranche die Zugangsbarrieren nicht sonderlich hoch. In der Textilbranche sind zwar die Investitionen recht hoch, dabei darf aber nicht die Hilfe von Seiten der Maschinenlieferanten oder der Auftraggeber selbst vergessen werden. Außerdem ist es gerade wegen der hohen Fluktuation und der geringen Innovation in diesen

²⁴ Zu Benetton siehe F. Belussi, M. Festa, »L'impresa rete del modello veneto: dal post-fordismo al toyotismo? Alcune note illustrative sulle strutture organizzative dell'indotto Benetton«, *Oltre il Ponte*, 31/1990, S. 109. Zu Stefanel und Marzotto siehe A. Camuffo, A. Comacchio, a.a.O., S. 167 und S. 283.

Bereichen möglich, Maschinen von anderen Unternehmen zu kaufen, die den Betrieb eingestellt oder ihren Maschinenpark erneuert haben.²⁵

Im Rahmen des Netzwerk-Unternehmens haben die Subunternehmer tatsächlich eine fundamentale Rolle gespielt; oft sind sie Handwerker, die dank einer laxen Gesetzgebung als Stoßdämpfer für Nachfrageschwankungen fungieren konnten; da sie wenig sichtbar sind, können sie je nach Marktlage einstellen und entlassen. Diese Stoßdämpferfunktion wird sehr erleichtert durch die Tatsache, daß die ArbeiterInnen in diesen Betrieben kaum gewerkschaftlich geschützt sind. Das Netzwerk-Unternehmen zwingt also innerhalb wie außerhalb der eigenen Betriebe zu einem flexiblen Gebrauch der Arbeitskraft. Die weniger qualifizierte Arbeitskraft wird aus dem Netzwerk-Unternehmen ausgeschlossen. Allgemeiner gesprochen wird diejenige Arbeitskraft ausgeschlossen, mit der sich keine hohen Profitraten erzielen lassen.

Dem Präsidenten der Anicot (Berufsvereinigung der Subunternehmer in der Branche) zufolge wurden bis 1990 60 Prozent der Kleidung in Italien in Werkstätten von Subunternehmern genäht (in Japan arbeiteten 1981 75,4 Prozent der Textilbetriebe und 71,7 Prozent der Bekleidungsbetriebe als Subunternehmer). Ein weiteres typisches Merkmal beider Branchen scheint die hohe Zahl von Handwerksbetrieben zu sein. Nach Daten der INPS waren Ende 1991 im Veneto 79 Prozent der Betriebe in der Branche Handwerksbetriebe (nach Daten von Cerved waren es 72,8 Prozent). Diese juristische Form scheint sich sowohl wegen der Unterschiede in der Lohnhöhe als auch wegen der breiten Palette von nationalen, regionalen und lokalen staatlichen Maßnahmen zur Förderung von produktiven Investitionen anzubieten. Durch die räumliche Integration von Arbeiten und Leben dank zinsverbilligter Kredite für Gewerbegebiete können die Unternehmer auch auf die unregelmäßige Mitarbeit von Familienangehörigen zählen. Hauptsächlich aber sind die Lohnkosten in den Handwerksbetrieben niedriger, weil die Tarifverträge nicht angewandt werden.

Das Handwerksrahmengesetz von 1985 hat zwar die Beschäftigtenhöchstzahl erhöht und gleichzeitig eine genaue Obergrenze festgelegt, aber es fällt auf, daß die Überschreitung dieser Grenze ziemlich häufig vorkommt und geduldet wird.²⁶ Häufig lassen sich Familienangehörige oder Verwandte als Strohleute in die Handwerksrolle eintragen, um einen zweiten oder dritten, räumlich und sachlich unmittelbar benachbarten und lediglich juristisch getrennten Betrieb zu eröffnen. Mit diesem Trick lassen sich vor allem die Produktionsstufen ausweiten, ohne daß man die betriebliche Organisation verändern muß, indem man einfach einen neuen Betrieb »schafft«; so kann man den juristisch-fiskalischen

²⁵ Siehe A. Camuffo, A. Comacchio, a.a.O., S. 280; F. Belussi (Hrsg.), a.a.O., S. 365.

²⁶ F. Belussi (Hrsg.), a.a.O.; F. Belussi, M. Festa, a.a.O.

Rahmen und die praktisch nicht existierenden gewerkschaftlichen Beziehungen unverändert lassen und gleichzeitig die Organisations- und Verwaltungskosten senken. Oft drängen gerade die großen Konzerne die Subunternehmer zur Gründung von mehrstufigen Betrieben, die einen kompletten Produktionszyklus ausführen können.²⁷ Zur Förderung dieses Entwicklungstyps geben die großen Konzerne bisweilen auch technisch-juristische Beratung, um die herrschende Gesetzgebung so gewinnbringend wie möglich auszunutzen. Die Führungsunternehmen verfügen also praktisch über externe Abteilungen, die zwar juristisch unabhängig sind, aber die gleichen Funktionen erfüllen wie die inneren Abteilungen. Die Vorteile ergeben sich aus den direkten und indirekten Kosten der Arbeitskraft: weniger oder gar keine gewerkschaftlichen und steuerlichen Kontrollen; unterschiedliche »technologische Entwicklungsbahnen«, die allmähliche oder radikale Innovationen möglich machen; größere innere Selbständigkeit im Handeln.²⁸ Darüber hinaus verringert sich die Komplexität der Übergänge und die Übergabezeit zwischen den einzelnen Stufen.

In einigen Fällen finden wir dann Unternehmer, die 60 bis 70 oder mehr Beschäftigte haben, aber weiterhin als Handwerker figurieren. So können sie die »eigenen« Arbeiter technisch aufteilen und vor allem politisch spalten und sie je nach den Bedürfnissen des Produktionszyklus mit einer Flexibilität beschäftigen, die sich anders nicht erreichen ließe.

Fast nie treten die Kleinbetriebe in den untersuchten Branchen als Alternative oder als Widerspruch zu der die Branche kontrollierenden Großindustrie auf. Ihre Unabhängigkeit beruht im wesentlichen darauf, daß sie die Räume besetzen können, die die Großindustrie leer läßt. Durch eine dezentralisierte Arbeitsorganisation und fähige Agenten und Vertreter gelingt es einigen Kleinbetrieben dennoch, in hohem Maße selbständig zu bleiben und manchmal sogar mit den großen Konzernen zu konkurrieren. Andererseits haben die Großunternehmen auch schon früher freiwillig das eine oder andere Stück vom Kuchen abgegeben: »... der Erfolg weckt das Interesse der großen Tiere, die auch bereit sind, das Vorhandensein einiger Marktnischen für spezialisierte Firmen zu tolerieren, solange es bei einfachen Nischen bleibt und ihnen kein größeres Stück vom Gesamtabsatz streitig gemacht wird. Jede gelungene Neuerung stellt eine Einladung

²⁷ Gegenwärtig »kann [Benetton] es sich nicht erlauben, die Zahl seiner Zulieferer zu erhöhen; sie selber werden den Sprung machen und sich vergrößern müssen«, erklärte G. Mion, Geschäftsführer der im Eigentum der Familie Benetton befindlichen Edizioni Holding, in Interview mit G. Pagan: »Merchant di Benetton«, *Il Gazzettino dell'economia*, 11.02.92, S. 29.

²⁸ Seit Anfang der 90er Jahre scheint es weniger um die Zugehörigkeit zur Handwerkerkategorie zu gehen als vielmehr um die Macht, direkt die Arbeitskraft zu kontrollieren.

zur Nachahmung dar.«²⁹ Meist spezialisieren sich diese Unternehmen auf bestimmte Produkte wie zum Beispiel Badeanzüge und besetzen damit Marktnischen, in denen weniger Konkurrenz herrscht. Zwischen den relativ unabhängigen und den völlig abhängigen Kleinbetrieben gibt es alle möglichen anderen Firmen mit sehr unterschiedlichen Bindungen, Vertragssituationen und Graden der Selbständigkeit. Jedenfalls wird Steuerhinterziehung gerade bei den Unternehmen praktiziert, die nicht direkt an die Netzwerk-Unternehmen gebunden sind. Einer Untersuchung zufolge ist Steuerhinterziehung (man spricht von bis zu 50 Prozent des Umsatzes) einerseits bei den kleinen Fertigmode-Betrieben gang und gäbe, andererseits bei Betrieben, die ihre Produkte über ambulante Händler verkaufen. Gleichzeitig scheint die Tendenz zu Steuerhinterziehung und Unregelmäßigkeiten in den qualitativ hochwertigen Produktionssegmenten noch größer zu sein als im unteren Segment.³⁰ Folglich scheint der Markt für die Kleinbetriebe nicht die Rolle eines »Ausgleichs-« und Regulierungsinstruments, sondern eines mächtigen »Kompressors« zu spielen, »der die Unternehmen in diesem Bereich, in dem es nicht viele Kontrollinstitutionen wie Gewerkschaften oder öffentliche Institutionen gibt, dazu antreibt, die Ausbeutungspotentiale der irregulären Ökonomie auszuschöpfen«.³¹ Der Kleinbetrieb stellt einerseits den Ort dar, wo die ArbeiterInnen dem stärksten Druck ausgesetzt sind, ist aber andererseits selber der Ausbeutung durch das Großunternehmen unterworfen. Ein Kleinunternehmer, der zusammen mit seiner Frau einen Betrieb mit 17 Beschäftigten in Mignagola (Treviso) führt, erklärt: »Einige Leute müssen bei den Banken Kredite mit 16 bis 17 Prozent Zinsen aufnehmen, um ihre Steuern bezahlen zu können, kaufen keine Maschinen mehr, weil sie mit den Zahlungen nicht mehr nachkommen, lehnen Aufträge ab, weil sie keine Leute mehr finden, die bereit sind, für 1,3 Millionen Lire im Monat mit der Geschwindigkeit zu arbei-

²⁹ D. S. Landes, »Piccolo è bello. Ma è bello davvero?«, in Idem (Hrsg.), *A che servono i padroni? Le alternative storiche dell'industrializzazione*, Torino: Borlati Borlinghieri, 1987, S. 174.

³⁰ Ires Veneto (Hrsg.), *L'economia irregolare nel Veneto, Teil 2, Il sistema d'impresa*, Mestre 1989, S. 6. Venedig-Vicenza-Padua scheint das »goldene Dreieck« in der Herstellung gefälschter Levi's zu sein. Es wurden etwa 10 000 Paar gefälschte Jeans beschlagnahmt und dabei eine große Zahl von falschen Rechnungen in Höhe von mehreren Milliarden Lire entdeckt, die auf Strohmannfirmen ausgestellt waren. Die Untersuchung ging bis zu den Abruzzen und machte vor den Grenzen von San Marino halt. Gegen 21 Personen wurde ein Strafverfahren eröffnet, darunter gegen drei wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die Ware wurde an entlegenen Autobahn-Mautstellen übergeben, und die Jeans wurden bar bezahlt. Die Einzelhändler kauften die gefälschten Jeans für 49 000 Lire ein und verkauften sie für 79 000 Lire weiter, während die Hersteller weniger als die Hälfte bekamen. G. Giommoni, »Jeans, un affare copiando il marchio«, *Il Gazzettino*, 21.03.95, S. 9; siehe auch V. Lipparini, »Sequestrati 600 Levi's falsi«, *Il Gazzettino*, Venedig-Ausgabe, 01.11.94, S. 1.

³¹ Ires Veneto (Hrsg.), a.a.O., S. 16.

ten, die nötig ist, um die vorgegebenen Stückzahlen zu schaffen ... wir arbeiten seit vielen Jahren für Benetton, aber ich habe mit denen keinen Vertrag, die rufen mich an und sagen mir, daß sie Arbeit für mich haben, die ich in zwei, drei Tagen abliefern muß.«³²

Ungleichheit und soziale Ordnung

In Italien, und insbesondere im Veneto, ist die Entwicklung der Unternehmen vom familiären Hinterland abgesichert worden. In den Kleinbetrieben hat die Familie die Arbeitskosten gesenkt, in den Großkonzernen hat sie es ermöglicht, die zahlreichen diversifizierten Unternehmen um einen produktiven Kern herum zusammenzuhalten. Während im ersten Fall der relative Erfolg mit extremer Flexibilität und großer Opferfähigkeit zusammenhing, wurde im zweiten Fall die Expansion durch den Rückhalt des Umfelds aus Banken und kommunalen Beschäftigten abgesichert. Jedenfalls »ist die Familienorganisation als Produktionseinheit Trägerin von bedeutenden Veränderungen in der Arbeitsorganisation; sie kann die Forderung nach Flexibilität – was Teilzeit-, Saison- und selbstverwalteter Arbeit angeht – weit mehr als andere Produktionseinheiten erfüllen.«³³

Dem Codice Civile [Bürgerliches Gesetzbuch] Artikel 230 b zufolge hat ein Familienangehöriger, der regelmäßig seine Arbeitskraft ins Familienunternehmen einbringt, Anrecht auf Teilhabe am Unternehmensgewinn nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit. Außerdem muß jede Unternehmensentscheidung »... mit der Mehrheit der am Unternehmen selbst beteiligten Familienangehörigen« getroffen werden. Eine solche Unternehmensführung könnte zu Konflikten zwischen den Familienmitgliedern führen, aber die Spannungen werden weise dadurch begrenzt, daß das Unternehmen von denjenigen in der Besitzerfamilie geführt wird, die angeblich moralisch und sachlich überlegen sind.³⁴ Frauen bleiben also im wesentlichen von Führungsrollen ausgeschlossen, vor allem in mittleren und großen Unternehmen.

Was Frauen in Führungspositionen betrifft, so wurde festgestellt, daß in Italien nur 3,3 Prozent der weiblichen Beschäftigten Führungspositionen bekleiden, eine Zahl, die seit etwa zehn Jahren unverändert ist. Diese Situation ist noch schwerwiegender, wenn man bedenkt, daß Spanien und Griechenland, die anderen in dieser Statistik hinten liegenden europäischen Länder, 9 bzw. 10 Prozent erreichen. In Italien betrug der Anteil der Universitätsabsolventinnen 50,2 Pro-

³² Interview von G. Sbrissa, a.a.O., S. 17.

³³ R. Boyer, E. Wolleb, *La flessibilità del lavoro in Europa*, Milano: Franco Angeli, 1987, S. 94.

³⁴ Siehe E. Goffman, *Wir alle spielen Theater: die Selbstdarstellung im Alltag* (1959), München: Piper, 1976; ders.: *Interaktionsrituale* (1967), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1971.

zent und der der Abiturientinnen 62 Prozent. Ähnlich disparat ist die wirtschaftliche Behandlung, denn die Gehälter auf mittlerem bis hohem Niveau sind bis zu 20 Prozent niedriger als die der männlichen Beschäftigten.³⁵

Die Erhöhung und Intensivierung des Durchlaufs [scambio] bei einer Produktion, die fast in Echtzeit läuft und die großen Zentrallager überflüssig macht, war nur möglich, weil es so viel Personal gibt, das sich den beständigen Erfordernissen des Marktes anpassen kann. Die Kleinunternehmer und ihre engen Mitarbeiter, oft sogar Familienmitglieder, die jeden Tag am Steuer ihrer Lieferwagen im Straßengewirr des Veneto umherflitzen, verlagern ganze Arbeitsphasen in einen nicht enden wollenden Wirbel, wie ihn die neue Produktionsweise verlangt. Sie sind die wahren Schöpfer des just-in-time.³⁶ Wie ein Textilfachmann erzählt, der seit mehr als zehn Jahren in der Branche arbeitet: »In den kleinen Werkstätten arbeitet der Besitzer mehr als die Arbeiter, weil er die Minderleistung der anderen auszugleichen versucht.«³⁷

Die Sparsamkeit, die die Kleinunternehmer selbst praktizieren, übt erhöhten Druck auf ihre Beschäftigten aus. Oft machen die Kleinunternehmer Druck, weil sie mehr Entgegenkommen bei den Überstunden, bei der Maschinenauslastung und bei der Kürzung der Zeiten wollen; im wesentlichen einen größeren Ermessensspielraum beim Gebrauch der Arbeitskraft. Die in den 70er Jahren durchgesetzten Absicherungen erscheinen ausgehöhlt, und der psychologische Druck

³⁵ Siehe M. C. D., »Pari opportunità, conti in rosso per le donne«, *Il Sole 24 Ore*, 29.06.93, S. 14. Weitere negative Daten wurden vom früheren Arbeitsminister Clemente Mastella auf einem Kongreß des Nationalen Gleichstellungskomitees bekanntgegeben. So sind nur 0,1 Prozent aller beschäftigten Frauen Manager, 63 Prozent gehören zur nicht weiter differenzierten Welt der weiblichen Angestellten, 18 Prozent gehören zu den untersten Bereichen und 19 Prozent haben eine Qualifikation im weiteren Sinne: mittlere bis höhere Positionen in einem Unternehmen oder einen selbständigen Status. Anonym, »Pari opportunità sì ma non ancora per le donne manager«, *Il sole 24 Ore*, 29.11.94, S. 15.

³⁶ Just-in-time-Systeme werden in den großen Netzwerk-Unternehmen wie zum Beispiel bei Benetton nur und ausschließlich für kleine Losgrößen, die Reihe *flash* und besondere Teile oder Muster angewandt, wobei sie auf eine große Zahl von kleinen Werkstätten zurückgreifen können. Im übrigen geht Benetton den gleichen Weg wie viele andere Hersteller. Dieses Produktionsmodell wird oft als halb-geplant bezeichnet. Zu den Problemen der Planung, der Fertigmode und der Halb- oder Mixplanung siehe Textrenda (Hrsg.), *Dove e come nasce il prodotto moda*, Milano: Franco Angeli, 1991. Ähnliche Modelle gab es aber auch schon früher: »Käufer kommen jetzt von Glasgow, Manchester und Edinburgh einmal in 14 Tagen ... Sie geben Ordres, die unmittelbar ausgeführt werden müssen, statt vom Lager zu kaufen, wie es Gewohnheit war. In früheren Jahren waren wir stets fähig, während der schlaffen Zeit für die Nachfrage der nächsten Saison vorauszuarbeiten, aber jetzt kann niemand vorhersagen, was dann in Nachfrage sein wird.« Childrens Employment Commission, *IV Report*, 1865, S. XXXII, zitiert bei Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 502.

³⁷ Interview mit F. P., 1991. Daß Kleinunternehmer mehr als ihre Beschäftigten arbeiten, wird von mehreren Untersuchungen bestätigt, siehe F. Berlussi (Hrsg.), 1992, a.a.O.; Sergio Bologna, a.a.O., und Nomisma (Hrsg.), *Rapporto 1991 sull'industria italiana*, Bologna: Il Mulino, 1991.

auf die abhängigen oder selbständigen ArbeiterInnen nimmt immer mehr zu. Eine Arbeiterin aus einer Werkstatt, die als Handwerksbetrieb deklariert wird, in der aber über 60 Arbeiterinnen arbeiten, erzählt: »... der Chef ist sehr streng, er will Qualität und Quantität (das sind seine Worte). Nach und nach habe ich es geschafft, mich in die Arbeit einzufuchsen, aber nicht alle schaffen es, gleich gut zu arbeiten ... wenn ich arbeite, bewege ich die Arme sehr schnell, aber das fällt mir nicht schwer. Es steckt schon so sehr in mir drin, daß es mir gar nichts ausmacht, in der Werkstatt zu arbeiten.«³⁸

Das Großunternehmen läßt überhaupt keine Verfügungsgewalt zu, denn der Auftrag muß »kunstgerecht« ausgeführt werden, das heißt in dem Zeitrahmen und auf die Art, die das organisatorische Zentrum vorgegeben hat. Die Einführung von Informationstechnologien zur Einsparung von Arbeitskraft und zur Erhöhung der Produktivität hat zu einer Beschleunigung im menschlichen Leben selbst geführt. Auf der anderen Seite ist die Kontrolle über die Arbeit und die Arbeiter nicht mehr nur in der Hierarchie sondern immer stärker auch in formalen und routinemäßigen Prozeduren festgehalten, denen die Informatik den Anschein von Wissenschaftlichkeit verleiht.

Die Ausbreitung der Kleinunternehmen in den letzten 25 Jahren scheint unvermeidlich gewesen zu sein, da es möglich war, die gesellschaftlichen Aspekte der Arbeit auf reine Familienverhältnisse zu reduzieren. Diese Verengung der Gesellschaftlichkeit ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung von Verhältnissen, die sich nicht mehr auf die Dichotomie Arbeiter/Kapitalist, sondern auf eine beschränktere lokalistisch-verwandschaftliche Basis gründen. Die Ausbreitung dieses Prozesses führt dazu, daß auch die Arbeitskraft ihre Entscheidungen teilweise anpaßt. Eine Arbeiterin erzählt: »Es stimmt, daß wir inzwischen ein Herz und eine Seele mit unseren Firmeninhabern sind. Die Firmeninhaberin in meiner Werkstatt, die Arme, arbeitet vielleicht mehr als ich. Ich bin seit 17 Jahren Arbeiterin, und es stimmt, daß ich wenig verdiene und ein irrsinniges Tempo arbeite, und ich weiß nicht einmal, ob ich morgen noch Arbeit habe oder nicht. Ich denke schon, daß man was tun sollte, aber ich glaube nicht, daß es was nützen würde, wenn ich zur Gewerkschaft lief.«³⁹

³⁸ Neben der Abschaffung der Scala mobile, dem Abkommen über die Arbeitskosten und den neuen Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts muß die neue Vereinbarung über die Handwerksbetriebe hervorgehoben werden, die neben geringen Lohnerhöhungen eine Verlängerung der Probezeit für alle einschließlich der Auszubildenden, die Vergrößerung des flexiblen Jahresarbeitszeitkontos von 80 auf 96 Stunden und eine Verlängerung der Anlernzeit mit halbem Lohn auf 6 Monate für alle Einstellungen nach dem 1. Mai 1993 mit sich gebracht hat. Das Zitat ist aus einem Interview mit Z. A. am 12.03.91.

³⁹ G. Sbrissa, »Cambiamo modello o sarà la fine per tutti«. *La Tribuna di Treviso*, 07.03.95, S. 21.

Nach einer Untersuchung von 1993 gingen im Veneto 700 000 Menschen einer zweiten Arbeit nach oder machten regelmäßig Überstunden. Im ganzen Veneto liegt die Arbeitslosigkeit zwar offiziell bei 6,5 Prozent, aber in der Provinz Rovigo liegt sie bei über 12 Prozent, während in den Provinzen Treviso und Vicenza die Firmen Personal suchen, wenn auch oft mit niedrigen Qualifikationen und zu niedrigen Löhnen.⁴⁰ Wie im übrigen Italien, ist der Arbeitsmarkt im Veneto nicht nur nach Geschlecht, sondern auch territorial geschichtet – mit erheblichen psychologischen und sozialen Auswirkungen auf die Arbeitskraft. Es ist bis in die alltägliche Sprache eingedrungen, daß es weniger »ein Modell Veneto« gibt, als vielmehr mindestens »zwei Modelle Veneto«. Die Region[alverwaltung] selbst unterscheidet in ihren offiziellen Veröffentlichungen Gebiete mit unterschiedlichem Entwicklungsgrad, wobei sie aber mystifiziert, daß dieser Prozeß völlig funktional ist.⁴¹

Außerdem ändert sich auch die Rolle und die Erfahrung der Beschäftigten, denn einige machen sich selbständig, und andere werde indirekte Arbeiter mit einem vermittelten Verhältnis zum Unternehmer. Der Kleinunternehmer wäre darüberhinaus »bereit, das Risiko eines geringen Verdienstes auf sich zu nehmen, angesichts des gesellschaftlichen Respekts für Unternehmer, des Fehlens von anderen Beschäftigungsmöglichkeiten und weil »ein Kleinunternehmer sein Einkommen so weit senken kann, wie er will, während er sich als Lohnempfänger keinen Arbeitsplatz verschaffen könnte, indem er sich zu einem niedrigeren Lohn anbietet«.⁴²

Im Kleinbetrieb kann sich auch das Kommando vervielfachen, kann es einen häufigen Rollenwechsel zwischen »gutem Chef« und »bösem Chef« geben und kann der Klassenunterschied von Generation zu Generation zunehmen: »Sie läßt dich [den Abstand] spüren, du bist Arbeiterin und mußt stumm bleiben, das läßt sie dich richtiggehend spüren, das »schwarze Schaf« ... Sie ist die Chefin und du darfst nichts sagen, während die Alte schon zugänglicher ist.« Oder in einer anderen Arbeitssituation: »Da war die Chefin, die alte Dame, die hatte sehr viel Respekt, hörte dir zu, half dir, versuchte, alles zu richten; dann kam stattdessen ihre Tochter, die unglaublich unverschämt ist. Wenn du dich zum Beispiel über

⁴⁰ Siehe M. Crema, »Nel Veneto si lavora doppio«, *Il Gazzettino*, 22.07.94, S. IX. Die Daten stammen aus einer Untersuchung von G. Corò, F. Occari, *Mercato del lavoro nel Veneto, Rapporto 1994*, herausgegeben von der Agenzia regionale per l'impiego della Regione del Veneto.

⁴¹ Zum »offiziellen« Zugeständnis, daß es Gebiete mit ungleicher Entwicklung gibt, siehe F. Milan, *L'area meridionale del Veneto*, Revigo: Ust Veneto 1987.

⁴² J. Steindl, *Small and Big Business*, Oxford: Basil Blackwell, 1945, S. 61, zitiert bei B. Contini, R. Revelli, *Imprese, occupazione e retribuzioni al microscopio*, Bologna: Il Mulino, 1992, S. 43.

etwas beschwert hast, kam sie am nächsten Tag und haute dir deine Arbeitspapiere ins Gesicht.«⁴³

Da wo der Auftraggeber die Werkleistung als Arbeitsleistung nach Quantität, Qualität und Fristeinhaltung bezahlt, ähnelt der Profit des Unternehmers, der Auftragsproduktion macht, einem Akkordlohn. Das gesellschaftliche System im Veneto ist – trotz eines gewissen Raumes für Individualismus – ohnehin konservativ und beruht auf der Gewohnheit; aber in den von mir durchgeführten Interviews tritt eine Art gesellschaftlicher Gewöhnung an oft unerträgliche Arbeits- und Lohnbedingungen zutage, die als unveränderlich hingenommen werden.⁴⁴ Aber schließlich unterstreicht auch die Lehre der im Veneto ziemlich starken katholischen Kirche, daß »jede Arbeit – ob manuell oder intellektuell – zwangsläufig mit Mühe verbunden ist.«⁴⁵

Bei einer auf INPS-Daten beruhenden Untersuchung kam heraus, daß in Italien 1989 unter den Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten »sowohl die Betriebe mit dem höchsten Frauenanteil als auch die Betriebe mit den niedrigsten Löhnen der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie angehören.«⁴⁶ Mithin scheint die Behauptung zu stimmen, daß der »Erfolg dieses Modells, das sozial akzeptiert wird, weil es Schichten einen Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen hat, die traditionell ausgeschlossen oder in einer schwachen Verhandlungsposition waren (das heißt Arbeiterinnen zwischen 16 und 25 Jahren), sich zum großen Teil durch die ›taiwanesischen‹ Kosten der ArbeiterInnen der ›Dezentralisierungs‹-Kleinbetriebe erklärt.«⁴⁷ Die italienische Bekleidungsbranche, wo etwa 80 Prozent der Beschäftigten Frauen sind, scheint über ausgezeichnete Möglichkeiten zu verfügen, fähige und wenig kämpferische Arbeitskraft zu rekrutieren, die bereit ist, niedrige Löhne zu akzeptieren und gleichzeitig hohe Produktivität zu liefern; all das hat sich möglicherweise auf die Entwicklung der technologi-

⁴³ Interview mit Z. A. am 12.06.91 und mit P. R. am 08.06.91.

⁴⁴ F. Mariani, M. Palermi, *Le periferie del lavoro. Incheista fra le operaie tessili del decentramento*, Rom: Datanews 1989, S. 79. Eine interessante Untersuchung wurde von A. Solimbergo durchgeführt: »Indagini sui diritti dei lavoratori della piccola impresa in provincia di Treviso. I risultati«, *Oltre il Ponte*, 35-36/1991, S. 207-233.

⁴⁵ Johannes Paul II, *Laboram exercens*, (1981), Milano: Figlie di San Paolo, 1988, S. 60.

⁴⁶ B. Contini, R. Revelli, a.a.O., S. 200.

⁴⁷ F. Belussi (Hrsg.), a.a.O., S. 338. Eine Analyse zur Frauenbeschäftigung in den 80er Jahren im Veneto hat V. Belotti vorgelegt: *Numeri e fattori di partecipazione al lavoro delle donne*. Venezia: Fondazioni Corazzin, 1992.

schen Innovationen ausgewirkt.⁴⁸ Eine Untersuchung zu gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen im Veneto kommt zwar zu dem Ergebnis, daß in der Textil- und Bekleidungsbranche nur etwa 25 Prozent der Beschäftigten Tarifverträge haben, aber die Frauen verteidigen sich auch selbständig.⁴⁹ Eine junge Frau sagt: »... wir waren uns einig, in diesem Tempo zu arbeiten, und wenn eine zurückblieb, haben wir versucht ihr zu helfen.«⁵⁰ Die ungleichen Machtverhältnisse mit dem Unternehmer machen es schwierig, etwas zu fordern, wenn man nicht sofort den Arbeitsplatz riskieren will. Ein anderer Aspekt der Prekarität der Arbeitsbeziehungen besteht darin, daß die Löhne nur sehr spät oder gar nicht an Tarifierhöhungen angeglichen werden. Der Vizepräsident der API von Vicenza, F. De Marchi, gab in einem Interview offen zu, daß »etliche Unternehmen unterhalb der realen Produktionskosten arbeiten, indem sie mehr oder weniger legal das Personal dafür benutzen; sie teilen die Löhne 50:50 zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer auf, und über das [gesetzlich vorgeschriebene] dreizehnte Monatsgehalt wird am Jahresende zwischen Unternehmer, Gewerkschaft und Beschäftigten verhandelt.⁵¹ Die neuen Vorschläge der Regierung, regional gestaffelte Lohnniveaus einzuführen, sind, zumindest im Veneto, auf regionaler und auf Provinz-Ebene längst Realität. Aus den INPS-Daten für 1987 bis 1991 ergibt sich eine starke Lohndifferenzierung, die vor allem die Provinz Rovigo betrifft, wo in den verschiedenen Branchen niedrigere Löhne bezahlt werden als im übrigen Veneto. Die höchsten Löhne werden dagegen in der Provinz Treviso und teilweise in der Provinz Padua bezahlt. Diese Differenz gilt sowohl für die ArbeiterInnen als auch mit einigen Nuancen für die Angestellten. Es ist aber auch zu beobachten, daß sich diese Unterschiede in diesen fünf Jahren verringert haben, so daß die Beschäftigten in Rovigo 1991 etwa 15 Prozent weniger verdient haben als ihre KollegInnen in Treviso. Wenn man die entsprechenden Daten für ganz Italien im selben Zeitraum betrachtet, findet man diese Unterschiede bestätigt. In den wichtigsten Regionen der Textil- und Bekleidungsindustrie entspricht diese Lohndifferenzierung der klassischen Nord-Süd-Teilung mit einigen bedeutenden Varianten. So werden in der Toskana zum

⁴⁸ Marglin zufolge »muß eine neue Produktionsmethode nicht unbedingt technologisch überlegen sein, um [akzeptiert] zu werden; Innovationen werden ebenso sehr von den gesellschaftlichen wie von den wirtschaftlichen Institutionen bestimmt, von denen, die die Produktion kontrollieren, und von der Art der [Zwänge], über die sie diese Kontrolle ausüben.« S. A. Marglin, »A che servono i padroni? Origini e funzioni della gerarchia nella produzione capitalistica«, in D. S. Landes (Hrsg.), a.a.O., S. 18.

⁴⁹ R. Donazzon, »Il ruolo del sindacato in Veneto«, *Oltre il Ponte*, 35-36/1991, S. 146.

⁵⁰ Interview mit U. V., Juni 1991.

⁵¹ Interview mit M. Crema, in *Il Gazzettino dell'Economia* 12.05.92, »Senza Regole«, S. 14.

Beispiel in der Textilindustrie mit die höchsten Löhne bezahlt, während die Löhne in der Bekleidungsindustrie zu den niedrigsten gehören. Auf jeden Fall muß festgehalten werden, daß in den letzten Jahren in der Textilindustrie von Prato »in Hunderten von Fabriken eine Woche von 70 Arbeitsstunden ›normal‹ ist und fast alle (das heißt Tausende) wesentlich mehr als 50 Stunden in der Woche arbeiten.«⁵² Auf der anderen Seite unterliegen das Lohnverhältnis und die Arbeitsbedingungen selbst zunehmend nicht nur der nationalen, sondern auch der internationalen Konkurrenz. Gleichzeitig wird die Fabrikarbeit dort, wo es sinnvoll und möglich ist, reorganisiert und eine extrem flexible, aber insgesamt nicht zerbrechliche Branchenstruktur aufrechterhalten. Es gibt so viele und so feste Bindungen, daß sich das System auch bei einer Schließung von Dutzenden von Betrieben auf anderer Grundlage wieder reorganisieren könnte.

Seit Anfang der 90er Jahre haben die Produktivitätslogik und die »angebliche« internationale Konkurrenz zu einer Verlängerung der Arbeitszeiten, zu einem veränderten Gebrauch der menschlichen Ressourcen und manchmal zu einer veränderten Arbeitsorganisation geführt. Aber obwohl in einigen großen Textilunternehmen zur Steigerung der Produktqualität und zur Erhöhung der Produktivität Gruppenarbeit eingeführt wurde, scheint die große Masse der Unternehmen hauptsächlich dequalifizierte ArbeiterInnen zu beschäftigen und eine stark standardisierte Produktion mit extremer Arbeitsteilung zu fahren, und die Beteiligung an der Produktion scheint wenig mit der Vorstellung des mystischen Toyota-Arbeiters zu tun zu haben.⁵³ Die 80er Jahre waren von der Einführung radikalsten Taylorismus mit maximaler Standardisierung der Arbeit gekennzeichnet – auch in den wenigen Unternehmen, in denen noch handwerkliche oder Kleinserienproduktion stattfand. Die wirkliche Neuheit scheint in den untersuchten Branchen und insbesondere in der Bekleidungsbranche darin zu bestehen, daß die Messung und die Verfeinerung systematischer Mittel auf jede Stufe der Produktion ausgedehnt wurde.⁵⁴

In den Kleinbetrieben der untersuchten Branchen haben die Unternehmer eine Art der einseitigen Führung der Arbeitskraft entwickelt, die auf der Suche nach einem Konsens durch Überredungsversuche beruht, die auf die Gemeinsamkeit der Interessen abheben. Andererseits fördert das gesellschaftliche System immer noch derart stark den gewohnten Fleiß, daß einige Leute schon von

⁵² Siehe G. Ciampolini, Leserbrief an *il manifesto*, 04.08.94, S. 34.

⁵³ Siehe T. Ohno, *Lo spirito Toyota*, Einaudi Turin, 1993 (Originalausgabe 1978).

⁵⁴ Zum Arbeitsinhalt und seinen Veränderungen in den untersuchten Branchen siehe V. Soli, »Le trasformazioni del lavoro operaio nei comparti del tessile, abbigliamento e calzature«, *Oltre il Ponte*, 34/1991, S. 96-124.

»workaholics« sprechen.⁵⁵ Im Großunternehmen hat man man versucht, das Verhältnis partizipatorischer zu gestalten durch eine – wenn auch minimale – Zusammenarbeit bei den Aspekten der Arbeit, die umstrukturiert werden sollten. Seit Anfang der 90er Jahre soll mit Solidaritätsverträgen, Mobilität und flexiblen Arbeitszeiten versucht werden, das klassische Problem der Kündigung »überflüssiger« ArbeiterInnen zu lösen und vor allem auch die ArbeiterInnen und die Gewerkschaft in die Verantwortlichkeit für die Produktion einzubinden.⁵⁶ In diese Richtung argumentiert wohl auch die Kirche, derzufolge sich im Wirtschaftsprozess selbst »die gegenseitige Durchdringung der Arbeit und dessen, was wir üblicherweise das Kapital nennen, zeigt, ebenso ihre unauflösbare Verbindung.«⁵⁷

Die kulturelle Anerkennung der Arbeit als Wert scheint im Verlauf der 80er Jahre abgenommen zu haben; stattdessen scheint eher ein Wert des Unternehmertums oder vielmehr des Geldes entstanden zu sein. Wie Simmel so schön gesagt hat, ist »das Gefühl der persönlichen Sicherheit, das der Geldbesitz gewährt, (...) vielleicht die konzentrierteste und zugespitzteste Form und Äußerung des Vertrauens auf die staatlich-gesellschaftliche Organisation und Ordnung.«⁵⁸ In dem Moment, wo man wahrnimmt oder einem vor Augen geführt wird, daß der herausgestellte Wohlstand von der neuen Arbeitsteilung bedroht ist, treten neue Bewegungen auf die Bühne, »die äußerst nachdrücklich das bisher erreichte Niveau von Reichtum und Privilegien einfordern.«⁵⁹ Das Auftreten der Lega und der verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen hat nicht zu einer Abnahme der katholischen Identität geführt, die sich zwar stark verändert, aber tief verwurzelt und weit verbreitet bleibt.

⁵⁵ Siehe B. Anastasia, »Genesi ed effetti dell'opulenza. Divagazioni all'intorno all'evoluzione economico-sociale del Veneto«, *Oltre il Ponte*, 32/1990, S. 38-59.

⁵⁶ Der neue Haustarifvertrag von Benetton sieht für die nächsten vier Jahre die Kopplung der Lohnzuwächse an die Entwicklung der Betriebskosten vor. Die Gehälter der 800 Angestellten, Techniker und Leiter machen 50 Prozent der Gesamtlohnkosten der 1811 Beschäftigten aus. Darüberhinaus sind Flexibilisierungs- und Mobilitätskriterien eingeführt worden, wonach durch »einen Vergleich mit der Gewerkschaft« Beschäftigte von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz oder von einer Abteilung in die andere versetzt werden können, wenn es dem betrieblichen Interesse dient. Das Unternehmen und die Gewerkschaft werden vier Kommissionen (Arbeits- und Zeitorganisation, berufliche Fortbildung, Gleichstellung, Wirtschaftsausschuß) ins Leben rufen, die Vorschläge machen können, aber keine Entscheidungsbefugnis haben. G. Palmieri, »Staff produttivi e più mobilità i pilastri dell'intesa Benetton«, *Il Sole 24 Ore*, 29.11.94, S. 15.

⁵⁷ Johannes Paul II, a.a.O., S. 29.

⁵⁸ G. Simmel, *Philosophie des Geldes* (1900), Gesamtausgabe Bd. 6, Frankfurt/M., 1989, S. 216.

⁵⁹ G. Bettin, *L'erede*, Milano: Feltrinelli, 1992, S. 155.

Die Welle des Haben-Wollens in den 80er Jahren scheint die Moral und Verhaltensweisen tiefgreifend verändert, aber auch zu einem Gefühl der Unsicherheit hinsichtlich scheinbar unwiderruflicher Lebensweisen und Lebensstandards geführt zu haben. Die Mikro-Lohnverhandlungen in diesen Jahren sind bisweilen tief in die Familienstrukturen hineingegangen, bis hin zum Abbruch von persönlichen Beziehungen. Es ist so, als hätten die hermetisch geschlossenen Wände der formellen Lohnverhandlungen keinen Bestand mehr. In einer solchen Situation wird die informelle Verhandlung am Arbeitsplatz oder in der Familie wichtiger als die formelle Verhandlung, ein Aspekt, der bisher vielleicht kaum untersucht wurde und der auch im Veneto weiter vertieft werden sollte.⁶⁰

■

⁶⁰ R. Donazon, a.a.O. (1991), S. 258.



»Ich habe gekündigt, weil ich lieber in der Fabrik als in der Werkstatt arbeiten wollte, in der Fabrik wirst du wenigstens respektiert, du arbeitest und basta, sie beleidigen dich nicht und so, aber da ... ich kam nach Hause und hatte überhaupt keine Kraft mehr; da drin zu arbeiten, ist erniedrigend ... ich habe es ausgehalten, denn damals hatten sie mich am Kragen.«